Historisch-po... Jahresübersi... für ...

Gottlob Egelhaaf

Library
of the
University of Wisconsin

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Egelhaaf

Historisch-politische

Jahresübersicht

für 1919

von

Gottlob Egelhaaf

Zwölfter Jahrgang
der Politischen Jahresübersicht

Stuttgart
Carl Krabbe Verlag
Erich Gußmann
1920

Digitized by Google

Alle Rechte, insbesondere das der Uebersetzung in fremde Sprachen und das des Abdruckes einzelner Teile, vorbehalten.

Copyright 1920 by Carl Krabbe Verlag,
Erich Gussmann, Stuttgart

Carl Hammer Hofbuchdruckerei (Inh. Wilh. Herget), Stuttgart

Digitized by Google

287136
JAN 30 1925
FO802
.EG2
12

Inhalt

Seite

I. Das Ende des Krieges. Friedensschlüsse zu Versailles, St. Germain, Neuilly 5
II. Das Werk der Nationalversammlung 37
III. Der Verlauf der Revolution im Jahr 1919. Verschiedenes 73
IV. Die einzelnen Länder des Reiches 90
V. Deutsch-Oesterreich 105
VI. Die Nachfolgestaaten 109
VII. Ungarn 110
VIII. Rußland 112
IX. Die Randstaaten 116
X. Skandinavien 120
XI. Die Balkanstaaten 121
XII. Italien 124
XIII. Frankreich 126
XIV. England 131
XV. Belgien, Niederlande, Luxemburg, Schweiz, Spanien, Portugal 135
XVI. Afrika 138
XVII. Asien 140
XVIII. Australien 144
XIX. Amerika 144
XX. Die Kirchen 148

Dokumentarischer Anhang

1. Briefe des Kaisers Wilhelm II. an Zar Nikolaus II. 161
2. Akten über den päpstlichen Vermittlungsantrag vom 30. August 1917 168
3. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht 183
4. Dafür hast du die Freiheit 189
5. Dem bayrischen Tell 191

Digitized by Google

Bisher erschienen:

Politische Jahresübersicht für 1908
1909. 96 Seiten geh. Mk. 2.25.

Politische Jahresübersicht für 1909
1910. 122 Seiten geh. Mk. 3.—.

Politische Jahresübersicht für 1910
1911. 124 Seiten geh. Mk. 3.—.

Politische Jahresübersicht für 1911
1912. 137 Seiten geh. Mk. 3.40.

Politische Jahresübersicht für 1912
1913. 143 Seiten geh. Mk. 3.40.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1913
1914. 181 Seiten geh. Mk. 4.20.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1914
1915. 159 Seiten geh. Mk. 3.75.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1915
1916. 175 Seiten geh. Mk. 4.20.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1916
1917. 191 Seiten geh. Mk. 4.50.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1917
1918. 208 Seiten geh. Mk. 6.—.

Hist.-pol. Jahresübersicht für 1918
1919. 224 Seiten geh. Mk. 7.—,
gebunden je Mk. 2.80 mehr.

Digitized by Google

F0802
.E62
12

I.

Das Ende des Krieges. Friedensschlüsse zu Versailles, St. Germain, Neuilly.

Der Waffenstillstand vom 11. November wurde am 16. Januar unter Verschärfung der Bedingungen verlängert; denn Deutschland mußte seine Handelsflotte von noch 4½ Mill. t den Gegnern angeblich zur Herbeischaffung von Lebensmitteln nach Deutschland und den mit der Entente verbündeten Ländern zur Verfügung stellen. Der Staatssekretär Erzberger gab dabei die Versicherung ab, daß dem Deutschen Reich das Eigentumsrecht an seine Flotte völlig gewahrt bleibe, was leider nicht zutraf.

Am 18. Januar begann die Friedenskonferenz in Paris. Der Tag war natürlich absichtlich gewählt als der Tag der Kaiserproklamation von 1871, und auch der Ort: der Spiegelsaal im Königsschloß zu Versailles. Die Eröffnungsrede hielt der Präsident Poincaré und er sagte dabei mit würdeloser Gehässigkeit: „das deutsche Kaisertum, aus der Ungerechtigkeit geboren, endete in Schmach". Von ritterlicher Auffassung keine Spur, wie immer bei der angeblich „ritterlichsten Nation der Welt". Zum Vorsitzenden wurde der Abrede der Sieger gemäß auf Antrag Wilsons Clemenceau gewählt. Als Ziel der Franzosen bezeichnete Marschall Foch gegen einen Berichterstatter des Matin offen die Erlangung einer guten Grenze; „wir müssen die Deutschen am Rhein festhalten!" Nach vier Wochen, am 16. Februar, erfolgte eine zweite Verlängerung des Waffenstillstandes, wobei den Deut-

Digitized by Google

schen im Osten eine Grenzlinie auferlegt ward, die Posen ganz den Polen überlieferte — sie hatten es Dank der Revolution schon besetzt — und u. a. Birnbaum ihnen zuteilte, während Bromberg und Oberschlesien auf die deutsche Seite fielen. Ueber die Lebensmittel wurde am 16. März in Brüssel ein Abkommen getroffen, nach dem Deutschland ab 15. April monatlich 370 000 t Lebensmittel erhalten sollte, wogegen es die ihm schon auferlegte Verpflichtung seine Handelsflotte zur Verfügung zu stellen nun durchführen sollte.

Die Verhandlungen über die Friedensbedingungen hätten auf Grund der 14 Punkte Wilsons vom 8. Januar 1918 erfolgen müssen. Tatsächlich spielten diese, wie der amerikanische Staatssekretär des Auswärtigen Lansing anfangs September im Senatsausschuß hat zugeben müssen, „gar keine Rolle", obwohl die Verbündeten im Oktober 1918 sie mit Ausnahme der Freiheit der Meere und der Frage der Entschädigung ausdrücklich angenommen hatten. Jetzt rückten sie mit ihren verschiedenen Geheimverträgen heraus, welche Wilson vorher nicht gekannt haben soll, und beriefen sich auf ihre wechselseitige Pflicht, diese Verträge zur Durchführung zu bringen. Ende April platzte Wilson mit einer „Erklärung in der adriatischen Sache" heraus, worin er die Grundlage, auf der der Londoner Vertrag vom 26. April 1915 aufgebaut sei, als hinfällig bezeichnete, da die österreichisch-ungarische Monarchie, gegen die der Vertrag sich richte, nicht mehr bestehe. Fiume müsse als Aus- und Einfallspforte für die Tschechoslowakei, Südslawien, Ungarn und Rumänien dienen und dürfe deshalb nicht Italien zugewiesen werden. Auf diese schroffe Absage verließ die italienische Abordnung die Konferenz, und der Corriere della Sera schrieb: „wir verlangen wahrlich wenig, kein ganzes Kolonialreich, wie das England und Frankreich tun, und auch nicht die Unterjochung von 3½ Mill. Deutschen, wie das die Tschechen und Polen fordern." Schwie-

Digitized by Google

rigkeiten erhoben sich besonders durch die maßlosen französischen Wünsche, die, wie schon erwähnt, auf die Einverleibung des ganzen linken Rheinufers gingen. Man hatte sich dazu die Redensart der „Wiedergewinnung Austrasiens" seligen merowingischen Angedenkens zurecht gemacht. Ging es nicht, das Rheinufer einfach einzustecken, so strebte man „die Beseitigung des preußischen Einflusses" durch die Errichtung eines selbständigen rheinischen Pufferstaats an, den man natürlich mittelst der in Tunis und Marokko erlernten „friedlichen Durchdringung" mit „französischer Kultur" für die spätere Einverleibung reif zu machen gedachte. Clemenceau fand aber bei diesen Bestrebungen doch nicht die erwünschte Gegenliebe bei seinen Partnern, und auch als er wenigstens die Grenzen von 1790, also Landau und Saarlouis, und die Besetzung von Brückenköpfen rechts vom Rhein verlangte, erhielt er am 14. März eine Ablehnung. Als Ersatz für die in solchen Brückenköpfen liegende militärische Sicherheit boten Lloyd George und Wilson die Zusicherung englischer und amerikanischer Hilfe gegen einen etwaigen deutschen Angriff. Clemenceau hielt aber diese Zusicherung nur dann für genügend, wenn sie durch ein förmliches Militärabkommen festgelegt werde. Eine bessere Bürgschaft erblickte er in einer Herabsetzung der deutschen Heereskraft, und es ist sehr interessant zu hören, daß Clemenceau hier selbst Foch übertrumpfte. Dieser wollte Deutschland die allgemeine Wehrpflicht mit der Maßgabe belassen, daß es die Friedensstärke von 200 000 Mann nicht überschreite. Clemenceau aber setzte am 17. März durch, daß Deutschland, dem Mutterland der allgemeinen Wehrpflicht, nur ein Söldnerheer von 100 000 Mann zugestanden wurde. Die Politiker waren noch verbissener als selbst die Generale. Am 28. März setzte Clemenceau noch weiter durch, daß die neutrale Zone auf dem rechten Rheinufer, innerhalb deren Deutschland keine Festungen haben dürfe, von 30 km Breite

Digitized by Google

auf 50 km erweitert wurde. Die Bürgschaftsverträge gegen einen deutschen Angriff wurden am 28. Juni abgeschlossen; Militärverträge aber sind bis jetzt noch nicht zu Stande gekommen.

Als die Beratungen sich ihrem Ende näherten, wurde die deutsche Regierung aufgefordert, bis zum 25. April Bevollmächtigte nach Versailles zu entsenden. Dies geschah; an der Spitze der Abordnung stand der von der neuen Regierung zum Reichsminister der auswärtigen Angelegenheiten ernannte frühere Gesandte in Kopenhagen, Graf v. Brockdorff-Rantzau. Aber erst nach längerem Warten erfolgte am 7. Mai im Hotel Trianon zu Versailles die Mitteilung der Friedensbedingungen durch Clemenceau, dem Lloyd George und Wilson zur Seite standen. Auf 208 Seiten waren 440 Artikel verzeichnet, die wieder in 15 Abschnitte zerlegt waren. Der erste Abschnitt betraf den sog. Völkerbund (société des nations), der die allgemeine Abrüstung durchführen und den ewigen Frieden gewährleisten sollte; er wird tatsächlich auf die Leitung der Welt durch die Angelsachsen hinauskommen. In den folgenden Abschnitten wurden Deutschlands künftige Grenzen festgestellt. Darnach fielen an Belgien Moresnet und die Kreise Eupen und Malmedy, so jedoch, daß die (überwiegend deutschen) Einwohner nach einer Frist sich schriftlich über ihre Zugehörigkeit zu Belgien oder Deutschland äußern sollten. Frankreich erhielt Elsaß-Lothringen schuldenfrei, außerdem auf 15 Jahre das Saargebiet bis St. Wendel und Homburg in der Form, daß es im Namen des zu stiftenden „Völkerbundes" durch einen fünfköpfigen Ausschuß verwaltet werden sollte (einen Franzosen, einen aus dem Saargebiet, drei von den andern Verbündeten). Nach 15 Jahren sollten die Einwohner darüber abstimmen, ob sie zu Deutschland oder zu Frankreich gehören oder auch ferner unter der Verwaltung

Digitized by Google

des Völkerbundes stehen wollten. Falle die Abstimmung zu Gunsten Deutschlands aus, so müsse das Deutsche Reich die Kohlengruben des Saargebiets von Frankreich zurückkaufen. Als Grund dieser Bestimmungen wurde angegeben, daß Frankreich für die in seinen flandrischen Kohlengruben von den Deutschen angerichteten Zerstörungen eine exemplarische Genugtuung anzusprechen habe. (Dabei waren diese Zerstörungen [Fortschaffung von Maschinen und Werkeinrichtungen] nach deutscher Angabe nicht aus Vernichtungslust geschehen, sondern aus Not, weil Ende 1914 unsere Munitionsvorräte erschöpft waren und weil Ende 1916 sich die Gefahr wiederholte; wir hatten keine genügende Erzeinfuhr mehr, also auch keinen Stahl, mußten Alteisen zur Streckung der Vorräte verwenden, also Hüttenwerksanlagen niederlegen und unserer Kriegsindustrie das Material sichern. Nicht alle nordfranzösischen Kohlenvorkommen wurden davon betroffen, sondern nur Teile, die nur einige Prozent der gesamten Kohlenschätze des Saarbeckens ausmachen.) Polen sollte Oberschlesien und fast ganz Posen und Westpreußen erhalten. Da dadurch Ostpreußen von Deutschland abgeschnürt wurde, hatte Polen die deutsche freie Durchfahrt durch sein Gebiet zu gewähren. Im Süden Ostpreußens von Lyck bis Marienburg sollte eine Abstimmung über die Staatszugehörigkeit entscheiden. Das Gebiet von Memel (mit rund 2500 qkm und 140 000 Menschen) übernahmen zunächst die Verbündeten; das weitere Schicksal des Landes blieb vorbehalten. In Schleswig sollte eine Abstimmung stattfinden, ob die Bewohner zu Deutschland oder zu Dänemark gehören wollten. Ursprünglich waren drei Zonen in Aussicht genommen; schließlich ward bestimmt, daß im Norden einer von der Insel Alsen über Tondern nach der Insel Röm laufenden und diese Orte einschließenden Linie eine Gesamtabstimmung erfolgen solle, wodurch die deutsche Minderheit daselbst ohne weiteres erdrückt wurde; im Sü-

Digitized by Google

den dieser Linie (in Sylt, Flensburg usw.) dagegen sollte gemeindeweise abgestimmt werden, wodurch die dänische Minderheit in die Lage kam, sich geltend zu machen. Deutschland hatte auf alle seine Kolonien zu Gunsten der alliierten und assoziierten Hauptmächte zu verzichten. Nach Artikel 22 der Völkerbundsordnung sollte der Völkerbund die Vormundschaft über die Kolonien an fortgeschrittene Nationen übertragen, was tatsächlich auf die Aufteilung der Kolonien unter die Sieger hinauslief. Ostafrika gedachten England und Belgien zu nehmen, Südwestafrika die südafrikanische Union, Kamerun und Togo Frankreich und England. Tsingtau mit den deutschen Rechten in Schantung und die Inseln nördlich vom Aequator fielen kraft der im Herst 1914 gemachten Zusagen Japan zu, das Uebrige den Australiern; Samoa sollte an Neuseeland kommen.

Zweitens hatte Deutschland auf allen deutschen Besitz in den Gebieten der Verbündeten zu verzichten und ungeheure Geldentschädigungen an die siegreichen Staaten und deren Angehörige zu entrichten. Auch die Renten der Kriegsbeschädigten und die Unterstützungen der Familien Gefallener kamen zu seinen Lasten. Zunächst waren binnen 18 Monaten 20 Milliarden zu entrichten. Im Mai 1921 sollte Deutschland sodann erfahren, was es insgesamt zu zahlen habe. Eine commission des réparations hatte den Betrag festzustellen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands zu überwachen. An Vieh waren gefordert 90 000 Milchkühe für Frankreich, 50 000 für Belgien, ferner für Frankreich 500 Zuchthengste und 30 000 Stuten, für Belgien 200 und 5000.

Drittens sollte das deutsche Heer, wie schon erwähnt, nicht mehr auf der allgemeinen Wehrpflicht beruhen, sondern auf der Anwerbung von Söldnern, die für zwölf Jahre sich verpflichten mußten (damit nicht durch jährliche

Digitized by Google

Neueinstellung der Mannschaften unter der Hand die allgemeine Wehrpflicht doch erhalten bleibe). Die Offiziere sollten auf 25 Jahre sich verpflichten. Das Heer sollte aus 70 000 Mann zu Fuß und 30 000 Reitern mit 4000 Offizieren bestehen. Die Zahl der — nur leichten — Kanonen wurde auf 288, die der Maschinengewehre auf 1134 begrenzt; schwere Geschütze durfte Deutschland nicht haben. Der große Generalstab sollte aufgehoben, die Offizierbildungsanstalten auf das Nötigste beschränkt werden.

Viertens wurde auch die Größe der deutschen Kriegsflotte auf 6 Schlachtschiffe von der Größe der „Deutschland" oder „Lothringen" (10 000 t), 6 leichte Kreuzer (zu 6000 t), 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote bestimmt. Unterseeboote sollten keine mehr gehalten werden dürfen. Die Befestigungen von Helgoland waren zu schleifen.

Fünftens sollten die deutschen Handelsschiffe über 1600 t sämtlich, die unter 1600 bis 1000 t zur Hälfte, von den Fischdampfern ¼ ausgeliefert werden. Deutschland behielt darnach von 5,23 Millionen t nur 712 000 übrig.

Sechstens waren alle deutschen Rechte, Besitztitel und Kapitalanlagen in den Gebieten der Verbündeten, Rußland eingeschlossen, aufzugeben, und das Reich hatte die Pflicht, die dadurch betroffenen Privatpersonen zu entschädigen.

Siebtens mußte das Reich den Angehörigen der alliierten und assoziierten Mächte in allen deutschen Häfen und auf den deutschen Binnenwasserstraßen in jeder Hinsicht dieselbe Behandlung zusichern wie seinen eigenen Angehörigen. Die Elbe, von der Mündung der Moldau ab, die Oder, der Njemen, die Donau von Ulm ab wurden für international erklärt. Ihre Verwaltung wurde internationalen Ausschüssen unterstellt, in denen die Uferstaaten Deutschland, Tschechoslowakei und Polen und ferner Frankreich, England, Italien,

Digitized by Google

Belgien (Elbe), Dänemark und Schweden (Oder) Sitz und Stimme hatten. Das Ganze kam darauf hinaus, daß Deutschland über seine wichtigsten Wasserstraßen nicht mehr Herr war.

Endlich achtens wurde die Anschuldigung gegen den Kaiser erhoben, daß er aufs höchste gegen die internationale Moral und die Heiligkeit der Verträge verstoßen habe, und seine und seiner Helfershelfer Auslieferung verlangt, damit sie vor ein Gericht der fünf verbündeten Mächte gestellt werden könnten.

Als Sicherheit für die Ausführung des Friedensvertrags durch Deutschland werden die deutschen Gebiete westlich des Rheins einschließlich der Brückenköpfe durch die Truppen der alliierten und assoziierten Mächte während eines Zeitraums von 15 Jahren besetzt. Werden die Bedingungen getreulich erfüllt, so werden nach Ablauf von 5 Jahren der Brückenkopf von Köln und die Gebiete nördlich von Jülich-Euskirchen bis zur Ahrmündung geräumt, nach 10 Jahren die Brückenköpfe von Coblenz und die Gebiete nördlich des Schnittpunktes der belgischen, deutschen und holländischen Grenze bis Bacharach, nach 15 Jahren der Rest.

In Deutschland rief dieser geradezu furchtbare Friede ein Gefühl des Entsetzens hervor, und der allgemeine Schrei rang sich los: die Annahme eines solchen Schmach- und Vernichtungsfriedens ist unmöglich; er ist undurchführbar! Vor allem groß war die Erbitterung gegen Wilson, der mit seinen 14 Punkten uns in einen Hinterhalt gelockt und entweder uns absichtlich betrogen oder, weil er an Willenskraft hinter Lloyd George und Clemenceau weit zurückstand, die Durchführung seiner Punkte nicht erreicht hatte. Von den Pressestimmen über den Frieden seien folgende mitgeteilt. Der Petit Parisien behauptete, daß die 14 Punkte gewissenhaft beobachtet seien (!). Die Victoire des zum wütenden Kriegsschürer umgemauser-

Digitized by Google

ten Pacifisten Hervé schrieb: „es ist ein Friede ohne Gewalt, ohne Annexionen, ohne Eroberungen, ohne ungerechte Zerstückelung des besiegten Deutschland." Wenn der Mann nicht verrückt ist, so muß man annehmen, daß er von den Volksverhältnissen in Deutschland keine Ahnung hat. Die reaktionären Zeitungen fanden, daß Deutschland viel zu gut weggekommen sei; man hätte seine Einheit völlig auflösen müssen. Die sozialistischen Blätter führten eine andere Sprache. Der Populaire äußerte: „es ist überflüssig von Deutschland eine Meinungsäußerung über diesen Frieden zu verlangen. Man ist entschlossen, das Recht gewaltsam zu unterdrücken". Die einst von Jaurès gegründete Humanité erklärte: „es ist ein Friede der Gewalt und der Ungerechtigkeit. Kein sozialistischer Abgeordneter darf dieses Schriftstück unterzeichnen, das die Geschichte als eine verbrecherische Verletzung gegebener Versprechungen und als einen Anschlag gegen Moral und Völkerrecht bezeichnen wird. Wir fordern die Deutschen des Saargebiets auf, mit Heroismus der Gewalt und Bestechung Widerstand zu leisten und sich ihren nationalen Sinn zu erhalten. Die französischen Sozialisten werden für sie einstehen wie für alle unterdrückten Völker. Ebenso schlimm wie der Raub des Saargebiets ist der der deutschen Kolonien. Das volkreiche und arbeitsame Deutschland braucht Kolonien, wie jedes andere große Volk. Wilson hat den größten Fehler begangen, als er diesem Raub zustimmte." Die englische Arbeiterpartei erließ ein Manifest, in welchem sie gegen die Abtrennung des Saargebiets protestierte, für Elsaß-Lothringen eine Volksabstimmung verlangte, ebenso für die Teile Deutschlands, welche an Polen fallen sollten, und auch für Deutsch-Oesterreich die Selbstbestimmung als unerläßlich bezeichnete. Deutschland dürfe nicht dauernd von einem Mandat des Völkerbundes zur Verwaltung von Kolonien fern gehalten werden. Diese ungerechten Bestimmungen müßten notwendig

Digitized by Google

zu neuen Kriegen führen und sollten also gar nicht gestellt werden. Die neutrale Presse nahm denselben Standpunkt ein. Das niederländische Blatt „Het Vaterland" faßte sein Urteil in den lapidaren Satz zusammen: „Deutschland hat den Krieg verloren und Wilson den Frieden". Der Rotterdamer „Nieuwte Courant" sagte: „Zu dem Recht des Besiegten gehört auch die Pflicht, nichts anzunehmen, was ihm innerlich fremd ist und was er nicht aufrichtig erfüllen kann. Der Friedensvertrag ist gar keiner, sondern er setzt den Krieg fort. Er vernichtet die Hoffnung auf eine bessere Weltordnung; denn er zerteilt die Völker in solche erster, zweiter und dritter Klasse, in Herrschervölker, in mehr oder weniger freie und in Verstoßene. Die wahren Kriegsziele der Verbündeten waren nicht die, welche sie vorgegeben haben. Deutschland wird in seinem Gebiet verstümmelt, wirtschaftlich gebrochen und aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossen." Der Berner „Bund" erklärte: „Der Friede läßt keine Hoffnung auf Frieden aufkommen; am Tisch in Trianon haben viel Unversöhnlichkeit und wenig Verständigungswille gesessen".

Die Verbündeten suchten natürlich ihr grausames Werk auf alle Weise zu rechtfertigen. Das Hauptbeweismittel war: die Deutschen hätten den Krieg seit langem im Schilde geführt und zu der ihnen geschickt erscheinenden Zeit die ahnungslose und friedfertige Welt überfallen; sie hätten den Krieg unter Verachtung des Völkerrechts mit ausgesuchter Grausamkeit zu Wasser und zu Lande geführt und verdienten deshalb eine exemplarische Züchtigung. Diese faustdicken Lügen wurden seit Jahren systematisch durch einen mit teuflischer Planmäßigkeit geleiteten Verleumdungsfeldzug in allen Ländern verbreitet; an der Spitze stand Harmsworth, der Besitzer zahlreicher Zeitungen in England, Rußland und Amerika, dem der englische König den Titel eines Lord Northcliffe verliehen hatte. Da Deutschland von der Welt abge-

Digitized by Google

sperrt war und Northcliffe Geld hatte wie Heu, so wirkte die Verleumdung überall, und leider war das deutsche Volk und auch ein Teil des deutschen Heeres urteilslos genug, um sich von diesem Gift anstecken zu lassen, was natürlich die moralische Kraft zersetzte. Insbesondere suchten die Engländer den Raub unserer Kolonien damit zu begründen, daß sie behaupteten, wir seien teils unfähig zur Kolonisation, teils roh und grausam gegen die Eingeborenen gewesen. Dem gegenüber wurde am 11. Mai auf das Urteil des holländischen Paters van der Burgt hingewiesen, der zum Orden der „weißen Väter" gehörte und damals öffentlich erklärte: „ich kenne Deutsch-Ostafrika seit 1892; ich war bis 1913 dort ohne Unterbrechung tätig und kann mein Urteil dahin zusammenfassen: die deutsche Kolonisation ist der größte Segen für Land und Leute von Ostafrika. Dagegen haben die Engländer 1914—17 die Schuld auf sich geladen, daß in Uganda 200 000 Menschen zu Grunde gingen und ebensoviele in Nyassa. Der ehemals deutschfeindliche Pater Smulders hat mir gesagt, daß, wenn die Neger wählen dürften, sie alle für die Deutschen stimmen würden. Sie haben die Neger nämlich gut behandelt und selbst im Krieg alles, was sie von ihnen verlangten, bar bezahlt." v. Lettow-Vorbeck ist bekanntlich in seinen vierjährigen Kämpfen immer aufs treuste von den Ostafrikanern unterstützt worden, so daß sie ihm schließlich sogar nach Portugiesisch-Afrika folgten, und 117 Kameruner Häuptlinge haben, obwohl sie sich in der Gewalt der Engländer und Franzosen befanden, gebeten, daß man sie unter der deutschen Herrschaft lasse. Der König von Jaunde, Karl Atangana,, erklärte im Oktober 1919 dem Madrider Blatt el Dia: „ich habe in Berlin studiert. Ich liebe die Deutschen; sie haben meinem Lande die Zivilisation gebracht und uns stets mit Achtung und Liebe behandelt."

Die deutsche Abordnung hatte natürlich den Wunsch und

Digitized by Google

die Hoffnung, daß es ihr ermöglicht werde, über die Friedensbedingungen mit den Gegnern mündlich zu verhandeln, wie das dem Herkommen gesitteter Völker entspricht und wie das Bismarck im Januar und Februar 1871 mit Favre und Thiers so gehalten hatte. Bei mündlichen Verhandlungen kommt man sich schließlich menschlich näher und kann seine Gedanken in wirksamer Weise zur Geltung bringen. Die patentierten Vorkämpfer der Menschlichkeit und Zivilisation verfuhren auch in diesem Falle anders. Von vornherein wurde jede Verhandlung von Mann zu Mann abgelehnt und aller Gedankenaustausch lediglich auf den schriftlichen Weg verwiesen; zur Empfangnahme der deutschen Schriftstücke wurde der „Generalsekretär der Friedenskonferenz" Dutasta bestimmt. Unter diesen Umständen hätten die Deutschen ruhig daheim bleiben können und wären dann einer ausgesucht kalten, kränkenden Form der Absperrung von aller Welt enthoben gewesen, wären auch um die Steinwürfe gekommen, mit denen ihre Wagen bei der Abreise von Vertretern der ritterlichsten Nation der Welt bedacht wurden. Dem Grafen v. Brockdorff-Rantzau blieb unter solchen Umständen nichts übrig, als gegen die unerhört harten Forderungen, welche die deutsche Nationalversammlung am 12. Mai in einer im Lesesaal der Berliner Universitätsbibliothek abgehaltenen Sitzung einstimmig als unannehmbar bezeichnete, schriftliche Einsprache zu erheben und diese Einsprache am 28. Mai in einer Anzahl vorzüglich abgefaßter Schriftstücke zu begründen. Darin war die schnöde Vergewaltigung, welche in der Losreißung von Millionen Deutscher vom Vaterland lag, gebührend ins Licht gestellt, nicht am mindesten bezüglich des Saargebietes, dessen zynische Vergewaltigung auch im ganzen neutralen Ausland, ja selbst in französischen und englischen Kundgebungen (s. oben) mit Abscheu festgestellt wurde. „Die Grenzen des Gebiets sind so gezogen, daß es weit über das Kohlen-

Digitized by Google

vorkommen hinausgreift und außer diesem umfangreiche Forsten, zahlreiche Kalkwerke, Glashütten und sonstige sehr lohnende, z. T. weltberühmte Industrien umfaßt ... Die Abtretung wäre ungerecht. Der Wiederaufbau der nordfranzösischen Bergwerke wird allerhöchstens nach 10 Jahren beendet sein. Der jährliche Förderausfall, zu dessen Deckung Deutschland verpflichtet ist, wird nach der Angabe der französischen Regierung selbst in den ersten Jahren äußerstenfalls 20 Mill. t pro Jahr erreichen. Die Kohlenvorräte der nordfranzösischen Gruben sind durch die Zerstörung überhaupt nicht vermindert worden. In den Saargruben sind mit Sicherheit über 11 Milliarden t Kohlen nachgewiesen, einer Menge, die ungefähr für 1000 Jahre ausreicht. Frankreich würde also durch die Eigentumsübertragung dieser Bergwerke das Hundertfache dessen erreichen, was es selbst als das Höchstmaß seiner berechtigten Forderungen bezeichnet. Um dies durchzuführen, stellt der Friedensentwurf eine Forderung, durch die ein deutsches Gebiet vom Deutschen Reich losgerissen wird. Es gibt keinen Industriebezirk in Deutschland, dessen Bevölkerung so bodenständig, so einheitlich und so wenig „komplex" ist, wie die des Saarreviers. Unter den mehr als 850 000 Einwohnern waren 1918 noch nicht 1000 Franzosen. Seit mehr als 1000 Jahren (seit dem Vertrag von Meersen im Jahr 870) ist das Saargebiet deutsch. In einem Zeitraum von 1048 Jahren hat Frankreich das Land im ganzen noch nicht 68 Jahre besessen. Als im ersten Pariser Frieden 1814 ein kleiner Teil des jetzt begehrten Gebietes bei der Grenzfestsetzung für Frankreich behalten wurde, erhob die Bevölkerung dagegen schärfsten Widerspruch und verlangte die Wiedervereinigung „mit ihrem deutschen Vaterlande, mit dem sie durch Sprache, Sitten und Religion verwandt sei". Auch heute ist die Gesinnung der Bevölkerung ebenso deutsch wie vor 100 Jahren." Bezüglich Elsaß-

Digitized by Google

Lothringens wurde darauf verwiesen, daß 87% der Einwohner Deutsche seien, und eine Volksabstimmung verlangt, da sonst diese Frage auch weiterhin eine Quelle des Völkerhasses bilden würde. Bezüglich Oberschlesiens wurde betont, daß es seit 1163 außer jedem Zusammenhang mit dem polnischen Reich sei und daß bei den Wahlen zum Reichstag von 1912 die Polen 93 029 Stimmen erhielten, die Deutschen aber 210 000. Die neuesten Vorschriften gestatteten den Eltern in Oberschlesien zu bestimmen, ob sie ihre Kinder in deutscher, polnischer oder mährischer Sprache unterrichten lassen wollten. Es haben sich nicht ganz 22% für den Unterricht in nicht deutscher Sprache erklärt. In Westpreußen (das fast ganz verloren gehen sollte) leben 744 000 Deutsche und nur 580 000 Polen und Kaschuben; vollends wirtschaftlich, sozial und kulturell ist die deutsche Bevölkerung der polnischen und kaschubischen weit überlegen. Die Abtretung Westpreußens würde Ostpreußen völlig vom Deutschen Reiche trennen; dies würde ebenso wenig mit dem Wilsonschen Programm übereinstimmen wie mit den Lebensnotwendigkeiten der kerndeutschen Bevölkerung Ostpreußens und des übrigen deutschen Volkes. Soweit westpreußische und posensche Gebietsteile übrigens unzweifelhaft polnisch besiedelt seien, sei Deutschland bereit, sie an Polen abzutreten. Die Preisgabe der rein deutschen Hansastadt Danzig und ihrer ebenfalls rein deutschen Umgebung stehe im schroffsten Gegensatz zu allen von Wilson gegebenen Zusicherungen. Selbst die Polen bestreiten nicht ernstlich, daß Danzig stets deutschen Charakter gehabt habe. Brockdorff erklärte die Bereitwilligkeit, den Polen in Danzig einen Freihafen und damit den von Wilson geforderten gesicherten Zugang zum Meere einzuräumen. In Memelgebiet wohnen 68 000 Deutsche und 54 000 Litauer, welch letztere aber evangelisch seien und abgesehen von einer kleinen Gruppe vom Anschluß an das katholische Litauen nichts wissen

Digitized by Google

wollen; Memel selbst sei eine rein deutsche Stadt. Schleswig sei in Wilsons 14 Punkten gar nicht genannt; wenn Deutschland sich mit einer Abstimmung einverstanden erkläre, so geschehe es, weil es das Selbstbestimmungsrecht der Völker anerkenne; die Abstimmungsbezirke müßten aber anders gestaltet werden. Kiautschau und die Rechte in Schantung war Deutschland bereit aufzugeben, aber unter Entschädigung für öffentliches und persönliches Eigentum. Endlich erbot sich die deutsche Regierung, die Riesensumme von 100 Milliarden Gold als Entschädigung zu zahlen, falls das deutsche Gebiet nicht verkleinert und also Deutschlands Leistungsfähigkeit nicht vermindert werde. 20 Milliarden sollten bis zum 1. Mai 1926 entrichtet werden, die restlichen 80 Milliarden in unverzinslichen Jahresbeträgen. Diese Beträge sollten einen bestimmten Prozentsatz der deutschen Reichs- und Staatseinnahmen ausmachen, der dem früheren Friedensbudget nahekommen werde, und der deutsche Steuerzahler sollte — wie das die Verbündeten in aller Form im Friedensentwurf vorschrieben — nicht weniger belastet sein, als der des höchstbelasteten in der Wiedergutmachungskommission vertretenen Staats.

Inzwischen wurden weitere Stimmen aus den verbündeten Ländern bekannt, welche der deutschen Regierung bei ihrer Abwehr des Vertrags zu Hilfe kamen. Der französische Schriftsteller Mayeras schrieb in der Vérité: „Der Vertrag über das Saargebiet ist ein höllischer Vertrag. Frankreich verlangt Kohlen, will aber nach Wiederaufbau seiner Kohlenwerke das Land selbst behalten. Die Einwohner sollen französisch bleiben, wenn Deutschland den Preis für die Bergwerke nicht in sechs Monaten bezahlen kann, und man bereitet Maßregeln vor, um die Bevölkerung dem Schein nach für Frankreich stimmen zu lassen. Der Vertrag ist aber auch dumm, weil Frankreich, wenn er durchgeht, nie wird seine

Digitized by Google

Rüstungen einschränken können. Durch ihn wird das Leben Europas mehr vergiftet als durch Bismarck." Die Londoner Daily News erklärten: „der Vertrag ist unausführbar, weil Deutschland, wenn man ihm 20% seiner Nahrungsmittel, 30% seiner Kohlen und 70% seiner Erze wegnimmt, unmöglich leben und gar noch Schulden abzahlen kann. Das ist die Ansicht britischer Fachmänner." Der italienische Secolo äußerte am 21. Mai: „Die Bedingungen sind von einer kaum zu überbietenden Schärfe. Ihre Verwirklichung ist gleichbedeutend mit Deutschlands Vernichtung; die finanziellen Forderungen sind überhaupt nicht zu erfüllen. Italien hat die Gelegenheit verpaßt, durch einmütigen Protest ein in der Geschichte fortlebendes Beispiel hoher Auffassung von Freiheit zu geben." Das Mitglied der amerikanischen Friedensabordnung, Bullitt, richtete folgendes Schreiben an Wilson: „ich bin einer von den Millionen, die rückhaltlos Ihrer Führung vertrauten und glaubten, daß Sie nichts Geringeres wollten als den dauernden Frieden der Welt auf der Grundlage restloser Gerechtigkeit. Aber die Regierungen haben sich nun entschlossen, die leidenden Völker der Welt neuen Unterdrückungs- und Zerstückelungsangriffen auszusetzen und ein neues Jahrhundert der Kriege zu eröffnen. Ungerechte Beschlüsse wie die über Schantung, Tirol, Ungarn, Ostpreußen, Danzig, das Saarbecken und die Preisgabe wichtiger Häfen führen unvermeidlich zu neuen Zusammenstößen. Meiner Ueberzeugung nach ist der durch den vorliegenden Entwurf geschaffene Völkerbund viel zu machtlos, um diese Kriege zu verhindern. Deshalb ist es Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten, zum Besten ihres Volkes und zum Glück der Menschheit die Unterschrift und die Gutheißung des ungerechten Vertrags durch Nichtbeitritt zum Völkerbund und damit ein engeres Verhältnis zu Frankreich zu verweigern. Es ist nur allzu bekannt, daß Sie sich selbst am meisten den

Digitized by Google

ungerechten Abmachungen widersetzten und daß Sie ihnen nur unter dem stärksten Druck beipflichteten. Trotzdem geht meine Ueberzeugung dahin, daß Sie, wenn Sie den Kampf offen statt hinter verschlossenen Türen ausgefochten hätten, die öffentliche Meinung der Welt auf Ihrer Seite gehabt hätten und in die Lage versetzt worden wären, allen Ansinnen, mit welchen Sie nicht einverstanden waren, zu widerstehen." Ferner veröffentlichte der englische „nationale Friedensrat" am 21. Mai ein Manifest, in dem es hieß: „wir verwerfen den Vertrag, weil er dem republikanischen und revolutionären Deutschland eine Behandlung widerfahren läßt, wie sie einem militärischen und hohenzollerischen Deutschland gegenüber nicht schlimmer hätte sein können, und das trotz der vielen Erklärungen während des Kriegs, daß die Verbündeten nicht gegen das deutsche Volk kämpfen, sondern gegen eine militärische und imperialistische preußische Tyrannei." Endlich erklärte die französische Confédération du travail am 28. Mai mit allen Stimmen gegen 2 Enthaltungen, daß der Friedensentwurf eine Verneinung des Selbstbestimmungsrechts der Völker sei, verkappte Einverleibungen vornehme und den Völkerbund verleugne. Die französischen Arbeiter verpflichten sich gemeinsam mit den Arbeitern anderer Völker und durch eigenes Vorgehen einen wirklichen Völkerfrieden zu erreichen.

Alles half aber nichts. Die Belgier besetzten schon am 26. Mai eigenmächtig Moresnet, Eupen, Herbestal und Rören, und ohne Rücksicht auf die deutsche Staatshoheit versuchte am 1. Juni der frühere Staatsanwalt Dorten in Wiesbaden eine rheinische Republik auszurufen, welche aus der Rheinprovinz, Rheinhessen, Nassau und Birkenfeld bestehen sollte, und ein Chemiker Haaß mit 20 Spießgesellen unternahm es gleichzeitig in Landau „die freie Republik Pfalz" zu gründen — alles mit offener oder verhüllter Unter-

Digitized by Google

stützung des französischen Generals Mangin. Haaß wurde aber, als er in Speyer das Gleiche versuchte, vom Volk schwer mißhandelt und mußte weggetragen werden. Die Zentrumsabgeordneten zur Nationalversammlung Kastert und Kuckhoff, welche der Ablösung der Rheinprovinz von Preußen das Wort redeten und dabei von der Kölnischen Volkszeitung unterstützt wurden, mußten ihre Mandate niederlegen, und die Regierung strengte gegen Dorten und Haaß das Hochverratsverfahren an. Die Köln. Volksz. erklärte in ihrer Wochenausgabe vom 16. Oktober: „im allgemeinen haben die Hohenzollern ihren Beruf darin gesehen, den Protestantismus zu fördern und der katholischen Kirche das Wasser abzugraben." Das war der Dank für Friedrich Wilhelm IV., dem der Ausbau des Kölner Doms verdankt wird, und für Wilhelm II., der Maria Laach herstellte, die katholische Fakultät und die katholische Geschichtsprofessur in Straßburg schuf und den Katholiken die dormitio Mariae in Jerusalem schenkte. Es ist von Interesse zu wissen, daß in den Regierungsbezirken Köln, Aachen, Trier und in der Pfalz abgegeben wurden bei der Wahl zur Nationalversammlung für das Zentrum 1 178 680 Stimmen, für die andern Parteien 901 717; diese Parteien lehnten aber die Abtrennung mit der größten Entschiedenheit ab. Alle diese Vorgänge waren ein Beweis, daß die Franzosen auf Umwegen das zu erreichen suchten, was ihnen direkt nicht geglückt war, die „Ausschaltung des preußischen Einflusses am Rhein," die Errichtung ihres eigenen Einflusses an dessen Stelle, und daß auf wesentliche Zugeständnisse hinsichtlich der Friedensbedingungen nicht zu rechnen war. Daß dem wirklich so war, ergab die am 16. Juni nachmittags 4 Uhr überreichte Antwort der Verbündeten auf die deutschen Vorschläge vom 28. Mai. Darin wurden fast alle Forderungen aufrecht erhalten; nur in Oberschlesien sollte eine Volksabstimmung über das künf-

Digitized by Google

tige Schicksal des Landes stattfinden. Danzig sollte nicht direkt an Polen fallen, sondern mit seiner Umgebung ein selbständiger Freistaat werden. Polen sollte aber den Hafen Danzigs mit allen Docks und Kais erhalten, wodurch es natürlich Gelegenheit erhielt, seine Hand doch auf die Stadt zu legen. Ueberdies sollte Danzig in das polnische Zollgebiet aufgenommen und seine auswärtige Politik von Polen besorgt werden. Endlich in Schleswig wurde die Abstimmung in einem ursprünglich angesetzten dritten südlichen Streifen fallen gelassen, wo sie ohnehin ein für Deutschland günstiges Ergebnis gehabt hätte.

Die Antwort der Entente war in den rauhsten Ausdrücken abgefaßt und lautete, daß Deutschland am Kriege schuldig sei und deshalb die strengste Strafe verdiene. Wie oft war während des Kriegs die Versicherung zu hören gewesen, so lang es galt uns einzulullen und zu zermürben, daß der Krieg nicht dem deutschen Volke gelte. Auch Wilson hatte das z. B. am 2. April 1917 laut und deutlich in die Welt hinausgerufen, was vor ihm Asquith, Lord Robert Cecil, Winston Churchill gesagt hatten: „mit dem deutschen Volk haben wir keinen Streit. Wir hegen ihm gegenüber kein anderes Gefühl als das der Sympathie und Freundschaft. Wir haben nicht den Wunsch es irgendwie zu schädigen oder zu benachteiligen, sondern nur seiner unverantwortlichen Regierung bewaffneten Widerstand zu leisten." Nun lag offen am Tage, was alle diese Redensarten wert waren. Das Kabinett Scheidemann, dessen Haupt ausgerufen hatte: „die Hand soll verdorren, die diesen Frieden unterschreibt," trat am 21. Juni zurück, darunter der Minister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rantzau und der Finanzminister Dernburg, der den nationalliberalen bzw. deutsch-demokratischen Schiffer abgelöst hatte. Das neue Ministerium, welches für Unterzeichnung des Friedens

Digitized by Google

war, bestand aus 7 Sozialdemokraten und 4 vom Zentrum; die deutsch-demokratische Fraktion verweigerte ihren Eintritt in dieses Ministerium. Die Sozialdemokratie stellte den Reichskanzler Bauer, die Minister des Auswärtigen Müller, des Innern David, der Ernährung Robert Schmidt, der Wirtschaft Wissell, der Arbeit Schlicke, des Kriegeswesens (wie bisher) Noske. Das Zentrum besetzte die Finanzen mit Erzberger, den Schatz mit Mayer-Kaufbeuren, die Posten mit Giesberts, das Kolonialamt mit Bell. Am 22. Juni begann die Verhandlung über Annahme oder Ablehnung des Friedens in der Nationalversammlung, und es war klar, daß ihr das eine so schwer fiel als das andere. Für die Annahme sprach die vollständige Wehrlosigkeit Deutschlands, die Gewißheit, daß die Verbündeten alsbald nach Ablauf des Stillstandes am 23. Juni ins Innere des Reiches vorrücken würden, die Gefahr der Zerrüttung der deutschen Einheit durch die fremde Besatzung, die Möglichkeit einer noch größeren Verschärfung der ohnehin so harten Bedingungen. Für die Ablehnung sprach vor allem die Unerträglichkeit der finanziellen und wirtschaftlichen Forderungen, die einfach nicht erfüllbar, in ihrer Wirkung vernichtend waren; die Schmach einer Auslieferung des Kaisers, seiner Heerführer und Ratgeber an die haßerfüllten Gegner; die Hoffnung, daß bei zäher Weigerung die Gegner schließlich doch durch die Stimme des neutralen Auslands und die Friedenssehnsucht ihrer eigenen Völker genötigt werden würden einzulenken. In dieser Hinsicht hat Scheidemann am 11. September in einer zu Kassel gehaltenen Rede dunkle Andeutungen gemacht, als ob ein solches Nachgeben nicht unwahrscheinlich gewesen sei. Die Sozialdemokraten beider Richtungen und das Zentrum waren für die Annahme; die Deutsch-Demokraten waren in ihrer großen Mehrheit, die deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen geschlossen für Verwerfung. Der ursprüngliche Antrag der bei-

Digitized by Google

den ministeriellen Fraktionen lautete: „Die Nationalversammlung billigt die Haltung der Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Friedensvertrags"; d. h. sie ist für Annahme, aber unter Ablehnung des Zugeständnisses der Schuld Deutschlands und der Auslieferung des Kaisers, seiner Heerführer und Räte. Da aber die Unabhängigen diese Klauseln nicht vertreten wollten und ohne sie die Mehrheit nicht sicher schien, wurde der Antrag dahin abgeändert: „Die Nationalversammlung ist mit der Unterzeichnung des Friedens einverstanden." So wurde er mit 237 gegen 138 Stimmen angenommen; 5 Abgeordnete enthielten sich. Vom Zentrum stimmten 13 Bayern unter Führung des „Bauernkönigs" Georg Heim mit Nein, von den Demokraten 7 mit Ja, darunter der frühere Vizekanzler v. Payer. Als das Ende des Stillstandes herankam, vollführten die deutschen Seeleute, welche die Besatzung unserer an den Feind auszuliefernden, in Scapa Flow auf den Orkneyinseln bewachten Flotte bildeten, auf Weisung des Admirals v. Reuter, der die Ablehnung des Friedens und den Wiederausbruch des Kriegs für sicher hielt, eine herrliche Tat. Sie öffneten die Lucken ihrer Schiffe und versenkten diese unter wehenden Fahnen, um sie nicht in die Hände des Feindes übergehen zu lassen. Nur das Schiff Baden wollte nicht sinken; auf Strand gesetzt wurden 3 leichte Kreuzer und 18 Zerstörer. Selbst britische Seeleute erkannten an, daß die Deutschen recht gehandelt hätten und sie selbst im gleichen Fall es nicht anders gemacht hätten. „Ich kann nicht anders, schrieb der Marineschriftsteller Pollen, als die Tapferkeit der deutschen Seeleute bewundern. Wir haben im Krieg nur ein deutsches Schiff erbeutet, das Unterseeboot C 35. In der deutschen Flotte herrscht immer noch die Ueberlieferung, sich nicht zu ergeben. Ihr kriegerischer Geist war immer ungeheuer." Ein ähnliches Ereignis spielte sich am 23. Juni in Berlin ab. Ein Trupp

Digitized by Google

Gardereiter holte die 1813—14 und 1870—71 erbeuteten französischen Fahnen aus dem Zeughaus und verbrannte sie vor dem Denkmal Friedrichs des Großen, damit sie nicht den Feinden ausgeliefert würden.

Die Regierung teilte ihre Bereitschaft den Frieden anzunehmen nach Versailles mit dem Zusatz mit, daß sie damit nicht anerkenne, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei, und daß sie die Verpflichtungen der Artikel 227—230 (Auslieferung des Kaisers usw.) nicht auf sich nehme. Als aber die Verbündeten auf der bedingungslosen Annahme des Friedens bestanden, ermächtigte die Nationalversammlung am 23. Juni mit derselben Mehrheit wie Tags zuvor, ohne namentliche Abstimmung, die Regierung zu unterzeichnen. Der Reichskanzler Bauer erklärte: „wehrlos ist nicht ehrlos. Gewiß, die Gegner wollen uns an die Ehre; daran ist kein Zweifel. Aber daß dieser Versuch der Ehrabschneidung einmal auf die Urheber selbst zurückfallen wird, daß es nicht unsere Ehre ist, die bei dieser Welttragödie zu Grunde geht, das ist unsere Hoffnung bis zum letzten Atemzug." Dem Wunsch der Mehrheit gemäß erkannten die Redner der mit Nein stimmenden Parteien Schiffer, Schultz-Bromberg und Heinze die vaterländische Gesinnung der Mehrheit ausdrücklich an. Um 4 Uhr 40 Minuten nachmittags ging folgendes Telegramm an den Gesandten v. Haniel nach Versailles: „Durch einen Gewaltakt wird die Ehre des deutschen Volkes nicht berührt. Sie nach außen hin zu verteidigen fehlt dem deutschen Volk nach den entsetzlichen Leiden der letzten Jahre jedes Mittel. Der übermächtigen Gewalt weichend und ohne ihre Auffassung über die unerhörte Ungerechtigkeit der Friedensbedingungen aufzugeben, erklärt deshalb die Regierung des Deutschen Reichs, daß sie bereit ist, die von den alliierten und assoziierten Regierungen auferlegten Friedensbedingungen zu unterzeichnen." Brockdorff-Rantzau richtete

Digitized by Google

damals ein besonderes Schreiben an Ebert, in dem es hieß: „ich bin von Versailles in der zuversichtlichen Hoffnung zurückgekehrt, mit meiner Politik zu einem Erfolg zu kommen, wenn das deutsche Volk hinter mir stand und bereit war, die schweren Gefahren, mit denen die Feinde uns einzuschüchtern versuchten, auf sich zu nehmen. Der Regierung erscheint es bei dem seelischen Zustand unseres schwer geprüften Volkes unmöglich, den Einsatz zu wagen. In dieser Lage wird ein andrer Mann, welcher die Bedingungen nicht so stark verworfen hat als ich, besser am Platze sein."

Die Pariser waren voll Siegesjubel, je unbequemer sie die Unsicherheit empfunden hatten, ob die Deutschen auch wirklich ganz mürbe seien oder ob man nochmals Krieg führen müsse. Vor der großen Oper sang Frau Chehal die Marseillaise; die Menge stimmte in den Kehrreim ein. Am Invalidendom feuerte eine Batterie in Anwesenheit Clemenceaus eine Salve ab; der Kardinal Erzbischof Amette befahl mit allen Glocken zu läuten. Clemenceaus Home libre schrieb: „die Deutschen sind so tief gesunken, daß sich vorerst niemand mit ihnen an einen Tisch setzen kann." Dagegen erklärte die (einst von Jaurès geleitete) Humanité: „Wir verurteilen aufs schärfste diesen Gewaltfrieden, der nicht im Interesse Frankreichs liegen kann. Die Völker haben geglaubt, daß Wilson seine Versprechungen wahr machen könne. Er ist aber heute besiegter als der preußische Imperialismus. Wir lehnen alle Verantwortung des Volks für diesen Gewaltfrieden ab, der für Frankreich selbst gefährlich ist, und erwarten allein von der Weltrevolution die Errettung der Menschheit." Marcel Sembat, der Führer der Sozialisten, rief den Verbündeten zu: „wir beschwören euch, nicht dem deutschen Volk den Gedanken aufzuzwingen, daß es den mörderischen Folgen dieses Vertrags nur entrinnen könne, indem es sich zu einem neuen Krieg vorbereitet."

Digitized by Google

Die förmliche Unterzeichnung des Friedens konnte nunmehr auf 28. Juni anberaumt werden. Sie fand natürlich wieder im Spiegelsaal zu Versailles statt, um den Deutschen die Erinnerung an den Tag der Kaiserproklamation gründlich zu verekeln. An dem großen Tisch saß in der Mitte Clemenceau, rechts von ihm Wilson und die Vertreter von Italien, Belgien, Griechenland, Polen, Portugal, Rumänien, der Tschechoslowakei, Siam, Hedschas, Kuba und China, links Lloyd George, die Vertreter der vier englischen dominions Südafrika, Kanada, Australien, Neuseeland, dann die von Japan, Brasilien, Bolivia, Uruguay, Peru, Panama, Nicaragua, Liberia, Honduras, Haïti, Guatemala, Ecuador. Deutschland war vertreten durch den Minister des Auswärtigen Hermann Müller (von der Sozialdemokratie) und dem der Kolonien Bell (vom Zentrum). Zusammen also 30 „verbündete und assoziierte" Nationen gegen das eine Deutschland. China verweigerte in letzter Stunde die Unterzeichnung, weil es den Uebergang der deutschen Rechte in Schantung auf Japan nicht annehmen wollte. Der General Smuts, der in Ostafrika gegen v. Lettow-Vorbeck gekämpft hatte, erklärte in der Konferenz: „ich habe den Frieden (für Südafrika) gezeichnet, weil es notwendig ist den Krieg zu beendigen. Aber ich glaube nicht, daß dieser Vertrag uns den wahren Frieden gibt, den die Völker erhofft haben. Es gibt Gebietsbestimmungen in diesem Vertrag, welche geändert werden müssen. Es sind Bürgschaften vorgesehen, welche nicht zu dem neuen friedlichen Willen und dem Zustand der Entwicklung unserer ehemaligen Feinde passen. Strafmaßregeln sind vorgesehen, von welchen man am besten nicht spricht. Es sind Bestimmungen getroffen, welche der industriellen Wiedergeburt Europas erheblichen Schaden tun. Die Vernichtung des Militarismus wird nur dem Feind auferlegt; sie würde aber eine Wohltat vor allem für die Alliierten sein."

Digitized by Google

Die Humanité urteilte: „nach wenigen Wochen des Kampfes hat Wilson dem Imperialismus freie Bahn gelassen. Das mit großen Worten verkündete Recht der Völker auf Selbstbestimmung ist ebenso mißachtet worden wie nach dem 30jährigen Krieg und wie 1815." Und Wilson selbst wagte in seiner Antwort auf den Trinkspruch Poincarés beim Festmahl nicht mehr von Recht und Gerechtigkeit zu sprechen, sondern äußerte: „Es muß nicht bloß ein Volk, das einmal Uebles tat (das taten natürlich nur die Deutschen!), bestraft werden, sondern alle müssen eine Warnung erhalten, daß sie bei entsprechendem Verhalten ebenso behandelt werden." Abermals der Weltschulmeister, der gerade denen nicht predigt, bei denen es am angezeigtesten wäre. Das „Exekutivkomité des Freistaats Elsaß-Lothringen" richtete an den Generalsekretär des Völkerbundes in Genf eine Kundgebung, in der es hieß: „zum dritten Mal in unserer Geschichte werden wir, ohne unsern eigenen Willen bekunden zu dürfen, der Willkür des starken Nachbars preisgegeben. Kein Friede ist möglich, ehe die geschändeten Rechte und Freiheiten wieder hergestellt, der Grundsatz der Nationalität und der unabhängige Bestand der kleinen Staaten anerkannt ist. So haben die alliierten Großmächte England, Frankreich, Italien in einer Note an die Neutralen gesagt. Da ihre Ehre an diese erhabene Erklärung gebunden ist, so ist es unmöglich, Elsaß-Lothringen unter irgend einem Vorwand von der Anwendung dieses Grundsatzes auszuschließen. Wir verlangen daher, daß der Nationalitätsgrundsatz, wie er den Polen, Tschechen und Südslawen zugestanden worden ist, auch auf uns Anwendung finde. Wir verlangen einmütig und entschlossen das freie Recht der Selbstbestimmung. Wir werden uns niemals den Folgen von Tatsachen unterwerfen, deren Urheber wir nicht sind. Wir werden dem Joch, das sich uns auf den Nacken legt, unsern trotzigen und unbeugsamen ale-

Digitized by Google

männischen Nacken entgegenstemmen und auch in der tiefsten Demütigung uns treu bleiben. Wir wenden uns gegen den Artikel 54 des Friedens, nach welchem dem elsaß-lothringischen Volk, ohne vorher gefragt zu werden, durch ein französisches Gesetz vom 11. November 1918 die französische Staatsangehörigkeit mit Gewalt aufgezwungen worden ist. Kein ehrlicher Elsaß-Lothringer will heute noch französisch werden. Auch die 200 Jahre unter französischer Herrschaft konnten uns nicht verwelschen. Der am 9. November 1918 in Straßburg ausgerufene Freistaat Elsaß-Lothringen bildet die einzige Grundlage, auf der wir national und wirtschaftlich ein unabhängiges Leben zum Wohl des Volkes führen können." Es handelte sich hier natürlich zunächst um Offiziere ohne Mannschaften, da Frankreich seit Mitte November seine schwere Hand auf Elsaß-Lothringen gelegt hatte und dort jede selbständige Regung niederhielt. Die angebliche deutsche Gewaltherrschaft seit 1871 war dem neueren Zustand gegenüber eine Periode vollster Freiheit. Die Wirkungen blieben aber nicht aus; selbst französische Blätter konnten die Tatsache nicht verhehlen, daß die Stimmung im Lande, die Mitte November überwiegend franzosenfreundlich war, sich sehr verschlechterte und „lieber deutsch als französisch!" bei vielen der Grundton wurde.

Natürlich blieben alle solche Stimmen, zunächst jedenfalls, ohne Wirkung, und die Nationalversammlung in Weimar erteilte am 9. Juli mit 208 gegen 115 Stimmen (Deutschnationale, deutsche Volkspartei, die Mehrheit der Deutschdemokraten) ihre Zustimmung zur Anerkennung der Unterschrift vom 28. Juni. Der deutschnationale Antrag, daß man die Anerkennung nur unter der Bedingung ausspreche, daß Artikel 227—30 einem Völkergerichtshof unterbreitet und die Schuldfrage durch einen neutralen Gerichtshof gelöst

Digitized by Google

werde, wurde gegen die Antragsteller und einen Teil der deutschen Volkspartei abgelehnt, weil er die energische Stellungnahme gegen die Ungeheuerlichkeit des Friedens nur verwische, und der Zentrumsführer Gröber meinte die Deutschnationalen beschuldigen zu dürfen, daß sie mit ihrem Antrag nur ihre Parteisuppe kochen wollten.

Während der Verhandlungen mit Deutschland war auch schon mit Oesterreich in St. Germain verhandelt worden. Der Staatskanzler Renner, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, hatte sich auf eine Aufforderung der Verbündeten mit einer Abordnung im Mai dort eingefunden, aber auch lange warten müssen, bis ihm Eröffnungen gemacht wurden. Erst am 2. Juni erhielt er den Wortlaut der Bedingungen, der durchaus auf den Ton des deutschen Friedens gestimmt war: kalt und erbarmungslos. Von dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen war auch hier nur zu Gunsten der Slawen die Rede, der Tschechen und Südslawen, die von den Verbündeten schließlich als Glieder ihres eigenen Bündnisses anerkannt worden waren. Die Deutschen wurden ohne Rücksicht auf ihre Nationalität, ohne daß ihnen eine Willensäußerung gestattet worden wäre, auseinander gerissen. Die Deutschen in Böhmen, in Mähren und Schlesien, etwa 3 Millionen Menschen, wurden dem tschechoslowakischen Staat zugeteilt, der auf die Kohlenflöße Nordböhmens, die Steuerkraft und die geistige Rührigkeit dieser Bevölkerung nicht verzichten wollte. Südtirol bis zum Brenner hinauf mit den urdeutschen Städten Bozen und Meran sollte an Italien fallen; die Heimat Walthers von der Vogelweide, des deutschesten Dichters, den es je gegeben hat, liegt künftig in welschem Bereich. Italien erhielt die Küste vom Isonzo an, Triest, Istrien und die dalmatinischen Inseln, nicht aber Fiume, das Wilson trotz der Italien von seinen Verbündeten gemachten Versprechungen dem südslawischen Staat zuge-

Digitized by Google

wiesen haben wollte. Die Deutschen in Südsteiermark und Kärnten wurden gleichermaßen zu einem erheblichen Teil dem süd- oder „jugoslawischen" Staat überwiesen; Klagenfurt, wo unter 25 000 Menschen nur 600 Slowenen waren, sollte verslawt werden; ebenso Villach, wo unter 19 300 nur 57 slowenisch waren, Marburg, wo 1911 bei den Wahlen 4736 deutsche und nur 340 slowenische Stimmen abgegeben worden waren. Von 262 kärntnischen Gemeinden hatten 1918 bei einer Umfrage nicht weniger als 238 die Angliederung an den zu gründenden jugoslawischen Staat abgelehnt; nur 24 Gemeinden hatten sich für ihn ausgesprochen, und doch gab es in Kärnten 71 gemischte Gemeinden! Der Staatskanzler erhob gegen alle diese Forderungen energische Einsprache; von über 10 Millionen Deutschen blieben ja nur 6—7 Millionen für den deutsch-österreichischen Staat übrig, der sich fast ganz auf die Alpenländer beschränkt sah. Der Anschluß an das deutsche Reich wurde unbedingt untersagt. Nicht minder hart waren die finanziellen Bedingungen. Die „Nachfolgestaaten" der Tschechen und Jugoslawen sollten an den Kriegskosten keinen Teil haben, diese also den Deutsch-Oesterreichern, einem starken Drittel der Gesamtbevölkerung, aufgebürdet werden. Wegen der Verhinderung des Zusammenschlusses mit dem deutschen Reich trat der Minister des Auswärtigen, der Sozialist Otto Bauer, Ende Juli zrück, und Renner übernahm zunächst sein Amt. Auf seine Vorstellungen an Clemenceau erfolgte nach einer nochmaligen Beratung des „obersten Rates" der Verbündeten am 2. September die Uebermittlung der endgültigen Friedensbedingungen durch den „Generalsekretär der Friedenskonferenz" Dutasta, mit einer Frist von fünf Tagen, die um zwei Tage gestreckt wurde. In dem Begleitschreiben Clemenceaus hieß es, daß das deutschösterreichische Volk den Krieg stürmisch begrüßt habe und die Habsburger die Vorherrschaft der Deut-

Digitized by Google

schen und Magyaren über die andern Völker aufrecht zu erhalten bemüht gewesen seien. Deshalb müsse Deutschösterreich als feindlicher Staat betrachtet werden, zum Unterschied von den andern Völkern. Demgemäß wurde von den Verbündeten theoretisch die Rechtsnachfolge Deutschösterreichs gegenüber der alten Monarchie festgehalten, im Einzelnen aber dann doch die Folgen dieses Satzes gemildert oder ganz beseitigt. In den Gebietsfragen wurde der Klagenfurter Gegend eine Abstimmung in der Weise zugestanden, daß ein nördlicher und ein südlicher Bezirk abgeschieden wurden; Radkersburg und die Gemeinden links der Mur wurden bei Steiermark belassen; Marburg aber verblieb den Südslawen. Die Nationalversammlung in Wien gab am 6. September mit 97 gegen 23 Stimmen der sog. „Großdeutschen" ihre Zustimmung zu dem Frieden, aber unter Einsprache gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volks und unter Charakterisierung des Friedens als national ungerecht, politisch verhängnisvoll und wirtschaftlich undurchführbar. Mindestens 3½ Millionen Deutsche in Böhmen, den Sudeten und den Alpen seien von ihrem Volk getrennt, ein schneidendes Schwert durch das Herz des Tiroler Volkes gestoßen. Zum Schluß wurde ausgesprochen, daß das deutsche Volk Oesterreichs vom Völkerbund, als dessen Glied es für sein Recht weiter kämpfen werde, Abhilfe erhoffe. Das Volk Deutsch-Oesterreichs — die Verbündeten ließen ihm nicht einmal diesen Namen, sondern nur den Namen Oesterreich.

An dritter Stelle kam der Friede mit Bulgarien. Er wurde am 18. September der bulgarischen Abordnung, die in Neuilly wartete, mitgeteilt und bestimmte, daß Bulgarien im Norden gegen Rumänien die Grenzen von 1913 behalten, im Westen und Süden aber ganz Thrakien — welchen alten Namen man wie den von Makedonien wieder hervorholte — an das serbo-kroatisch-slowenische Königreich und an

Digitized by Google

Griechenland abtreten sollte, d. h. das Land ungefähr zwischen Mariza und Struma. Bulgarien verlor also sein Gebiet am ägäischen Meer; es wurde ihm nur der Zutritt zum Hafen Dedeagatsch gesichert. Den nationalen Minderheiten wurde Schutz zugesagt. Bulgarien sollte an die Sieger die Summe von 2½ Milliarden Franken als Kriegsentschädigung bezahlen, in Jahresbeträgen, so daß die ganze Summe bis 1. Juli 1958 getilgt sein sollte; auch hatte es eine gewisse Menge Vieh abzuliefern und als Ersatz für die Beschädigungen der serbischen Kohlengruben fünf Jahre lang je 50 000 t Kohlen an Serbien abzugeben. Das bulgarische Heer wurde auf 20 000, mit dem Landjägerkorps auf 30 000 Mann beschränkt. Ein Ausschuß der Verbündeten sollte in Sofia sich niederlassen; er sollte aus je einem Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens bestehen, eine Liste der bulgarischen Einkünfte aufstellen und, falls Bulgarien seinen Pflichten nicht nachkomme, die Aufsicht über alle Steuern und Einkünfte ausüben. Da Widerstand nicht möglich war, so unterwarf sich Bulgarien diesen Forderungen.

Der Friedensschluß mit der Türkei wurde dadurch über den Jahresschluß hinaus verzögert, daß über die Teilung der Beute die Sieger sich nicht verständigen konnten.

Auch nach den Friedensschlüssen ist ein wirklicher Friede nirgends eingekehrt. Namentlich gegenüber von Deutschland wurde der Austausch der Bestätigungsurkunden unglaublich lange verschleppt, und inzwischen ging die Bedrohung des wehrlosen Nachbars namentlich durch Frankreich weiter. Weil Artikel 62 der Reichsverfassung den Anschluß Deutschösterreichs vorsah und ihm einstweilen beratende Stimme im Reichsrat zubilligte, verlangte der oberste Rat die förmliche Abschaffung dieses Artikels, widrigenfalls der Einmarsch der alliierten Truppen in Deutschland erfolgen werde. Der Hinweis der deutschen Regierung, daß nach Art. 178 der Verfas-

Digitized by Google

sung die Bestimmungen des Friedens von Versailles durch die Verfassung nicht berührt würden, ließen die Machthaber nicht als genügend gelten, und durch besonderes in Versailles unterzeichnetes Protokoll vom 22. September mußte der Deutsch-österreich betreffende Teil von Art. 62 für null und nichtig erklärt werden. Obwohl die Verbündeten am 28. August versprochen hatten, den Frieden, um die Leiden des Krieges zu vermindern, bezüglich der Freigabe der Gefangenen vorzudatieren, begannen doch nur die Engländer und Amerikaner sofort mit der Heimsendung der Gefangenen; die Franzosen verschoben sie unter dem Vorwand, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfülle, von Monat zu Monat. Am 28. September verlangte der General Nudant plötzlich in barschem Ton, daß das Baltikum von den deutschen Truppen geräumt werde, während die Verbündeten früher gerade deren Bleiben zur Abwehr der Bolschewisten gefordert hatten; um einen Druck auf die deutsche Regierung auszuüben, wurde die deutsche Schiffahrt auf der Ostsee, abgesehen von der Hoheitszone, verboten. Die deutsche Regierung tat, was sie konnte, um durch Rückzugsbefehl und durch Sperrung von Nachschub, Zufuhr und Sold die Truppen zur Rückkehr zu bewegen; der General v. d. Goltz wurde durch General v. Eberhard ersetzt und die Widerspenstigen mit Entziehung des Reichsbürgerrechts bedroht; ein gemischter Ausschuß wurde zur Klarstellung der Lage eingesetzt. Endlich wurde Mitte Dezember durch die Vollendung des Rückmarsches diese Frage erledigt.

Die Versenkung der deutschen Flotte in Scapa Flow sollte laut Forderung der Entente vom 1. Nov. mit Ablieferung von 400 000 t (= $^1/_3$ des Gesamtvorrats) an Baggern, Kranen, Schleppern und Schwimmdocks gut gemacht werden. Gleichzeitig wurde verlangt, daß die deutsche Regierung ein Protokoll unterzeichne, welches alle von Deutschland noch nicht erfüllten

Digitized by Google

Waffenstillstandsbedingungen aufzählte und den Verbündeten das Recht zu militärischen Zwangsmaßnahmen vorbehielt. Dadurch sollte das Damoklesschwert auch im Frieden über Deutschland aufgehängt bleiben. Die deutsche Regierung suchte zunächst, indem sie die Verantwortlichkeit für Scapa Flow den Verbündeten zuschob, den Streitfall vor ein Schiedsgericht zu bringen. Die Verbündeten lehnten das ab, ließen sich aber am 8. Dezember zu einer freilich sehr gewundenen Zusicherung herbei, daß militärische Maßnahmen zunächst nicht vorgenommen werden sollten und daß nach dem Inkrafttreten des Friedens die Erfüllung der in dem Protokoll vorgesehenen Ersatzpflichten durch die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrags sowie durch die allgemein anerkannten Methoden (des Völkerrechts) geregelt werden sollten. Die 400 000 Tonnen sollten abgeliefert, dann aber geprüft werden, ob die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands die Rückgabe eines Teils des abgelieferten Materials notwendig mache. Damit erklärte sich Deutschland am 15. Dezember aus bitterer Not einverstanden, und durch Verhandlungen deutscher Sachverständiger in Paris wurde eine Herabminderung auf etwa $^2/_3$ der Forderung erzielt. Die Anfangs November vorgenommenen oberschlesischen Gemeindewahlen, wobei die Polen auf dem platten Land die Mehrheit erlangten, wurden vom Viererrat für null und nichtig erklärt, da Deutschland in Oberschlesien zunächst nichts mehr zu sagen habe. Die Auslieferung der Gefangenen vor Austausch der Friedensurkunden lehnte Clemenceau am 25. November in brutalem Ton ab, während Engländer und Amerikaner ihre Gefangenen bis dahin fast sämtlich freigelassen hatten. Im Westen waren lange die Zollgrenzen offen und Schmuggel und Schieberei blühten; erst am 15. November war es möglich, dieses Loch zu schließen und den Zolldienst an der neuen Grenze herzustellen.

Digitized by Google

II.

Das Werk der Nationalversammlung.

Die Revolution vom 9. November stürzte Deutschland lange Monate in schwere innere Erschütterungen, über die im dritten Kapitel berichtet werden soll. Durch diese Erschütterungen wurde auch die Wahl einer deutschen Reichs- oder, wie man in 1848er Nachäffung des französischen Namens sagte, Nationalversammlung, die von den Revolutionsmännern zugesagt war, aufs äußerste in Frage gestellt. In den Arbeiter- und Soldatenräten zeigte sich unter dem Einfluß der Süßigkeit des Herrschens und der materiellen Vorteile des Herrschens das Bestreben, den eingenommenen Posten zu behaupten, statt des „überwundenen", „bourgeoismäßigen" Parlamentarismus die „Diktatur des Proletariats", die „Räterepublik" aufzurichten, und die Kommunisten oder Spartakisten predigten das Evangelium von der alleinseligmachenden Kraft dieser Staatsform. Trotzdem wurden, da die Mehrheitssozialisten denn doch von einer solchen Verleugnung demokratischer Grundsätze nichts wissen wollten, am 19. Januar die Wahlen zur Nationalversammlung nach dem Verhältniswahlsystem in großen Wahlkreisen vorgenommen; Württemberg und Hohenzollern bildeten z. B. einen einzigen Wahlkreis. Alle Männer und Frauen, die 20 Jahre alt waren, hatten das Stimmrecht. Das Ergebnis war, daß 163 Mehrheitssozialisten und 22 Unabhängige gewählt wurden; zusammen also 185 Sozialdemokraten. Da die Franzosen Wahlen in Elsaß-Lothringen, das laut Artikel 51 des Friedens vom 11. November 1918 an unter französischer Staatshoheit stand, nicht zuließen, so betrug die Zahl der Abgeordneten 421 statt 433. Es fehlten also den Sozialisten zur Mehrheit 36 Mann. Die bürger-

Digitized by Google

liche Mehrheit bestand aus 42 von der Deutschnationalen Volkspartei (wie sich die Konservativen jetzt nannten), 21 von der Deutschen Volkspartei (Nationalliberalen), 88 von der christlichen Volkspartei (Zentrum), 75 Deutschen Demokraten (Fortschrittliche Volkspartei und ein sehr großer Teil der Nationalliberalen). Dazu kamen noch 10 Wilde (4 Welfen, 4 vom bayerischen Bauernbund, 1 holsteinischer Bauerndemokrat und ein Braunschweiger Mittelständler). Die Gesamtstimmenzahl belief sich für die Sozialdemokratie auf 11 509 048 = 37,9%, für die Unabhängigen auf 2 317 290 = 7,6%, für die christliche Volkspartei auf 5 980 216 = 19,7%, für die Deutschdemokratische Partei auf 5 641 825 = 18,5%, für die Deutschnationale Volkspartei auf 3 121 479 = 10,3%, für die Deutsche Volkspartei auf 1 345 838 = 4,4%. Berlin wählte 5 Mehrheitssozialisten, 4 Unabhängige, 2 Demokraten (darunter Naumann), 1 Konservativen, 1 Nationalliberalen (Professor Kahl), 1 vom Zentrum. Stimmen erhielten in Berlin die Mehrheitssozialisten 365 514, die Unabhängigen 275 915, die Demokraten 163 445, die Konservativen 92 374, die Nationalliberalen 54 370, das Zentrum 51 021. In Waldkirch in Baden stimmten Männer und Frauen getrennt ab; dabei bekam das Zentrum die Stimmen von 570 Männern und 1076 Frauen, die Sozialisten 552 und 282. In Bruchsal erhielt bei ebenfalls getrennter Abstimmung das Zentrum 1251 Stimmen von Männern und 2216 von Frauen, die Sozialdemokratie 1504 und 993. In Köln, wo bei der Stadtverordnetenersatzwahl auch Frauen und Männer getrennt abstimmten, würden ohne Frauenstimmrecht die Sozialisten 51 Sitze erhalten haben statt 43, das Zentrum 37 statt 49, die Unabhängigen 8 statt 1. (Schwäb. Merkur 21. Okt. 1919.) Man kann daraus einen Schluß ziehen, wem das Frauenstimmrecht in katholischen Gegenden genützt hat. Der sozialistische „Volksfreund" bemerkte denn auch giftig: „Das

Digitized by Google

Zentrum ist die Partei der Betschwestern und der politisch völlig unreifen Frauen und Mädchen". Woraus sich ergibt, daß die sozialistischen Frauen und Mädchen natürlich dem Volksfreund zufolge alle völlig politisch reif sind. Noch mag verzeichnet werden, daß in dem westfälischen Ort Buer-Hassel bei den Wahlen 550 sozialistische Stimmen abgegeben wurden, 173 für das Zentrum, 86 für die Polen und 60 für die Konservativen, zus. 319 bürgerliche Stimmen. Als bald darauf eine Eingabe für den Religionsunterricht in der Schule zur Unterschrift herumging, unterschrieben dafür 703 Personen, für die religionslose Schule 179. Daraus sieht man, daß 77% der Abstimmenden den Religionsunterricht verlangten und daß die große Mehrheit der Sozialdemokraten auf dieser Seite stand.

Die Nationalversammlung wurde wegen der Berliner Unruhen nicht in die Reichshauptstadt berufen, sondern nach dem ruhigeren Weimar, wo sie in dem Theater, vor dem das Doppelstandbild Goethes und Schillers von Rietschels Meisterhand steht, ihre Sitzungen abhielt. Zum Präsidenten wurde zunächst der Mehrheitssozialist David mit 374 Stimmen gegen 25 gewählt. Am 11. Februar wurde dann die Wahl eines vorläufigen Reichspräsidenten vorgenommen. Sie fiel mit 277 gegen 102 Stimmen auf den „Reichskanzler" Ebert, der 1871 in Heidelberg geboren war und vom einstigen Sattlergesellen nun zum ersten Mann in Deutschland emporstieg. 49 Stimmen fielen auf den deutschnationalen Grafen Posadowsky; 51 enthielten sich. Zunächst wurde eine Notverfassung angenommen, nach der der Reichspräsident ein Ministerium ernennen und dieses einstweilen das Erforderliche vorkehren sollte. Ebert übertrug das Ministerpräsidium seinem Parteigenossen Scheidemann (geb. 1865), der seine Mitarbeiter aus der Mehrheit des 19. Juli 1917, der Sozialdemokratie, der Demokratie und dem Zen-

Digitized by Google

trum, entnahm. Die Mitglieder führten während ihrer Amtszeit den Titel Exzellenz und hießen Reichsminister. Vom Zentrum gehörten dem Kabinett an Bell (Kolonien), Erzberger (ohne Geschäftszweig), Giesberts (Posten), von den Demokraten Graf v. Brockdorff-Rantzau (Aeußeres), Preuß (Inneres), Schiffer (Finanzen), der zugleich Vizepräsident des Kabinetts war, Gothein (ohne Geschäftszweig). Die Sozialdemokratie stellte Bauer (Reichsarbeitsamt), Wissell (Reichswirtschaftsamt), Robert Schmidt (Reichsernährungsamt), Landsberg (Reichsjustizamt), Noske (Landesverteidigung) und David (ohne Geschäftszweig). Zusammen ergab dies 14 Minister; dazu erhielt der Leiter des Demobilmachungsamtes Oberst Köth Sitz im Ministerium, aber keine Stimme.

Bei den Erörterungen über die neue Lage erklärte der Zentrumsführer Gröber: „man darf künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen; wir haben ein Koalitionsministerium. Wir sind stets Anhänger der Demokratie gewesen; trotzdem mißbilligen wir die Revolution, weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der regelmäßigen demokratischen Fortentwicklung war. Die Revolution vom 9. November hat uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne die Revolution hätten wir längst den Frieden." Den Standpunkt der Sozialisten legte Scheidemann so dar: „Die Souveränität des deutschen Volks, welche der 9. November verkündigt hat, ist stabiliert wie auf einem Felsen von Erz. (Beabsichtigte Anleihe bei Friedrich Wilhelm I.) Wir sind im Krieg unterlegen, weil zehn schließlich immer stärker sind als einer. Als das erkannt wurde, fiel es wie eine Binde von den Augen des Volks. Daß es die Kraft besaß, in diesem Augenblick die alte Gesellschaft zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin sehe ich die beste Bürgschaft für die Zukunft." Wozu zu bemerken ist,

Digitized by Google

daß nach sonstigen Versicherungen die Mehrheitssozialdemokratie die Revolution nicht gewünscht hat, diese vielmehr nach Plan und Ausführung ein Werk der Unabhängigen war, die sich dessen ebenso rühmten wie der Unterminierung des Heeres. Im Oktober 1919 hat aber Scheidemann freilich im „Vorwärts" zugegeben, daß auch er auf die Revolution hinarbeitete.

Bei einer Erörterung am 20. Februar sagte der Justizminister Landsberg: „es liegt mir fern, einen so schwer heimgesuchten Mann wie den deutschen Kaiser jetzt zu verletzen, dessen reine Absichten ich anerkenne. Aber mit 60 Jahren umzulernen war er nicht in der Lage; einer freiheitlichen Verfassung hätte er sich niemals gebeugt. Was das deutsche Volk ruinierte, war der Dämon Uebermut." Man könnte wohl mit mehr Recht den Dämon Landesverrat nennen.

Am 21. Februar genehmigte die Nationalversammlung einstimmig den Zusammenschluß mit Deutsch-Oesterreich. Am 28. Februar wurde auf Grund eines von Preuß ausgearbeiteten Verfassungsentwurfes über das Schulwesen beschlossen, daß es nur unter der Aufsicht des Staats stehe, daß der Religionsunterricht ein ordentliches Lehrfach sei und den Kirchen bei seiner Ausgestaltung das Recht der Mitwirkung zustehe. Da in Braunschweig, Mecklenburg und Hamburg Vergewaltigungen der Kirchen stattfanden, so richtete die deutschnationale Fraktion am 11. März eine Anfrage an die Regierung, die natürlich beschwichtigend antwortete. Sehr gut sprachen aus diesem Anlaß der Antragsteller Arnstadt, sein Fraktionsgenosse Lic. theol. Mumm, Professor Mäusbach-Münster vom Zentrum und der Demokrat Weiß-Nürnberg, der warm für die Kirche eintrat. Aus den mitgeteilten Tatsachen heben wir hervor, daß die radikalen Sozialisten in

Digitized by Google

Braunschweig am Weihnachtsfest eine „antichristliche Kinderversammlung" abgehalten hatten.

Die Beratung über Sozialisierung führten am 17. März zu einer Kraftprobe. Der Hauptausschuß schaltete in den Text des Art. 163, der von der Pflicht jedes Deutschen zur Betätigung seiner geistigen und körperlichen Kräfte zum Wohl der Gesamtheit handelt, die Worte ein: „unbeschadet seiner persönlichen Freiheit". Die Unabhängigen schlugen vor „unbeschadet der Berufswahl". Die Mehrheitssozialisten pflichteten dem bei; da aber die bürgerliche Mehrheit geschlossen für die Fassung des Ausschusses stimmte, so ging sie durch. Zweitens wurde bei Enteignungen eine „angemessene Entschädigung" mit 165 gegen 135 Stimmen zugesichert. Endlich beantragten die Demokraten die gemeinschaftliche Herstellung von Gütern auf den Fall des Bedürfnisses zu beschränken; hier verhalf aber das Zentrum den Sozialisten zur Ablehnung des Zusatzes. „Die Sozialisierung" wurde zunächst auf dem Gebiet der Kohlenbergwerke in Angriff genommen; der Ausschuß beantragte, das private Kapital an Kohlen ganz zu enteignen, gegen Entschädigung, und die Kohlenförderung und Verteilung einem Kohlenrat von 100 Mitgliedern zu unterstellen. Davon sollten 25 der Betriebsleitung angehören, 25 den Arbeitern, 25 den Verbrauchern und 25 vom Reich ernannt werden. Das Gesetz ging durch. Ueber die Sozialisierung der Elektrizität s. unten.

Am 27. März sagte der ostpreußische Sozialist Schulz: „wir hätten gewünscht, daß auch ohne die Gewaltsamkeiten der Revolution dem Tüchtigen freie Bahn geschaffen worden wäre. Sobald sie aber einmal da war, galt es für uns sie den Interessen des deutschen Volkes dienstbar zu machen." Winnig, der eine Zeitlang Kommissar im Osten war und im September Oberpräsident von Ostpreußen wurde, schrieb anfangs April in der „Glocke": „Die

Digitized by Google

feige Nachgiebigkeit gegenüber populären Schlagworten ist das Erbübel unserer Partei. So jetzt gegen das Verlangen, die Arbeiterräte in der Verfassung zu verankern, was die Revolution in Permanenz erklären heißt; denn die andern Klassen werden sich einer solchen Bevormundung nicht fügen. Wir müssen dann aufhören uns eine demokratische Partei zu nennen ... Es ist beschämend und empörend, wenn man täglich sehen und hören muß, wie sich die reife politische Erfahrung dem faseligen Geschrei des Novemberhaufens unterwirft und wie sehr der Mannesmut vor Fürstenthronen, der eine vorrevolutionäre Tugend war, vor diesem Geschrei ins Gegenteil umschlägt." In das gleiche Kapitel gehört es, daß der Unabhängige Eduard Bernstein am 24. April in Berlin bei einer Versammlung der Eisenbahnarbeiterräte erklärte: „Das Rätesystem ist ein Rückfall in die erste Form der Arbeiterbewegung. Es gehört ein Wunderglaube dazu zu meinen, daß es die Gewerkschaften ersetzen könne. Die Arbeiter zu Besitzern der Fabrik zu machen ist kein Sozialismus, sondern ein kleinbürgerlicher, anarchistischer Gedanke. Geht die Erzeugung zurück, so helfen die höchsten Löhne nichts. In Rußland kommt ein neuer Militarismus und ein neuer Kapitalismus. Es ist leicht zu zertrümmern, aber schwer, aufzubauen."

Die große Finanznot des Reiches zwang die Regierung, deren Vorsitz seit dem 21. Juni wegen des Schmachfriedens von Scheidemann (s. unten) auf Bauer übergegangen war, und in der Erzberger als Nachfolger Dernburgs die Finanzen verwaltete, am 28. Juni wieder mit neuen Steuerentwürfen heranzutreten. 1) wurde von dem 1918 erzielten Mehreinkommen über 3000 Mark eine außerordentliche Kriegsabgabe vorgeschlagen, die mit dem Betrag des Mehreinkommens von 5% (bei 10 000 Mark) auf 50% steigen sollte. 2) Der seit 31. Dezember 1913 erzielte Ver-

Digitized by Google

mögenszuwachs sollte in der Weise besteuert werden, daß die 1916 und 1917 bezahlten Beträge abgezogen werden dürften. Diese Steuer sollte damit abgeschlossen sein. 3) Eine sog. Rayonsteuer sollte auf Bodenumsätze im Festungsbereich gelegt werden. 4) Die Erbschaftssteuer wurde bis zu 80% im Fall sehr entfernter Beziehungen des Erblassers zum Erben erhöht. 5) Eine Grundwechselsteuer wurde auf 4% beim Umsatz eines Grundstückes bemessen. 6) Die Tabaksteuer wurde unter Verwendung von Steuerzeichen in 22 Stufen abgestuft; für 1000 Stück Zigarren 8 Mark. 7) Die Zuckersteuer wurde von 14 Mark für 100 kg auf 30 erhöht. 8) Die Zündwarensteuer sollte 3 Pfg. für eine Schachtel von 30—60 Zündhölzern betragen. 9) Eine Vergnügungssteuer traf Tanzunterhaltungen, Konzerte, Vorträge (unentgeltliche wie bezahlte), Sportaufführungen. 10) Der Kartenstempel wurde von 30 Pfg. auf 2 Mark erhöht, für Spiele von 24—48 Karten. Die Steuervorlagen wurden nach einer Abmachung im Plenum an den Ausschuß verwiesen. Im Plenum wurden angenommen und dann verkündet das Gesetz über die Aufhebung der Devisenordnung; an deren Stelle das Gesetz über die Kapitalflucht, das alle Zahlungen nach dem Ausland an die Vermittlung von Banken bindet, diese selbst aber von dem Gesetz befreit und damit das Gesetz nur beschränkt wirksam macht; das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für 1919, das über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs und das über die Erbschaftssteuer.

Am 3. Juli kam die Fahnenfrage zur Verhandlung. Die Annahme der roten Fahne durch das Reich wurde gegen die Stimmen der Unabhängigen abgelehnt. Ebenso fiel der Antrag der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei (denen sich ein Teil der Demokraten und des Zentrums anschlossen) auf Beibehaltung von Schwarz-Weiß-Rot mit 190

Digitized by Google

gegen 110 Stimmen. Zur Annahme gelangte der Vergleichsantrag Gröber-Quarck: „Die Reichsfarben sind Schwarz-Rot-Gold; die Handelsflagge ist Schwarz-Weiß-Rot mit Schwarz-Rot-Gold in der Ecke." Dafür stimmten 211, dagegen 89. Der Beschluß ist aufs tiefste zu bedauern; die ruhmvollen Farben, unter denen unsere Heere vier Jahre lang siegten und fast zwei Millionen deutscher Krieger fielen, die am Skagerrak wehten, wurden preisgegeben, weil, wie mir v. Payer sagte, die Massen eine Kluft aufrichten wollten zwischen dem alten System, das sie belogen und betrogen habe, und dem neuen, und weil man durch Weigerung einen Bürgerkrieg riskieren würde. Ochlokratie war also Trumpf!

Am 8. Juli entwickelte Erzberger sein Finanzprogramm vor dem Reichstag. Vor dem Krieg erhoben das Reich 2 Milliarden, die Einzelstaaten und Gemeinden 3 Milliarden Steuern; zusammen 5 Milliarden. Nach dem Friedensschluß stellt sich der Reichsbedarf auf 17½, der der Einzelstaaten und der Gemeinden auf 6 Milliarden; zusammen 23½. Das Einkommen des Reichs muß also um 900%, das der Einzelstaaten und der Gemeinden um 100% vermehrt werden. Vor dem Krieg hatten wir 2 Milliarden Reichseinnahmen; während des Kriegs wurden 4 Milliarden dazu gefügt; die am 28. Juli geforderten Steuern sollen 1,2 Milliarden abwerfen; es blieben noch 10 Milliarden zu decken. Das soll erreicht werden durch Vermögenseinzug (sog. Reichsnotopfer) und Umsatzsteuer. Die Sozialisierung, erklärte Erzberger, ist zum Teil vollzogen durch das Steigen der Löhne und das Sinken des Geldwertes; ein Telegraphenarbeiter bezieht heute 7800 Mark; ein Kapitalist, der 100 000 Mark besitzt, nimmt nur 6000 (?) Mark ein. Die ungeheuren Erfordernisse sind allein durch unermüdliche Arbeit zu beschaffen. Diese Mahnung Erzbergers wurde schon längst von allen verantwortlichen Stellen immer dringender erhoben;

Digitized by Google

das Echo waren leider fortwährende Ausstände und immer neue Lohnforderungen, welche die Preise aller Waren und Lebensmittel beständig neu in die Höhe trieben, und darauf erschienen selbstverständlich wieder neue Lohnansprüche, eine Schraube ohne Ende! Als Erzberger, um die Kapitalflucht ins Ausland zu verhindern, die Abstempelung der Banknoten ankündigte, erhoben die Sachverständigen so erhebliche Einwände, daß der Plan am 27. August fallen gelassen wurde. Die deutsche Valuta, Ende Juli in Zürich noch 33 Rappen für die Mark, sank infolge dieses Planes auf 20, schließlich am 17. September auf 16 Rappen, in Genf auf 15. Im Haag galten 100 Mark damals noch 8,75 holländische Gulden. Vgl. S. 78.

Eine gewaltige Aufregung entstand in der Nationalversammlung am 25. Juli, da Erzberger behauptete, daß der Reichskanzler Michaelis im September 1917 ein englisches Friedensangebot, das der päpstliche Nuntius in München Pacelli am 30. August 1917 übermittelt habe, glatt abgelehnt und dadurch die Fortdauer und schließlich das traurige Ende des Krieges verschuldet habe. Zunächst stand die ganze Versammlung und die ganze Welt unter dem Eindruck einer Enthüllung, welche angesichts der gegenwärtigen Lage Deutschlands der deutschen Regierung von 1917 eine schwere Schuld auflade. Aber bald ergab sich durch die Erwiderung des früheren Reichskanzlers und das Bekanntwerden der englischen Antwort auf die Friedensmahnung Benedikts XV. vom 1. August 1917, in deren Verfolg Pacelli am 30. August an den Reichskanzler schrieb, daß von einem englischen Friedensangebot, ja auch nur einem Friedensfühler, gar nicht die Rede sein könnte. Michaelis hat, als ihm die Note des Nuntius am 8. September zukam, am 11. sofort einen Kronrat veranlaßt, in welchem in engstem Anschluß an

den bekannten Reichstagsbeschluß vom 19. Juli 1917 als Voraussetzung des Friedens Rückgabe unserer Kolonien, Absehen von Kriegsentschädigungen auf beiden Seiten und Unterbleiben eines Wirtschaftskriegs nach dem Kriege gefordert wurden. Die oberste Heeresleitung erklärte zwar, daß die Preisgabe der flandrischen Küste in vielen Kreisen schmerzlich empfunden werden würde und die Besetzung Lüttichs auf absehbare Zeit zum Schutz des deutschen Industriegebiets als notwendig bezeichnet werden müsse; aber sie machte aus diesen Punkten auch keine unbedingten Forderungen, an denen der Friede hätte scheitern müssen, und der Kaiser entschied sich für die Zusage der völligen Herstellung der Unabhängigkeit Belgiens, das allerdings kein englischer Vasallenstaat und künftiges Aufmarschgebiet gegen uns sein, sondern wirklich auch nach der Seite der Entente unabhängig dastehen sollte. Man konnte vom deutschen Standpunkt und angesichts der damaligen Kriegslage weniger doch kaum verlangen. Die deutsche Ansicht leitete Michaelis allerdings nicht durch Vermittlung des Vatikans an unsere Gegner, weil er dabei Ausplauderungen an und durch Erzberger befürchtete, sondern wandte sich an Spanien. Der Erfolg war gleich Null. Die englische Regierung verlangte, wie ihr Schreiben an den Gesandten beim Papst Grafen Salis zeigt, nicht bloß die völlige Herausgabe Belgiens, sondern auch Wiedergutmachungen und Bürgschaften dafür, daß Deutschland seine Greuel nicht wiederhole, d. h. klipp und klar ausgedrückt, unsere Wehrlosmachung, genau wie später in Versailles. Der englische Gesandte beim Vatikan wurde angewiesen, sich in den Schriftenaustausch zwischen dem Papst und den Mittelmächten nicht zu mischen — ein Verhalten, das so ablehnend und kühl bis ans Herz hinan war als nur möglich. Der französische Minister Painlevé, der im August 1917 am Ruder war, sagte am 28. Juli im Echo de Paris, daß ihm

Digitized by Google

von einem damals erfolgten englisch-französischen Friedensvorschlag nichts bekannt sei, und Ribot, der Ministerpräsident jener Tage, hat damals nach London geschrieben, daß Frankreich dem vatikanischen Schritte sich nicht anschließen könne und von England natürlich das Gleiche erwarte. Während der öffentlichen Erörterung des Falles nahm der frühere österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Czernin das Wort, indem er am 27. Juli aus Gundelsee schrieb, daß der von ihm für die beiden Kaiser und den Reichskanzler v. Bethmann Hollweg verfaßte Geheimbericht vom 11. April 1917, in welchem er einen Frieden mit Opfern für unbedingt geboten erklärte, Erzberger von einer nicht verantwortlichen Seite (d. h. dem Kaiser Karl) übergeben und von Erzberger bona fide nicht als geheim behandelt worden sei (weil der Kaiser ihm nur Verschweigen seines Namens auferlegte). So sei der Bericht (den Erzberger in einer Fraktionssitzung des Zentrums verlesen hat) zur Kenntnis der Entente gekommen; die Folgen könne man sich denken. (Graf Wedel, der deutsche Botschafter in Wien, hatte schon vorher den Sachverhalt ebenso dargestellt und erhielt dafür Czernins Bestätigung.) „Das Ganze, fuhr Graf Czernin fort, ist nur ein Glied in einer ganzen Kette unverantwortlicher Nebenpolitik, deren Gänge ich erst ein Jahr später entdeckte und welche meinen Rücktritt veranlaßten." Diese Dinge führten zu der Anklage gegen Erzberger, daß er die einzige Friedensmöglichkeit, welche im Frühjahr 1917 infolge des Unterseebootskriegs und des drohenden Abfalls von Rußland bestand, vereitelt habe.*) Namentlich der frühere Staatssekretär des Reichsfinanz-

*) Der General Smuts hat bekanntlich mitgeteilt, daß angesichts der kolossalen Versenkungsziffern des Unterseebootskriegs Lloyd George und Ribot im März 1917 bereit waren, nach Rom zu fahren und mit Orlando die Zurücksteckung der Pflöcke der Kriegsziele zu beraten. Italien sollte offenbar Oesterreich durch Nachgiebigkeit zum Abfall bestimmen. In dieser Lage wurde der Entente Czernins Geheimbericht bekannt und änderte die ganze Stimmung.

Digitized by Google

amtes, Karl Helfferich, griff in der Kreuzzeitung Erzberger, der ihn in der Nationalversammlung „den leichtfertigsten aller Finanzminister" genannt hatte, unter diesem Gesichtspunkt und wegen persönlicher Unwürdigkeit aufs schärfste an und erzwang schließlich im Oktober 1919 eine gerichtliche Klage gegen sich, wodurch er Erzberger moralisch zu vernichten und unschädlich zu machen hoffte. Die Verhandlung dieser Klage ist aber im Jahr 1919 nicht mehr vorgenommen worden. Die Frankfurter Zeitung gab ihre Ansicht dahin ab, daß Erzberger durch den Lärm über den verpaßten Frieden die öffentliche Aufmerksamkeit von den persönlichen gegen ihn gerichteten Angriffen habe ablenken wollen. In der französischen Presse wurde geltend gemacht, daß man den geheimen Bericht Czernins nicht nötig gehabt habe, um die verzweifelte Lage Oesterreichs und infolge davon auch Deutschlands zu kennen, und daß es deshalb töricht gewesen wäre, sich auf Friedensverhandlungen einzulassen. Dem steht aber bis zu einem gewissen Grade Smuts Angabe entgegen. Der neue Minister des Auswärtigen Hermann Müller teilte am 28. Juli in der Nationalversammlung mit, daß Spanien die von Michaelis erbetene Vermittlung zwar abgelehnt, aber doch in London „den Wunsch der hochgestellten Persönlichkeit in Berlin" mitgeteilt habe. England habe darauf unsere Bedingungen zu wissen begehrt, seine eigenen aber nicht bekannt gegeben, und die Erfolge im Kampf in Flandern hätten die Siegeszuversicht der Engländer erhöht. Hindenburg sei damit einverstanden gewesen, daß diejenigen, welche bei uns zu große Forderungen stellten, davon abzubringen seien, und Belgien bloß durch wirtschaftliche Bande und eine vorübergehende Besetzung der Maaslinie mit Deutschland verknüpft werden solle; für die erste Zeit nach dem Frieden hielt er gewisse militärische Sicherungen allerdings für notwendig. Aus dem Berliner Lokalanzeiger vom

Digitized by Google

28. September 1917 ergibt sich, daß Erzberger mit der Haltung von Michaelis damals einverstanden war und „sich hinter die Regierung stellte". Am 25. Juli 1919 dagegen griff er sie wegen sträflicher Vereitelung der Friedensmöglichkeit von 1917 leidenschaftlich an. Das Ergebnis ist für ihn, obwohl General v. Deimling anfangs August ihm einen anerkennenden Brief wegen seines Eintretens für den Frieden schrieb, sehr ungünstig und für Michaelis durchaus entlastend. Wir konnten im September 1917 nur einen solchen Frieden haben, wie ihn damals kein Mensch (außer vielleicht den Unabhängigen; vielleicht selbst diese nicht) angenommen hätte, mit Einbuße von Elsaß-Lothringen, Zahlung von großen Strafgeldern und der Herabsetzung unserer militärischen und wirtschaftlichen Widerstandskraft. Wir haben das schließlich annehmen müssen; aber erst, nachdem jede Möglichkeit des Widerstandes erschöpft und unsere Ehre gerettet war — abgesehen von dem, was durch die Revolution und die Zerrüttung des Heeres an Ehre verloren ging.

Das Hauptwerk der Nationalversammlung war die Durchberatung des Preuß'schen, allerdings durch die Einzelstaaten schließlich erheblich in seinen unitarischen Zielen beschnittenen, Verfassungsentwurfs. Er wurde am 31. Juli mit 262 gegen 75 Stimmen der deutschnationalen und der deutschen Volkspartei angenommen. Am 11. August wurde die Verfassung unterzeichnet; am 13. trat sie in Kraft, und am 21. August, an welchem Tag die Nationalversammlung sich bis zum 30. September vertagte, erfolgte in Weimar die feierliche Vereidigung des vorläufigen Reichspräsidenten Ebert auf die Verfassung.

Sie enthält auf 45 Druckseiten 181 Artikel und zerfällt in zwei Hauptteile (Aufbau und Aufgaben des Reichs; Grund-

Digitized by Google

rechte und Grundpflichten der Deutschen) und in zwölf Abschnitte.

I. Der erste Abschnitt des ersten Hauptteils handelt vom Reich und den Ländern (welcher Ausdruck statt „Staaten" gewählt wurde, um das der Verfassung eigentümliche scharfe Streben nach dem Einheitsstaat deutlich hervortreten zu lassen). Art. 1. Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Art. 6. Das Reich hat die ausschließliche Gesetzgebung über die Beziehungen zum Ausland, das Kolonialwesen, die Staatsangehörigkeit, die Wehrverfassung, das Münzwesen, das Zoll-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen. Art. 7. Es hat die Gesetzgebung über das gesamte Recht, das Gerichtswesen, Paßwesen, Armensachen, Presse, Vereine, Versammlungen, Bevölkerungssachen, Gesundheitswesen, Arbeitsverhältnisse, Enteignung, Vergesellschaftung von Naturschätzen, den Handel, Maß und Gewicht, Gewerbe, Bergbau, Versicherungswesen, Seeschiffahrt, Binnenschiffahrt, Fischerei, Eisenbahnen, Theater und Lustspiele, sowie (Art. 8) über alle von ihm in Anspruch genommenen Abgaben. Art. 10. Das Reich kann auch über die Rechte und Pflichten der Religionsgesellschaften, über das gesamte Schulwesen, das Bodenrecht und die Bestattung Vorschriften aufstellen. Art. 11. Es kann Grundsätze über die Zulässigkeit und Erhebungsart von Landesabgaben aufstellen; gegen Landesgesetze über Vergesellschaftung steht dem Reich nach Art. 12 ein Einspruch zu. Art. 13. Reichsrecht bricht Landesrecht. Art. 15. Die Reichsregierung übt die Aufsicht in den Angelegenheiten aus, in denen das Reich das Gesetzgebungsrecht hat. Art. 17. Jedes Land muß eine freistaatliche Verfassung haben. Die Volksvertretung muß in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von allen reichsdeutschen Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Landesregie-

Digitized by Google

rung bedarf des Vertrauens der Volksvertretung. Dasselbe Wahlrecht gilt auch für Gemeindewahlen. Art. 18. Die Aenderung des Gebiets von Ländern und die Neubildung von Ländern innerhalb des Reichs erfolgen durch verfassungsänderndes Reichsgesetz. Stimmen die unmittelbar beteiligten Länder zu, so bedarf es nur eines einfachen Reichsgesetzes. Ein solches genügt ferner, wenn zwar eines der beteiligten Länder nicht zustimmt, die Gebietsänderung oder Neubildung aber durch den Willen der Bevölkerung gefordert wird und ein überwiegendes Reichsinteresse sie erheischt. Der Wille der Bevölkerung ist durch Abstimmung festzustellen. Die Reichsregierung ordnet sie an, wenn $^1/_3$ der zum Reichstag wahlberechtigten Einwohner des abzutrennenden Gebiets es verlangt. Zur Gültigkeit eines Beschlusses sind $^3/_5$ der abgegebenen Stimmen, mindestens aber die Mehrheit der Wahlberechtigten erforderlich. Nach Art. 167 kann aber erst zwei Jahre nach Verkündung der Reichsverfassung über Gebietsabänderungen beschlossen werden.

II. Der Reichstag wird nach Art. 22 in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über 20 Jahre alten Männern und Frauen nach der Verhältniswahl gewählt. Der Wahltag muß ein Sonntag oder öffentlicher Ruhetag sein. Art. 23. Der Reichstag wird auf vier Jahre gewählt. Art. 24. Er tritt in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitz der Reichsregierung zusammen. Art. 25. Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen, aber nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Art. 31. Beim Reichstag wird ein Wahlprüfungsgericht gebildet; seine Stelle vertritt einstweilen das Reichsgericht. Art. 34. Der Reichstag hat das Recht, Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Art. 35. Er bestellt einen Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, und für die Zeit außerhalb der Tagung einen ständigen Ausschuß. Art. 39. Beamte und Angehörige der

Digitized by Google

Wehrmacht bedürfen zur Ausübung ihres Amts als Mitglieder des Reichstags keines Urlaubs. Art. 40. Die Mitglieder des Reichstags erhalten das Recht freier Fahrt auf allen deutschen Eisenbahnen sowie Entschädigung für ihre Auslagen.

III. Art. 41. Der Reichspräsident wird vom ganzen deutschen Volk gewählt; wählbar ist jeder 35 Jahre alte Deutsche. Das Amt dauert nach Art. 43 sieben Jahre. Wiederwahl ist zulässig. Auf Antrag des Reichstags, wobei $^2/_3$ Mehrheit erforderlich ist, kann der Reichspräsident durch Volksabstimmung abgesetzt werden. Art. 44. Er kann nicht Mitglied des Reichstags sein. Art. 45. Er vertritt das Reich völkerrechtlich, schließt im Namen des Reichs Bündnisse und Verträge, beglaubigt und empfängt die Gesandten. Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz. Bündnisse und Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung des Reichstags. Art. 46. Der Reichspräsident ernennt und entläßt die Reichsbeamten und Offiziere. Art. 47. Er hat den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht des Reichs. Art. 48. Wenn ein Land die ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten nicht erfüllt, so kann es der Reichspräsident dazu mit Hilfe der bewaffneten Macht anhalten. Er kann, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gestört oder gefährdet wird, nötigenfalls mit der bewaffneten Macht einschreiten. Bei Gefahr im Verzug kann die Landesregierung für ihr Gebiet einstweilige Maßnahmen treffen. Art. 49. Der Reichspräsident übt für das Reich das Begnadigungsrecht aus. Reichsamnestien bedürfen eines Reichsgesetzes. Art. 50. Alle Anordnungen des Reichspräsidenten bedürfen der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler oder den zuständigen Reichsminister, die dadurch die Verantwortung übernehmen. Art. 53. Der Reichskanzler und auf seinen Vorschlag die Reichsminister werden vom Reichs-

Digitized by Google

präsidenten ernannt. Art. 54. Sie bedürfen zu ihrer Amtsführung das Vertrauen des Reichstags. Art. 56. Der Reichskanzler bestimmt die Richtlinien der Politik und trägt dafür gegenüber dem Reichstag die Verantwortung. Innerhalb dieser Richtlinien leitet jeder Reichsminister den ihm anvertrauten Geschäftszweig selbständig und unter eigener Verantwortung gegenüber dem Reichstag. Art. 59. Der Reichstag ist berechtigt, den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und die Reichsminister vor dem Staatsgerichtshof wegen schuldhafter Verletzung der Reichsverfassung oder eines Reichsgesetzes anzuklagen.

IV. Die Stelle, welche in der früheren Verfassung der Bundesrat eingenommen hatte, wurde in der neuen dem Reichsrat zugewiesen; aber seine Stellung war um vieles bescheidener, weil 1) der Einfluß des Reichstags als des Vertreters des souveränen Volkes sehr verstärkt war und 2) weil die Selbständigkeit der Einzelstaaten, die ja nur noch „Länder" (oder deutlicher „Provinzen") waren, durch die Verfassung erheblich eingeschränkt war. Zweck des Reichsrats war nach Art. 60, die deutschen Länder bei der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs zu vertreten. Nach Artikel 61 hat im Reichsrat jedes Land mindestens eine Stimme. Bei größeren Ländern entfällt auf eine Million Einwohner eine Stimme; damit aber nicht infolge dieser Bemessung Preußen im Reichsrat die Mehrheit habe, darf kein Land (lies: Preußen) durch mehr als $^2/_5$ aller Stimmen vertreten sein. Deutschösterreich sollte nach seinem Anschluß an das Deutsche Reich im Reichsrat die seiner Bevölkerung entsprechende Stimmenzahl erhalten; bis dahin sollten seine Vertreter beratende Stimme haben. Diese Bestimmung mußte aber am 22. September 1919 auf Verlangen der Entente durch feierliches Protokoll, das in Versailles von dem Gesandten Freiherrn v. Lersner unterzeichnet wurde, für kraftlos erklärt

Digitized by Google

werden, da sie in unleugbarem Widerspruch zu Artikel 80 des Versailler Friedens stand. Der Artikel 178, der festsetzte, daß die Bestimmungen des Friedensvertrags durch die Verfassung nicht berührt werden, genügte den Gewaltigen an der Seine nicht. Die Länder sollten nach Art. 63 im Reichsrat durch Minister vertreten sein; die Hälfte der preußischen Stimmen aber sollte von den Provinzen bestellt werden, worin ein Entgegenkommen gegen die Dezentralisationsbestrebungen dieser Provinzen lag. Die Sitzungen des Reichsrats sollen laut Art. 66 öffentlich sein, können aber auch für einzelne Fragen geheim sein. Zu Beratungen über wichtige Gegenstände sollen die zuständigen Ausschüsse des Reichsrats von den Reichsministerien zugezogen werden.

V. Die Reichsgesetzgebung. Nach Art 68 werden die Gesetze vom Reichstag beschlossen; die Einbringung von Gesetzen bedarf aber der Zustimmung des Reichsrats (Art. 69). Kommt eine Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Reichsrat nicht zustande, so kann die erste das Gesetz gleichwohl einbringen, hat aber die abweichende Auffassung des Reichsrats darzulegen. (Die Mitglieder des Reichsrats selbst haben also nicht das Recht in dem Reichstag zu erscheinen.) Der Reichsrat kann auch verlangen, daß ein Gesetz, dem er, nicht aber die Reichsregierung zustimmt, von dieser unter Darlegung ihres Standpunkts beim Reichstag eingebracht wird. Wenn der Reichspräsident es für nötig hält, so kann er (Art. 73) ein vom Reichstag beschlossenes, ihm aber bedenklich erscheinendes Gesetz binnen eines Monates zum Volksentscheid („Referendum") bringen. Ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten kann verlangen, daß ein von $^1/_3$ des Reichstags beanstandetes und deshalb um zwei Monate ausgesetztes Gesetz dem Volksentscheid unterbreitet wird. Ein Volksentscheid ist ferner herbeizuführen, wenn $^1/_{10}$ der Stimmberechtigten die Vorlegung eines Gesetzesentwurfes verlangt.

Digitized by Google

Art. 74. Gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze steht dem Reichsrat der Einspruch zu. Der Reichstag hat dann nochmals Beschluß zu fassen. Kommt eine Uebereinstimmung nicht zu Stande, so kann der Reichspräsident binnen zwei Monaten einen Volksentscheid anordnen. Gebraucht der Präsident dieses Recht nicht, so gilt das Gesetz als nicht zustande gekommen. Artikel 75. Findet Volksentscheid statt, es beteiligt sich aber nicht die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung, so kann der Beschluß des Reichstags nicht außer Kraft gesetzt werden. Zur Abänderung der Verfassung gehört (Art. 76) zwei Drittelmehrheit. Ist der Reichsrat gegen eine Verfassungsänderung, so kann er Volksentscheid fordern.

VI. Die Reichsverwaltung. Nach Art. 78 ist die Pflege der Beziehungen zu den auswärtigen Staaten ausschließlich Reichssache, ebenso nach Art. 79 die Verteidigung des Reichs, nach Art. 80 das Kolonialwesen. Nach Art. 81 bildet Deutschland ein Zoll- und Handelsgebiet, das von einer gemeinschaftlichen Zollgrenze umgeben ist. Die Zölle und Verbrauchssteuern werden nach Art. 83 durch Reichsbehörden verwaltet. Alle Einnahmen und Ausgaben des Reichs müssen für jedes Rechnungsjahr in den Haushaltsplan eingestellt werden. Der Reichstag kann ohne Zustimmung des Reichsrats Ausgaben nicht erhöhen oder neue einsetzen. Das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen ist nach Art. 88 ausschließlich Sache des Reichs; die Postwertzeichen sind einheitlich (womit die bayerische Sondermarke endlich fiel). Die Artikel 89—96 treffen über den Uebergang der Eisenbahnen an das Reich Bestimmungen; nach Art. 171 wird als äußerste Frist der 1. April 1921 festgelegt. Artikel 97—101 überweisen auch alle Wasserstraßen dem Reich in Eigentum und Verwaltung.

Dies der erste Hauptteil der Verfassung.

Digitized by Google

Der zweite von den Grundrechten und Grundpflichten der Deutschen zerfällt in folgende Abschnitte:

I. Die Einzelperson. Hier wurde in Art. 109 bestimmt, daß alle Deutschen vor dem Gesetz gleich sind; Männer und Frauen haben grundsätzlich die gleichen staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten. Daß dieser Grundsatz von der Natur selbst aufgehoben wird, insofern Frauen nicht Kriegsdienste mit der Waffe leisten können, focht die Nationalversammlung nicht an; ein Zeichen, wie stark in ihr die Doktrin war. Adelsbezeichnungen gelten nur als Teil des Namens und dürfen nicht mehr verliehen werden. Orden dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Artikel 111 sichert die Freizügigkeit im ganzen Reich, Art. 112 das Auswanderungsrecht. Art. 113 verbietet die Auslieferung eines Deutschen an eine ausländische Regierung zur Bestrafung. Art. 113 wahrt den fremdsprachigen Volksteilen den Gebrauch ihrer Muttersprache beim Unterricht, der inneren Verwaltung oder Rechtspflege. Art. 114 erklärt die Freiheit der Person als unverletzlich. Art. 117 gewährleistet das Briefgeheimnis, 118 die freie Aeußerung der Meinung durch Wort, Schrift, Druck und Bild. Eine Zensur findet nicht statt, mit Ausnahme der Lichtspiele und der Schund- und Schmutzliteratur.

II. Das Gemeinschaftsleben. Art. 119 schützt die Ehe als Grundlage des Familienlebens und der Erhaltung und Vermehrung der Nation, und die Mutterschaft; er sichert kinderreichen Familien ausgleichende Fürsorge zu. Art. 131 gewährt unehelichen Kindern die gleichen gesetzlichen Bedingungen wie ehelichen. Art. 132 verheißt der Jugend Schutz gegen Ausbeutung und Verwahrlosung. Nach Art. 123 haben alle Deutschen das Recht sich ohne Anmeldung oder besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; Versammlungen unter freiem Himmel können verboten werden. Art. 124 gestattet Vereine oder Gesellschaften

Digitized by Google

zu Zwecken zu bilden, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen. Die Anstellung von Beamten soll der Regel gemäß nach Art. 129 auf Lebenszeit erfolgen; Ruhegehalte und Hinterbliebenenfürsorge werden gesetzlich geregelt. Die Beamten können nur unter den gesetzlichen Voraussetzungen und Formen einstweilen oder endgültig in den Ruhestand versetzt werden. Sie sind laut Art. 130 Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei. Freiheit der politischen Gesinnung und Vereinigungsfreiheit wird ihnen zugesichert. Alle Staatsbürger sind nach Art. 133 verpflichtet, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für Staat und Gemeinde zu leisten. Die Wehrpflicht richtet sich nach dem Reichswehrgesetz. Art. 134 schreibt vor, daß alle Staatsbürger ohne Unterschied nach Maßgabe ihrer Mittel zu allen öffentlichen Lasten beizutragen haben.

III. Religion und Religionsgesellschaften. Alle Bewohner des Reichs genießen gemäß Art 135 volle Glaubens- und Gewissensfreiheit. Die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten werden durch die Ausübung der Religionsfreiheit weder bedingt noch beschränkt. Niemand ist verpflichtet seine religiöse Ueberzeugung zu offenbaren, außer sofern davon Rechte und Pflichten abhängen oder eine statistische Erhebung dies erfordert. Niemand darf zu einer kirchlichen Handlung oder zur Benützung einer religiösen Eidesform gezwungen werden. Art. 137. Es besteht keine Staatskirche. Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechts, soweit sie solche bisher waren, und sind dadurch berechtigt, Steuern zu erheben. Die Staatsleistungen an Religionsgesellschaften werden laut Art. 130 abgelöst; das Eigentum und andere Rechte der Religionsgesellschaften an ihre Anstalten und sonstigen Vermögen werden gewährleistet. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage bleiben gemäß Art. 139

Digitized by Google

als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung gesetzlich geschützt. Den Angehörigen der Wehrmacht ist (Art. 140) die nötige freie Zeit zur Erfüllung ihrer religiösen Pflichten zu gewähren, und religiöse Handlungen sind (Art. 141) unter Fernhaltung jedes Zwangs in der Wehrmacht zugelassen.

IV. Bildung und Schule. Die Kunst, die Wissenschaft und ihre Lehre sind frei (Art. 142). Für die Jugend- und Lehrerbildung ist (Art. 143) zu sorgen; die Lehrer an öffentlichen Schulen haben die Rechte und Pflichten von Staatsbeamten. Das ganze Schulwesen steht (Art. 144) unter der Aufsicht des Staates; er kann die Gemeinde daran beteiligen. Die Schulaufsicht wird durch hauptamtlich tätige, fachmännisch vorgebildete Beamte ausgeübt. Nach Art 145 besteht die allgemeine Schulpflicht mit acht Volksschuljahren und einer Fortbildungsschule bis zum 18. Lebensjahr. Der Unterricht und die Lernmittel in Volks- und Fortbildungsschulen sind unentgeltlich. Art. 146. Das öffentliche Schulwesen ist organisch auszugestalten. Auf einer allen gemeinsamen Grundschule baut sich das mittlere und höhere Schulwesen auf. Für die Aufnahme eines Kindes in eine bestimmte Schule sind seine Anlage und Neigung, nicht die wirtschaftliche und gesellschaftliche Stellung oder das Religionsbekenntnis seiner Eltern maßgebend. Innerhalb der Gemeinden sind indes auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung einzurichten. Nach Art. 147 sind private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen gestattet, wenn sie in ihren Lehrzielen und Einrichtungen nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen. Private Volksschulen sind nur zuzulassen, wenn für eine Minderheit von Erziehungsberechtigten eine öffentliche Volksschule ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung in der Gemeinde nicht besteht. Private Vorschulen (Elementarschulen) sind aufzuheben. Diese Bestim-

Digitized by Google

mungen der Artikel 146 und 147 erwuchsen aus einem nach langen Verhandlungen zwischen dem Zentrum, den Sozialdemokraten und den Demokraten abgeschlossenen Kompromiß, das notwendig wurde, wenn nicht das gemeinsame, aus Zentrum und Mehrheitssozialisten gebildete Ministerium in die Brüche gehen und damit die Regierung überhaupt unmöglich werden sollte. Das Kompromiß sicherte die Errichtung von konfessionellen Volksschulen und Privatschulen, für den Fall die Mehrheit einer Gemeinde nur entweder weltliche Schulen ohne allen Religionsunterricht oder gemischte (simultane) Schulen errichten wollte; freilich brachte es die Möglichkeit fortwährender Kämpfe in den Gemeinden mit sich über die Frage der Errichtung konfessioneller Volksschulen oder ihrer etwaigen Wiederauflösung. Art. 148 schrieb vor, daß in allen Schulen sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geist deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zu erstreben seien. Auch hier offenbart sich ein Kompromiß; der Geist deutschen Volkstums kann im Gegensatz stehen zu einer kosmopolitisch verwaschenen Völkerversöhnung, die in dem von allen Völkern um die Wette mißhandelten Deutschland schwer genießbar zu machen war. Der Antrag der Deutschen Volkspartei, es sei im Unterricht Wahrhaftigkeit zu erstreben, ward abgelehnt. Der Religionsunterricht soll nach Art. 149 ordentliches Lehrfach der Schulen sein mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Seine Erteilung wird im Rahmen der Schulgesetzgebung geregelt. Er wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechts gehalten. Die Erteilung religiösen Unterrichts bleibt dem freien Willen der Lehrer, die Teilnahme der Kinder dem freien Willen der Erziehungsberechtigten überlassen. Die theologischen Fakultäten an den Hochschulen bleiben erhalten.

Digitized by Google

Der Art. 150 stellt die Denkmäler der Kunst und der Natur unter Schutz und Pflege des Staates.

V. Das Wirtschaftsleben. Dessen Ordnung muß nach Art. 151 der Gerechtigkeit und dem Ziele eines menschenwürdigen Daseins für alle entsprechen. In diesen Grenzen ist die wirtschaftliche Freiheit des Einzelnen zu sichern. Art. 152 verbietet den Wucher, der aber kaum jemals so schamlos geübt wurde als 1919 in Deutschland. Das Eigentum wurde durch Art. 153 gewährleistet; sein Inhalt und seine Schranken ergeben sich aus den Gesetzen. Eine Enteignung kann nur zum Wohl der Gesamtheit auf gesetzlicher Grundlage und gegen angemessene Entschädigung erfolgen, soweit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt. Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich Dienst sein für des gemeinn Beste. Der Art. 154 gewährleistet das Erbrecht, wahrt aber dem Staat einen gesetzlichen Anteil am Erbgut. Die Verteilung und Nutzung des Bodens wird (Art. 155) vom Staat überwacht, damit Mißbrauch verhütet und allen Deutschen eine gesunde und dem Bedürfnis kinderreicher Familien entsprechende Wohnung gesichert wird. Die Fideikommisse sind aufzulösen. Die Wertsteigerung des Bodens, die ohne Arbeits- oder Kapitalaufwendung entsteht, ist für die Gesamtheit nutzbar zu machen. Das Reich kann (Art. 156) unbeschadet der Entschädigung für die Vergesellschaftung geeignete private wirtschaftliche Unternehmungen in Gemeineigentum überführen. Es kann wirtschaftliche Unternehmungen und Verbände auf der Grundlage der Selbstverwaltung zu dem Ziel zusammenschließen, die Mitwirkung aller schaffenden Volksteile zu sichern, Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der Verwaltung zu beteiligen und Erzeugung, Verteilung, Verwendung, Preisgestaltung, Ein- und Ausfuhr der Wirtschaftsgüter nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen zu regeln. Der Art. 157 stellt die Arbeitskraft unter den

Digitized by Google

Schutz des Reichs. Art. 158 sichert der geistigen Arbeit, Erfindern und Künstlern Schutz und Fürsorge zu. Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeitsbedingungen wird für alle Berufe gewährleistet (Art. 159). Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutz der Mutterschaft und zur Vorsorge gegen Alter, Schwäche und die Wechselfälle des Lebens wird ein umfassendes Versicherungswesen geschaffen (Art. 161). Genau besehen besteht es schon seit Jahrzehnten und ist ein Werk des „verruchten alten Systems." Das Reich tritt für eine zwischenstaatliche Regelung der Rechtsverhältnisse der Arbeiter ein (Art. 162). Der Art. 163 schreibt jedem Deutschen vor, daß er unbeschadet seiner persönlichen Freiheit seine Kräfte zum Wohl der Gesamtheit betätige, und verspricht ihm die Möglichkeit, durch Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben, gegebenenfalls Arbeitslosenunterstützung. Art. 164 verlangt Förderung des selbständigen Mittelstands. Art. 165 setzt die Errichtung von Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und eines Reichsarbeiterrats zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter fest. Die Unternehmer sollen auch Vertretungen erhalten, welche dann mit den Arbeiterräten zu Bezirkswirtschaftsräten und zu einem Reichswirtschaftsrat zusammentreten sollen. Diesem Rat sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzesentwürfe zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat auch das Recht, selbst solche Vorlagen zu beantragen, welche auf alle Fälle beim Reichstag einzubringen sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden.

Ein Anhang von Art. 166—178 trifft Uebergangs- und Schlußbestimmungen, welche, soweit nötig, schon oben verzeichnet sind.

Diese Verfassung ist, wie schon erwähnt, vor allem da-

Digitized by Google

durch gekennzeichnet, daß sie einen sehr erheblichen Schritt in der Richtung des Einheitsstaates tut. Im alten Reich waren die Eisenbahnen Landessache, ebenso die Wasserstraßen; Württemberg und Bayern hatten eigene Post und eigene Bierbesteuerung; Württemberg und Sachsen hatten je ein selbständiges Armeekorps und ein eigenes Kriegsministerium; das bayerische Heer war im Frieden abgesehen von dem kaiserlichen Besichtigungsrecht völlig selbständig; alle Staaten hatten das Recht, Gesandte im Ausland zu halten und fremde Gesandte bei sich zu haben. Alle diese Verschiedenheiten und Besonderheiten wurden nunmehr wie mit einem Schwamm weggewischt. Die gesamten Verkehrsanstalten, Heer und auswärtige Beziehungen wurden Reichssache; die süddeutschen Staaten traten am 27. Juni in die Biersteuergemeinschaft ein. Da die Veranlagung und Erhebung der Steuern in den einzelnen Staaten sehr verschieden gehandhabt wurde und daraus sich eine sehr ungleiche Belastung der Reichsbürger ergab (in Württemberg wurden die betr. Reichsgesetze weit gewissenhafter angewandt als im Norden), so wurde durch Gesetz auch die selbständige Finanzverwaltung der Einzelstaaten aufgehoben, die Veranlagung und die Erhebung der Reichssteuern dem Reich übertragen; von ihm soll den Einzelstaaten ihr Bedarf zugewiesen werden. Die Einzelstaaten behielten nur noch Landesfinanzämter ohne selbständige Betätigung; sie sollten als Reichsbehörden gelten. An der Spitze jedes der zwanzig Landesfinanzämter sollte ein Präsident mit dem Rang eines Rates 1. Klasse stehen; jeder hatte etwa 200 Beamte unter sich, die auf die Abteilungen verteilt waren (für direkte Reichssteuern, für Zölle und Verkehrssteuern und für Vermögensverwaltung des Reichsguts). Zu dieser Verschärfung des Einheitsgedankens gehört auch, daß die neue Verfassung die Zuständigkeit des Reiches auf die Gebiete erstreckt, welche bisher als eigentlich-

Digitized by Google

stes Betätigungsfeld der Einzelstaaten angesehen worden waren, auf Kirche und Schule, auf Kunst und Wissenschaft. Sie wurden zwar nicht schlechtweg für Reichssache erklärt, aber es wurden doch Richtlinien aufgestellt, an die sich die Einzelstaaten zu halten haben.

Ein zweiter charakteristischer Zug der neuen Verfassung erwuchs aus der Gesamtlage, vermöge deren die Sozialdemokratie die weitaus stärkste und deshalb auch die maßgebende Partei im Reiche war. Sie setzte die Artikel 156 und 165 über die Vergesellschaftung der dazu geeigneten Privatbetriebe und über die Errichtung von Arbeiter-Betriebsräten durch und verlieh der Verfassung einen sozialistischen Einschlag, der auch in den Bestimmungen über die Verpflichtung, welche das Eigentum auflegt (Art. 153), über den Anspruch jedes Deutschen auf eine gesunde Wohnung (Art. 155) und über die Ueberführung privater Bodenregale an den Staat (Art. 155) zu Tage tritt. Im Hinblick auf diese und ähnliche Bestimmungen der Verfassung hat der Dompropst von Münster Dr. Joseph Mausbach, Mitglied der Nationalversammlung, in der Kölnischen Volkszeitung, Wochenausgabe vom 11. September 1919, geurteilt, daß sich das Kapitel von den Grundrechten und Grundpflichten des Deutschen zu einem Kulturprogramm des neuen Deutschland gestaltet habe und dem staatsrechtlichen Bau des Reichs ein würdiger Inhalt gegeben werde. Die schwierigsten Probleme würden berührt, wichtige Leitsätze für eine künftige Gesetzgebung aufgestellt und ein Niederschlag unserer ganzen bisherigen Rechtskultur gegeben. Insbesondere habe auch die Sache religiöser Toleranz viel gewonnen, indem mit einem Schlag durch Art. 124 und 138 den religiösen Orden volle Freiheit der Gründung, Niederlassung und Betätigung gewährt sei und durch Art. 135 ff. alle Beschränkungen der katholischen Seelsorge in Mecklenburg, Sachsen und anderswo beseitigt seien. Nach Art. 148

Digitized by Google

der Verfassung soll jeder Schüler bei Beendigung der Schulpflicht einen Abdruck der Verfassung erhalten. „Die Verfassung wird damit ein Handbuch der Staatsbürgerkunde für alle Volksgenossen und eine wichtige Quelle der Volkserziehung. Aus diesem Grunde ist es gar kein Fehler, daß in der Verfassung nicht wenige Sätze stehen, welche vom christlichen Standpunkt aus selbstverständlich erscheinen; ein großer Teil der Jugend, welcher heute keine Belehrung durch christliche Autoritäten empfängt, wird erst durch die Verfassung von jenen Lebensnormen Kenntnis erhalten und damit auch Achtung vor den deutschen und christlichen Kulturgütern lernen."

Die Verfassung hat Deutschland eine andere Gestaltung seines öffentlichen Rechts gegeben als sie die Vereinigten Staaten haben. Die amerikanische trennte nach den Grundsätzen Montesquieus, welche um 1780 für das politische Denken maßgebend waren, die öffentlichen Gewalten scharf von einander. Der Präsident übt die vollziehende Gewalt (die Exekutive) selbständig durch Staatssekretäre aus, die er ernennt und entläßt und die lediglich von ihm abhängen. Der Kongreß hat die gesetzgebende Gewalt, gegen welche dem Präsidenten kein absolutes, sondern nur ein suspensives Veto zusteht. Die deutsche Verfassung ist nicht nach diesem Vorbild gestaltet, sondern nach dem französischen, welches das ganze Schwergewicht in die Abgeordnetenkammer als die Vertreterin des souveränen Volkes legt. Das Ministerium bedarf des Vertrauens der Kammer; sobald es hier in die Minderheit gerät, muß es zurücktreten, und der Präsident ist gehalten ein neues Ministerium zu bilden, das dem Willen der Kammer entspricht. Er hat höchstens eine sehr beschränkte Auswahl unter den in Betracht kommenden Personen. Besteht in den V. St. die konstitutionelle Republik, so haben Deutschland und Frankreich die parlamentarische. Dabei liegt die ungeheure Gefahr vor, vor der einst 1789 Mirabeau so

Digitized by Google

eindringlich warnte, daß „fünfhundert Tyrannen viel schlimmer sind als einer", daß die parlamentarische Mehrheit, allmächtig wie sie ist und des Gefühls individueller Verantwortlichkeit bar, die Minderheit schonungslos vergewaltigt. Als ein schwaches Gegengewicht dienen in Frankreich der Senat, in Deutschland der Reichsrat, die aber beide an Macht hinter der Volksvertretung weit zurückstehen. Der Senat kann wenigstens, wenn er sich die Kraft zutraut, ein Gesetz verhindern; der Reichsrat kann — ebenso wie der Reichspräsident — nur Einsprache erheben, worauf ein Volksentscheid das letzte Wort spricht, und auf das Volk durch Agitationsmittel zu wirken hat der Reichsrat so wenig die Möglichkeit als der Reichspräsident, während die Parteien darauf eingerichtet sind. Man kann deshalb bezweifeln, ob der Volksentscheid unter solchen Umständen eine wirksame Bürgschaft gegen parlamentarische Tyrannei bildet und ob nicht zu diesem Zweck eine auf einem anderen Wahlrecht beruhende Körperschaft erforderlich ist. Vorläufig ist die Anbetung des gleichen Wahlrechts aber so groß, daß die Verfassung es nicht zu beschränken gewagt hat. Die Zukunft wird lehren, ob es dabei bleiben kann.

Am 30. September trat die Nationalversammlung wieder zusammen, diesmal in dem wieder bewohnbar gewordenen Reichstagsgebäude zu Berlin. Am 3. Oktober vollzog sich der seit langem erstrebte Wiedereintritt der Demokraten in die Regierung. Sie erhielten das Ministerium der Justiz, das Schiffer übernahm, das des Innern, für das Oberbürgermeister Koch in Kassel ernannt wurde, und ein neu errichtetes Ministerium für die Durchführung des Wiederaufbaus, das nach längerem Hin und Her Oberbürgermeister Geßler von Nürnberg zu übernehmen sich bereit fand. Bei der Verhandlung vom 8. Oktober machte der Reichskanzler in der allmählich bei ihm zur Gewohnheit gewordenen

Digitized by Google

Verwechslung der Nationalversammlung mit einem sozialdemokratischen Parteitag einen überaus plumpen Vorstoß gegen die Deutschnationalen als politische Brunnenvergifter, und Scheidemann, der zur Zeit des Tiefstands unseres Geldes drei Monate in dem teuersten Luxusbad der Schweiz, in St. Moritz, verlebt hatte, rief aus: der Feind steht rechts! „Ja, Herr Scheidemann," antwortete ihm am 9. die Süddeutsche Zeitung in Stuttgart, „der Feind steht wirklich rechts, der Feind einer vaterlandsschädlichen und verrotteten Politik. Rechts ist der Feind der Bankerottwirtschaft, die im Frieden mehr Milliarden vernichtet, als sie der fürchterliche Krieg verschlungen hat. Rechts steht der Feind gegen die Verlotterung von Moral und Gesittung, gegen Vergiftung der Jugend mit den hohlen Phrasen verlogener Weltbeglückung. Rechts steht der Feind gegen diejenigen, die keinen Funken Ehrgefühl aufzubringen vermögen gegen die Ententegenossen. Es ist der Feind von rechts, der darnach strebt, daß das nationale Pflichtgefühl wieder geweckt und gestärkt werde."

Am 11. Oktober sagte der Kolonialminister Bell zu seinen Beamten: „Ich bin einstweilen Deutschlands letzter Kolonialminister gewesen. Als unsere Patronen in Kamerun ausgingen, wollten 600 000 Eingeborene mit der Truppe über die spanische Grenze gehen. Wir mußten ihnen abraten; trotzdem gingen 67 000 mit. Möge ihnen und ihrer Treue kein Nachteil erwachsen! Die deutsche Kulturarbeit in den Kolonien wird sich nicht vernichten lassen." Am 7. November wurde das Ministerium aufgelöst und die Abwicklungsarbeiten dem Ministerium für den Wiederaufbau zugeteilt. Als am 18. Oktober im Reichstag der frühere kommunistische Polizeipräsident Berlins, Eichhorn, der von der russischen Sowjetregierung monatlich 1400 Mark bezogen hatte, sprechen wollte, verließen die Minister und sämtliche Abgeordnete außer den Unabhängigen

Digitized by Google

den Saal. Der Reichsschatzminister Mayer teilte am 21. Oktober mit, daß aus verfügbarem Heeresgut 3 Milliarden erlöst worden seien; für 150 Millionen gestohlenes Heeresgut seien wieder beigebracht worden. Das Reichsverwertungsamt hoffe bis 1920 mit seiner Aufgabe fertig zu sein.

Am 21. Oktober begann der zweite der vier parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, der zur Feststellung der Wahrheit über die Friedensmöglichkeiten, sein Verhör. Ihm gehörten an von den Mehrheitssozialisten Sinzheimer und Katzenstein, von den Unabhängigen Cohn, von den Demokraten Gothein und Schücking, vom Zentrum Frau Schmitz, von den Deutschnationalen Warmuth; dieser führte den Vorsitz. Unter den geladenen Sachverständigen waren die deutschnationalen Professoren Dietrich Schäfer und Hötzsch; später wurden Jäckh und Höniger zugezogen. Verhört wurden die Zeugen Bernstorff, v. Bethmann Hollweg, Zimmermann, Helfferich, Hindenburg und Ludendorff. Das Ergebnis war u. a., daß die Regierung an Wilsons ehrliche Absicht nicht geglaubt hat, der nach Helfferich „aus den Tränen Europas amerikanisches Gold münzte". Ebenso wurde festgestellt, daß die Marineverwaltung in Hinsicht auf den Bau von Unterseebooten ihre Pflicht vollauf getan hat und der Unterseekrieg ans Ziel geführt hätte, wenn nicht auch hier von der Heimat aus der Wille zum Durchhalten untergraben worden wäre. Da Helfferich sich weigerte, dem Abg. Cohn als einem überführten Mitspieler des Auslandes (Rußland) direkt Antwort zu geben, wurde er zweimal zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt, wogegen er Berufung einlegte. Darüber trat Warmuth vom Vorsitz zurück, der dann an Gothein überging. Dieser nahm sich heraus, Hindenburg viermal zu unterbrechen, weil er Werturteile ausspreche, nicht Tatsachen angebe. Diese Werturteile waren: 1) Wir wollten keinen Krieg und bekamen doch den größten. 2) Im

Digitized by Google

Gegensatz zum festen Zusammenschluß der Feinde machten sich bei uns Parteiinteressen breit. 3) Diese Umstände führten zur Spaltung und Lockerung des Siegeswillens. 4) Anstatt kraftvoller Mitarbeit stieß ich auf Versagen und Schwäche. Am 18. November vertagte sich der zweite Ausschuß auf unbestimmte Zeit. Der erste Ausschuß soll die Zeit vor dem Krieg, die Verlängerung und den Verlust des Kriegs aufhellen, der dritte den Verkehr der Reichsleitung mit Heer und Parlament, der vierte etwaige Verstöße unserer militärischen und wirtschaftlichen Kriegsführung gegen das Völkerrecht.

Der Haushalt, der am 30. Oktober vorgelegt wurde, wies an ordentlichen Einnahmen und Ausgaben 15 310 Mill. auf, an außerordentlichen 41 344 (darunter 3000 für Demobilisierung, 5000 für Leistungen aus dem Friedensvertrag, 3066 für Abrüstung von Heer und Flotte, 3500 für künstliche Verbilligung von Lebensmitteln). Die Reichsschulden werden am 1. April 220 Milliarden betragen. Ein Rentner mit 3000 Mk. Zinsen zahlte früher 190 Mark, nunmehr 330, ein Beamter mit 8800 Mk. Gehalt früher 381, nun 850, ein Fabrikant mit 30 000 Mk. Einnahmen früher 4378, nun 9453, einer mit 300 000 früher 52 440, nun 156 500. Der Haushalt wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen; diese beiden Fraktionen versagten der Regierung ihr Vertrauen.

Am 27. November hielt es Erzberger für gestattet, die heftigsten Angriffe gegen das alte Preußen zu richten, das durch seine Gewaltpolitik sich Posen und die Rheinlande entfremdet habe. Dann rief er dem hochangesehenen badischen Deutschnationalen Düringer, einem früheren Staatsminister, der die Lichtnot in Baden mit der Lichtfülle des Berliner Nachtlebens verglich, zu: „wissen Sie das aus eigener Erfahrung?“ und einem andern Redner der Opposition: „Gehn Sie in eine Kaltwasserheilanstalt“. Dann nahm die

Digitized by Google

Versammlung die Reichsabgabenordnung, gemäß deren das Reich die Erhebung der Steuern an sich zog und die bisherigen Finanzminister Präsidenten der Landesfinanzämter wurden, mit den Stimmen aller Parteien, abgesehen von den Deutschnationalen, an; diese hielten eine Abstimmung im Rahmen einer Verfassungsänderung für notwendig. Am 27. November erschien sodann der Entwurf der Einkommensteuer mit Sätzen von 10% bei 2000 Mk., 11 bis 3000 usw. bis zu 60% und der einer Kapitalsteuer von 10%. Am 1. Dezember legte Erzberger den Entwurf eines Landesbesteuerungsgesetzes vor, laut dem die Länder berechtigt sind, Steuern vom Grundvermögen, vom Gewerbebetrieb und von Vergnügungsveranstaltungen zu erheben; vom Reinertrag der Reichssteuern sollen sie einen Anteil erhalten und zwar von dem Einkommen unter 15 000 Mark 90%, bis 25 000 Mark 80%, bis 50 000 70%, bis 100 000 60%, bis 150 000 50%. Von der Erbschaftssteuer sollen ihnen 20%, von der Grunderwerbsteuer 50%, von der Umsatzsteuer 50% zufallen.

In der Frage des Betriebsrätegesetzes kam, da die Mehrheitssozialisten dessen Verabschiedung aus Angst vor den Unabhängigen in der Form verlangten, die es habe, am 26. November zwischen den Mehrheitsparteien ein Kompromiß zu Stande, laut dem die anfangs widerspenstigen Demokraten einwilligten, daß den Räten der Arbeiter und Angestellten in Betrieben mit 100 Angestellten oder 500 Arbeitern vierteljährlich Bericht über den Geschäftsgang der Fabriken erstattet bzw. die Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung und Erläuterungen vorgelegt werden müsse. Weiter sollten die Räte in allen Unternehmungen mit mindestens 20 Arbeitern oder Angestellten über alle die Tätigkeit der Arbeitnehmer berührenden Betriebsvorgänge Aufschluß verlangen dürfen; eine Formel, die ihnen den ganzen Betrieb

Digitized by Google

in die Hand gibt. Bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern sind die Betriebsräte mitzuwirken berechtigt. In allen Unternehmungen endlich, für die ein Aufsichtsrat besteht, sollten die Betriebsräte durch 1—2 Vertreter, welche in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme haben, unmittelbar an den Beratungen und Beschlüssen des Aufsichtsrats teilnehmen. Ein „Vertretungsrecht" sollten diese Ratsmitglieder aber nicht ausüben und nur für ihre baren Auslagen Ersatz erhalten. Das Wahlrecht für die Betriebsräte sollte allen 20 Jahre alten Arbeitern zustehen, sodaß zu befürchten stand, daß gerade die jüngsten Hitzköpfe werden gewählt werden. Der Abg. v. Payer gab in der demokratischen Korrespondenz selbst zu, daß durch die Vorlegung der Bilanz und den Eintritt von Arbeitern in den Aufsichtsrat den Unternehmern drückende Beschränkungen ihrer Selbständigkeit auferlegt würden, welche die Industrie lähmen können und welche seine Partei lieber vermieden gesehen hätte. Auch war nach vielen Vorgängen zu besorgen, daß die Betriebsräte gegen Einstellung aller der Arbeiter sein werden, welche sich nicht gehorsam der sozialdemokratischen Fuchtel unterwerfen. Es wurde deshalb mindestens das freie Einstellungsrecht für den Unternehmer verlangt. Der Verband deutscher Industrieller, der Hansaverein, die Handelskammern von Berlin und Hamburg, die beiden Fraktionen der Rechten sprachen sich mit Entschiedenheit gegen den Kompromiß aus; noch am 11. Dez. erklärte sich eine große vom Reichsverband der deutschen Industrie und von dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände beschickte Versammlung in Berlin einmütig gegen den von dem Ausschuß der Nationalversammlung angenommenen Kompromiß und sagte von dem Gesetz die schwerste Schädigung der ohnedies darniederliegenden Industrie voraus. Als Antwort ging der Ausschuß am 12. betreffs der entscheidenden §§ 34 und 35 noch

Digitized by Google

über die bisherige Linie hinaus. Die Betriebsräte sollen jeweils nur auf ein Jahr gewählt werden; das aktive Wahlalter wurde von 20 gar auf 18 Jahre herabgesetzt; für das passive blieb das 24. Jahr. Um die Einwände gegen die Bilanzvorlage zu beseitigen, wurde bestimmt, daß die Privatbetriebe — die Aktiengesellschaften veröffentlichen ja ohnehin ihre Bilanzen — Bilanzen nur für das im Betrieb befindliche Vermögen vorzulegen haben, unter Verschweigungsrecht für das übrige Vermögen des Unternehmers; für diesen Zweck wurde der neue Begriff Betriebsbilanz geschaffen. Da dadurch die Gefahren der Offenlegung aller Verhältnisse wesentlich eingeschränkt würden, so könnten, das war die Ansicht der Mehrheit, schon Betriebe mit mehr als 50 Angestellten und mehr als 300 Arbeitern zur Vorlage der Betriebsbilanz verpflichtet werden. Die Lohnbüchervorlage sollte nur als Unterlage zur Durchführung von Lohnerhöhungen und Tarifverträgen erfolgen müssen. Die politischen, wissenschaftlichen und künstlerischen Zeitungen, deren Betrieb durch das Dreinreden von Aufsichtsräten ganz unmöglich werden mußte, wurden von dem Gesetz tatsächlich ausgenommen. Schließlich wurde die Entscheidung über das Gesetz am 18. Dezember, wo der Reichstag in die Ferien ging, auf den 13. Januar verschoben. Vorher genehmigte der Reichstag noch am 17. mit 238 gegen 43 Stimmen das hart umstrittene sog. Reichsnotopfer, eine außerordentliche Vermögensabgabe, zur Tilgung der Kriegslasten, obwohl zu besorgen stand, daß die Gegner dieses Opfer für sich mit Beschlag belegen würden. Am 18. nahm der Reichstag das Gesetz über Sozialisierung der Elektrizität, über die Umsatzsteuer (1½%) und das über Verfolgung deutscher Kriegsverbrechen durch deutsche Gerichte an; man hoffte, dadurch die Auslieferung deutscher Heeresangehöriger zu vermeiden.

Digitized by Google

III.

Der Verlauf der Revolution im Jahr 1919. Verschiedenes.

a. Verlauf der Revolution.

Nachdem am 28. Dezember 1918 die gemeinsame Regierung der Mehrheitssozialisten und Unabhängigen im Reich durch das Ausscheiden der Unabhängigen Barth, Dittmann und Haase vereinfacht worden war, erfolgte am 3. Januar derselbe Vorgang in Preußen. Dadurch wurde dieser Staat den „Kultusminister" Adolf Hoffmann los, der plump und täppisch kurzerhand die Trennung von Kirche und Staat auf 1. April verfügt und sozialistischen Geschichtsunterricht sowie Aufhören des Religionsunterrichts befohlen hatte, ohne von allen diesen Fragen irgend etwas Gründliches zu verstehen. Deutschland war damit wenigstens e i n e s Skandals ledig; der noch übrig bleibende „Kultusminister" Hänisch, früher Volksschullehrer, war immerhin etwas gemäßigter und verständiger. Die Zurückdrängung der Unabhängigen trug freilich dazu bei, die Erregung auf der linken Seite zu steigern. Der Kommunist Liebknecht, der sich brüstete im Kaiserschloß Wohnung genommen zu haben und in des Kaisers Bett zu schlafen, versuchte am 5. Januar an der Spitze der Spartakisten die mehrheitssozialistische Regierung zu stürzen und forderte öffentlich zur Massakrierung Eberts und Scheidemanns als offenkundiger Volksverräter auf; es müsse die zweite Revolution kommen, welche die Diktatur des Proletariats, den Sieg des Kommunismus (oder Bolschewismus) bringen solle. In den nächsten Tagen entwickelte sich ein großer spartakistischer Aufruhr in Berlin, wobei die Rebellen u. a. die Geschäftshäuser von Mosse und Ullstein und das Haus des „Vorwärts" besetzten. Nun wurde der Reichskriegsminister Noske, ein Mehrheitssozialist, der

Digitized by Google

einzige wirkliche Mann in der völlig unfähigen Regierung, zum Oberbefehlshaber der Truppen ernannt, und er schlug den Aufruhr tatkräftig nieder. Liebknecht wurde am 16. Januar in Wilmersdorf verhaftet und bei einem Fluchtversuch erschossen. Seine rabiate Genossin Rosa Luxemburg wurde von der erbitterten Menge aus dem Auto gerissen und niedergeschlagen, ihre Leiche in den Landwehrkanal geworfen. An ihnen, die zum Blutvergießen aufgereizt hatten, erfüllte sich eine gerechtes Gericht; das Wort bekräftigte sich: „wer aufs Schwert sich beruft, soll durch das Schwert umkommen". Ein gewisser Runge wurde später wegen des Todes Liebknechts verurteilt.

Wie in Berlin, so in andern Städten. In Stuttgart wurden am 10. Januar bei spartakistischen Unruhen 4 Menschen getötet. Bremen, wo geradezu tolle Zustände herrschten, wurde am 5. Februar durch die Reichswehr-Division Gerstenberg von seinen Drängern befreit. In München, wo der Unabhängige Kurt Eisner, ein galizischer Jude, an der Spitze der Regierung stand, führte die Erbitterung des bayerischen Volks über die Fremdherrschaft dazu, daß der 22jährige Leutnant Graf Arco-Valley Eisner am 21. Februar, als er eben aus dem Ministerium des Auswärtigen herausgekommen war, erschoß, worauf durch eine Maßnahme der Blutrache der Mehrheitssozialist Auer in der Kammer selbst von Lindner angeschossen und schwer verletzt wurde; der Zentrumsabg. Oesel wurde getötet. Am 3. März beschlossen die Arbeiter- und Soldatenräte Berlins, welche, unter Beseitigung der am 19. Januar gewählten Nationalversammlung mit ihrer bürgerlichen Mehrheit, die Diktatur der Arbeiter- und Soldatenräte anstrebten, den Generalstreik, um ihre Forderung durchzusetzen. Die „Volksmarinedivision" ging zu den Spartakisten über; in Lichtenberg wurden, wie es hieß, etwa 150 Menschen, die im Polizei- und im Postgebäude sich be-

Digitized by Google

fanden, niedergemacht. Nach blutigen Kämpfen, wobei 1175 Menschen, darunter $^1/_{10}$ Soldaten, umkamen, wurde die Regierung (Dank der allmählich wieder sich festigenden Mannszucht der „Reichswehr") des Aufruhrs Meister. Dabei ließ ein Oberleutnant Marloh 29 Matrosen erschießen, die unschuldig waren, wurde aber am 9. Dezember nach eingehender Verhandlung vom Kriegsgericht freigesprochen, da er im Recht zu sein und den erhaltenen Befehlen gemäß zu handeln glaubte. In Halle wurde der Anführer der Truppen, Klüber, durch einen Invaliden Otto Bauer auf scheußliche Weise ermordet. Am 31. März entstand in Stuttgart, Eßlingen, Göppingen, Ludwigsburg und Ravensburg ein Generalstreik, um die wegen Aufruhrs gegen den Gemeinderat verhafteten Spartakisten Hörnle und Genossen zu befreien und die Regierung Blos-Baumann-Liesching-Kiene-Lindemann-Heymann-Schlicke zu stürzen. Ein junger Soldat Kirchherr von der Rebmühle bei Calw wurde in Ostheim von den Bluthunden in grausamer und feiger Weise niedergeschlagen und getötet. Der darüber angestrengte Prozeß führte nicht zur Herausfindung des Mörders. Im Ganzen verloren 16 Menschen ihr Leben; 41 wurden verwundet. Bis 11. April dauerte der Belagerungszustand; am Ende behauptete sich die in den festen Turm des neuen Bahnhofs geflüchtete Regierung. Hörnle und Genossen wurden am 14. Juni freigesprochen, da ihnen förmlicher Landfriedensbruch und Aufruhr nicht nachgewiesen werden könne. Am 7. April wurde in München die Räterepublik ausgerufen; die Regierung Hoffmann (auch ein früherer Volksschullehrer) floh nach Bamberg, und auch in Augsburg schlugen die Kommunisten los. In Dresden wurde am 12. April der sächsische Kriegsminister, der Sozialdemokrat Neuring, von Haus aus ein Fabrikarbeiter, weil er den

Digitized by Google

Empfang einer Abordnung von Kriegsbeschädigten ablehnte, durch diese erschlagen und seine Leiche in die Elbe geworfen. Hoffmann rief die Hilfe des Reichs und Württembergs an, die auch geleistet wurde. Die württembergischen Truppen befreiten am Ostersonntag, 20. April, im Verein mit einer bayerischen Abteilung Augsburg, und München selbst wurde am 1. Mai nach blutigen Straßenkämpfen beim Bahnhof und beim Gasthof Stachus besetzt. Vorher wurden von den Kommunisten im Keller des Luitpoldgymnasiums mit kaltem Blut zehn zu dem alldeutschen Klub Thule gehörige Geiseln erschossen, darunter die Gräfin Erna Westarp, die, ein armes Mädchen, ihr Brot sauer verdiente, aber ihres Namens wegen sterben mußte, die Kunstmaler und Professoren v. Seidlitz und Berger, der Graf Gustav v. Thurn und Taxis. „Die Feinsten müßt ihr aussuchen!" war dabei die teuflische Losung. Wegen dieser unmenschlichen Tat sind am 19. September sechs Mörder auf Grund kriegsgerichtlichen Urteils im Gefängnis Stadelheim von Gott und Rechtswegen erschossen worden. Am 14. Oktober wurde noch ein Bluthund, der Hilfsarbeiter Kammerstetter, zum Tod verurteilt und erschossen; drei andere wurden zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Bei der Einnahme Münchens verloren 8 Offiziere und 50 Soldaten das Leben; verwundet wurden 20 und 144; vermißt wurden 10. Von den „Ministern" der Spartakisten brannte Hagen, der „Minister" für soziale Fürsorge, in gewissenhafter Ausübung seines Amtes zu seinen eigenen Gunsten mit etwas Kleingeld, nämlich 457 000 Mark, nach Ulm durch, wo er aber festgenommen und zurückbefördert wurde. Daß die ganze bolschewistische Sippschaft moralisch wurzelfaul war, ergab sich aus zahlreichen Feststellungen. Der kommunistische Berliner „Polizeipräsident" (ein richtiger Bock, der zum Gärtner gesetzt wurde) Eichhorn (s. S. 67) bezog von der russischen Sowjetregierung als seiner Brotherrin monatlich 1400 Mk., war

Digitized by Google

also nichts als ein vom Ausland bestochener Söldling. Seiner Frau „besorgte" der Schieber Sklarz (S. 87), ein rumänischer Jude, so „prächtige Pelzsachen", daß sie „ganz selig" war. Von den 7 Offenbacher Spartakisten, welche am Karfreitag, den 18. April, als „Volksrat" eingesetzt wurden, waren 6 wegen Betrug, Unterschlagung, Hehlerei, Notzucht, sittenpolizeilicher Verfehlungen, Kuppelei, Diebstahl, Meineid, Urkundenfälschung, körperlicher Mißhandlung, Beleidigung zu Gefängnis bzw. Zuchthaus verurteilt worden. Nur der 7. war unbescholten. Solcher Auswurf der Menschheit wollte die Herrschaft über das deutsche Volk an sich reißen und die Welt reformieren!

Auch in Leipzig entstanden Unruhen, weswegen General Merker am 11. Mai es von vier Seiten her im Angriff nahm und besetzte. In Hamburg brach Ende Juni ein Spartakistenaufstand aus, wobei 42 Menschen den Tod fanden, 116 verwundet wurden. Gegen sie führte der aus Ostafrika ruhmbedeckt heimgekehrte General v. Lettow-Vorbeck, der sich der Regierung zur Verfügung stellte, eine Truppenabteilung und ließ am 27. Juni die Stadt durch General Mathias besetzen. Am 1. Juli rückte er selbst ein und gab dem Senat und der „Bürgerschaft" (Stadtparlament) ihre Befugnisse zurück. Einen Eisenbahnerstreik verbot Noske am 26. Juli. Als die Arbeit wieder zu beginnen schien, zog er den Erlaß zurück; der Streik wurde aber in Berlin allgemein, weshalb der preußische Eisenbahnminister Oeser am 30. Juli verfügte, daß, wer am 3. Aug. nicht arbeite, ohne Weiteres entlassen sei, Beamte wie Arbeiter. Am 2. September ermahnte Oeser die ihm Unterstellten, daß sie in ihre Arbeitszeit keine politische Versammlung legen und nicht Reden halten, sondern arbeiten sollten. Die tollen Streiks, teils zum Zweck höherer Löhne, teils als Kundgebung für die „Räterepublik" unternommen, hörten trotz aller Mahnungen zur Arbeit als

Digitized by Google

einzigem Rettungsmittel das ganze Jahr hindurch kaum auf. Im Ruhrgebiet und in Oberschlesien stockte darüber die Kohlenförderung etwa zu ¾, weil im Monat nur eine Woche Arbeit geleistet wurde. 1913 hatte Deutschland noch 190 Mill. t Kohlen gefördert, wovon auf das Saargebiet und Oberschlesien 43,4 Mill. entfielen. 125 Mill. brauchte Deutschland selbst; 65 verkaufte es ans Ausland. (Die französische Förderung betrug im gleichen Jahr 40,3 Mill. t.) Jetzt entstand durch den Rückgang der Förderung auf weniger als die Hälfte eine sehr bedrohliche Lage. Es fehlte an Kohlen für die Industrie und die Landwirtschaft; der Zucker blieb so rar wie bisher (obwohl er nicht mehr zu Sprengmitteln verwandt wurde), weil die Fabriken nicht arbeiten konnten; der Bedarf für den Hausbrand blieb großenteils ungedeckt. Die deutsche Valuta sank immer tiefer; am 12. September galt die Mark in Bern und Zürich noch 19 Centimes (die österreichische Krone 6½ Centimes!); im freien Verkehr sank die Mark auf 15 Centimes, im Dezember auf 10,5! Das bedeutete, daß die Mark noch 8½ Pfg. wert war, daß das Ausland also um 85 Mk. seines Geldes deutsche Waren, Papiere, Fabriken, Häuser, Güter im Wert von 1000 Mark an sich bringen konnte! Infolge der mangelnden Arbeit konnte sich unsere Ausfuhr, obwohl unsere Waren überall begehrt wurden, nicht entsprechend heben; was an Waren vorhanden war, ging allerdings gutenteils bei der viel größeren Zahlkraft des fremden Geldes über die Grenze. Schweizer Händler kauften in den Grenzorten und weiter hinein alles auf, weil 1 Franken gleich 8—10 Mark war. Der Einfuhr, welche bei dem Stand unseres Geldes auch sehr hohe Gewinne abwarf, standen keine ausreichenden Gegenwerte gegenüber. Unablässig mahnte die Regierung das Volk zur Arbeit als dem einzigen Mittel der Wiederaufrichtung unserer Wohlfahrt. Da aber diese Mahnungen von denselben Männern kamen, welche Jahrzehnte lang dem Volk

Digitized by Google

als Folge der Errichtung des Sozialismus das goldene Zeitalter in Aussicht gestellt und „das herrschende System" des Kapitalismus, Militarismus, Absolutismus in Grund und Boden schlecht gemacht und alle Autorität unterwühlt hatten, so waren sie ohne Wirkung. Die „Frankfurter Zeitung" schrieb in ihrer Wochenausgabe vom 17. April: „Die bittere Enttäuschung der Arbeiterschaft bildete den günstigsten Nährboden für die radikale Propaganda. Der Gegensatz zwischen Versprochenem und Erfülltem, zwischen der Zukunftsmusik von einst und dem wirklich Erreichten war zu groß, als daß er nicht in wachsender Enttäuschung und steigendem Mißmut hätte Ausdruck finden müssen. Das Ziel, das der Arbeiter von der sozialen Revolution und der aus dem freisten Wahlrecht der Welt hervorgegangenen Nationalversammlung vergeblich erwartet hatte, hofft er jetzt von den Räten. Sie werden zum Kampfruf gegen die Regierung und die Nationalversammlung." Die Unzufriedenheit wuchs durch die auch nach dem Waffenstillstand und selbst nach dem Frieden immer noch steigende Teuerung. Schuld daran waren die ungemessenen Lohnforderungen der Arbeiter, die von den Fabrikanten aus Angst und Zwang erfüllt wurden und natürlich auf die Warenerzeugung sofort wieder verteuernd wirkten. Ein verhängnisvoller circulus vitiosus: die Teuerung rief die Lohnsteigerung hervor, die Lohnsteigerung die Zunahme der Teuerung. In Stuttgart, wo die Zustände noch lange nicht am schlimmsten waren, stieg der Fleischpreis, der vor dem Krieg 90—100 Pfg. das Pfund war und lange auf 2 Mk. sich gehalten hatte, Ende Mai auf 2,60, der für Milch von ursprünglich 26, später 36 und 45 Pfg. das Liter auf 1,10 Mk., für Butter, ursprünglich 1,60, von 3 Mk. auf 4,50 und gar 8 Mk.; das Brot von 50 (ursprünglich 26) auf 70 und schließlich 1,12 Mk. für den zweipfündigen Laib. Ein feiner Mannsanzug, der 1913 um 80—100 Mk. zu haben war,

Digitized by Google

kostete 1000—1200 Mk., ein Paar Stiefel, früher 16 bis 20 Mk., nunmehr 200 und mehr. Für ein Paar Sohlen, die früher um 3 Mk. gemacht wurden, zahlte man 1919 nicht weniger als 26—36 Mk. Wegen mangelnder Fettlieferung entstanden am 8. und 9. August in Chemnitz schwere Unruhen, wobei 25 Menschen getötet und 105 verwundet wurden; davon entfielen auf die Truppen, die einrückten, 14 und 58. Die Arbeiter- und Soldatenräte, welche im Reich 92 Millionen, in den Einzelstaaten 22 verschlungen hatten, gingen allmählich ein; der Berliner „Vollzugsrat", welcher durch den Austritt der Mehrheitssozialdemokraten und der Demokraten ein bloßer Rumpf geworden war, wurde am 23. August von der Regierung aufgelöst, weil er die Frechheit gehabt hatte, ohne eine Spur von Berechtigung Neuwahlen auszuschreiben. Die Gesetzesvorlage über die Einrichtung von Betriebsräten sollte das, was in den Arbeiterräten etwa Brauchbares steckte, festlegen. Ein großer Streik im Saargebiet am 10. Oktober, an dem 20 000 Hütten- und Metallarbeiter teilnahmen, war berechtigt, weil er gegen die brutale französische Militärgewalt sich richtete, die gelegentlich unbedenklich alles niederknallen ließ, und die Entfernung der farbigen Truppen verlangte. Streike der Berliner Metallarbeiter brachen anfangs Oktober und nochmals am 5. November aus, obwohl die wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiter erfüllt waren; es galt aber kommunistische Ziele durchzudrücken, und die Ausständigen wollten sogar einen Generalstreik hervorrufen, was aber nicht gelang. Der Streik verschlang wöchentlich 5—6 Mill. Mark an Unterstützungsgeldern aus der Gewerkschaftskasse; den ursprünglichen Unfug, daß auch für Streiktage Lohn gezahlt wurde, hatte die Regierung selbst abgestellt. Am 11. November nahmen die Metallarbeiter ihre Arbeit wieder auf. Diese Ausstände führten dazu, daß am 17. Ok-

Digitized by Google

tober in Berlin die „technische Nothilfe" zur Erhaltung lebenswichtiger Betriebe ins Leben gerufen wurde; Ingenieure und Studenten traten in sie ein und verdarben den Streikern das Konzept. Die Kohlennot wurde so groß, daß nach einer Darlegung des preußischen Handelsministers Fischbeck vom 8. November ein Weniger von 23,5 Mill. t Stein- und 15,3 Mill. t Braunkohlen vorhanden war; die Förderung betrug Mitte Dezember 67% des Standes von 1913, d. h. nur zwei Drittel. Deshalb wurde vom 5.—15. November der Personenverkehr auf allen deutschen Eisenbahnen völlig eingestellt, um möglichst viel Kohlen zu fahren, und auch nachher wurde der Bahnbetrieb großen Beschränkungen unterworfen, auch zunächst alle Kohlen nur der Eisenbahn geliefert, um den Zusammenbruch des Verkehrs zu verhüten. Dieser drohte in nächster Nähe; hatten doch einige Eisenbahndirektionen nur für drei Tage Vorrat! Unter den mit Kohlen schlechtest versorgten Ländern war Württemberg; in Stuttgart hatten anfangs November 27 000 Haushaltungen noch keine einzige Kohle, und von 5000 Gasflammen brannten Mitte November nur 250 bis abends 9 Uhr. Ein Krebsschaden war, daß den Arbeitslosen, bzw. -scheuen, hohe Unterstützungen (10 Mk. im Tag und mehr) gereicht wurden.

b. Verschiedenes. Im April wurde der „Reichsverband der deutschen Industrie" gegründet; in ihm schlossen sich zusammen der Zentralverband deutscher Industrieller und der Bund der Industriellen. Der Reichsverband gliederte sich in 34 Fachgruppen.

Die preußischen Regierungspräsidenten erhielten am 9. August den Auftrag festzustellen, ob ein gehäuftes Vorkommen eigenartiger Knochenerkrankungen im Volk bewiesen sei oder nicht. Im November lagen die Gutachten vor, laut denen seit Herbst 1917 allerdings krank-

Digitized by Google

hafte Veränderungen des Knochengerüstes auftraten, welche der Rachitis der Kinder und der Ostromalakie (Knochenerweichung) der Erwachsenen ähnelten. Knochenbrüche ohne nachweisbare besondere Ursache waren keine Seltenheit. Am meisten betroffen waren die Altersstufen von 1—5 Jahren, gar nicht die von 6—14, sehr stark die von 15—19, ganz frei wieder die von 20—35, dann belastet wieder die von 36—40, stärker die von 40—60. Kinder, welche mit 3, 4, 5 Jahren noch nicht gehen konnten, wurden beobachtet. Als Ursache bezeichneten die Aerzte Unterernährung. Bekanntlich haben englische Blätter darüber frohlockt, daß die „englische Krankheit" das heranwachsende Geschlecht des deutschen Volkes entkräfte.

Am 25. September richtete Admiral v. Trotha ein Abschiedswort an die Marine, die am Ende einer großen Zeit stehe. Sie sei ein Bindeglied gewesen zwischen der Heimat und den Auslandsdeutschen; nun sei sie zusammengebrochen, und es gelte, auf dem neuen Boden wieder eine Zukunft aufzubauen und die Kameradschaft und die Liebe zum Vaterland zu bewahren. Der deutsche Flottenverein nahm am 12. Oktober den Namen Deutscher Seeverein an und beschloß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte zu wirken.

Am 3. Oktober verschmolzen sich die drei Blätter der wirtschaftsfriedlichen Arbeiterpartei, der sog. Gelben, zu der „Deutschen Arbeiterzeitung", die in Essen erscheint. Am 16. Oktober wurde in Hannover der „Reichsverband des deutschen Handwerks" gestiftet. In Düsseldorf gingen am 6. Oktober 50 000 Metallarbeiter einen Vertrag ein, laut dem sie die Akkordarbeit wieder annahmen. Ebenso tat am 13. Oktober der Hamburgische Schlichtungsausschuß, und andere Arbeitergruppen folgten da und dort dem Beispiel (s. S. 85).

Vor dem Krieg zählte man 55 000 Hochschüler und

Digitized by Google

10 000 Techniker, jetzt 91 000 und 16 000; dazu kamen noch 10 000 Schüler von landwirtschaftlichen Schulen, Handelshoch- und Tierarzneischulen und Lyceen. Weibliche Studierende gab es etwa 10 000.

Deutschland hat nach der Frankfurter Zeitung vom 2. Oktober durch Waffen, Blokade und Unterernährung 5½ Mill. Menschen verloren. 1913 wurden 1 839 000 geboren, es starben 1 005 000; Ueberschuß also 834 000. 1918 wurden 945 000 geboren, es starben 1 630 900; also Abmangel 685 000. Die Sterblichkeit betrug 1913 auf 1000 Menschen 13,91, 1918 aber 23,14. Im Alter von 20 bis 30 Jahren standen im Oktober 1919 auf 1000 Männer 1230 Frauen. Vgl. S. 86.

Am 15. Oktober wurde bekannt gegeben, daß wegen der guten Getreideernte der Roggen von nun an nur noch zu 82%, der Weizen nur noch zu 80%, die Gerste zu 75% ausgemahlen werden solle (statt zu 94% während des Kriegs). Das so verbesserte Brot kam in Stuttgart am 20. November zur Ausgabe. Am 12. Oktober erklärten die sozialistischen Stadtverordneten Berlins den Fortbestand der Gemeinde-Arbeiterräte für überflüssig und unberechtigt. Der Besuch der Washingtoner Arbeiterkonferenz durch die deutschen und österreichischen Arbeiter wurde anfangs von der Entente untersagt, dann, als die Neutralen Schwierigkeiten erhoben, zugestanden, aber so spät, daß der Besuch am 9. Oktober als nicht mehr ausführbar unterbleiben mußte. Die Sozialdemokraten der Entente haben nichts Erhebliches für die Zuziehung der Hunnen getan. Nichtsdestoweniger blieb die Internationale bei der Sozialdemokratie das Losungswort.

Der Marschall Foch sagte am 17. Oktober in Straßburg, daß die unzerstörbare wirtschaftliche und technische Kraft Deutschlands auf der außerordentlichen Entwicklung seines

Digitized by Google

Handwerkerstandes sich aufbaue. Die elsässischen Handwerker hätten Gelegenheit gehabt, das zu beobachten; die im Elsaß bestehenden Handwerkerorganisationen müßten für Frankreich vorbildlich sein. Merkwürdige deutsche Barbaren! Am 21. Oktober wurde statt des zurücktretenden Freiherrn v. Seckendorff der frühere Staatssekretär der Justiz Paul v. Krause zum Reichsgerichtspräsidenten ernannt.

Die Zeitungen und Verleger klagten das ganze Jahr über den Mangel an Papier und dessen ungeheure Verteuerung. Da mutet es eigentümlich an zu lesen, daß die Papierfabrik Ammandorf bei Halle, wie am 15. November festgestellt wurde, im Frieden für 100 Kilo 23 Mark verlangte, im April 1918 aber 55,25 Mark, im Januar 1919 75 Mark, im Juli 100,75 und auf 1. Januar 1920 gar 169,25!! Dabei war sie nicht etwa notleidend, sondern sie zahlte ihren Teilhabern 40% Dividende und 200 Mark Extrazulage auf die Aktie = 60%!! Das ist nur ein Beispiel von vielen für den unerhörten Wucher, der in Deutschland an den eigenen Volksgenossen auf fast allen Gebieten geübt wird, seit der Revolution in noch vervielfachtem Maß gegen früher.

Eine Statistik über die Ausstände des Jahrs 1918 ergibt, daß 772 stattgefunden haben, 531 wirtschaftliche und 241 politische; betroffen wurden 7396 Betriebe, von denen 4586 völlig stillgelegt wurden. Teilgenommen haben 2 476 082 Arbeiter; die Höchstzahl gleichzeitig Streikender betrug 1 304 236. Auf die Zeit vom 9. November bis 31. Dezember entfallen 273 Streiks (183 wirtschaftliche und 90 politische), in 5725 Betrieben, mit 724 286 Teilnehmern. Am meisten Streiks fanden in Schlesien statt, 134; es folgen Rheinland mit 124, Brandenburg mit 110, Westfalen mit 103. Die Dauer belief sich auf durchschnittlich 4 Tage; der Einzelne verlor 5,60 Arbeitstage gegen 3,95 während des Kriegs.

Digitized by Google

Die Zustände auf den Hamburger Werften wurden in einer Versammlung der Werftarbeiter am 2. Dezember seitens der Mehrheitssozialisten als anarchisch bezeichnet, und ein Unabhängiger erklärte, daß die Diebstähle in erschreckendem Maß zugenommen, die Arbeitsleistung abgenommen habe. Die Leitung der Vulkanwerft schloß deshalb den Betrieb, worauf die Arbeiterschaft der Werften Finkenwerder und Blohm-Voß sich mit $^2/_3$ Mehrheit für die Annahme der Stücklohn-(Akkord-)arbeit aussprach. Seit dem Revolutionsausbruch war dies das erste Mal, daß auf einer großen deutschen Werft der Stücklohn wieder eingeführt wurde. Allmählich folgten andere große Industrieunternehmungen diesem Beispiel; so die Aktien-Gesellschaft Weser am 6. Dezember (mit 2897 gegen 1911 Stimmen), ebenso die Atlaswerke mit 439 gegen 245, und die Werften in Kiel. Vgl. oben S. 82.

Im November starben zwei hervorragende Parlamentarier; am 7. der unabhängige Sozialist Haase infolge eines Schusses, den ein persönlicher Feind auf ihn vor dem Reichstag abgefeuert hatte, am 19. Adolf Gröber, der als ausgezeichneter Redner und unübertrefflich fleißiger Arbeiter allgemeine Anerkennung genoß und als eigentlicher Führer des von ihm und Erzberger demokratisierten Zentrums gelten konnte, geb. 1854 in Riedlingen. Auch die Reichstagsfraktion der deutschdemokratischen Partei verlor ihren Vorsitzenden Friedrich Naumann (geb. 1860) am 24. August. An seine Stelle trat der Hamburger Senator Petersen.

In der Frankfurter Zeitung vom 5. Dezember, im zweiten Morgenblatt, stand zu lesen: „Hunderttausende, ja Millionen von Deutschen, die einst in ihrer Herzensnot hofften, Hindenburg und Ludendorff könnten Deutschland retten, sehen heute mit Schaudern, wie inhaltlos, ja wie gefährlich die deutschen Scheinsiege und die Sieges-

Digitized by Google

stimmung für Deutschland geworden sind." Die Frkf. Z., die in ihren besseren Zeiten etwa zwei Jahre lang die Siegesstimmung teilte und stützen half, empfindet also heute über St. Quentin und Charleroi, über Tannenberg und Gorlice, über Ardschisch und Karfreit nur noch Schaudern. Und wie empfindet das deutsche Volk einer solchen Gesinnung gegenüber?

Auf dem „Rat für Bekämpfung der Hungersnot" (Fight famine Council) zu London wurde Ende November festgestellt, daß die deutsche Geburtenziffer, die 1913 noch 27,5 war, 1916 auf 15,83 und 1917 auf 14,29 gesunken sei.

Ein „Reichsschulausschuß zur Vorbereitung einer Reichsschulkonferenz" wurde am 27. November in Berlin von dem Unterstaatssekretär im preußischen Unterrichtsministerium, Schulz, einem Volksschullehrer, mit einer Ansprache eröffnet. Es erhoben sich aber sofort Klagen, daß der Ausschuß bereits über strittige Fragen Beschlüsse fasse, welche der Konferenz vorgreifen, und daß er ganz einseitig unter dem Einfluß des radikalen Teils der Volksschullehrer stehe. Es handelte sich vornehmlich um die Durchführung des Artikels 146 der Reichsverfassung, der die „Grundschule" fordert. Das ganze Schulwesen soll einheitlich gegliedert werden, so daß auf der gemeinsamen Grundschule der ersten Jahre die besonderen höheren Schulen sich aufbauen. Dabei wurde von den Radikalen verlangt, daß die Grundschule nicht bloß drei Jahre umfassen solle, wie bisher, sondern sechs. Für die höheren Schulen würden sonach nur sechs Jahrgänge übrig bleiben, was für die Aufgaben der höheren Schule, insbesondere des Gymnasiums mit zwei alten und einer bis zwei neueren Sprachen, schlechterdings nicht ausreicht. Die höheren Schulen sollen also einer Theorie geopfert werden, hinter der vielfach selbsüchtige Standesinteressen sich verbergen. Die Gegenbewegung blieb nicht aus; zum Schutz des

Digitized by Google

humanistischen Gymnasiums insbesondere bildete sich ein Verein, der z. B. in Württemberg gegen 40 000 Unterschriften sammelte und dem u. a. die Sozialdemokraten Lindemann, Minister des Innern, und Keil, Präsident der Landesversammlung, öffentlich ihre Zustimmung aussprachen.

Am 7. Dezember wurde gemeldet, daß, wenn Scheidemann künftig in der Nationalversammlung das Wort ergreife, die Fraktionen der Rechten jedesmal den Saal verlassen würden. Der Grund war, daß er in den Skandal verwickelt wurde, der sich an den Namen des rumänischen Juden Sklarz, eigentlich Sklarec, knüpfte. Dieser hatte sich mit dem polnischen Juden Markus Helphand verbunden, der als Schriftsteller sich Parvus nennt, die sozialistisch-kritische Wochenschrift „Die Glocke" herausgibt und in Kopenhagen ein „Institut zur Erforschung der sozialen Folgen des Kriegs" gründete. Sklarz verdiente an Kohlenausfuhr nach Dänemark und Getreideeinfuhr von dort, wie es hieß, monatlich 250 000 Mark; er und Helphand verkauften auch Heeresautomobile aus der Demobilisierungsmasse nach Dänemark, „und an Sklarz meist frugaler Tafel saßen während der Januar-Unruhen wiederholt die höchsten Spitzen der republikanischen Regierung, Ebert, Scheidemann, Noske." Sklarz lieferte für das „Regiment Reichstag" der Reichswehr die Verpflegung, und ein Brief Scheidemanns an ihn, den Scheidemann selbst für gefälscht erklärte, der aber von einem gewissen Davidsohn gleichwohl als echt bezeichnet wurde, enthielt eine Anweisung, wie eine Behörde unter Umgehung der amtlichen wirtschaftlichen Vorschriften sich und ihren Angestellten Lebensmittel beschaffen könne. (Vgl. S. 96.) Ein Schwiegersohn Scheidemanns war an der von Sklarz und Helphand gegründeten „Wach- und Schließgesellschaft" mit hohem Gehalt angestellt. Schließlich wurden am 10. Dezember die Geschäftsbücher des Sklarz von der Behörde mit

Digitized by Google

Beschlag belegt, und die Untersuchung soll Klarheit schaffen, wie viel an den Anklagen begründet ist, wie viel nicht. (Scheidemann wurde von seinen Kasseler Parteigenossen mit kleiner Mehrheit als Oberbürgermeister durchgedrückt.)

Ein anderer Skandal war es, daß der bekannte marxistische Parteipapst Kautsky, ein tschechischer Jude, der erst 1918 das deutsche Bürgerrecht erwarb, von der Revolutionsregierung mit der Durchsicht der deutschen Archive betraut wurde und aus den Akten, welche ihm zu vertraulicher und verantwortlicher Kenntnisnahme und späteren amtlichen Veröffentlichung überlassen waren, unter der Hand ein Buch machte, das eine Tendenzschrift schlimmster Art war. Man lese nur den Satz: „so gingen Deutschland und Oesterreich dem Weltkrieg entgegen, beide mit dem Weltruf der Lüge, der Fälschung, der Gewalttätigkeit, der Diktatur des Säbels, der Rechtlosigkeit der annektierten Provinzen," und man lese, wie Englands Streben nach Seeherrschaft als etwas ganz natürliches behandelt, Deutschlands Bemühen nach Durchbrechung der Einkreisung aber als Trachten nach der Weltherrschaft hingestellt wird! Dieses von Cassierer in Berlin verlegte Buch verhökerte Kautsky, ehe die von den Professoren Graf Montgelas und Schücking zu Ende geführte amtliche Veröffentlichung am 10. Dez. herauskam, im Ausland, wie es heißt, um 300 000 Mark. Selbst die „Frkf. Z.", welche in diesem Fall ein klassischer Zeuge war, nannte das mit dürren Worten einen Vertrauensbruch. Die Sache ist wegen der schmutzigen Geldgier so gemein, daß Kautsky bei allen anständigen Menschen erledigt ist; seine Ausflüchte, daß er an der Verhökerung nicht schuld sei, waren so fadenscheinig, daß sie nicht der Erwähnung wert sind; warum hat er denn seine Handschrift ins Ausland gegeben?

Daß es in der Sozialdemokratie auch Köpfe gibt, welche weiter sehen als nur bis zum dogmatischen Grenzstein, zeigt Ernst Heilmann, der im Dezember in der Glocke schrieb:

Digitized by Google

„Heute ist die deutsche Wirtschaft innerlich schon gesünder, als vor einigen Monaten. Der tückischste Feind einer ausgiebigen Produktion ist die Unruhe. Man erwäge ein Jahr allgemeinen Streikverbots, ein Jahr autoritativer Festlegung aller Löhne und Gehälter; dann läßt sich wieder ein Sinn in das Wirtschaftsleben bringen. Daß der Hilfsangestellte vielfach mehr verdient als der Angestellte, daß die Bezahlung vielfach im umgekehrten Verhältnis zur geistigen Leistung steht, das kann natürlich nicht dauern." Der Präsident der württembergischen Landesversammlung Keil bekannte in einer Rede vom November 1919, daß dem Sozialismus zu seiner Durchführung die dazu geeigneten Menschen fehlen. Die westfälischen Bergleute aber waren von der richtigen Einsicht noch so weit entfernt, daß sie anfangs Dezember auf den 1. Februar 1920 eine weitere Herabsetzung des sechsstündigen Bergarbeitertags zu erzwingen beschlossen, obwohl schon bei dieser Arbeitsbeschränkung unsere Kohlenförderung durchaus hinter der schlechthin notwendigen Menge weit zurückbleibt. (S. 81.)

Für Zwecke des Reichs gab der Finanzminister Erzberger eine Spar- und Prämienanleihe heraus, die 5 Milliarden einbringen sollte; es wurden aber im November und Dezember trotz Verlängerung der Frist nur 3,8 Milliarden gezeichnet. Erzberger sprach gleichwohl von einem Erfolg.

In der Woche vom 17.—23. Dezember wurden 1395,1 Millionen neues Papiergeld in den Verkehr gebracht.

Das Landgericht Bremen erklärte Ende Dezember die infolge der großen Wohnungsnot seitens der Ortsbehörden überall erfolgte Beschlagnahme von Wohnungen für rechtswidrig, weil Artikel 153 der Reichsverfassung das Eigentum gewährleiste und eine Enteignung nur auf gesetzlicher Grundlage gestattet sei; auch müsse der Rechtsweg den Eigentümern

Digitized by Google

vorbehalten bleiben. Die Verwaltungen der Städte Bremen, Hamburg und Chemnitz stellten darauf sofort die Beschlagnahme der Wohnungen ein.

Das französische Kriegsgericht verurteilte am 27. Dez. den lothringischen Bergwerkdirektor Röchling zu 10 Jahren Zuchthaus, 10 Millionen Strafe und 15jähriger Landesverweisung, weil er Fabriken niedergelegt und Material beschlagnahmt habe. Alles das hatte Röchling befehlsgemäß als Offizier aus zwingenden Gründen getan. Die deutsche Regierung erhob gegen das unerhörte Urteil Einsprache, und die Sache ging an die höhere Instanz.

IV.

Die einzelnen Länder des Reiches.

NB. Zahlreiche Angaben mußten schon oben gelegentlich gemacht werden.

a. Preußen. Die Neubildung der Regierung und die großen Unruhen in Berlin sind schon oben S. 73 ff. erzählt. Die Wahlen zur Landesversammlung, die am 26. Jan. stattfanden, ergaben 144 Sozialdemokraten, 24 Unabhängige, 65 Demokraten, 23 Nationalliberale, 50 Konservative, 94 vom Zentrum und den Welfen, also 168 Sozialisten und 232 Bürgerliche. Anfang September befahl der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Hänisch, alle Bilder des Kaisers und des Kronprinzen aus den öffentlichen Schulen zu entfernen; die Bilder von Friedrich dem Großen, Bismarck, Moltke, Stein, Hindenburg, Weddigen sollten unbeanstandet bleiben. Der Erlaß rief an mehreren Orten Widerstand der Schüler hervor. Da 238 Lehrer mit preußischer Staatsangehörigkeit aus Elsaß-Lothringen und Posen vertrieben wurden, darunter 11 Direktoren

Digitized by Google

(5 katholische, 6 evangelische), so wurden sie an preußischen Schulen angestellt. Aehnlich verfuhren die übrigen Länder. Am 18. September verfügte Hänisch über den Kopf der andern Länder und der Universitäten hinweg, daß alle geprüften Lehrer und Lehrerinnen nach zweijährigem Schuldienst ohne Erstehung der Reifeprüfung die preußischen Hochschulen als gleichberechtigte immatrikulierte Studenten der Pädagogik und Philosophie besuchen dürften. Weiter sollten sie ohne Weiteres eine Prüfung in Staatswissenschaft machen dürfen, sobald diese Prüfung in die Oberlehrerprüfung aufgenommen sei. Drittens sollten sie das Examen für Stellen an höheren Schulen erstehen und den Doktortitel erwerben dürfen, sobald sie in 1—2 Fächern, die für sie von Bedeutung sind, ein Ergänzungsexamen gemacht haben. Viertens sollten sie durch den Nachweis der erforderlichen Kenntnisse in Latein, Griechisch, Mathematik und neueren Sprachen zu allen sonstigen Hochschulstudien übergehen dürfen, zu welchen eines dieser Fächer erforderlich ist. Die Kultusminister der andern Länder fügten sich am 21. Oktober, obschon widerwillig, dem preußischen Vorgang, verlangten aber, daß dann auch die Studenten der Philologie das Recht haben müßten, evtl. ohne Prüfung im Volksschuldienst verwendet zu werden. Man riet ihnen auch ins praktische Leben überzutreten.

Am 12. Juni wurde die Universität Köln eröffnet. Sie ist eine Gründung der Stadt und hat nur eine volkswirtschaftliche und eine medizinische Fakultät, ist also keine Universität im vollen Sinn. Am 20. September vereidigte der Reichswehrminister Noske den Vorstand der Reichswehrbefehlsstelle für Preußen, den bisherigen Kriegsminister Oberst Walter Reinhardt und den Chef der Admiralität v. Trotha auf die Reichsverfassung vom 11. August. Als am 15. November Hindenburg, der

Digitized by Google

vor dem Untersuchungsausschuß erscheinen sollte, von großen Volksmassen stürmisch begrüßt wurde, unter welchen sich auch die Schüler vieler Gymnasien befanden, und Hochrufe auf den Kaiser und die Monarchie erschollen, kündigte Hänisch ein Einschreiten gegen die Direktoren an, welche die Jugend als Drahtzieher für Bewegungen gegen den Bestand der Staatsordnung mißbrauchen; die Pflicht der Schulleiter sei, die Politik von der Schule fern zu halten. Sozialdemokratische Protestversammlungen vom 16. November forderten die Entlassung der verruchten Direktoren ohne Pension. Weil Oberschlesien durch eine Abstimmung über seine Zugehörigkeit zu Preußen entscheiden soll, wurde es im Oktober zur besonderen Provinz eingerichtet, um so die Stimmung für Preußen günstiger zu gestalten. Den Bestrebungen nach Ablösung preußischer Provinzen vom Körper des Staats trat die Regierung mit Nachdruck entgegen. Der Oberbürgermeister Gläßing von Wiesbaden wurde am 30. Oktober von Marschall Foch abgesetzt, weil er die Stadt schlecht mit Kohlen versorgt habe; auch hatte er Einsprache erhoben, daß der Stadt auferlegt wurde, für die französische Besatzung Hurenhäuser zu errichten, was bekanntlich durch Reichsgesetz untersagt ist, aber von der höheren gallischen Zivilisation verlangt wird. Im Dezember bildete sich in Berlin der „Reichsverband Ostschutz", um den fast 2 Millionen abgetretenen Deutschen und den 3 Millionen, die in Abstimmungsgebieten wohnten, Hilfe zu leisten zur Erhaltung ihrer Schulen, Bibliotheken und Theater. Die Geschäftsstelle ist in Berlin W. 57, Potsdamerstraße 75.

b. Bayern. Die Ermordung Eisners und die Rätetyrannei in München sind oben S. 74 und 75 berührt. Am 12. Januar wurden die Wahlen zur Landesversammlung vollzogen, aber vorerst nur im diesseitigen Bayern. Es erhielten die christliche bayerische Volkspartei (Zentrum)

Digitized by Google

1 072 949 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 935 550, die Deutsche Volkspartei in Bayern (Demokraten und ein Teil der Nationalliberalen) 412 074, der bayerische Bauernbund 322 023, die Nationalilberalen und Mittelparteiler 109 635, die Unabhängigen, die Partei Eisners, 77 243. Sie waren die kleinste Partei, hatten aber Monate lang geherrscht. Abgeordnete entfielen auf das Zentrum 58 (vorher 87), auf die Sozialisten 51 (vorher 30), die Volkspartei 22 (vorher 30), die Nationalliberalen und Mittelparteiler 10, die Unabhängigen 3. Das Zentrum erhielt 36% der abgegebenen Stimmen, die Sozialisten 32. Die Konservativen verschwanden unter diesen Namen völlig. In der Pfalz wurden die Wahlen am 2. Februar vorgenommen und ergaben auch eine bürgerliche Mehrheit. Am 22. März wurde ein Selbstverwaltungsgesetz verabschiedet, das die Bezirksbeamten für wählbar und absetzbar erklärte. Ueber die kgl. Zivilliste erfolgte am 13. Mai eine Mitteilung des Finanzministers v. Haller, nach der der König Ludwig III. nach Bezahlung aller obliegenden Ausgaben 1917 nur 60 000 Mark für sich übrig behielt, 1918 aber keinen Pfennig (genau wie in Württemberg!). Die Revolution aber verschlang 1½—2 Milliarden, für die das bayerische Volk aufzukommen hatte. Die Finanzen des Staats waren denn auch in einem mehr als trostlosen Zustand. Die Post hatte 1918 für verlorene Gegenstände 1,4 Mill. Mark zu ersetzen, 1919 aber sogar 5,7 Millionen. Nach langen Beratungen wurde am 12. August die neue Verfassung von der Landesversammlung in Bamberg, wohin die Regierung wegen der Münchener Unruhen übergesiedelt war, mit 165 gegen 3 Stimmen genehmigt. Einen besonderen Staatspräsidenten gibt es nicht; das Adelsprädikat darf weiter geführt werden; die Beamten werden nicht gewählt, sondern ernannt; die Landesversammlung ist Trägerin der Volkssouveränität. Am 2. August veröffent-

Digitized by Google

lichte der im Gegensatz zu seinem Vater sehr beliebte Kronprinz Rupprecht eine Zuschrift an den Landtagspräsidenten, worin er sich gegen seine Auslieferung an die Verbündeten verwahrte, da er sich keiner Handlung gegen die Kriegsgebräuche bewußt sei und er kein Gericht anerkenne, in welchem der Kläger zugleich Richter sei. Vor der Tyrannei der Vollstrecker der plutokratischen Weltgewalt beuge er sich nicht. Da seine Erwartung, daß ein deutscher Staatsgerichtshof eingesetzt werde, sich nicht erfüllt habe, sei er bereit, sich vor einem bayerischen Staatsgerichtshof zu verantworten; zur Mißachtung der Souveränität des bayerischen Volks werde er nicht beitragen. Die Regierung und die Landesversammlung beschlossen denn auch, die Auslieferung des Kronprinzen abzulehnen. Am 18. August kehrte die Regierung nach München zurück. Am 24. August statteten Ebert und Noske den Bayern ihren Besuch ab, und Noske übernahm auf Grund der Reichsverfassung (Artikel 79) die Verwaltung des bayerischen Heeres auf das Reich. In der Pfalz, die zu den besetzten Gebieten gehört, verordnete der französische Befehlshaber am 22. September, daß in dem in den Schulen eingeführten deutschen Lesebuch von Zettel einige Stellen, die das französische Gefühl verletzten, abgeändert würden. Am 28. Dezember wurde der Bürgermeister Schönberger von St. Ingbert nach 12jähriger rühmlicher Amtsführung abgesetzt, ebenso die Bürgermeister von Saarbrücken und Ottweiler, weil sie den Machthabern nicht gefügig genug waren und Rechtsbürgschaften in solchen Fällen nicht mehr bestehen. Die Frage, ob nach Art. 78 der Reichsverfassung die päpstliche Nuntiatur in München und die bayerische Gesandtschaft beim Vatikan in Wegfall kommen müßten, erregte anfangs Oktober einen Meinungsaustausch zwischen Berlin und München. Am 30. November wurde im katholischen Gesellenhaus zu München die

Digitized by Google

Königspartei gegründet, welche ein selbständiges Bayern mit einem Volkskönig forderte, mit einer ständischen und einer Volkskammer, mit dem Referendum, auch des Königs gegen parlamentarische Mißwirtschaft, dann die freie Kirche im freien Staat und die freie Schule für freie Eltern. Den Vorsitz führte der Schriftleiter Mayer-Koy. Die Versammlung telegraphierte an König Ludwig und sang die altbayerische Königshymne. Der „Bauernkönig" Heim erklärte die Bewegung für verfrüht.

Am 19. November wurde in München eine Hauptbetriebsleitung für die Eisenbahnbezirke Augsburg, München, Nürnberg, Regensburg, Würzburg und Ludwigshafen errichtet; ihr sollten auch die Bezirke Frankfurt, Erfurt, Karlsruhe und Stuttgart angegliedert werden, damit der Verkehr einheitlich gestaltet und mit dem Bezirk Essen über die Kohlenförderung ein Einvernehmen erzielt werde. Am 11. Dezember begann der Prozeß gegen den Metzger Alois Lindner. Er zeigte sich als ein geistig und moralisch minderwertiger Mensch, der auf Auer schoß, weil er in ihm einen „Volks- und Revolutionsverräter" sah; er wollte, nach dem Eindruck des Justizministers Müller-Meiningen „die ganze Ministerbank abschießen". Der Sekretär Eisners, Fechenbach aus Chemnitz, brachte gegen Auer schwerwiegende Anklagen vor, daß er bei einem rumänischen Geldgeschäft der Reichsregierung sich unerlaubte Vorteile verschafft und von diesem Gelde sich eine Villa im Münchener Geheimratsviertel gekauft und sich Dienerschaft und eine Erzieherin zugelegt habe. Die humanistischen Schulen Bayerns hatten noch 19 514 Schüler (gegen 21 654 vorher), also 10% Abgang; auch die Zahl der Oberrealschüler ist merklich gesunken.

c. Sachsen. Hier erlangten die Sozialdemokraten beider Richtungen bei den Landtagswahlen vom 2. Februar die Mehrheit gegen die Bürgerlichen. Es erhielten die Mehr-

Digitized by Google

heits-Sozialdemokraten 881 619 Stimmen, die Unabhängigen 251 382, die Demokraten 532 865, die Deutschnationalen 296 042, die Deutsche Volkspartei 80 200, das Zentrum 21 508. Abgeordnete entfielen auf die Parteien in der genannten Reihenfolge 42, 15, 22, 13 und 4; das Zentrum ging wegen geringer Stimmenzahl leer aus Somit standen 57 Sozialisten gegen 39 Bürgerliche. Das Ministerium wurde unter Gradnauers Vorsitz nur aus der ersten Partei gebildet; die Unabhängigen verweigerten ihre Mitwirkung bei der Regierung hartnäckig; noch Mitte September wurde vergebens mit ihnen verhandelt. Deshalb wurden am 2. Oktober zwei Demokraten in die Regierung aufgenommen, die sonst eine Mehrheit nicht hatte, Nitzschke für die Finanzen und Seyfert für den Unterricht. Die Ermordung des Kriegsministers Neuring s. S. 75. Am 17. September tötete sich der General v. Claussen, früher Befehlshaber des Infanterie-Regiments 177, weil er die Schmach seines Vaterlandes nicht länger ertragen konnte. Am 4. November stellte das Karlsruher Amt gegen Kriegswucher fest, daß bei einer diplomatischen Kuriersendung aus der Schweiz unter anderen Schieberwaren 18 kg für Gradnauer sich befanden. Das sozialdemokratische Hauptblatt Sachsens bezeichnete den Fall als unerheblich. Von wie viel kg an wäre es erheblich, daß ein Ministerpräsident schiebt, und ist nicht ein Unterschied, ob ein bürgerlicher oder ein sozialistischer schiebt? U. A. w. g. Vgl. S. 87.

Die Bevölkerung Sachsens zählte am 8. Oktober 4 663 251 Personen gegen 4 806 651 am 1. Dezember 1910. Am 11. November hob die sächsische Polizei in Leipzig die kommunistische Zentrale für Deutschland in Leipzig aus.

d. Württemberg. Der Aufruhr vom 10. Januar und der Generalstreik vom 31. März sind oben S. 74 f. erwähnt worden. Am 1. Februar wurden im Lande 14 000 männliche Arbeitslose gezählt, 9000 weibliche,

Digitized by Google

3000 jugendliche, zusammen 26 000. Da jeder 10 Mark „Unterstützung“ auf den Tag erhielt, dazu Kinderzulage, so erwuchs dem Staat und den Gemeinden in ihrer ohnehin schweren Bedrängnis daraus die ungeheuerliche Last von etwa 30 Millionen, 1/3 bis 1/4 des früheren gesamten Staatsbedarfs! Aber wir habens ja. Am 30. Juli war die Zahl auf 5200 Männer und 3050 Frauen, also auf 8250 zurückgegangen (darunter 230 jugendliche). Die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung fanden am 12. Januar statt. Stimmberechtigt waren 1 446 580; abgestimmt haben in gültiger Form 1 313 328 (ungültig waren etwa 3000 Stimmen). Es erhielten die Mehrheitssozialisten 452 701 Stimmen, die Unabhängigen 40 631, die Demokraten 328 682, das Zentrum 273 194, die konservativ-liberale Bürgerpartei 97 843, der Bauernbund 76 109, die Weingärtner 35 303, die oberschwäbischen Landwirte 5743. Die gesamte Rechte brachte es also auf 216 000 Stimmen. Abgeordnete entfielen auf die Parteien in der genannten Reihenfolge 52, 4, 38, 31, 11, 10, 4; die Oberschwaben gingen leer aus. Es standen also 94 Bürgerliche gegen 56 Sozialisten, trotz des Wahlrechts der 20jährigen und des revolutionären Rausches. Die Landesversammlung brachte eine Verfassung nach der nunmehr üblichen Schablone parlamentarischer Demokratie zu Stande; der Ministerpräsident Blos wurde gleichzeitig Staatspräsident und ernannte die Beamten. Am 26. April wurde die Verfassung in dritter Lesung mit 128 gegen 9 angenommen; die Minderheit bestand aus 6 Konservativen und 3 Unabhängigen, deren Führerin Frau Clara Zetkin-Zundel erklärte, daß ihre Partei nur mit der Räterepublik zufrieden sei. Im September wurde die Verfassung gleich wieder abgeändert, da einzelne Bestimmungen mit der Reichsverfassung vom 11. August nicht im Einklang waren, und die Annahme wurde am 25. September mit ungefähr

Digitized by Google

derselben Mehrheit (120 gegen 9) vollzogen. Am 25. September fand dann unter frostiger Stimmung eine Verfassungsfeier statt, welche sowohl der 1819 begründeten alten, von der Revolution abgeschafften, als der neuen Verfassung galt. Da der Arbeitsminister Schlicke ins Reichsministerium eintrat, erhielt er am 25. August den Sozialdemokraten Leipart zum Nachfolger. Einige Tage nachher statteten Ebert und Noske in Stuttgart einen Besuch ab, wobei der Reichswehrminister die württembergische Reichswehr für die schlechteste erklärte. Mit Bitterkeit wurde festgestellt, daß Ludendorff noch gesagt hat: „andere deutsche Staaten hatten gute und schlechte Divisionen; Württemberg hatte nur gute." Fragt man nach den „Errungenschaften der Revolution", so ist eine der Verlust des Kriegsgeists und der Zuverlässigkeit der württembergischen Truppen. Am 27. September trat die wieder aufgerichtete, 1918 völlig aufgelöste nationalliberale Partei wieder als Landesverband der deutschen Volkspartei öffentlich auf; als Redner in der Liederhalle war der Abg. zur Nationalversammlung Professor Kahl gewonnen. Zum Vorstand wurde der Verfasser dieses Buches gewählt. Am 3. Oktober wurde das Gesetz über die Bildung von Einwohner-Wehren vom Landtag angenommen, die das Volk gegen spartakistische Putsche schützen sollen. Auch ein Gesetz über Jugendfürsorge ging durch, das die Errichtung von Jugendämtern in den einzelnen Oberamtsbezirken vorschrieb. Am 8. Oktober wurde bekannt, daß der ausgezeichnete Generaldirektor der württembergischen Eisenbahnen, Staatsrat Dr. Karl v. Stieler, angesichts des Aufhörens der besonderen Eisenbahnverwaltung Württembergs als Unterstaatssekretär und Präsident des Reichseisenbahnamtes ins Reichsverkehrsministerium übersiedele. Sein Nachfolger wurde Direktor Walter Sigel. Am 25. Oktober wurde der frühere Führer der nationalliberalen Partei, Johannes

Digitized by Google

v. Hieber, Direktor des evangelischen Oberschulrats, seit November 1918 Mitglied der demokratischen Partei, zum Minister des Kirchen- und Schulwesens ernannt; der bisherige Kultminister Heymann, ein Jude, übernahm das Ministerium des Innern; das Ernährungsministerium mußte der frühere Nationalliberale, nunmehrige Demokrat Baumann an den zum Zentrum gehörigen Postsekretär Graf abgeben. Der Justizminister v. Kiene starb am 25. September; sein Nachfolger wurde der 38jährige Amtsrichter Bolz (Zentrum). Alle Minister waren Abgeordnete zur Landesversammlung. Am 20. November nahm der Landtag ein Torfgesetz an, das die Torfgewinnung unter Ablehnung der Sozialisierung dem Einzelnen überläßt; der Staat erhielt aber das Recht, eine gewisse Menge zu verlangen und die Preise festzusetzen. Das Medizinalkollegium wurde auf 31. Dezember aufgehoben; an seine Stelle trat das Landesamt für die Staatskrankenanstalten im Rahmen des Ministeriums des Innern. Die Oberämter unterstehen in Gesundheitssachen dem neuen Amt unmittelbar; die Vermittlung der Kreisregierungen hört auf.

Der akademische Senat der Universität Tübingen verlangte im Oktober im Hinblick auf das preußische Verfahren, durch bloße Ministerialverfügung die Volksschullehrer zur Universität zuzulassen, vom Kultministerium Sicherheit dafür, daß er künftig zu Beratungen über Veränderungen der Vorbildung in erster Linie und von Anfang an beigezogen werde.

Die Wahlen zur Landeskirchenversammlung fanden am 1. Juni statt und ergaben eine Mehrheit der Rechten. S. unter Abschnitt XIX.

e. Baden. Hier fanden die Wahlen zur verfassunggebenden Landesversammlung schon am 5. Januar statt. Stimmen erhielten das Zentrum 369 067,

Digitized by Google

die Mehrheitssozialisten 316 181, die Demokraten und die mit ihnen verschmolzenen Nationalliberalen 227 111, die Konservativen 70 080, die Unabhängigen 14 550. Abgeordnete erhielten die Parteien in der genannten Reihenfolge 40, 36, 24, 7; die Unabhängigen erlangten keinen Sitz. Die Sozialisten hatten also 36 Stimmen, die Bürgerlichen 67. Bei der Verfassungsberatung wurde am 26. März die staatliche Zwangsschule unter Verbot der Privatschulen mit 46 gegen 45 Stimmen angenommen; die Reichsverfassung stellte aber diesen unduldsamen Beschluß durch ihren Artikel 147 wieder ab. Die Verfassung übertrug das Staatspräsidium dem Ministerpräsidenten. Die von dem sog. „Schwabenkapitel" unter Leitung des Ulmer Mädchenschulrektors Magirus betriebene Agitation für die Vereinigung von Württemberg und Baden erhielt am 11. September von der amtlichen Karlsruher Zeitung namens des Koalitionsministeriums Geiß eine entschiedene Absage. Die Angliederung Badens an Württemberg sei aussichtslos; das sollten sich die württembergischen Nachbarn endlich sagen. Gehe die Agitation gleichwohl fort, so werde auch die gegenteilige Auffassung in organisierter Form zum Ausdruck gebracht werden. Vom Standpunkt der deutschen Einheit ist das Scheitern der Agitation sehr zu wünschen. Je größer die „Länder", desto stärker der Partikularismus. Am 28. September erfolgten die Wahlen zur verfassunggebenden Generalsynode. Sie brachten (wie die württembergischen Wahlen) einen Sieg der „gläubigen" Rechten, die 50 (gegen 35 liberale) Sitze errang. In der liberalen Hochburg Breiten, der Geburtsstadt Melanchthons, stimmten 583 für die „Positiven", nur 341 für die Liberalen. In dem Dorf Sennfeld bei Adelsheim, wo bei den politischen Wahlen die Sozialdemokratie die Hälfte der Stimmen bekommen hatte, wurden 294 positive Stimmen abgegeben bei 377 Wahlberechtigten.

Digitized by Google

Die Gesandtschaften in Stuttgart und München wurden am 26. Oktober eingezogen. Anfangs November sagte im Pforzheimer Bürgerausschuß der Stadtverordnete Julius Strauß laut Süddeutscher Zeitung vom 4. November: die Ausbeuter des Volks, die Großschieber, seien in deutschnationalen Kreisen zu suchen. Darauf wurde ihm vorgehalten, daß er selbst 10 000 Eier geschoben und seinem Schwager einen Wagen Reis das kg zu 8 Mark verkauft habe. Den von ihm zu einem mäßigen Preis, 19 Mk. das kg, zugesagten Speck habe er aber nicht geliefert. Am 1. November traten die Abgeordneten König (Vorsitzender der demokratischen Fraktion, früher Führer der Nationalliberalen), Muser und Göhring zurück, weil sie die Gewährung einer neuen einmaligen „Beschaffungsbeihilfe" für Beamte und Arbeiter im Hinblick auf die Finanzlage des Landes nicht verantworten wollten.

Am 30. November wurde in Karlsruhe von Baden, Württemberg und Hessen ein Abkommen getroffen, nach dem die Arbeiten für die Kanalisation des Neckars zwischen Mannheim und Plochingen spätestens im Frühjahr 1920 beginnen sollten.

f. Hessen. Bei den Wahlen zur verfassunggebenden Versammlung vom 26. Januar entfielen auf die Mehrheitssozialisten 239 091 Stimmen, auf die Unabhängigen 7707, auf die Demokraten 106 340, auf das Zentrum 105 365, auf die deutsche Volkspartei (Nationalliberale) 60 135, auf die konservative hessische Volkspartei 42 041. Es standen also rund 247 000 Sozialisten gegen 304 000 Bürgerliche. Die Provinzwahlen vom September ergaben in Oberhessen eine große Verschiebung nach rechts; es wurden 15 Deutschnationale oder Bauernbündler gewählt, 5 Nationalliberale, nur noch 2 Demokraten (statt 8), 17 Sozialisten (darunter 5 Unabhängige). Die neue Verfassung wurde am 9. Dezember von der Landesversammlung gut geheißen.

Digitized by Google

g. Elsaß-Lothringen. Dieses Land fällt mit dem Inkrafttreten des Friedens leider völkerrechtlich an Frankreich und erscheint also letztmals in diesem Jahresbericht an dieser Stelle. Die anfänglich franzosenfreundliche Stimmung hat sich unter dem Einfluß der französischen Wirtschaft, die wohl als polnische Wirtschaft bezeichnet wurde, namentlich durch die Unterdrückung der deutschen Sprache sehr abgekühlt; eine Eingabe der Eisenbahn- und Postbeamten in Metz sagte es den Franzosen im September unumwunden ins Gesicht: „unter der deutschen Herrschaft waren wir glücklicher." Die fast 50 Jahre des Deutschtums hatten das Volk aus dem allmählichen Hinüberschlummern ins französische Wesen aufgeweckt, und der Gedanke der Autonomie zog weitere Kreise. Der Gouverneur Millerand suchte durch rücksichtslosen Verkauf deutschen Eigentums die Zusammenhänge mit Deutschland zu zerschneiden, während wir bis 1914 anderthalb Milliarden französischer Werte in dem Lande politisch wirken ließen; auch gab er an keinen Ausländer Jagdscheine und ersetzte deutsche Kriegsauszeichnungen durch französische. Den Reichseisenbahnen räumte er den Fortbestand mit dem Sitz in Straßburg ein und errichtete er einen Conseil de réseau, ein Beirat aus eingeborenen Industriellen und Landwirten. Aber der „Republikaner" in Straßburg schrieb am 12. August: „Die Elsaß-Lothringer werden als Bürger zweiter Klasse behandelt, beim geringsten Anlaß mit den gröbsten Beleidigungen traktiert und als boches beschimpft. Tödlicher kann man uns nicht kränken als durch die Verhöhnung unserer Sprache. Kein Wunder, daß blutige Schlägereien der Arbeiter mit französischen Soldaten vorkommen." 9000 elsässische Arbeiter wurden zu Kanalarbeiten nach Montbeliard und Montreux Chateau verschleppt, um ihren Widerstand unschädlich zu machen. Für die Wahlen am 16. November gab der sog. „nationale Block", bestehend aus dem Zen-

Digitized by Google

trum (sog. republikanischer Volkspartei), den oberelsässischen Radikalen und dem „Lothringer Block", ein Programm aus, welches Regionalismus im Sinn weitgehender Dezentralisation, Erhaltung des bestehenden Zustandes in Kirche und Schule, Gleichberechtigung der „elsässischen" (deutschen) Sprache und eine gewählte Landesvertretung statt des ernannten Conseil supérieur verlangte; alle Kandidaten des Blocks müßten seit mindestens 6 Jahren im Lande wohnen; also waren Franzosen ausgeschlossen. Die Sozialisten hatten besondere Kandidaten mit ähnlichem Programm aufgestellt. Abgegeben wurden für den nationalen Block (der kurzweg als klerikaler Partikularismus charakterisiert werden kann, in ein „nationales" Gewand eingewickelt) 1 428 000 Stimmen = 57%, für die Liberalen des Unterelsasses und Lothringens 162 000 = 6%, für die Sozialisten 895 000 = 37%. Das französische Wahlsystem aber brachte es fertig, daß alle 24 Sitze dem nationalen Block zufielen und die Liberalen und Sozialisten = 43% der Wahlberechtigten, leer ausgingen. Beim Zusammentritt der neuen französischen Kammer am 8. Dezember gab der Abgeordnete François im Namen der elsaß-lothringischen Abgeordneten die Erklärung ab, daß laut des Protests von Bordeaux am 17. Februar 1871 der Frankfurter Friede von Anfang an null und nichtig gewesen sei, daß das Land niemals aufgehört habe, mit ganzem Herzen der französischen Familie anzugehören und daß es die höchste Befriedigung empfinde, ihr jetzt wieder anzugehören. Es danke der französischen Nation und deren Verbündeten für die Opfer, die sie zur Befreiung Elsaß-Lothringens gebracht hätten.

h. Mecklenburg. Am 26. Januar wurden in den Landtag 31 Sozialisten gewählt, aber auch 18 Deutschnationale, 8 von der deutschen Volkspartei (Nationalliberale), 3 von der Mittelstandspartei und 3 andere Bürgerliche, zusammen 32.

Digitized by Google

i. Oldenburg. Dieses steht in Gefahr seine rheinische Besitzung Birkenfeld zu verlieren, wo auf 503 qkm 43 000 Menschen wohnen (darunter 35 000 Evangelische). Im August versuchte ein gewisser Zöller durch einen Handstreich das Ländchen zur selbständigen Republik zu machen, und der französische Befehlshaber in Mainz, General Mangin, erkannte diesen Staat am 24. September an, wie ja die Franzosen alle Bestrebungen fördern, welche auf Zersplitterung Deutschlands gerichtet sind. Aber die Mehrheit der Bevölkerung sprach sich anfangs Oktober in Kundgebungen für das Aufgehen in der Rheinprovinz aus und lehnte den Anschluß an das Saargebiet und die Pfalz ab. Die Wahlen vom 26. Oktober ergaben denn auch für Zöller 1822, für die Gegenpartei 13 004, für die Unabhängigen 47 Stimmen. 28 Abgeordnete waren gegen die Republik und für Vereinigung mit der Rheinprovinz, 2 für die Republik. Es heißt, daß der Großherzog von Oldenburg seine Bibliothek an einen Buchhändler in Osnabrück und die Einrichtung seines Schlosses und 100 von seinen 300 Gemälden (darunter 5 Rembrandt, 1 Rubens) nach Holland verkauft habe. Die altdeutschen Bilder (Schongauer, Cranach) wolle er behalten. Doch wurde die Sache kürzlich wieder bestritten, wie überhaupt die Berichterstattung ebenso wie alles andere seit der Revolution unglaublich verwahrlost und unzuverlässig geworden ist.

k. Braunschweig. Hier hatten die Unabhängigen bei den Wahlen vom Januar die Mehrheit erlangt, und am 5. Juli wurde die Trennung von Kirche und Staat beschlossen. Im September aber erlitten beide sozialistische Parteien bei den Gemeindewahlen in Braunschweig, Wolfenbüttel, Blankenburg, Helmstädt und Harzburg eine schwere Niederlage.

l. Thüringen. In Weimar wurden Mitte September zum Landtag gewählt 24 Deutschnationale, 14 Demokraten, 3 vom Zentrum, 15 Mehrheitssozialisten und 3 Un-

Digitized by Google

abhängige; 41 gegen 18. Auch hier trat eine starke Verschiebung nach rechts ein. Die Bestrebungen, ein Großthüringen aus allen Kleinstaaten zu schaffen, schreiten voran; Coburg allein neigte zu Bayern, zu dem es ja auch geographisch die nächsten Beziehungen hat, da es südlich vom Thüringer Walde liegt. Eine Abstimmung über den Anschluß an ein Groß-Thüringen ergab am 30. November 25 437 Nein und 31 487 Ja. Damit war die Sache entschieden. Bayern hat den Fortbestand des Coburger Hoftheaters verbürgt und sonstigen Wünschen Erfüllung zugesagt.

In Gotha verbot das „Kultusministerium" Schulgebet, Choralgesang und Hausaufgaben für den Religionsunterricht. Darüber geriet die Bevölkerung, besonders auf dem Lande, in große Erregung, und als Vorstellungen nichts fruchteten, traten die Schulen in einen Streik ein, infolgedessen der Erlaß zurückgenommen wurde, unter der Bedingung, daß Hausaufgaben nicht von den Eltern beanstandet werden. Von einer Bestrafung der Schüler und Lehrer mußte das „Ministerium" absehen.

V.

Deutsch-Oesterreich.

Die Wahlen zur Nationalversammlung, an der Männer und Frauen vom 20. Jahre an teilnahmen, ergaben am 16. Februar 70 Sozialdemokraten, 67 Christlich-Soziale und 25 Deutschnationale, zusammen 162. Die Deutschen in Böhmen und in den Sudeten wurden bereits als Angehörige der Tschechoslowakei behandelt und von dieser zur Wahl nicht zugelassen. Der Kaiser Karl verließ Eckartsau am 24. März mit seiner Familie, um nach der Schweiz überzusiedeln, und traf im Schloß Gstaad ein, wo er Wohnung nahm. In Vorarlberg stimmten am 11. Mai 81% der Abstimmenden für den

Digitized by Google

Anschluß des Ländchens an die Schweiz, was aber durch den Frieden von St. Germain untersagt wurde. Ueber diesen ist schon auf S. 31 berichtet; die Urkunde wurde von dem Staatskanzler Renner am 10. September unterschrieben. Weil darin der Zusammenschluß Deutsch-Oesterreichs mit dem Deutschen Reiche verboten wurde, trat der Minister des Auswärtigen Otto Bauer, der den Anschluß mit allem Nachdruck befürwortet hatte, vom Amte zurück. Die Bedingungen des Friedens waren so, daß sie den Bestand des um $^2/_3$ der Deutschen verkleinerten Deutsch-Oesterreich, das sogar diesen Namen mit Oesterreich vertauschen mußte, aufs äußerste erschwerten; die ihm in der Hauptsache allein verbliebenen Alpenländer besitzen weder Kohlen noch das zur Ernährung der Einwohner nötige Getreide, und der Zugang zum Meer, den die Verbündeten den Polen so geflissentlich unter gröbster Vergewaltigung des Deutschtums verschafften (auch die Eisenbahnlinien zur Adria sind den Tschechen und Südslawen überantwortet) ist ihm genommen. Am 28. Juli wurde festgestellt, daß das Land 1919—20 an Ausgaben 8441 Milliarden aufzubringen hat; da die Einnahmen nur 3454 Milliarden betragen, so blieb ein Abmangel von 4987 Milliarden, dessen Deckung kein Mensch zu finden wußte. Die Krone stand am 19. November an der Schweizer Börse auf 3 Centimes (2,4 Pfg.), war also im Ausland nahezu wertlos. Dabei hatte der geringste Arbeiter der Stadt Wien im Jahr 170 Kronen mehr Einnahme als der junge Lehrer; dazu bezog der Arbeiter noch monatlich 34 Kronen Quartiergeld, der Lehrer keinen Heller. Der Arbeiter bekam ein Kilo Mehl zum Preis von 6 Kronen; der Lehrer mußte dafür 14 zahlen. Ein Arzt im Krankenhaus in Rottmann hatte jährlich 2400 Kronen Gehalt, dazu 600 Kronen Quartiergeld und alle 5 Jahre 200 Mark Zulage bis zum Höchstbetrag von 1000 Kronen, also bestenfalls 4000 Kronen. Ein Diener an der

Digitized by Google

Bezirkssparkasse Mürzzuschlag dagegen bezog 3600 Kronen Gehalt, 50% Teuerungszulage = 1800 Kronen, hatte Wohnung, Heizung und Licht frei und konnte noch auf Trinkgelder rechnen. Ein Conceptspraktikant hatte 184 Kronen im Monat = 2208 Kronen jährlich. So wurde in Oesterreich Hand- und Kopfarbeit bezahlt; in Deutschland stand es kein Haar besser. Der Staatskanzler hielt am 16. September eine Besprechung mit den Vertretern der einzelnen Länder, wobei man sich dahin einigte, daß die Republik Oesterreich nach schweizerischem Muster ein Sechsländerbundesstaat werden solle. Ober- und Nieder-Oesterreich, Salzburg, Tirol, Steiermark und Kärnten sollen also die Stellung von schweizerischen Kantonen erhalten. Die wirtschaftliche Notlage zwang die Regierung, da sie 1½ Milliarden brauchte, um Brot zu kaufen, sich zum Verkauf derjenigen Kunstschätze zu entschließen, welche nicht kraft des Friedens 20 Jahre lang unverkäuflich bleiben mußten. Für herrliche alte Möbel aus der Zeit Karls VI. und Maria Theresias, für flämische Gobelins, orientalische Teppiche und Kleinodien der Goldschmiedekunst hoffte man 60—70 Millionen zu erlösen — Herr, was ist das unter so viele? heißt es wie im Evangelium Johannes 6, 9. Am 24. September mußte vorübergehend die Zahlung der staatlichen Zinsabschnitte eingestellt werden; Mitte Oktober wurde sie dann freigegeben. Am gleichen Tag fand die hochbewegliche Verabschiedung von den böhmischen und Sudetendeutschen in der Nationalversammlung statt; der deutsch-böhmische Landeshauptmann erhob, da man einmal schon der brutalen Gewalt weichen mußte, wenigstens noch einmal vor der ganzen gesitteten Welt Einsprache gegen die Unterdrückung des Selbstbestimmungsrechts des deutschen Volkes in Oesterreich. Um diese Zeit kaufte der französische Kanonenkönig Schneider 4000 Aktien seines österreichischen Wettbewerbers **Skoda** und bekam so auf die große Fabrik

Digitized by Google

einen entscheidenden Einfluß. Auch der österreichische Besitz der Aktien der Orientbahn ging in fremde Hände über, an die Bank von Paris und einige andere Banken.

Der alldeutsche Verein für die Ostmarken, der deutschnationale Verein für Oesterreich und der deutsche Volksbund beschlossen am 21. Oktober den Zusammenschluß zur deutschvölkischen Reichspartei, die die Erhaltung der demokratischen Republik und den Ausschluß des Hauses Habsburg zum Ziel hatte und in schärfste Opposition zu der aus Christlichsozialen und Sozialdemokraten gebildeten Koalitionsregierung trat. Am 2. November bildete sich in Prag der deutsche Kulturbund als Nachfolger des deutschen Sprachvereins. Als die verräterische Haltung Kaiser Karls im Weltkrieg bekannt wurde, stieg die Erbitterung über die Habsburger aufs höchste. Die Teuerung in Wien nahm immer mehr zu. Am 11. Nov. kostete dort 1 Kilo Kartoffeln 7 Kronen, 1 Kilo schwarzes Mehl 24, 1 Kilo Butter und Fett 140, ein Zentner Holz 80. In den Gasthöfen konnte man um 1—200 Kronen ein Schlemmeressen haben. Wegen des furchtbaren Kohlenmangels erfroren in einem Wöchnerinnenspital 6 Säuglinge. Wären einige 100 000 t Lebensmittel vorhanden, so könnte Wien gerettet werden. So berichtete der Leiter der Berliner „Deutschen Zeitung", Wulle, als Augenzeuge. Am 28. November bewilligte die deutsche Nationalversammlung eine Hilfeleistung (im jetzigen Deutsch Hilfsaktion) für Wien, zu deren Ermöglichung im Dezember auf den Kopf in Deutschland je 50 gr Brot weniger abgegeben werden sollten; das ergab für Wien 2 Millionen kg Brot in der Woche. Dieser Schritt, der im jetzigen Deutsch Demarche heißt, erweckte in Oesterreich ein Gefühl inniger Dankbarkeit. Der Vorarlberger Landtag erstrebte auch weiterhin die Angliederung an die Schweiz und forderte von Wien anfangs Dezember die Anerkennung seines Selbstbestimmungsrechts, wid-

Digitized by Google

rigenfalls er an den Völkerbund Berufung einlegen werde; die Entente lehnte aber jede Aenderung des Friedens von St. Germain ab. Der Tiroler Landtag beschloß am 11. Dezember einstimmig, daß die Wiener Regierung vom obersten Rat in Paris den Zusammenschluß Tirols mit Deutschland zu einem Wirtschaftsverband erwirke, weil das Land sonst gänzlich zu Grunde gehen müsse.

VI.

Die Nachfolgestaaten.

a. Der Präsident der Tschechoslowakei, Masaryk, entließ den ihm persönlich unangenehmen Ministerpräsidenten Kramarsch und ernannte den Sozialdemokraten Tusar zu seinem Nachfolger. Die Redensarten vom Schutz der Minderheiten, die der Friede von St. Germain enthielt, erhielten eine grelle Beleuchtung durch die Nachrichten vom 14. September, nach welchen die ersten Klassen der deutschen Gymnasien in Arnau, Budweis, Iglau, Landskron und Weidenau geschlossen, also den Deutschen der gebildete Nachwuchs abgeschnitten wurde. Das Gleiche widerfuhr der deutschen Lehrerbildungsanstalt in Olmütz; an ihre Stelle kam eine tschechische. In Budweis wurde 8 deutschen Schulen mit 45 Klassen ein einziges Haus mit 10 Zimmern angewiesen. Trotzdem wurden 1300 deutsche Kinder zur Schule geschickt. Da der neue Staat aus vier Volksstämmen besteht (aus Tschechen, Slowaken, Deutschen und Magyaren), so hat er ungefähr dieselben Schwierigkeiten wie früher Oesterreich; namentlich herrscht bei den Slowaken große Erbitterung über die kulturkämpferischen Tschechen, welche 172 katholische Pfarrer verhaften ließen. Der Frieden von St. Germain bestätigte den tschechischen Nationalrat am 7. November.

Digitized by Google

b. In Südslawien, dessen Hauptstadt nunmehr Belgrad ist, bestehen innere Spannungen zwischen Kroaten und Serben; auch die serbischen Slowenen haben zu klagen, und in Montenegro kam es anfangs September zu Kämpfen zwischen den Serben und den Eingeborenen, wobei die ersteren 186 Tote und 200 Verwundete verloren; die Regierung mußte zwei Divisionen aufbieten. Die montenegrinische Regierung des abgesetzten Königs Nikita protestierte am 12. September gegen den Frieden von St. Germain, bei dem sie nicht beteiligt worden sei, obwohl Montenegro 40% seiner Soldaten und $^1/_3$ seiner Bevölkerung und schließlich gar noch seine nie angetastete Freiheit und Selbständigkeit verloren habe. Eine weitere Schwierigkeit für die Jugoslawen ist der Gegensatz zu Italien, der vor allem über Fiume sich entzündete. Der König Peter kam am 26. September nach fast vierjähriger Abwesenheit in sein Land zurück und ernannte am 8. Oktober Timowitsch zum Ministerpräsidenten.

VII.

Ungarn.

Das Regiment des Grafen Michael Karolyi, der bei der Trennung Ungarns von Oesterreich und der Revolution von 1918 die Gewalt an sich gerissen hatte, brach im März dadurch zusammen, daß Karolyi erkennen mußte, daß all sein Jahre langes Liebeswerben um die Gunst der Entente fruchtlos sei und Ungarn nicht vor dem härtesten Frieden schützen werde. Den letzten Anstoß zu dem Umsturz gab der Beschluß der Pariser Friedenskonferenz, die künftige rumänische Grenze auf 230 Kilometer Länge und 60 Kilometer Breite vorzuschieben, wodurch 2½ Millionen Menschen von Ungarn abgetrennt wurden und dieses Land sich auf das Gebiet zwischen Donau und Theiß beschränkt sah. Die nationale Er-

Digitized by Google

bitterung über diese Zertrümmerung des ungarischen Staats bot den Kommunisten das Mittel, sich der Gewalt zu bemächtigen. Am 19. März dankte Karolyi ab und überließ die Gewalt den Kommunisten unter der üblichen Führung eines Juden, des Bela Kun (Kohn), der sofort die Diktatur des Proletariats verkündigte, die volle Zusammengehörigkeit mit der russischen Sowjetrepublik erklärte und einen Aufruf an das österreichische und deutsche Proletariat erließ, damit es endgültig mit Paris und London breche und sich mit Moskau verbünde, um bewaffnet den imperialistischen Eroberern Trotz zu bieten. Sofort wurde der Religionsunterricht in allen Schulen für abgeschafft erklärt und an seine Stelle der biologische Unterricht gesetzt. Alle Geschichts- und Lesebücher mußten abgeliefert werden; sie wurden verbrannt und durch bolschewistische Lehrbücher ersetzt, in welchen die Geschichte Ungarns systematisch umgefälscht wurde. Das Vermögen der Wohlhabenden ward mit Beschlag belegt, ihre Häuser dem Proletariat überwiesen und eine blutige Schreckensherrschaft errichtet. Der christlich-soziale Schriftleiter Huszar, ein früherer Volksschullehrer, hat selbst bezeugt, daß er von Kun 6 Wochen lang gefangen gehalten wurde, immer den Tod vor Augen, und daß er mitanhörte, wie in einem Saal neben seiner Zelle 60 gefangene Akademiker wie wilde Tiere niedergeschossen oder erstochen wurden. Alle verdächtigen Beamten wurden auf die Straße geworfen und durch waschechte Bolschewisten ersetzt; man brachte möglichst alle Parteigrößen bis zu solchen untersten Grades in Stellen unter. Das Unterrichtsministerium, das früher von 200 Beamten besorgt wurde, erhielt 3000; im Kriegsministerium wurden 15 Abteilungen gebildet (mit 1200 Schreibfräulein), so daß alle Uebersicht unmöglich wurde. Für die Maifeier gab man 14 Mill. Kronen aus; im Ganzen verschlang die Räterepublik nach einer Aufstellung 13 675 Millionen, die „rote Armee" allein 2066 Millionen.

Digitized by Google

Endlich am 1. August brach dieser tolle Hexensabbat zusammen da die Rumänen auf Pest vorrückten, eine Zeitlang von der roten Garde aufgehalten, dann siegreich, und Bela Kun flüchtete sich nach Wien, wo ihm die überwiegend sozialistische Regierung Unterschlupf gab. Eine kurze Zeit schien es, als ob die Entente den Erzherzog Joseph als Diktator wünsche. Man sah das als Versuch zur Herstellung der Habsburger an, und die Szegediner Gegenregierung, die gegen Kun sich gebildet hatte, ließ ihre Truppen unter den Klängen des alten Königsmarsches und den alten Fahnen in Pest einziehen. Aber am 23. August mußte der Erzherzog auf Verlangen des obersten Rats in Paris zurücktreten, und ein Ministerium Friedrich übernahm die Gewalt. Es war ausgesprochen christlich-sozial; der Leiter war ein angesehener Fabrikant, der früher politisch ziemlich weit links stand. Das christliche Volk Ungarns, und zwar beider Konfessionen, stellte sich hinter das Ministerium; die Vergewaltigung der Kommunisten zeitigte von selbst die Reaktion. Am 19. November mußte auch Friedrich auf Verlangen der Entente zurücktreten und Huszar bildete ein Koalitionskabinett. Als Urheber des Mordes des Grafen Tisza wurde am 6. November ein gewisser Joseph Pongeny ermittelt, der die Mörder im Auto zu der Wohnung des Grafen geführt hat. Es hieß, er sei nach Oesterreich entflohen. Der Friede mit der Entente kam im laufenden Jahr nicht mehr zum Abschluß.

VIII.

Rußland.

Seit 7. November 1917 ist die Leitung dieses gewaltigen Reiches in der Hand der von Lenin und Trotzky geführten Bolschewisten; aber sie haben, obschon sie die Hauptstädte St. Petersburg und Moskau beherrschten und ihr kommu-

Digitized by Google

nistisches System verwirklichten, doch im Osten des Reiches und im Süden bewaffnete Gegnerschaft gefunden und stehen nach verschiedenen Fronten im Bürgerkrieg. Von Sibirien her suchte der Admiral Koltschak über Omsk, wo der Sitz seiner Regierung war, gegen Moskau vorzudringen; im Süden stellte sich General Denikin an die Spitze der Opposition. Es war der deutsche Einmarsch in Rostow (Mai 1918), der dort die Ausrufung einer Donrepublik ermöglichte, die ein wohl disziplintiertes Heer und eine einigermaßen geordnete Verwaltung sich schuf. Die Freiwilligen Denikins und Alexejews vertrieben die Bolschewisten auch weiter östlich aus dem Kubangebiet. Denikin eroberte Anfang August Cherson und die Krim; am 14. August rückte er in Pultawa ein und erbeutete daselbst 136 Lokomotiven und 1200 Wagen. Denikin war wie Koltschak Anhänger der großrussischen Idee und stand dadurch in scharfem Gegensatz zu dem Führer der ukrainischen Landespartei, Petljura, der die Selbständigkeit der Ukraine anstrebte. Petljura besetzte Mitte August Kiew und gab diese Hauptstadt das Landes dessen rechtsmäßigem Heer zurück; auch eine regelmäßige Regierung richtete er ein. Sein Heer bestand großenteils aus ostgalizischen Ukrainern, welche ihr Land bis zum San mit der Ukraine vereinigen und auch die fünf ukrainischen Gespanschaften Nordungarns herbeibringen wollten, worüber sie mit Polen und den Tschechen in Feindseligkeiten verwickelt wurden. Den Admiral Koltschak versicherte der Vierer-Rat in Paris am 13. Juni der Unterstützung der Verbündeten gegen die Bolschewisten, weil er die Selbstbestimmung, die Freiheit und den Frieden Rußlands verbürge. Koltschak wurde aber Mitte Juli geschlagen und mußte Jekaterinenburg räumen; auch mit Denikin ging es wieder rückwärts. Die radikalen Sozialisten Frankreichs und Englands lehnten sich gegen die Bekämpfung der Bolschewisten auf, aber zunächst ohne Erfolg. Am 12. Ok-

Digitized by Google

tober verkündeten die Verbündeten die Handelsblokade gegen das bolschewistische Rußland und luden die neutralen Staaten Schweden, Norwegen, Dänemark, Finland, die Niederlande, die Schweiz, Mexiko, Chile, Argentinien und Columbien zur Teilnahme ein; ebenso das Deutsche Reich, das indessen ablehnend antwortete. Die Genfer Feuille veröffentlichte am 1. September einen Geheimvertrag, den England mit einer von Lianassow geleiteten Regierung abgeschlossen hatte. Darnach versprach England zum Sturz der Bolschewisten und zur Besetzung St. Petersburgs Munition, Tanks und Geld für Werbungen, auch Lebensmittel für bedrängte Gegenden; zur Herstellung der Industrie sollte England eine Milliarde Rubel darleihen. Dagegen versprach die Regierung Lianassows, die besonderen Interessen Englands im Baltikum anzuerkennen, den baltischen Ländern Selbstbestimmungsrecht zuzugestehen, Rußlands Uninteressiertheit in Persien zu erklären und auf jeden bedeutenden Einkauf in Deutschland zu verzichten, solange noch unausgeführte Lieferungsverträge mit England bestehen. Weiter verhieß Lianassow eine rein demokratische Regierung mit Gleichberechtigung aller Russen und gleichem Wahlrecht einzurichten und alle Verträge Englands mit Denikin und Koltschak als gültig anzuerkennen. Am 11. Juni beschloß der Viererrat, daß englische Truppen die Insel Oesel besetzen sollten. Die sibirische Bahn wurde einer alliierten Kommission unterstellt und Sibirien zur Aufrechterhaltung des Bahnbetriebs ein Darlehen von 20 Mill. Dollars gewährt. Die militärischen Ereignisse nahmen aber eine für die Bolschewisten günstige Wendung; Denikin, der Kiew genommen hatte, mußte es wieder aufgeben, und der mit England verbündete General Judenitsch, der Eroberer von Erzerum, der schon bis hart vor Petersburg mit seiner „Nordwestarmee“ von 15 000 Mann vorgedrungen war, mußte am 6. November auf Narwa

Digitized by Google

und den Peipussee zurückgehen. Von einem längere Zeit für wahrscheinlich angesehenen Feldzug der Engländer gegen die Bolschewisten wurde es ganz still. Am 13. Oktober kam die Meldung, daß das englische Heer unter General Rawlinson Nordrußland, insbesondere das Murmangebiet, völlig geräumt habe, wozu der Eintritt der Winterszeit mitwirkte, und daß der General in allernächster Zeit in Glasgow erwartet werde. Lloyd George erklärte im Unterhaus, daß man andere Mittel als bisher gegen Rußland werde anwenden müssen. Welche, sagte er nicht.

Die Zustände im Sowjetstaat waren inzwischen so geworden, daß Lenin selbst den Zwang zur Arbeit einführte und die Akkordarbeit, also die Bezahlung nach Leistung, herstellte. Er erklärte in öffentlichen Kundgebungen, daß auch die höhere Bezahlung der leitenden Männer der Betriebe sich als unumgänglich erwiesen habe und die Durchführung der Sozialisierung nicht von heute auf morgen möglich sei; d. h. er gab das Scheitern des bolschewistischen Experiments selbst zu. Die Teuerung nahm beständig zu; schon Mitte Februar kostete in Moskau ein Pud (= 400 gr) Brot 15 Rubel, ein Pud Rahmbutter 100—110, ein Pud Rindfleisch 30, Schweinefleisch 70, Pferdefleisch 15—18, Kartoffeln 6, eine Flasche Milch 9 Rubel. Nach schwedischen Berichten vom 3. Oktober mußte in Petersburg alles täglich in gemeinsamen Speisesälen eine Suppe von verdorbenen Heringen ohne Brot essen; Katzenfleisch war schon ein Luxusartikel; kürzlich wurden neun Chinesen erschossen, weil sie Menschenfleisch verkauft hatten. Die elektrische Beleuchtung in Privathäusern wurde ganz eingestellt; ein Kubikmeter Holz kostete 4000 Rubel. Am 18. November wurde in St. Petersburg der elfstündige Arbeitstag eingeführt, „um den Bedürfnissen von Heer und Volk zu genügen." Um einem besonders dringenden Bedürfnis zu genügen, führte die Sowjetrepublik anfangs Dezember nach den bol-

Digitized by Google

schewistischen „Nachrichten der Nordwestarmee" Orden ein und verlieh an Trotzky für die Verteidigung Petersburgs den Orden der „roten Fahne", und an Stalin für seine Verdienste im Süden den „roten Stern". Uebrigens enthielt die englische Zeitschrift „die Nation" folgendes Urteil: „Die moralische Atmosphäre Rußlands ist von puritanischer Strenge. Das bolschewistische Rußland lebt für die Arbeit und die Kultur des Geistes. Das Benehmen in den Straßen ist untadelhaft — keine Polizei, keine Trunksucht, kein Dirnentum, keine Fröhlichkeit und keine Freiheit. Gibt es irgendwo eine Verstaatlichung der Frauen, dann eher in Paris als in Petersburg. So soll Lenin-Calvin sein neues Genf regieren, dessen Tore das westliche Heidentum einrennen will." Als in Kopenhagen eine Besprechung über den Austausch der Kriegsgefangenen stattfand, bot die Sowjetregierung am 12. Dezember durch den Gesandten in Kopenhagen Litwinow Friedensverhandlungen an, erhielt aber den Bescheid, daß die Vollmachten der Abgesandten Frankreichs, Italiens, Englands und der Vereinigten Staaten sich auf nichts anderes bezögen als den genannten Gegenstand.

IX.

Die Randstaaten.

a. Finland. Da seit dem Zusammenbruch Deutschlands die Wahl des Schwagers des Kaisers Wilhelm II., des Prinzen Friedrich Karl von Hessen, zum König nicht aufrecht zu halten war, bequemte sich die monarchische Mehrheit des finischen Landtags notgedrungen zur Republik, und Ende Juni wurde deren Verfassung angenommen. Ende Juli fand die Wahl eines Präsidenten durch den Landtag statt, wobei der General Mannerheim mit 50 Stimmen gegen den Vorstand des Oberverwaltungsgerichts Stahlberg, einem Jung-

Digitized by Google

finen, mit 143 Stimmen in der Minderheit blieb. Die Rechte wurde somit von den vereinigten Liberalen und Sozialisten aus dem Feld geschlagen. Der Präsident hat freilich wenig Macht; der Landtag ist souverän. Künftig wird der Präsident von einer besonders gewählten Körperschaft von 300 Wahlmännern gewählt werden. Am 8. September erklärte Stahlberg, daß die Aalandsinseln ein untrennbarer Teil Finlands seien; der Viererrat sprach die Inseln aber wegen ihrer schwedischen Bevölkerung Schweden zu, was in Finland große Verstimmung erweckte. Am 6. Oktober wurde die Eisenbahnbrücke zwischen Tornea und Haparanda, die 380 m lang ist, eingeweiht und damit die direkte Verbindung zwischen Stockholm und Helsingfors geschaffen. Eine Drehspanne von 60 Metern ließ die Durchfahrt von Schiffen durch die Brücke zu.

b. Baltikum. Hier wurden 1918—19 die beiden Republiken Eesti (Estland) und Latwiga (Lettland, Livland) errichtet. Die innere Ruhe kehrte aber nicht ein; bolschewistische Banden raubten und plünderten; mit der Sowjetrepublik bestand Kriegszustand, und der „Zentralrat der westrussischen Regierung" suchte „den letzten Landstreifen, der Rußland ans Meer führt, für Rußland zu retten und seine Zerfleischung zu verhindern." In seinem Auftrag ging der Oberst Fürst Awalow Bermondt daran, mit Truppen, die zum russischen Nordwestheer des Generals Judenitsch gehörten, das Baltikum für Rußland zurückzuerobern. Am 26. August traf er mit dem englischen Brigadegeneral March ein Abkommen, nach welchem er deutsche Mannschaften anwerben und sie aus Deutschland versorgen durfte. Dazu kam die Verwicklung mit den deutschen Truppen unter General v. d. Goltz, denen das lettische Ministerium Ulmanis, solange man sie gegen die Bolschewisten brauchte, das Bürgerrecht und Siedlungsland versprach, um nachher unter dem Vorwand verübter Unordnungen das gegebene Wort zurückzuziehen. Auf einmal ver-

Digitized by Google

langte die Entente, die vorher die Rückkehr der Deutschen in ihre Heimat abgelehnt hatte, deren sofortige Heimbeförderung, der sich die Truppen, die auf ihrem Recht bestanden, widersetzten. Ungefähr die Hälfte der 25 000 Deutschen nahm das russische Staatsbürgerrecht an, um unter russischer Fahne das heiß begehrte Siedlungsland zu erhalten. Die Entente sah darin die Folge deutscher Ränke und drohte der Regierung in Berlin mit neuen Feindseligkeiten (s. S. 35). Diese ersetzte den widerspenstigen General v. d. Goltz am 12. Oktober durch den General v. Eberhardt, und dieser führte die Truppen unter allerlei Schwierigkeiten und heimtückischen Ueberfällen, auch durch die Littauer, nach Deutschland zurück; am 11. Dezember überschritt die Spitze der „eisernen Division", zusammen 6400 Mann stark, die deutsche Grenze bei Bajohren. In Lettland wurde am 9. Dez. Ulmanis wieder zum Ministerpräsidenten berufen; er erklärte Deutschland den Krieg.

c. Polen. Dieses durch deutsche und österreichische Waffen 1916 hergestellte Land benutzte die erste Gelegenheit, uns den schuldigen Dank abzustatten, indem es sich im Dezember 1918 an unsere Feinde anschloß. Das polnische Heer, das ein General Haller in Frankreich gesammelt und das dort gegen uns gekämpft hatte, wurde infolge der Bestimmungen bei der Waffenstillstandsverlängerung am 16. Februar durch Deutschland nach Polen befördert und diente dazu, die Begehrlichkeit der Polen nach deutschem Gebiet zu verstärken. Der Friede verschaffte den Polen von den elf preußischen Provinzen zwei fast ganz, Posen und Westpreußen, und eröffnete ihnen die Aussicht auf einen guten Teil einer dritten, nämlich auf Oberschlesien. Da schließlich die Entente für dieses Land eine Abstimmung zugestand, versuchten polnische Banden im August eine vollendete Tatsache zu schaffen und drangen in die Kreise Myslowitz, Kattowitz und Beuthen ein, wurden aber schließlich doch wieder hinaus-

Digitized by Google

geworfen. Am 1. Oktober wurde ein Vertrag mit Deutschland abgeschlossen, der gegenseitige Amnestie und Freilassung der Kriegsgefangenen vorsah. Die inneren Verhältnisse Polens sind sehr ungeordnet. Der große Musiker und kleine Staatsmann Paderewski warf die Flinte ins Korn, weil er zunächst Galizien von der Entente nicht erhielt, worauf Skulski die Leitung übernahm, und nicht bloß gegen die Deutschen, sondern gegen alle Nachbarn, Weißrussen, Litauer, Ukrainer, Tschechen (die ihm Teschen nicht überlassen wollen) steht Polen im Kampf. Dazu hat es freilich auch ein Heer nicht bloß von 80 000 Mann, wie es ihm von der Entente gestattet war, sondern von 25 Divisionen und 100 Regimentern = 350 000 Mann aufgeboten und mit Hilfe der Entente mit allem Nötigen reichlich ausgerüstet. Die Verfassung sah einen Senat von 121 Mitgliedern vor (der Landtag wählt 70, während 51 von den Gemeinden, den Geistlichen und den Gelehrten entsandt werden) und einen Landtag von 392. Der Präsident des Freistaats wird auf 7 Jahre gewählt und ist unverantwortlich. Die Rechte des Landtags besteht aus den Konservativen und Nationaldemokraten, unter Grabski, das rechte Zentrum aus dem nationalen Volksverein, den christlichnationalen Arbeitern und der Bürgerpartei, das linke Zentrum aus der polnischen Volkspartei und nationalen Arbeiterpartei, die Linke aus den Sozialdemokraten.

Für die Art der amtlichen Polonisierung ist lehrreich ein Erlaß des Provinzialschulkollegiums in Posen vom 28. Mai. Nach ihm sollen in den höheren Schulen schon in den zwei ersten Klassen ganz überwiegend Bilder aus der polnischen Geschichte gegeben werden; aus der deutschen Geschichte sollten nur „weltgeschichtliche Momente“ oder solche behandelt werden, welche auf die politische und kulturelle Entwicklung Polens einwirkten. Peter der Große soll genannt

Digitized by Google

werden, nicht aber Friedrich der Große und Bismarck, auch nicht Luther und die Reformation. Dabei gehören mindestens 600 000 evangelische und deutsche Preußen künftig zu Polen, und die Provinz Posen war wohl tatsächlich seit der Revolution in polnischer Hand, rechtlich aber noch ein Teil Preußens, bis zum Austausch der Friedensurkunden.

d. Ukraine. Dieses Land wurde durch nationale und soziale Gegensätze zerrüttet. Die Masse der Bevölkerung war für Selbständigkeit; ihr Führer war Petljura, der sich der Hauptstadt Kiew bemächtigte. Der Großgrundbesitz war für Wiederaufrichtung des großrussischen Staats. Dazu kamen Bolschewisten, denen sich Denikin entgegenwarf. Ihm erklärte die ukrainische Nationalregierung am 8. Oktober den förmlichen Krieg; Kiew ging zunächst in Petljuras Besitz über; dann fiel es Denikin anheim, der es aber nicht behaupten konnte. In Ostgalizien wurden blutige Kämpfe zwischen Ukrainern und Polen mit wechselndem Glück ausgefochten.

X.

Skandinavien.

a. Dänemark. Dieses Land erlangte durch die Niederlage Deutschlands die seit 1866 angestrebte Möglichkeit Nordschleswig, das man in Kopenhagen Südjütland nannte, durch Abstimmung zurückzuerwerben. Vgl. S. 9.

b. Norwegen. Am 27. August wurde bekannt, daß England zum Zweck des Aufsuchens der Minen und zur Freilegung der Schiffahrt einen Stützpunkt an der norwegischen Küste erhalten habe. Die Frage wurde aufgeworfen, ob die Engländer jemals die letzte Mine finden und daraufhin den Stützpunkt als überflüssig geworden ansehen würden? Am 25. September sprach der oberste Rat in Versailles das zwischen den großen Seestaaten strittige Spitzbergen vorbehaltlich

Digitized by Google

wohl erworbener Rechte und der Ausbeutung der bereits im Betrieb befindlichen Kohlenbergwerke durch die Inhaber dem norwegischen Staat zu. Die Kohlengruben wurden dann von Engländern gepachtet. Der zum Zweck der Völkerbundsfrage bestellte Ausschuß sprach sich am 29. September für den Beitritt Norwegens zum Völkerbund aus. Das unbedingte Alkoholverbot wurde am 8. Oktober vom Volk mit 369 589 Stimmen (gegen 272 641) angenommen. In Christiania wurden 69 977 Nein, 18 542 Ja abgegeben. Bei den Gemeindewahlen in der ersten Dezemberwoche erlangten die Rechte und die Gemäßigten überraschende Erfolge; namentlich fiel der Rechten die Mehrheit in der Stadtvertretung von Christiania wieder zu. Die sozialistische Weisheit hat eben auch in Norwegen in einem Grad versagt, daß die Bevölkerung sich von ihr abwandte.

c. Schweden. König Gustav eröffnete die Sitzung der Kammern am 4. August. Die erste Kammer hatte durch die Erweiterung des Wahlrechts eine ganz veränderte Zusammensetzung bekommen; sie enthielt 59 Liberale, 52 Sozialdemokraten und 39 Konservative. Die Regierung brachte Vorlagen über den 8stündigen Arbeitstag, Einschränkung der Dienstzeit und Beitritt zum Völkerbund ein. Der 8stündige Arbeitstag wurde von der zweiten Kammer am 29. September mit 126 gegen 64 Stimmen genehmigt. Der Finanzminister Thorsson kündigte am 8. Oktober an, daß die Regierung den Handelsvertrag mit Deutschland zu verlängern beabsichtige.

XI.

Die Balkanstaaten.

a. Die Türkei. In dem Staatsprozeß gegen das frühere Ministerium wurden am 13. Juli Talaat, Enver und Dschemal in ihrer Abwesenheit zum Tode, Mussa Kraffin

Digitized by Google

Effendi, der ehemalige Scheich-ul-Islam, und der Finanzminister Dschawid Bey zu 15jähriger Zwangsarbeit verurteilt; die andern Angeklagten wurden freigesprochen. Am 19. August besuchte der Schah von Persien auf seiner Europareise den Sultan. Am 9. September wurde gemeldet, daß die (am 28. Januar von den Engländern besetzte) Bagdadbahn den schwierigsten Tunnel im Taurus durchbrochen habe; 1920 soll sie — als englische Bahn! — fertig werden. Am 6. Oktober übernahm statt Ferid Paschas Ali Riza das Großwesirat; das Auswärtige, dem noch der Abschluß des Friedens oblag, erhielt Reschid, das Kriegswesen Dschemal. Die Engländer legten am 10. Oktober eine Besatzung nach Brussa. Die Autorität der Regierung war eng begrenzt, da Mustapha Kemal an der Spitze der Nationalisten das Innere von Kleinasien beherrschte und Kongresse in Erzerum und Siwas auf seine Seite traten; er widersetzte sich der Festsetzung der Griechen in Smyrna.

b. Griechenland. Am 18. Februar wurde das seit September 1916 in Görlitz liegende griechische Korps nach Hause befördert. Da die Entente den Griechen Smyrna zusprach, so besetzten sie diese Stadt am 17. Mai, stießen dann aber auf die Gegenwirkung Mustapha Kemals. Venizelos hatte den Plan zur wirtschaftlichen Durchdringung der Türkei eine Großbank in Konstantinopel mit Filialen im Lande zu gründen, wobei alle griechischen Banken sich beteiligen sollten, und eine Genossenschaft kaufte das Haus des verstorbenen Senators Abraham Pascha für 100 000 Pf. zu diesem Zwecke an. Die Schwierigkeiten, welche dem Plan entgegenstanden, waren aber größer als Venizelos gedacht hatte, und die Sache geriet ins Stocken. Am 26. November wurde eine Verschwörung königlich gesinnter Offiziere und Unteroffiziere entdeckt, welche auf Ermordung von Venizelos und Herstellung des Königs abgezielt haben soll.

Digitized by Google

c. Rumänien. Dieser Staat hat durch den Wechsel des Kriegsglücks schließlich seine kühnsten Träume verwirklicht; er gewann Bessarabien, Siebenbürgen und den östlichen Teil des Banats; eine Zeitlang (bis November) standen seine Truppen in Ofen-Pest. Gleichwohl war er mit dem Erreichten nicht zufrieden, so daß die Entente am 4. September ein Ultimatum nach Bukarest richten mußte, worin sie die Räumung Ungarns und die Herausgabe alles Geraubten verlangte, damit die Gläubiger Ungarns befriedigt werden könnten. Die Rumänen gaben daraufhin nach, und ein auf Bratianu folgendes Ministerium erklärte sich zur Annahme des Friedens bereit. Ein Bericht vom 22. Oktober besagte, daß die unter rumänische Herrschaft geratenen „Sachsen" mehr Freiheit genößen als unter magyarischem Regiment. Sie durften das Gedächtnis des 1849 von den Magyaren als Hochverräter erschossenen Pfarrers Roth ehren; ihr Bischof Teutsch wurde als Mitglied in die Bukarester Akademie aufgenommen. Der „Hochschulbund der Südostdeutschen" strebt die Errichtung einer deutschen Universität in Hermannstadt an; es entstand daselbst ein deutscher Theaterverein; die Hermannstädter Tagespost gestaltete sich zur „Allgemeinen Volkszeitung für das Deutschtum Großrumäniens" um; auch soll eine Monatsschrift für die Förderung des Deutschtums herauskommen. Die Bukarester evangelische Gemeinde will sich der siebenbürgischen Kirche anschließen. Die Wahlen zu der Kammer am 16. November ergaben 103 Liberale, 58 von der Bauernpartei, 67 Nationalisten, 12 Sozialisten, 7 Fortschrittler, 6 Anhänger Averescu's. In Siebenbürgen und dem Banat wurden 156 Nationalisten und 50 Oppositionelle gewählt, in der Bukowina 12 Nationalisten (darunter 1 Deutscher, 1 Jude, 1 Ruthene) und in Bessarabien 86 Nationalisten, 28 von der Bauernpartei und 1 Sozialist (in Kischinew).

d. Albanien. Hier erhob sich gegen die Italiener im

Digitized by Google

September ein Aufruhr, der sie zur Räumung der meisten Plätze zwang; nur Durazzo, Tirana, Elbassan, Valona konnten sie halten.

e. Bulgarien. König Boris entsandte am 17. Juli Bevollmächtigte nach Neuilly, um über den Frieden zu verhandeln. Am 19. September wurden die Bedingungen mitgeteilt, die auf den Verlust aller 1912—13 gemachten Eroberungen hinauskamen; Bulgarien sollte nur einen Zugang zum Hafen von Dedeagatsch behalten, Thrakien aber und das Strumitzatal an Griechenland abtreten und 2¼ Milliarden Franken Strafe bezahlen. Die Kammer, in welcher bei 212 Abgeordneten 80 von der Bauernpartei, 60 Sozialisten und etwa 70 Anhänger der sechs bürgerlichen Fraktionen saßen, nahm den harten Frieden an, da Widerstand unmöglich war. Das Ministerium Stambulinski unterzeichnete darauf den Vertrag und am 27. November wurde er auf dem Rathaus in Neuilly unterschrieben. S. S. 33. Am Ende des Jahres entstanden große Unruhen, die u. a. auf den Sturz der Monarchie abzielten.

XII.

Italien.

Die Italiener waren mit den Friedensvorschlägen, wie sie nach langen Streitigkeiten endlich von der Versailler Konferenz festgestellt wurden, sehr unzufrieden, weil Wilson darauf bestand, daß Fiume als einziger für den südslawischen Staat in Betracht kommender Hafen diesem Staat verbleiben müsse. Das Ministerium Orlando-Sonnino kam darüber zu Fall; es erhielt am 20. Juni nur 78 Stimmen gegen 279. Der Corriere della Sera schrieb: „Wohl nie ist ein italienisches Kabinett so ruhmlos gestürzt. Unsere Niederlage ist unerträglich geworden. Die Enttäuschung ist um so größer, als Orlando in Paris die Möglichkeit gehabt hätte, den Kampf

Digitized by Google

für den europäischen Rechtsgedanken und einen Frieden der Gerechtigkeit aufzunehmen. Die nächste Aufgabe ist unsere internationalen Interessen zu regeln, bevor Italien auf Gnade und Ungnade denen ausgeliefert ist, denen wir geholfen haben, die absoluten Herren der Welt zu werden." Und der Secolo: „England hat sein Ziel zur See erreicht; auf dem Festland herrscht ein französischer Friedenskonzern, der Deutschland durch einen Ring neuer deutschfeindlicher Staaten einschnüren will. Orlando hätte sehen müssen, wie sehr unsere Interessen durch eine solche Verordnung bedroht wurden; aber er spielte nur den gehorsamen Diener der Entente." Das neue Ministerium wurde von Nitti geleitet. Die Unbehaglichkeit der Stimmung wuchs durch die Teuerung aller Lebensmittel; in Rom kostete anfangs Juli in den Gastwirtschaften eine Portion Braten 5 Lire, ein Gericht Mittelmeerfische ebensoviel, ein Gericht Erbsen 3 Lire. Der Finanzminister bezifferte am 9. Juli die Kriegskosten auf 90 Milliarden Lire und verlangte bei einem Nationalvermögen von 230 Milliarden eine außerordentliche Vermögensabgabe von 30 Milliarden. Der König schenkte, um der Nation seinen guten Willen zu zeigen, damals dem Staat große Krongüter in Toscana und im Neapolitanischen, darunter das herrliche Schloß Capodimonte bei Neapel. Die Kammer nahm am 24. August das neue Wahlgesetz an, das die Verhältniswahl und das Frauenwahlrecht einführte, und wurde dann am 30. September aufgelöst; die Neuwahlen sollten am 16. November stattfinden. Die Aufregung im Lande war damals auf einem Höhepunkt, weil Italien zwar am 20. August von seinen Verbündeten in Kleinasien das ganze Mäandertal und ein Freigebiet im Hafen von Smyrna zugesichert ward, ihm aber dafür die Abtretung der zwölf kleinen Inseln an Griechenland auferlegt wurde und die türkischen Nationalisten nicht gesonnen waren, die Italiener ohne Kampf nach

Digitized by Google

Kleinasien hereinzulassen. Dazu kam der drohende Verlust von Fiume. Um diesem vorzubeugen, ahmte der Nationalist Gabriel d'Annunzio das Beispiel nach, das Garibaldi 1860 gegeben hatte, und besetzte mit einem Freikorps am 12. September Fiume. Die Entente verlangte natürlich, daß er wieder herausgehe, und Nitti mußte wohl oder übel sich gegen den Politiker auf eigene Faust aussprechen; aber er fand in Heer und Flotte passiven Widerstand, den die öffentliche Meinung natürlich bejubelte. Während dieser Dinge unterzeichnete der König am 6. Oktober den Friedensschluß mit Deutschland, vorbehältlich der Zustimmung der neuen Kammer, und die Regierung erklärte, daß Italien an der Deutschland wegen der baltischen Verwicklung angedrohten Blokade sich nicht beteiligen werde. Einer Abordnung des deutschen Bundes der Südtiroler, welche unter Protest gegen die Einverleibung trotzdem unter den gegebenen Umständen loyale Mitarbeit anbot und die Bildung einer autonomen Provinz Tirol anregte, sicherte Nitti am 20. Oktober die größte Achtung ihrer nationalen Rechte und Gewährung ihres Wunsches zu, da die Regierung auf die Mitwirkung des oberen Etschtales hoffe. Die Wahlen vom 16. November ergaben die Niederlage der bisherigen liberalen Mehrheit und den Sieg der Sozialisten und der katholischen „Volkspartei". Gewählt wurden nach den Angaben der Idea nazionale 165 Sozialisten, 102 Katholiken, 8 Republikaner und 243 Liberale und Konservative.

XIII.

Frankreich.

Am 19. Februar schoß ein gewisser Cottin auf den 76jährigen Clemenceau und verwundete dessen Lunge, wofür er am 28. März zum Tod verurteilt wurde. Die Wunde heilte

Digitized by Google

nach einiger Zeit gänzlich. Der Mörder des Abg. Jaurès, Villain, wurde nach fast 5jähriger Verschleppung seines Prozesses endlich am 29. März wegen Unzurechnungsfähigkeit freigesprochen. Bei der Beratung des Wahlgesetzes wurde am 9. April von der Kammer die Verhältniswahl trotz des Widerstandes der Regierung mit 235 gegen 201 Stimmen angenommen; ebenso am 30. Mai das Frauenstimmrecht. Der Senat stimmte am 22. Juni mit 120 gegen 90 zu. Die Brotzuteilung für Woche und Kopf wurde am 21. Mai aufgehoben.

Der Finanzminister Klotz verlangte am 27. Mai 1280 Mill. Franken an neuen Steuern, auf Wein, Kaffee, Zucker, Mineralwasser, Gas, Elektrizität, Tabak (40% mehr), Zündhölzer, Zölle; die Erbschaftssteuer wurde auch erhöht, ebenso für Einkommenszuwachs seit 1915 bei allen Einkommen von mehr als 10 000 Franken eine Abgabe erhoben; Monopole sollten auf Benzin, Benzol, Petroleum gelegt werden; auf Steuerhinterziehung wurden schwere Strafen gesetzt. Der Staatshaushalt für 1919—20 erforderte über 16 Milliarden; das Budget von 1920—21, das erste Friedensbudget, wurde auf 25 Milliarden veranschlagt, wovon über die Hälfte ungedeckt war. Die schwebende Schuld beträgt 77 Milliarden. Vor dem Krieg beliefen sich die Ausgaben auf 5½ Milliarden; die Schulden sind von 35 auf 220 angewachsen. Trotzdem gab Klotz am 18. Oktober der Zuversicht Ausdruck, daß Frankreich, dessen Reichtum durch Elsaß-Lothringen sehr vermehrt sei, allen Verpflichtungen werde genügen können, um so mehr, als Deutschland einen großen Teil der Last auf sich nehmen müsse. Dieses werde bei seinen großen Hilfsquellen und seiner Arbeitsfreudigkeit (!) in 50 Jahren seine Obliegenheiten abtragen können — durch Zahlung von 3 Milliarden jährlich.

Anfang Juni streikten eine Million Arbeiter, da ihnen Lohnerhöhungen, die die Preise noch weiter hinauftreiben

Digitized by Google

mußten, nicht bewilligt wurden. Schließlich kam es zu einem Ausgleich.

Das Wahlgesetz wurde am 7. Juli von der Kammer mit 394 gegen 121 Stimmen gut geheißen; Wahlbezirke sollen die Departements sein. Die Kammer setzte die Neuwahlen im Oktober auf den 16. November fest; am 20. Oktober wurde sie geschlossen.

Nachdem der Friede am 28. Juni von den Deutschen unterzeichnet war, hielt Clemenceau laut umjubelt in der Kammer mit erstickter Stimme eine Rede, in der er sagte: „Die erste Regung unserer Seele nach Beendigung des größten Dramas der Weltgeschichte soll ein großes Hoffen Frankreichs und der Welt sein. Die Bedrohung, welche die Welt in Todesgefahr brachte, ist umgewandelt in ein Werk des Sieges. Das Recht soll wieder in der Welt herrschen, zur Sicherheit des Friedens des arbeitenden Volkes. Wir wollen den Frieden ohne Schwäche ausführen, ohne theatralischen Hochmut, mit dem unabänderlichen Entschluß unserer großen Toten würdig zu bleiben. Der Friede kann nur dann ein wirklicher Friede sein, wenn er nicht durch den Geist der Streitsucht im Innern verraten wird. Innere Konflikte bedeuten Vergeudung von Kraft. Die Geschichte hat gesprochen. Alle Tränen, alle Leiden und alle Wunden haben uns zu besseren Franzosen gemacht. Frankreich steht aufrecht, stark und kräftig, stark im Willen zur Gerechtigkeit, stark durch die Tugenden seiner großen Soldaten. Unsere Wachsamkeit schlummert nicht. Wir sind nicht gerettet worden aus den Händen der Barbaren, um uns selbst zu vernichten. Dem Arbeiter geziemt es sich zu mäßigen und sich von den verabscheuungswerten Schmeichlern zu befreien, die ihm einreden, daß er ungestraft alles tun dürfe, ohne dafür die Verantwortlichkeit zu tragen. Sie, meine Herren, werden das Werk zu Ende führen, zu dem Sie uns bisher Ihre Mitwirkung nie

Digitized by Google

versagt haben." Die Kammer ließ sich dann zur Prüfung des Friedens lange Zeit; erst am 2. Oktober sprach sie die Annahme mit 373 gegen 53 Stimmen aus. Unter der kleinen Minderheit waren 49 Sozialisten, die den Frieden als einen unheilvollen, neue Kriege im Schoß tragenden Gewaltfrieden verwarfen. 73 Abgeordnete enthielten sich (darunter 33 Sozialisten, 18 Radikalsozialisten, 13 „Republikaner", 3 Konservative, 8 Radikale). Die zwei sozialistischen Abgeordneten Hauger und Lecinte wurden, weil sie für den Frieden stimmen wollten, aus der Partei ausgeschlossen. Der Sicherheitsvertrag mit England und mit den Vereinigten Staaten wurde mit allen 501 abgegebenen Stimmen genehmigt. Am 4. Oktober wurde ein Antrag des Ausschusses angenommen, daß die alliierten und assoziierten Mächte alle Maßregeln zur Entwaffnung Deutschlands durchführen sollten. Deutschland habe noch 6—800 000 Mann und richte sein Heer wieder auf; man solle ihm verbieten Kanonen zu gießen. Der Senat genehmigte den Frieden am 11. Oktober mit 217 gegen 1 Stimme, den englisch-amerikanischen Vertrag einstimmig. Poincaré setzte am 14. Oktober seine Unterschrift unter die Urkunde.

Von den Personen, welche an der von den Deutschen während des Kriegs herausgegebenen Gazette des Ardennes mitgearbeitet hatten, wurden die Leutnants Herwegh und Leverne zum Tod, zwei weitere Personen zu 7, sechs zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt; zwei wurden freigesprochen. Ein gewisser Henri de Grandel wurde abwesend des Todes für schuldig erkannt.

Am 16. November stand der französische Franken in der Schweiz auf 57 Centimes (statt auf 67 im November 1918), die italienische Lire auf 41 (gegen 55 Ende Oktober). Die Wahlen am 16. November hatten folgendes Ergebnis: Von 616 Wahlen waren die 10 der Kolonien nicht sofort be-

Digitized by Google

kannt und in 10 Fällen war eine engere Wahl erforderlich. Von den 600 feststehenden Ergebnissen entfielen auf die Linksrepublikaner 133, auf die Radikalen 60, auf die Radikalsozialisten 83, auf die republikanischen Sozialisten 27 (Millerand, Viviani, Painlevé, Augagneur), auf die geeinigten (internationalen) Sozialisten 68, auf die sozialistischen Dissidenten 6, auf die Fortschrittler 133, auf die (klerikal-bonapartistische) „liberale Action" 69, auf die (royalistischen) Konservativen 31. Durchgefallen waren 250 frühere Abgeordnete, neu gewählt 350. Im Ganzen bedeuteten die Wahlen unzweifelhaft eine schwere Niederlage der antimilitaristischen, 1914 siegreichen Sozialradikalen (Pams, Monis, Berteaux, Cruppi, Delcassé) und einen großen Sieg Clemenceaus. Die Mehrheit des Regierungsblocks gab die sozialistische Humanité auf 142 an; sein Kern besteht aus den Fortschrittlern (den alten Opportunisten) und der action libérale, während die Opposition hauptsächlich von den geeinigten Sozialisten und Radikalsozialisten ausgeht.

Clemenceau reiste am 12. Dezember nach London, um mit Lloyd George zu beraten. Als Ergebnis wurde amtlich mitgeteilt, daß die Arbeitsweise des Wiedergutmachungsausschusses geregelt, ein französisches Anlehen in England zur Verbesserung des Wechselkurses vereinbart und die Befugnis zur Kohlenausfuhr verlängert worden sei. Ob das alles war, ist fraglich. Man sprach davon, daß Clemenceau, da der Senat der V. St. die Verpflichtung zu künftigem Eingreifen in Europa abgelehnt hat, ein enges Bündnis mit England und Belgien zustande gebracht habe, das seine Spitze gegen Deutschland richte. Der pseudonyme „Pertinax" im Echo de Paris behauptete, daß das militärische Vorgehen unter Leitung Fochs auch künftig vorgesehen sei. Der „Manchester Guardian" vom 11. Dezember enthielt einen Bericht über ein Gefangenenlager in Nordfrankreich und stellte fest, daß die disziplinarisch be-

Digitized by Google

straften Gefangenen keine Decken und keine Schuhe hätten, in feuchten unterirdischen Gängen ohne Mäntel arbeiten müßten und pour rien auf 3 Tage zu Wasser und Brot verurteilt würden.

XIV.

England.

Ueber die die englischen Verluste im Krieg gab Bonar Law am 27. Februar im Unterhaus folgende Zahlen an. Gefallen sind 30 807 englische und 7602 koloniale und indische Offiziere, 456 832 und 168 703 Soldaten. Verwundet wurden an Offizieren 78 132 und 17 125, an Mannschaften 1 582 552 und 421 403. Somit beträgt die Zahl der Toten 663 944. Bedenkt man, daß Frankreich 40 Millionen Seelen hat, England bzw. Großbritannien 43, und daß die Zahl der über See gekommenen englischen Truppen ohne Zweifel erheblich viel größer ist als die der entsprechenden französischen, so ergibt sich, daß die Blutopfer Frankreichs, das etwa 1 400 000 Tote verloren hat, weit größer sind, als die Großbritanniens. Und zwar von Rechtswegen; der Landsknecht darf mit seinem Blut nicht kargen. Nach einer amtlichen Angabe vom 18. Oktober verlor England im Krieg durch feindliche Maßnahmen 2497 Schiffe mit 7 759 090 Tonnen und 14 287 Mann. Dazu nehme man, daß die Times am 8. August mitteilte, daß die amerikanische Handelsflotte seit 1914 um 7 746 000 Tonnen zugenommen, die britische um 2 547 000 Tonnen, die der dominions um 231 000 Tonnen sich vermindert hat. Dafür konnte Asquith am 20. August im Unterhaus sagen: „Unser Gewinn im Weltkrieg beträgt ein Achtel unseres Reichs. Ganz Arabien, Palästina, Mesopotamien, ein Teil von Kleinasien und der Norden Rußlands sind britische Interessengebiete, deren direkte Angliederung an

Digitized by Google

das Reich für das gegenwärtige Geschlecht aber nicht notwendig ist." Man muß langsam verdauen, damit der Magen nicht versagt.

Am 6. Juni hieß das Unterhaus mit 187 gegen 34 Stimmen einen Antrag gut, daß sofort ein Ausschuß für Erwägung einer bundesstaatlichen Verfassung niederzusetzen sei. „Untergeordnete" Parlamente sollen für England, Wales, Schottland und Irland geschaffen und ihnen allprovinzialen Angelegenheiten übertragen werden. Der Friedensvertrag fand im Unterhaus am 21. Juli eine Mehrheit von 163 gegen 4 Stimmen. Auch das Oberhaus erhob keinen Anstand. Am 23. Juli sprach es sich für die Zulassung der Frauen zu allen öffentlichen Aemtern und zum Oberhaus selbst aus. Von den in Scapa Flow versenkten deutschen Schiffen waren am 26. Juli die 23 kleinen wieder gehoben, von den großen die „Baden", die nicht ganz versunken war; die andern 31 großen galten (mit Ausnahme vielleicht des Hindenburg) für endgültig verloren.

Bezüglich der Kohlen wurde festgestellt, daß 1887 ein Arbeiter im Jahr bei 52 Pfund Lohn 299 t förderte; 1908 248 t bei 91 Pfund Lohn; 1914 243 t bei 99 Pfund Lohn und 1918 nur noch 224 bei 197 Pfund Lohn. 1919 werden die Zahlen 193 t und weit über 200 Pfund lauten. In Deutschland wurden 40% weniger als früher gefördert. Der 7-Stunden-Arbeitstag in den Kohlenbergwerken wurde vom Unterhaus am 9. August angenommen.

Der Kohlenarbeiterkongreß forderte die Sozialisierung der Bergwerke und der andern großen Industrien. Lloyd George erteilte ihm aber am 16. August im Unterhaus eine rauhe Absage. Bei der Nachwahl in Widnes siegte darauf der im Dezember 1918 mit 3700 Stimmen weniger durchgefallene Arbeiterführer Henderson mit 11 404 Stimmen gegen 10 417 seines Gegenkandidaten, was als Zeichen des

Digitized by Google

Stimmungsumschlags angesehen wurde. Die Eisenbahner traten am 27. September in einen Generalstreik; die Zahl der Feiernden betrug 960 000 Mann. Am 5. Oktober ging der Streik unter folgenden Bedingungen zu Ende. 1) Die Arbeit wird sofort aufgenommen. 2) Die Verhandlungen gehen fort, müssen aber bis 31. Dezember beendet werden. 3) Die gegenwärtigen Löhne werden bis 30. September 1920 fortbezahlt, dann im Licht der Verhältnisse nachgeprüft. 4) Kein erwachsener Eisenbahner bekommt weniger als 51 Schilling wöchentlich, solange die Preise gegen 1914 auf 110% stehen. 5) Dei Arbeiter arbeiten an allen Orten friedlich mit denen zusammen, die nicht gestreikt haben; wegen des Streiks wird keiner benachteiligt. 6) Die einstweilen zurückbehaltenen Löhne werden ausbezahlt. Diese Bedingungen stellten einen Sieg der Staatsgewalt dar, der von heilsamster Wirkung war; es zeigte sich, wie die Presse hervorhob, daß eine entschlossene Regierung, die über Englands Hilfsquellen verfügt, keineswegs einer ungebärdigen Minderheit auf Gnade und Ungnade ausgeliefert ist. Die Sozialisten wollten ihrerseits die Niederlage freilich nicht eingestehen, da sie gewisse Bürgschaften erreicht hätten. Die Arbeiterpartei brach die Beziehungen zum bürgerlichen Radikalismus ab, wirkte selbst auf die Gefahr konservativer Siege mit ihm bei Wahlen nicht mehr zusammen und stellte als ihr Programm folgende vier Punkte auf: 1) Sicherung eines Mindesteinkommens für jedes Mitglied der Gemeinschaft; 2) demokratische Kontrolle der Industrie, beginnend mit der sofortigen Verstaatlichung der Eisenbahnen, der Bergwerke und der elektrischen Kraft; 3) radikale Steuergesetze, beginnend mit einem Penny auf das Pfund bis zu 16 und selbst 19 Schilling vom Pfund bei Millionären; 4) Verwendung des so gewonnenen „überschüssigen" Kapitals für allgemeine Zwecke wie Rücklagen, Alters- und

Digitized by Google

Kranken-Renten, Wissenschaft und Kunst. Dabei fehlen die Rüstungen, welche nach dem Gewaltfrieden von Versailles nicht entbehrlich sein und alles Geld verschlingen werden.

Am 20. November gab Sir Auckland Geddes an, daß deutsches Eigentum in England im Betrag von 99 766 108 Pfund Sterling in Verwahrung genommen sei. Das englische Eigentum in Deutschland sei 42 692 622 Pf. wert. Engländer schuldeten an Deutsche 11 884 803 Pf., Deutsche an Engländer 54 906 238 Pf.

Am 26. November gab die britische Regierung bekannt, daß ab 1921 die Insel Malta Selbstverwaltung erhalten solle. England behalte sich nur die militärischen und Flottenangelegenheiten vor. Am 9. Dezember wurde mitgeteilt, daß die Fleischkarte ab 15. Januar 1920 abgeschafft werde. Die Alterspension wurde am 20. Dezember der Teuerung wegen von 7,6 sh wöchentlich auf 10 sh erhöht.

Der Haushalt für 1920 sah am 11. Dezember für das Heer noch eine Ausgabe von 8 Milliarden Mark vor. Unter den Fahnen standen noch 952 000 Mann, wovon 403 000 zur Rheinarmee gehörten. Bis März hofft man die Zahl auf 325 000 herabsetzen zu können. Die Kosten der Besatzungstruppen, die Deutschland aufbringen muß, betragen 3600 Millionen Mark. Ueber die Folgen, welche der Weltkrieg für das britische Weltreich gehabt hat, s. unten S. 139 u. 144. Auch Schottland und Irland verlangen Freiheit und Selbständigkeit, das erste im Rahmen des Reichs, das zweite außerhalb desselben; die „irische Republik" wurde ausgerufen und fand Gehorsam. Auf den Statthalter Marschall French wurde, weil er am 27. Nov. den Verein Sinn Féin („wir sind wir!") aufgehoben hatte, ein Bombenattentat verübt, das einigen Menschen das Leben kostete, und darauf mußte der Belagerungszustand über die „grüne Insel" verhängt werden. Lloyd George kündigte dann eine neue Home-rule-Vorlage

Digitized by Google

an, nach der die Insel in zwei Staaten aufgelöst werden soll, den katholischen mit Dublin, den protestantischen mit Belfast als Hauptstadt; ein Bundesrat soll als Bindeglied beider dienen; in ihn sollen die beiden Staaten je 20 Mitglieder wählen. Ins Reichsparlament soll Irland nur noch 42 Abgeordnete entsenden. Die beiden Parlamente in Dublin und Belfast können jederzeit ein einziges Parlament bilden.

XV.

Belgien. Niederlande. Luxemburg. Schweiz. Spanien. Portugal.

a. Belgien. Dieses Land verlor im Krieg an Toten 982 Offiziere und 29 600 Soldaten. Im Feld standen 14 000 Offiziere und 365 000 Soldaten. Der Friede wurde am 8. August durch die Kammer, darauf auch durch den Senat gut geheißen. Der Sozialdemokrat Lirworghe erklärte: „keiner von unserer Partei findet den Frieden zu hart, wie das gewisse Neutrale und Defaitisten tun.“ Wegen Zusammenwirkens mit dem Feind wurde der flämische Aktivist Professor Vormes am 6. September zum Tod verurteilt. Die Kammerwahlen vom 16. November zerstörten die klerikale Herrschaft, welche seit 1884 bestanden hat. Die Klerikalen sanken von 99 auf 73 Mann herunter; die Sozialisten errangen 70 statt 40, die Liberalen 34 statt 41 Sitze. 9 Abgeordnete waren parteilos. Die am gleichen Tag vollzogenen Senatswahlen ergaben 43 Katholiken (vorher 55), 30 Liberale (28), und 20 (10) Sozialisten. Am 27. November wurden vom König 27 Senatoren ernannt; nunmehr hatte der Senat 53 Katholiken, 37 Liberale und 30 Sozialisten. An Stelle Brocqueville's übernahm das Ministerium de la Croix. Bei der Wahl eines Präsidenten der Kammer erhielt der Sozialist Brunet 74 Stimmen, der Klerikale Carton de Wiart 72.

Digitized by Google

b. Niederlande. Am 9. September erhob der niederländische Gesandte in Brüssel dagegen Einsprache, daß das belgische Ministerium das belgische Hauptquartier angewiesen habe, durch Agenten in der niederländischen Provinz Süd-Limburg eine Bewegung zum Zweck des Anschlusses an Belgien zu entfachen. Dieses Vorgehen rief in den Niederlanden tiefe Entrüstung hervor. Die Chicago Tribune bemerkte dazu aus holländischer Quelle, die Niederlande wollten keineswegs ein Gibraltar an der Mündung der Schelde haben; sie seien bereit, Belgien das Recht zuzugestehen, in dem Strom zu baggern und Leuchtfeuer zu unterhalten; auch gegen den Rhein-, Maas- und Scheldekanal wenden sie nichts ein und wollen belgische Kriegsschiffe im Frieden frei bis Antwerpen fahren lassen. Am 17. Oktober verlautete, daß in der Tat eine Verständigung auf der Grundlage erzielt sei, daß den Belgiern im Frieden bedingte freie Fahrt auf der Schelde zustehe, was große wirtschaftliche Vorteile für Handel und Zollwesen mit sich bringe; daß aber die niederländische Militärhoheit über die Mündung des Stroms und das Recht, ihn im Krieg abzusperren, nicht angetastet werden dürften.

c. Luxemburg. Weil die Kammer den Arbeitern nur 250 Franken Zulage bewilligte, wurde sie am 14. August von 20 000 Arbeitern eine Zeitlang belagert. Am 28. September stimmten 66 811 Luxemburger für die monarchische Verfassung mit der Großherzogin Charlotte, zu deren Gunsten die Großherzogin Maria, ihre ältere Schwester, die wegen ultramontaner Neigungen bei der Linken unbeliebt war, verzichtet hatte. Für die Republik wurden 16 885, für eine andere Großherzogin 1280 Stimmen abgegeben; für eine andere Dynastie 889. Für den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich stimmten 60 135, für den an Belgien 22 242. Die Bevölkerung spricht deutsch, steht aber längst unter französischem Kultureinfluß; dasselbe möchte Frankreich in den 15 Jahren

Digitized by Google

der Besetzung im Rheinland erreichen. Die Wahlen vom 26. Oktober ergaben 27 Katholiken, 9 Sozialdemokraten, 7 Radikale, 2 von der freien Volkspartei und 3 von der Partei Prüm (klerikale Außenseiter); zusammen 48. Die Anhänger Frankreichs fielen durch; die Belgiens wurden mit knapper Mehrheit gewählt.

d. Schweiz. Am 10. August wurde mit 195 135 gegen 77 675 Stimmen die Vorschiebung der Wahl des Nationalrats nach der Verhältniswahl beschlossen. Die Wahlen erfolgten am 26. Oktober und ergaben eine schwere Niederlage der seit 1847 herrschenden freisinnigen Partei. Von 107 Mann ging sie auf 63 zurück; die Zahl der katholischen Konservativen blieb sich mit 42 gleich. Die Sozialdemokraten wuchsen von 20 auf 39 an. Die neu entstandene Bauernpartei erlangte 27 Sitze, die (protestantisch-konservativen) Liberaldemokraten 9 (statt 11); die ostschweizerischen Demokraten 4 (4), die evangelische Partei 1 (0), die Grütlileute 3 (3), die Baseler fortschrittliche Bürgerpartei 1 (1). Zusammen 189. Dem Eintritt in den Völkerbund stimmte der Nationalrat am 19. November mit 128 gegen 53 zu, der Ständerat am 21. mit 33 gegen 6. Am 11. Dezember wurde von der Bundesversammlung Motta zum Bundespräsidenten, Schultheß zum Vizepräsidenten gewählt. Die andern zwei Mitglieder Calonder und Haab wurden bestätigt, Scheurer, Musy und Chuard neu gewählt.

e. Spanien. Am 1. Oktober wurde der Achtstundentag eingeführt. Das Ministerium Sanchez Toca ist aus der konservativen Partei hervorgegangen, die in mehrere Gruppen um Maura, Cierva und Dato gespalten ist, und hatte darum keine große innere Festigkeit; es neigte sich im Ganzen mehr der gemäßigten Gruppe Dato's zu. Der Ministerpräsident sprach sich für Anlage von Eisenbahnen, Straßen, Kanälen und Häfen aus, auch für eine tiefgreifende Steuerreform und erhoffte nach Durchführung dieser Pläne einen

Digitized by Google

großen Aufschwung des Landes und Milliardeneinnahmen. Er galt für einen tüchtigen Organisator auf industriellem Gebiet; aber Worte allein, die schon oft gehört worden sind, tuns nicht. Der Marokkaner Raisuli machte den Spaniern wieder so zu schaffen, daß ein großer Schlag gegen ihn erwogen wurde. In Frankreich kaufte der Kriegsminister dazu viel Material. Die großen Lohnsteigerungen riefen auch in Spanien eine schwere Teuerung hervor. Der König Alfons XIII. reiste am 18. Oktober nach Paris. Am 11. Dezember wurde ein neues Ministerium unter dem Vorsitz von Salazar gebildet.

f. Portugal. Im Februar erfolgte wieder einmal ein monarchischer Aufstand, der aber nur anfänglich in Oporto Erfolge hatte. Am 7. August wurde Antonio Almeida mit 123 von 176 Stimmen zum Präsidenten der Republik erwählt.

XVI.

Afrika.

a. Aegypten. Dieses Land wurde durch den Krieg der Engländer gegen die Türkei, der sich an seinen Grenzen abspielte, lange Zeit in Unruhe erhalten, da die Nationalpartei hoffte, bei dieser Gelegenheit das englische Joch abschütteln zu können. Der Sieg der Engländer über die Türken konnte nicht verhindern, daß im Frühjahr Unruhen ausbrachen, die nach der Erklärung von Harmsworth im Unterhaus (15. Mai) für das auswärtige Amt eine völlige Ueberraschung waren. Nach demselben wurden bei der Unterdrückung des Aufruhrs fast 1000 Aegypter getötet, was auf harte Kämpfe schließen läßt. Im Oktober entstanden wieder Unruhen, wegen deren Verhaftungen vorgenommen und Militär aufgeboten wurde; es sollen 2000 Aegypter außer Landes gebracht sein. Lloyd George erklärte im Unterhaus

Digitized by Google

am 18. November, daß England keine seiner Verantwortlichkeiten in Aegypten aufgeben könne. Als am 20. November ein Ausschuß unter dem Vorsitz von Lord Milner zur Prüfung der ägyptischen Verfassungsfrage ernannt wurde, trat das ägyptische Ministerium zurück. Milner hielt erhebliches Entgegenkommen für notwendig, wenn das Protektorat nicht ins Wanken kommen solle.

b. Marokko. Ueber die spanischen Absichten in diesem Lande s. oben S. 138.

c. Südafrikanische Union. Am 26. August starb der erste Minister der südafrikanischen Union, der berühmte Heerführer des Burenkriegs, Louis Botha, an der Grippe. Sein Verhalten im Weltkrieg ist ihm in Deutschland als Undank schwer verdacht worden; der bekannte Kenner Südafrikas Schowalter ist aber der Meinung, daß unsere Regierung seit 1902 Botha so kühl behandelt habe, daß ihm keine Wahl blieb, als sich England ganz zu verschreiben. (S. Stresemanns nationalliberale Zeitschrift „Deutsche Stimmen" 1919, S. 855 ff.) Bothas Nachfolger wurde der General Smuts, der den Gedanken aussprach, daß mit dem Weltkrieg, in dem die englischen Kolonien als gleichberechtigte Staaten dem Mutterland Hilfe brachten, das alte britische Weltreich zu Grabe getragen und durch einen Bund freier Staaten ersetzt sei, die nach innen und außen Herren ihrer Geschicke seien. Am 11. September wurde gemeldet, daß die Union die Verwaltung von Deutschsüdwestafrika übernommen habe. Am 11. Oktober wurde aus London berichtet, daß Eingeborene im nationalliberalen Klub angehört wurden, die klagten, daß sie bloß in der Kapkolonie Stimmrecht hätten, aber auch da nicht farbige Kandidaten, sondern nur Weiße wählen dürften, daß 34 000 Eingeborene wider das Gesetz in den Krieg geführt worden seien, von denen 4000 umkamen; daß sie keinen Landbesitz erwerben dürften. Der erste Mi-

Digitized by Google

nister der Union sei ein Holländer, und diese hätten die Schwarzen von jeher als Sklaven behandelt. Die Stimmung im Klub ging dahin, daß diese Klagen abgestellt werden müßten. Qui vivra, verra. Der Schwäbische Merkur vom 9. Dezember veröffentlichte eine Erklärung burischer Professoren, Dozenten, Rektoren, Lehrer und Aerzte, die in allen Buren-Zeitungen erschien und besagte: „wir haben während unserer Studienjahre an deutschen Universitäten die Gründlichkeit und Ehrlichkeit der deutschen Wissenschaft kennen gelernt, der die Erforschung geistiger und naturwissenschaftlicher Wahrheiten die Hauptsache war. Wir, wie auch alle anderen ausländischen Studenten haben in Deutschland außerordentlich herzliche Behandlung und Gastfreundschaft genossen und werden es stets als ein unschätzbares Vorrecht betrachten, daß wir unsere europäischen Studienjahre in einer geistig so hochstehenden, kunstliebenden und unserer Volksart so nah verwandten Umgebung verleben durften." So sehen wir Hunnen in den Augen von unparteiischen Fremden aus!

XVII.

Asien.

a. China. Die chinesische Regierung weigerte sich, den Versailler Frieden zu unterschreiben, weil er die Halbinsel Shantung an Japan auslieferte. Der Friedenszustand mit Deutschland wurde am 16. September als eingetreten erklärt. Anfangs Oktober kam Nachricht aus Amoy, wonach zwischen Nord- und Südchina der Bürgerkrieg wieder entbrannt war. Mit Hilfe des mongolischen „Kosakenführers" Semjonow machte China die 1913 an Rußland abgetretene Mongolei sich wieder untertan.

b. Japan. Das Selbstgefühl der Japaner hat durch den Weltkrieg erheblich zugenommen; Europa ist sehr ge-

Digitized by Google

schwächt, während Japans Kräfte fast unberührt sind, und die Gegensätze, welche auch die Sieger unter sich spalten, sind offenbar geworden. So verlangte Okuma am 26. Juli, daß keine außerasiatische Macht in Asien künftig einen Stützpunkt haben dürfe; auch die Philippinen sollten unabhängig sein. Der Versailler Friede fand am 11. Oktober die Genehmigung des Parlaments. Zu Ende des Jahres wurde eine beträchtliche Vermehrung der japanischen Flotte beschlossen (um 8 Linienschiffe, 8 Schlachtkreuzer, 12 Kreuzer, 32 Zerstörer).

c. Indien. Der bekannte Dichter Rabindranath Tagore schrieb laut Meldung vom 20. Juni dem Vizekönig, daß er den ihm von König Georg V. verliehenen Adelstitel hiemit zurückgebe, weil die Engländer in Pendschab unter dem Vorwand der Erhaltung von Gesetz und Ordnung rohe Gewalttaten verübt hätten, gegen die er Einsprache zu erheben sich gedrungen fühle. Am 23. Dezember verkündigte König Georg V. seine Absicht, Indien eine Verfassung zu geben, worauf die Indier schon lange drangen. Ihre wichtige Mitwirkung im Weltkrieg und die dabei erlangte Erkenntnis ihrer militärischen Kraft haben das Selbstgefühl der Indier sehr gestärkt. Die neue Verfassung, die vom englischen Parlament genehmigt ist, sieht eine gesetzgebende Versammlung von 140 Mann vor, von denen 100 durch 2% der Bevölkerung gewählt, 40 vom Vizekönig ernannt werden sollen, und einen Staatsrat von 60 Mann, von dem 40 aus Wahlen hervorgehen. Die Provinzen erhalten Landtage, die zu 70% wählbar sind.

d. Afghanistan. Im April und Mai fanden scharfe Kämpfe an der indischen Grenze statt. Am 28. Mai bat der Emir Habibullah, der 1915 den Besuch des deutschen Abgesandten v. Hentig sehr freundlich aufgenommen hatte, um Frieden und wurde angewiesen, seine Truppen 30 Kilometer hinter die Grenze zurückzunehmen. Ein förmlicher Friede

Digitized by Google

wurde am 8. August unterzeichnet. Nach einer nicht kontrollierbaren Nachricht sollte der Emir übrigens am 30. Januar im Lager von Laghmen von einem Mörder erschossen worden sein; dann würde das Emirat auf Habibullahs ältesten Sohn übergegangen sein.

e. Centralasien. Die Engländer hatten gegen die Bolschewisten Truppen auf Merw vorgesandt, das aber am 23. Mai von den Bolschewisten besetzt wurde. Die Engländer hielten sich in Krasnawodsk. Am 11. November wurde gemeldet, daß die Truppen des Emirs Merw besetzt hätten, das seit 1884 russisch gewesen war. Deshalb unternahm, nach Meldungen der Leipziger N. N. vom 8. Dezember, im November der General Clime an der Spitze von 6 Brigaden einen Strafzug, auf dem er bis 17. November 9 afghanische Dörfer zerstörte; die Flieger gingen bis auf die Hütten herunter, steckten alles mit ihren Bomben in Brand und töteten auch viele Frauen und Kinder, die angeblich zu entfliehen suchten. Die Zahl der Toten wurde auf 4000 geschätzt; die Wut der Afghanen war grenzenlos, um so mehr als die Engländer alles Vieh und alles wertvolle Eigentum mit sich nach Indien nahmen. Wo sind nun die wahren Hunnen?

f. Persien. Die persische Regierung verlangte am 13. Juli in Versailles die Aufhebung aller ihr aufgedrungenen, gegen die Unabhängigkeit Persiens gerichteten Verträge und bezog sich auf das Recht Persiens dem Völkerbund anzugehören. Ferner forderte sie Entschädigung für die im Krieg auf persischem Boden durch Russen, Türken und Deutsche angerichteten Verwüstungen und Rückgabe der von Russen und Türken weggenommenen Landstriche. Am 15. August brachten die Pariser Blätter Le Temps und les Débats die Mitteilung, daß das Gegenteil dessen eingetreten war, was man erwarten mußte. Der Schah hat, statt seine Unabhängigkeit zurückzugewinnen, mit England einen Vertrag schließen müssen, wonach

Digitized by Google

Persien unter englischen „Schutz" trat, seine Finanzen und sein Heer unter englische Kontrolle kamen, England Ausbildungsoffiziere und Waffen liefern sollte und der Schah keinerlei Beamte von andern Völkern annehmen durfte. England sollte dem persischen Staat eine Anleihe gewähren. Minister des Aeußern wurde Prinz Firuz Milza; er sollte den Schah auf einer Reise nach Europa begleiten, die auch sofort angetreten wurde. Schon am 19. August war der Schah in Konstantinopel, am 30. Oktober im Elysée bei dem Präsidenten Poincaré. Man wollte bezweifeln, ob England seine Rückkehr nach Teheran gestatten werde. Das amerikanische Staatsdepartement gab am 22. Oktober bekannt, daß die Vereinigten Staaten das englisch-persische Abkommen nicht billigen; was in London nicht weiter beachtet wurde.

g. Syrien und Palästina. Am 10. September erklärte die englische Regierung, daß Palästina in Zukunft den Wünschen der Zionisten gemäß die Heimstätte der Juden sein solle. Die dort schon vorhandenen Juden, obschon eine Minderheit, sollten demgemäß als eigentliche Landesinhaber behandelt werden. Am 17. September wurde ein Vertrag zwischen England und Frankreich bekannt, nach dem die englischen Truppen hinter die syrisch-palästinische Grenze zurückgehen sollten. Mossul sollte von ihnen besetzt bleiben; nach Damaskus, Aleppo, Hama, Homs sollten weder England noch Frankreich Truppen legen, weil sie zu dem nach dem Vertrag von 1916 zu errichtenden arabischen Staat gehörten. Dieser Staat sollte von Frankreich „beraten und unterstützt" werden. Die Engländer sollten auch Kilikion räumen.

Digitized by Google

XVIII.
Australien.

Die englische Bevölkerung dieses Weltteils sah den Versailler Frieden insofern nicht gern, als er Japans Stellung im stillen Ozean verstärkte, wo ihm die deutschen Kolonien der Marianen, Karolinen und Marschallsinseln zufielen. Als erstes aller dominions hieß Neuseeland gleichwohl am 5. September den Frieden gut. Die Wahlen im australischen Gemeinwesen ergaben für die Nationalisten, die während des Kriegs hinter dem Ministerpräsidenten Hughes gestanden waren und die allgemeine Wehrpflicht — allerdings vergebens — befürwortet hatten, 34 Sitze (bisher 49), für die Landwirte 14 (bisher 3) und für die antinationalistische Arbeiterpartei 27 (bisher 23). In Neuseeland errangen die Konservativen (sog. Reformisten) unter Führung von Massey noch einen großen Wahlsieg; aber sie gingen doch um 47 000 Stimmen zurück, während die Arbeiter um 91 000 zunahmen. Die Liberalen haben wenig mehr zu sagen.

XIX.
Amerika.

a. Canada. Die canadischen Truppen wurden nach dem Friedensschluß nach Hause befördert mit dem Ruhm, daß sie von den englischen Hilfstruppen am tapfersten gefochten hätten. Die Gärung im französischen Canada dauerte fort. Der Prinz von Wales wurde im Herbst nach Canada entsandt, um den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß das britische Weltreich, dessen Umgestaltung General Smuts gekennzeichnet hat, vor allem durch die Person des Monarchen und dann durch die frei vereinbarten Verträge seiner Glieder zusammengehalten werde. Der konservative Ministerpräsident

Digitized by Google

Borden hat die Absicht zurückzutreten, wird aber nach Lage der Dinge durch einen Gesinnungsgenossen ersetzt werden. Die Liberalen haben auch hier an Einfluß sehr verloren, während der der Arbeiterpartei zunimmt.

b. Die Vereinigten Staaten. Die Temperenzler errangen den großen Sieg, daß laut eines Gesetzes vom 18. Januar 1920 an keine alkoholischen Getränke mehr hergestellt und eingeführt werden dürfen. Wilson belegte aber das Gesetz am 28. Oktober mit seinem Verbot, weil das Trinkverbot nur während des Krieges Berechtigung gehabt habe und der Verfassung widerstreite. Das oberste Bundesgericht entschied aber am 16. Dezember, daß dies nicht der Fall sei. Der Präsident forderte den Kongreß auf, das Gesetz zurückzunehmen. 200 000 Verkaufsstellen und Lager sollten nach dem Gesetz geschlossen werden, und 2 Millionen Menschen werden einen andern Erwerb suchen müssen. Das Frauenstimmrecht wurde vom Abgeordnetenhaus am 23. Mai mit 304 gegen 89 Stimmen angenommen. Am 3. Juli wurde das Heer auf Friedensfuß gesetzt; nach einer am 9. August erfolgten Gesetzesvorlage soll es künftig 510 000 Mann zählen und durch Einberufungen jederzeit auf 1 250 000 Mann gebracht werden können. Der Süden hat im Krieg 379 000 weiße und 230 000 schwarze Soldaten gestellt; diese kamen mit dem Anspruch auf volle Gleichberechtigung mit den Weißen zurück, die ihnen in der Theorie, nicht aber in der Praxis zusteht. Im Krieg, sagte ein Witzbold zum Nigger, durftest du voran gehen; jetzt gehst du wieder hinten. Der Senat, der nach der Verfassung den Frieden von Versailles gutheißen muß, zog seine Beratungen sehr lange hin; der Präsident unternahm deshalb eine Vortragsreise durch das Land, um seine Politik der Bevölkerung zu empfehlen. Am 19. August sagte er im Senatsausschuß auf eine Frage Mac Cumber's, daß er denke, daß die Vereinigten

Digitized by Google

Staaten wegen ihrer Ueberzeugung von der Unrechtmäßigkeit des deutschen Kriegs auch ohne feindliche Handlungen der Deutschen gegen amerikanische Bürger in den Krieg eingetreten sein würden. Lansing erklärte auf eine andere Anfrage, daß die 14 Punkte Wilsons bei den Verhandlungen in Versailles keine Rolle gespielt hätten. Wilson erkrankte auf seiner Reise im Oktober plötzlich so, daß er die Herrschaft über sich verlor und auf ärztlichen Rat sofort sich vollständiger Ruhe befleißigen mußte. Mitte Dezember konnte er wieder mit Hilfe eines Stockes gehen und einiges arbeiten. Ein Bergarbeiterstreik, der anfangs November von 400 000, bald von 735 000 Mann unternommen wurde und der Sozialisierung galt, veranlaßte die Regierung zu scharfen Gegenmaßregeln und hatte keinen Erfolg. Nach einer Aufstellung haben die V. St. für den Krieg 4 800 000 Mann unter den Fahnen gehabt, die doppelte Stärke des Heeres im Sezessionskrieg von 1860—65. Nach Frankreich kamen 2 080 000 Mann, an die Front 1 300 000. Gefallen sind 50 000, verwundet 235 000. Die Ausbildung dauerte 8 Monate. Ueber den Ozean fuhren im März 1918 84 000 Mann, im April 120 000, im Mai 246 000, im Juni 279 000, im Juli 306 000, im August 286 000, im September 257 000; im Oktober wurde der Nachschub wegen des deutschen Waffenstillstandsgesuchs eingestellt. Die Truppendampfer wurden zu 45% von den V. St. selbst aufgebracht; der Nachschub an Material geschah nur auf eigenen Schiffen. Am 16. November stimmte der Senat folgenden Vorbehalten zum Friedensvertrag zu: 1) Die Monroelehre unterliegt der Gerichtsbarkeit des Völkerbundes nicht. 2) Die Ausfuhr aus den V. St. nach Deutschland untersteht dem Kongreß. 3) Er ernennt die Vertreter der U. St. im Völkerbundsausschuß. 4) Das Abkommen über Shantung wird abgelehnt. 5) Die Ansprüche von Bürgern der V. St. auf feindliches Eigentum werden an-

Digitized by Google

erkannt. 6) Bei Maßregeln des Völkerbundes über Verkehrssperren und Rüstungen behält sich der Kongreß sein Verhalten vor. Zum Abschluß gelangten die Verhandlungen 1919 nicht mehr. Am 11. Dezember reiste die Abordnung der V. St. zur Friedenskonferenz von Paris nach Hause zurück.

c. Mittelamerika. Im September erhob General Butienez in Honduras sich gegen die Regierung und hatte Erfolg. Am 4. Oktober genehmigte Guatemala den Frieden. In Costarica (das wie San Salvador im Weltkrieg neutral geblieben war) wurde am 14. Dezember Acosta zum Präsidenten gewählt.

d. Südamerika. In Brasilien wurde zu Anfang des Jahres das Verbot des Gebrauchs der deutschen Sprache in Kirche, Schule und Presse aufgehoben. In Porto Alegre waren die evangelischen Kirchen nur zwei Monate geschlossen gewesen; dann wurde das Sprechen vom Altar aus wieder gestattet und zu Anfang 1919 wurden auch die Kanzeln wieder freigegeben. Die Amerikaner haben in Rio de Janeiro eine evangelisch-theologische Fakultät errichtet. Die Abgeordnetenkammer nahm den Frieden am 9. November an.

Peru. Im Streit mit Chile ersuchte die peruanische Regierung am 4. November die V. St. um Vermittlung.

Chile nahm den Völkerbund am 9. November an, behielt sich aber vor, etwaige spätere Abänderungen des Grundgesetzes anzunehmen oder nicht.

Uruguay genehmigte den Frieden am 16. Oktober.

Die Abgeordnetenkammer von Argentinien hieß am 14. Dezember das Gesetz gut, daß den Alliierten 60 Millionen Piaster zum Ankauf argentinischer Bodenerzeugnisse geliehen werden sollten. Da Argentinien 1½ Mill. t Weizen, 100 000 t Leinsaat, 3½ Mill. t Mais, 1 250 000 t Haber und 30 000 t Wolle der letzten Schur auf Lager hatte, so war die Gewährung der Anleihe sehr in seinem Interesse.

Digitized by Google

Ohne den zwischen dem Präsidenten Irigoyen und dem Kongreß ausgebrochenen Konflikt würde die Sache schon früher erledigt worden sein.

XX.

Die Kirchen.

a. Die evangelischen Kirchen. Die Notwendigkeit, der Kirche nach der Trennung vom Staat eine neue Verfassung zu geben, machte sich überall in Deutschland geltend, und es wurden zu diesem Zweck in Württemberg und Baden verfassunggebende Kirchenversammlungen nach dem gleichen direkten Wahlrecht (aller 25 Jahre alten Kirchengenossen beider Geschlechter) gewählt. Die Wahlen in Württemberg erfolgten am Sonntag den 1. Juni bezirksweise und ergaben bei einer Abstimmung von 43% der Wähler (von 800 000 stimmten 336 000 ab) in 56 weltlichen und 28 geistlichen Wahlkreisen eine kleine Mehrheit der Rechten, etwa 46 gegen 36 freier Gesinnte. Die letzte nach dem beschränkten indirekten Wahlrecht gewählte Landessynode hatte eine Mehrheit der freier Gesinnten gehabt. Es bildeten sich nunmehr in der Versammlung eine Rechte unter Prälat v. Römers Führung und eine Linke unter Prälat Schöll (amtlich: Gruppe I und II). In Baden war das Ergebnis dasselbe, nur noch schärfer zugespitzt: am 28. September wurden 50 „Positive" gegen 35 Liberale gewählt, was einen völligen Umschwung der kirchenpolitischen Lage bedeutete. Die Wahlen in Baden waren in sieben Kreisen nach dem Verhältniswahlrecht vollzogen worden (Konstanz-Freiburg mit 15 Abgeordneten, Emmendingen-Lahr mit 13, Karlsruhe-Baden mit 10, Pforzheim-Durlach mit 10, Bretten-Eppingen-Sinsheim mit 13, Mannheim-Weinheim mit 11, Heidelberg-Wertheim mit 13 = 85). Die württembergische

Digitized by Google

Landeskirchenversammlung tagte vom 14. bis 25. Oktober in Stuttgart und hielt eine Generaldebatte über den von der Kirchenregierung vorgelegten Verfassungsentwurf, der einen lebenslänglichen Kirchenpräsidenten mit einjährigem aufschiebendem Einspruchsrecht gegen Beschlüsse der Landeskirchenversammlung vorsah. Der Entwurf ging dann an den 15köpfigen kirchenrechtlichen Ausschuß. Bezüglich des Religionsunterrichts verlangte die Landeskirchenversammlung die Mitwirkung der Kirche bei der Aufsicht. Die badische Generalsynode genehmigte am 12. Dezember die neue Verfassung, welche einen Kirchenpräsidenten einsetzte, der zugleich der Kirchenregierung und dem Oberkirchenrat vorsteht. Gewählt wurde als Kirchenpräsident der positive Oberamtsrichter Dr. Muchow von Freiburg mit 66 gegen 5 Stimmen, nachdem der einstimmig in Aussicht genommene Präsident des Oberkirchenrats Dr. Uibel wegen hohen Alters abgelehnt hatte. In die Kirchenregierung wurden 3 Positive, 2 Liberale und 1 Mitglied der landeskirchlichen Vereinigung gewählt.

Ende Juli wurde statt Voigts Möller zum Präsidenten des preußischen Oberkirchenrats ernannt.

Am 31. August fand ein evangelischer Pressetag in Dresden statt, wobei festgestellt wurde, daß dieser Verein jährlich 8 Millionen Stück Schriften absetzte, die Katholiken 4, die Sozialdemokraten 2. Auf den Pressetag folgte am 1.—5. September, ebenfalls in Dresden, der deutsch-evangelische Kirchentag, an dem 320 Männer teilnahmen, Vertreter der 15 Kirchenregierungen, der Synoden, der großen kirchlichen Vereine, der theologischen Fakultäten, der Religionslehrer, der militärischen Seelsorger, der Kirchenmusik und einer „Ausgleichsgruppe", alles in allem eine imposante Kundgebung evangelischer Intelligenz und Autorität. Der Zweck war, den von

Digitized by Google

1848—72 bestandenen Kirchentag zu erneuern und, ohne die Selbständigkeit der Einzelkirchen aufzuheben, gleichartige Verhältnisse möglichst gleichartig zu regeln und so das Zusammenwirken zu erleichtern. Am 5. September wurde beschlossen: 1) jede Landeskirche ordnet ihre Angelegenheiten frei und selbständig. 2) Die Träger der Kirchengewalt sind künftig die Landessynoden. 3) Unter Wahrung ihrer Eigenart und Selbständigkeit treten die Kirchen in eine organische Beziehung zu einander, durch das Mittel des deutsch-evangelischen Kirchentags und des d. ev. Kirchenausschusses. 4) Ohne Gleichmacherei ist ein möglichst gleichartiger Aufbau der Verfassungen erwünscht. 5) Alle Schichten des Volks sollen zu kirchlichem Leben herangezogen werden, ohne daß die führende Stellung des Dienstes am göttlichen Worte (d. h. der Pfarrer) angetastet wird; die freikirchliche Tätigkeit soll in den Organismus der Kirche eingegliedert werden. 6) Kirchliche Behörden sollen als unentbehrliches Glied der Gesamtkirche erhalten werden. Die Verhandlungen erstreckten sich besonders auf die Ausgestaltung der Synodalverfassung, auf das Wahlrecht zu den Synoden, wobei sich herausstellte, daß die im Süden angenommene direkte Urwahl im Norden auf Bedenken stieß, auf die Frage des Religionsunterrichts und den Parochialzwang, der die Kirchenglieder an ihren parochus, den Pfarrer ihres Kirchenbezirks, bindet. Im Gegensatz dazu wurde der Schutz der Minderheiten dadurch verlangt, daß z. B. die positive Minderheit einer liberalen Kirchengemeinde sich an einen Geistlichen ihrer Richtung halten und gegebenen Falls die Anstellung eines solchen verlangen darf und umgekehrt. Das Gesamtergebnis des Kirchentags war sehr befriedigend; der Kirchenausschuß, der aus 15 Vertretern der Regierungen und 15 der Synoden besteht, ist eine wichtige Frucht des Tages von bleibendem Wert. Die württembergische Landeskirchenversammlung erklärte sich mit der Schaffung einheitlicher Ein-

Digitized by Google

richtungen für die evangelischen Kirchen des Reichs einverstanden.

Bayern wird künftig zwei evangelische Kirchen haben, da das landesherrliche Summepiskopat weggefallen ist: eine lutherische und eine reformierte. Die lutherische Kirche soll eine Landessynode haben, die zu $^2/_3$ aus Laien und $^1/_3$ aus Geistlichen besteht und von den Kirchenvorstehern der Gemeinden gewählt werden soll. Daneben besteht ein Landeskirchenrat, zu dessen ordentlichen Mitgliedern auch die sog. Generaldekane gehören. Der Kirche steht ein Kirchenpräsident vor; er ist auch Leiter des Landeskirchenrats und hat gegen Beschlüsse der Landessynode ein einmaliges Veto.

Im September stimmten in Hamburg von 4220 Lehrern 3101 für Beibehaltung des Religionsunterrichts, 703 dagegen. Die „Bürgerschaft" (= Stadtparlament) führte auf Antrag des Pastors Dr. Rode mit großer Mehrheit den anläßlich der Revolution abgeschafften Religionsunterricht wieder ein.

Am 13. Oktober erhielt die Bezirksstelle des ostpreußischen Heimatdienstes Allenstein die Mitteilung, daß 600 000 Protestanten in Kongreßpolen gegen den ihnen aufgezwungenen verräterischen Generalsuperintendenten Bursche in Warschau eine Absage erlassen hätten, weil er großpolnische Agitation treibe und sich dafür durch den Bischofstitel und den Vorsitz im Konsistorium habe belohnen lassen. Sie verwarfen seine Kandidatur zum polnischen Reichstag. In Lodsz wurden alle evangelischen Arbeiter und Meister verdrängt und die evangelischen Schulen und Bethäuser geschlossen. Das ist der in Versailles verbürgte Schutz der nationalen und religiösen Minderheiten!

Die evangelischen Tschechen lösten sich schon am 18. Dezember 1918 von dem Oberkirchenrat in Wien los und traten damit auch aus der evangelischen Kirche Oesterreichs

Digitized by Google

aus. Als oberste Behörde setzten sie sich einen Synodalausschuß von 9 Mitgliedern. Ihre Zahl beläuft sich auf etwa 160 000. S. unten S. 156.

Nach der Einnahme des Elsasses durch die Franzosen zeigte sich, wes Geistes Kind manche bis dahin als Stütze des Deutschtums angesehene hohe Herren waren. Die Direktorialkommission in Straßburg, die oberste evangelische Kirchenbehörde, gab den Geistlichen, welche die Aussicht auf ein französisches Elsaß nicht ertragen könnten, den Rat, sich zur freien Abreise aus diesem Land zu entschließen, in dem ihre Gegenwart fürder unerwünscht wäre. Gezeichnet Paul Lobstein, Professor der Theologie. Bisher wurde Hindenburg in den Predigten verherrlicht, nunmehr Wilson.

Anfangs Oktober hielt der „Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen" in Oudwassenaer in Holland seine Jahresversammlung. Vertreten waren die Evangelischen von Deutschland, den Niederlanden, Finland, Lettland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Schweiz, England, Frankreich, Belgien und Amerika. Es wurde einstimmig ein Beschluß zu Gunsten der deutschen Heidenmission gefaßt und die Zulassung aller Völker zum Völkerbund befürwortet; der Schutz der religiösen Minderheiten wurde als Ehrenpflicht der Staaten erklärt. Der Berliner Theologe Deißmann wurde auf englischen Vorschlag zum Vorsitzenden des Ausschusses des Weltbundes erwählt.

Die Basler Mission will nach Berichten vom 27. Oktober Niederländisch-Indien als neues Arbeitsfeld erwählen, da sie die früheren Gebiete durch England verloren hat; Verhandlungen mit der niederländischen Regierung sollen eröffnet werden. Der Direktor der presbyterianischen Mission in den Vereinigten Staaten, Dr. Brown, forderte die Evangelischen der V. St. auf, die öffentliche Meinung zum Schutz der deutschen Mission zu beeinflussen, für Rückgabe ihres Ver-

Digitized by Google

mögens, Befreiung ihrer Mitglieder und Hinaussendung von Missionaren durch sie zu wirken; auch soll den Eingeborenenkirchen das Recht des Anschlusses an eine christliche Kirche Europas gesichert werden.

Am 22. November wurde bekannt, daß der preußische Staat auf Antrag des Abg. Dr. Traub sich entschlossen hat, ab 1918 zunächst für 10 Jahre je 60 000 Mk. zur Erforschung der Geschichte der Reformation und der Gegenreformation auszuwerfen. Die Zeitgrenze wurde auf 1500—1585 festgelegt. Ein Ausschuß, dem der Katholik Finke-Freiburg und die Protestanten Müller, Scheel und v. Schubert (Tübingen, Marburg, Heidelberg) angehören, soll die Sache in die Hand nehmen. Beabsichtigt ist, den Briefwechsel der in Betracht kommenden Humanisten, eine Prosopographie (biographisches Lexikon) und eine Bibliographie der betreffenden Jahrzehnte herauszugeben. Der Verein für Reformationsgeschichte will sich die Herausgabe von Urkunden des Elsasses und der Reichsstädte und ein Quellenwerk über die Wiedertäufer angelegen sein lassen.

b. Orthodoxe Kirche. Von der orthodoxen Bevölkerung der Ortschaft Werra in Estland wurde ein Bolschewist Wallner zum Lehrer und Prediger bestellt. Er verlas von der Kanzel das erste Kapitel des ersten Buchs Mosis (der sog. Genesis) und sagte zu den Arbeitern, die Befehl erhalten hatten zu kommen: „Wie abscheulich ist der Gott der Lügenpfaffen! Der Autokrat und Sklavenhalter hält die Einwohner des Paradieses im Dunkeln. Der Teufel aber als Aufklärer und Revolutionär öffnet Evas Augen und gibt den Menschen damit alle guten Gedanken. Ihr seid jetzt alle des Teufels. Er schwebe über euch und gebe euch Kraft die Revolution der Arbeit durchzuführen!"

c. Römisch-katholische Kirche. Im Mai wurde statt der Bischöfe Benzler von Metz und Fritzen von

Digitized by Google

Straßburg, die den Franzosen nicht mehr genehm waren, in den Formen des für Frankreich 1905 abgeschafften Konkordats von 1801, das für das Elsaß noch als gültig angesehen wurde, Nachfolger bestellt, der Bischof Pelt für Metz und der bisherige Bischof von Nancy, Ruch, für Straßburg. Benzler erhielt aus der elsaß-lothringischen Kasse 10 000 Fr. Pension und vom Papst das Bistum in partibus infidelium Adalia, Fritzen dieselbe Pension und das Bistum von Mocissus in Kappadozien. Er starb aber am 10. September im Alter von 81 Jahren (1838 in Cleve geboren, 1891 Bischof von Straßburg). Am 25. Mai verlangten die bayerischen Bischöfe von der Regierung Sicherung der konfessionellen Volksschule, Fernhaltung aller Bücher, welche ihr entgegentreten, die Möglichkeit von Privatschulen, die Bezeichnung der Religion als Pflichtfach, Beaufsichtigung der ganzen religiös-sittlichen Erziehung durch die Kirche und Abberufung der Lehrer, welche Glauben und Sitte gefährden. Das alles sei zur Gesundung unseres todkranken Volkes notwendig.

Im August verlautete von einer Verschärfung der kirchlichen Praxis in Betreff der gemischten Ehen. Am 7. November 1741 wurden von Papst Benedikt XIV. durch die declaratio Benedictina den Niederländern Erleichterungen in jener Angelegenheit gewährt, und durch die declaratio Clementina vom 21. Februar 1765 wurde das auf weitere Gebiete ausgedehnt; es wurden auch solche Ehen, welche nicht nach der tridentinischen Vorschrift geschlossen waren, für gültig erklärt. Am 10. Januar 1906 hat Pius X. durch die Konstitution Provida das auf Deutschland angewandt, weil die deutschen Bischöfe nach der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches darum nachgesucht hatten. An Pfingsten 1918 aber erschien das neue Gesetzbuch des kanonischen Rechts (s. letzter Jahresbericht S. 163), das die allgemeinen Vorschriften unter Aufhebung des Erlasses Provida in Kraft setzte. Eine Ehe

Digitized by Google

ist also nur bei pünktlicher Beobachtung der kirchlichen Normen gültig; ist sie nur vor dem Standesamt oder nur von einem nicht katholischen Religionsdiener geschlossen, so gilt sie nur als Beischläferei (Konkubinat) und die Kinder als unehelich. Dabei ist die Zahl der gemischten Ehen im Wachsen; in Württemberg z. B. stieg sie von 12,7% im Jahr 1913 auf 16,35% im Jahr 1917. Befreiung von den Vorschriften ist indes möglich, wenn 1) alle Kinder katholisch erzogen werden, 2) der katholische Teil „mit Umsicht" die Bekehrung des nicht katholischen betreibt, 3) ein nicht katholischer Religionsdiener nach der katholischen Trauung nicht auch noch um die Trauung angegangen wird, 4) die Trauung nicht veröffentlicht wird und außerhalb der Kirche geschieht. Bei Nichteinhaltung der Zusagen durch den nicht katholischen Teil kann der katholische Trennung von Tisch und Bett verlangen. Der katholische Teil ist im Fall des Wortbruchs dem Kirchenbann verfallen und verliert das Recht auf Sakramente und Begräbnis. Es wird befürchtet, daß mit diesen Verschärfungen in zahlreiche Familien der Funke des Zwists geworfen und der konfessionelle Friede untergraben werde.

In seiner Nummer 161 vom 16. Juli schrieb das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt": „durch das grundstürzende Werk Luthers wurde das, was zusammengehörte, getrennt, nämlich Religion und Politik, weil die christlichen Grundsätze aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet wurden und an ihrer Stelle als oberste Norm des Handelns nur noch der nackte Vorteil galt. So entscheidet jetzt nur noch das Recht des Stärkeren, wie dieser Gewaltfriede deutlich zeigt. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht." Der Weltkrieg und Deutschlands Niederlage wurden somit als Folge der Reformation bezeichnet. Dagegen nahm ein ungenannter katholischer Priester in der Süddeutschen Zeitung entschieden Stellung.

Digitized by Google

Am 17. August wurde mitgeteilt, daß der große tschechische Priesterverein Jednota durch hoch geachtete Geistliche und Professoren am 13. Juni dem Papst eine Bittschrift habe überreichen lassen, welche 1) ein tschechisch-slowakisches Patriarchat, 2) Wahl der Bischöfe durch Klerus und Volk, 3) Anteil des Klerus und Volks an der Verwaltung der Diözesen, 4) Gebrauch der Volkssprache im Gottesdienst, 5) Reform des theologischen Studiums und 6) Abschaffung der Ehelosigkeit der Geistlichen verlangte. „Bei ungünstiger Antwort, schrieb das Blatt Narodni Listy, kann diese erste Reise tschechischer Priester nach Rom leicht auch die letzte sein, wenn Rom für die alten Schmerzen des tschechischen Klerus und Volks kein Verständnis aufbringt." Zwei Pfarrer Stibor und Zahradnik gingen mit dem Beispiel vor, daß sie heirateten; sie wurden von ihren Gemeinden gestützt. Der Erzbischof von Prag schloß am 25. Oktober 50 Pfarrer aus der Kirche aus, weil sie Frauen genommen hatten und doch ihr Amt zu versehen fortfuhren. Im Dezember sprach sich eine Versammlung von 140 tschechischen Priestern für die Trennung von Rom aus, und es wurden Schritte getan, um die Abgefallenen mit den evangelischen Tschechen zu einer hussitischen Kirche zu verschmelzen. Wie es heißt, ist diese Verschmelzung schon so gut wie vollzogen. Der Prager Erzbischof Graf Huyn wurde durch Kordac ersetzt. In Polen trat der Pfarrer Hfugner für die Notwendigkeit ein, den kirchlichen Absolutismus aufzugeben, da der Geist des Volkes ein anderer geworden sei. In Südslawien regte sich das Streben nach einer Nationalkirche; der Vatikan trat ihm aber scharf entgegen und erklärte es für ausgeschlossen, daß die katholischen Slowenen und Kroaten unter Belgrad gestellt würden. Die Bestrebungen des katholischen Klerus nach Standesorganisation und Wahrung seiner Interessen erkannte der Papst am 12. Juli als berechtigt an; Erzbischof Faulhaber

Digitized by Google

von München forderte zur Bildung solcher Vereine auf. Am 22. August erließen die preußischen Bischöfe vom Grab des heil. Bonifatius in Fulda aus einen sehr würdigen Hirtenbrief über den Frieden, der mahnte, durch religiöse Einkehr eine bessere Zukunft vorzubereiten.

Am 10. August kam der japanische Diplomat Yamamoto nach Rom, um über die katholischen Missionen auf den Karolinen, Marianen und Marschallsinseln zu verhandeln. Zum Gesandten des deutschen Reichs bei der Kurie wurde v. Bergen ernannt; zum portugiesischen Martin. Auch Frankreich ist im Begriff, seine 1905 abgebrochenen Beziehungen zum Papst wieder aufzunehmen.

Am 10. September gründete Benedikt XV. das Collegium Erythraeum bei der Kirche Santo Stefano dei Mori hinter der Apsis der Peterskirche zur Heranbildung von Priestern für die koptische Kirche. Die ersten Zöglinge wurden vom apostolischen Vikar unter den Zöglingen seines Seminars und dem einheimischen Klerus ausgewählt; sie sollten an der theologischen Fakultät in Rom studieren und daneben das orientalische Institut besuchen. Am 28. Dezember ordnete der Papst eine Sammlung für die hungernden Kinder an und stiftete dazu 100 000 Lire.

Die italienische Regierung verlieh am 10. September den Erzbischöfen von Turin und Pisa, den Kardinälen Richelmy und Maffi, das Großkreuz des Mauritiusordens und stellte dem Kardinal Giustini zur Ueberfahrt nach Jerusalem ein Kriegsschiff zur Verfügung. Seit 1870 hatte kein Kardinal einen kgl. Orden erhalten. Der Ministerpräsident Nitti war mit dem Staatssekretär Kardinal Gasparri sehr befreundet.

Die österreichische Kirche hat ein Vermögen von 813 Millionen Kronen, muß aber davon 44 000 Personen unterhalten, was bei 4% Zins auf den Kopf nur 740 Kronen ergibt. Ein katholisches Blatt bemerkt: „damit wäre kein Ar-

Digitized by Google

beiter zufrieden. Die Rothschild besitzen 11 Milliarden, was bei 4% Zinsen 440 Millionen Kronen ausmacht."

Im Januar schrieb das „deutsche Volksblatt" in Stuttgart über den Antisemitismus: „Der Begriff Jude ist nicht ein Religions- sondern ein Rassenbegriff. Die jüdische Glaubensgemeinschaft kann der Jude, der mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft nichts mehr zu tun hat, nicht lösen ... Wir werden unser gutes Recht und unsern guten Geisteskampf gegen das glaubensfeindliche und revolutionäre Judentum von keiner Macht der Welt uns nehmen lassen und nicht aufhören, das katholische Volk über die wahren Drahtzieher der Revolution, dieses unsühnbaren Verbrechens am deutschen Volk, aufzuklären. Das ist nichts weiter als unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit." Das westfälische Wochenblatt Leo in Paderborn nahm gegen den wucherischen und religionsfeindlichen Teil der Juden so scharf Stellung, daß der Abgeordnete zur Nationalversammlung, Professor Mausbach in Münster, um des lieben Friedens willen, da das Zentrum mit den Sozialdemokraten zusammen die Regierung bildete, das Blatt zu einer andern Haltung zu bestimmen suchte, aber umsonst.

Nach dem Schwäbischen Merkur vom 15. Oktober sah sich Bischof v. Keppler von Rottenburg bewogen, auf der Diözesansynode vom 7. und 8. Oktober folgendes zu sagen: „Durch unsre Einheit geht ein Riß; er ist nicht gerade groß, aber häßlich. Er rührt von denen her, welche in Ulm ihre Synode halten, die sich an den Kultminister Heymann (einen Juden aus Posen) wandten, um Schutz gegen den Bischof und das Zölibat zu erhalten. Ihre Tat ist eine Judastat. Sie werden den Lohn empfangen, den die Juden dem Judas bezahlt haben. Den Anführern bei diesem unheilvollen Teilen möge Gott gnädig sein! Wer einen der Verführten auf den rechten Weg zurückleitet, der macht sich um unsern Stand verdient."

Digitized by Google

Gegen den Erzbischof Nörber von Freiburg richtete die badische evangelische Generalsynode am 14. Oktober folgende Erklärung: „Es ist nicht wahr, was der Erzbischof auf dem Freiburger Katholikentag gesagt hat, daß wir in den Weltkrieg im Geiste der Kirchenspaltung gezogen sind. Wahr ist vielmehr, daß Evangelische und Katholiken in den Kampf hineingezogen wurden, weil wir dem katholischen, stets bewußt reformationsfeindlichen Oesterreich die Bundestreue hielten. Es ist weiter nicht wahr, daß der Versöhnungsfrieden abgelehnt wurde, weil der Versuch von Rom ausgegangen war. Die Anwendung des Gleichnisses vom verlorenen Sohn auf uns Evangelische weisen wir als taktlos und irreführend zurück. Wir mahnen unsere evangelischen Glaubensgenossen im Sinne Melanchthons den Frieden mit Andersgläubigen zu bewahren, zugleich aber im Geiste Luthers allen ungerechten Angriffen von römischer Seite entschlossen zu begegnen und den von der Reformation überkommenen evangelischen Glauben mannhaft zu bekennen und im Leben zu betätigen."

Auf dem Münchener Katholikentag (26. Okt.) sagte der Erzbischof Faulhaber: „In Weimar teilt man den Eid in einen religiösen für die Gläubigen und einen bürgerlichen für die Ungläubigen. Schwören aber ist nicht zweierlei. Entweder es geschieht mit Anrufung Gottes, oder es gibt kein Schwören. Wenn man auf der einen Seite Gott beseitigt, darf man ihn auf der andern nicht wieder herbeiholen, wenn man sich nicht anders helfen kann. Der heilige Eid darf nicht zur Polizeimaßregel erniedrigt werden. Der neue Staat will sich an Gott erinnern, um die Steuern eventuell restlos erfassen zu können, nachdem man keinen Polizeihund hatte, um die versteckten Vermögen herbeizuholen. Jeder Gläubige hat das Recht zu sagen: ich verweigere den Steuereid; wenn du neuer Staat den Herrgott nicht brauchst in andern Punkten, dann brauchst du auch nicht wegen Steuergesetzen zu Gott zu

Digitized by Google

greifen." Dieser Standpunkt wurde auch von evangelischer Seite durchaus gebilligt. Der Erzbischof bezeichnete dann die Religiosität als Quelle der Arbeitsfreude und rief: „Wir verlangen Scheidung und Entscheidung, Freiheit des Papstes, Kampf gegen die Staatsschule, Konfessionsschule, religiöse Erziehung, Staatsautorität auf religiös-sittlicher Grundlage, unerbittlichen Kampf gegen alle offene oder versteckte religionsfeindliche Kulturpolitik."

Am 11. November starb der Kölner Erzbischof Kardinal v. Hartmann (1851 geboren, 1911 Bischof von Münster, 1912 Erzbischof, 1914 Kardinal). Er war ein entschiedener Bekämpfer des Modernismus, „dessen Gift in alle Adern der Kirche zu dringen droht," und auch des gleichen Wahlrechts in Preußen, weshalb ihn die politische Linke scharf angriff. Zu seinem Nachfolger wählte das Domkapitel den Bischof von Paderborn, Schulte.

Register.

Akkordarbeit 82, 85.
Besetzte Gebiete 92, 94.
Betriebsräte 70.
Britisches Reich 135, 144.
Bullitt 20.
Clauffen 96.
Dorten 21.
Eichhorn 67, 76.
Eisner 74.
Elsaß-Lothringen 29, 102.
Erzberger 24, 69.
Foch 5, 7, 92.
Friedrich d. Große 26, 90, 120.
Gelselmord 76.
Gothein 68.
Hieber 99.
Hindenburg 68, 90, 91.
Jaurès 127.
Jednota 156.
Kanalisation des Neckar 101.
Karl, Kaiser 105.
Kautsky 88.
Keppler 158.
Köln, Universität 91.
Kolonisation, deutsche 15.
Königspartei 95.
Leo, Zeitung 158.
Liebknecht 74.
Lobstein 152.
Luxemburg, Rosa 74.
Magirus 100.
Masaryk 109.
Memel 9, 15.
Neuilly 53, 124.
Neuring 75.
Noske 24, 73, 87, 91, 94.
Ostschutz 92.
Papierfabriken 84.
Poincaré 5, 29.
Röchling 90.
Rupprecht, Kronprinz 94.
St. Germain 31.
Scapa Flow 25, 132.
Scheidemann 23, 24, 57.
Sklarz 87.
Schleswig 9, 23.
Schulwesen 86, 90, 91, 92, 99.
Schwabenkapitel 100.
Smuts 138.
Streiks 77, 89.
Südtirol 126.
Technische Nothilfe 81.
Traub 153.
Untersuchungsausschuß 68.
Vierzehn Punkte 146.
Wilson 5, 13, 14, 145 f.
Zeitin 97.
Zionisten 143.

Digitized by Google

Dokumentarischer Anhang.

1. Briefe des Kaisers Wilhelm II. an Zar Nikolaus II.

7. Februar 1895.

Der Anstoß, den Frankreich den Demokraten und der revolutionären Partei durch Freilassung der schlimmsten Uebeltäter gegeben hat, wird auch hier empfunden. Mein Reichstag benimmt sich so schlecht als er kann. Er schwingt vorwärts und rückwärts zwischen den Sozialisten, die von den Juden angetrieben werden, und den ultramontanen Katholiken. Beide Parteien sind, soweit ich sehen kann, bald reif, samt und sonders gehenkt zu werden. (Der Zorn des Kaisers bezog sich darauf, daß sich der Reichstag damals weigerte, die sogenannte Zuchthausvorlage gegen die Sozialdemokratie anzunehmen.)

Rominten, 26. Sept. 1895. „Liebster Nicky! Die Entwicklung im fernen Osten, besonders die von dort kommende Gefahr für Europa und unseren christlichen Glauben, ist eine Angelegenheit, die mir stets sehr am Herzen gelegen hat, seitdem wir unseren ersten Schritt im Frühjahr gemeinschaftlich unternommen haben. Meine Gedanken verdichteten sich schließlich zu einer bestimmten Form, und ich habe diese zu Papier gebracht. Ich habe die Skizze mit einem Künstler — einem Zeichner ersten Ranges — ausgearbeitet und, nachdem sie fertig war, für die Oeffentlichkeit eine Radierung machen lassen. Sie zeigt die europäischen Mächte, jede durch ihren Genius vertreten, zusammenberufen durch den vom Himmel gesandten Erzengel Michael, wie sie sich im Widerstand gegen das Eingreifen des Buddhismus, des Heidentums und der Barbarei zur Verteidigung des Kreuzes vereinigen. Besonderer Nachdruck ist auf den vereinigten Widerstand aller europäischen Mächte gelegt, der ebenso notwendig ist gegen unsere gemeinsamen innere Feinde: Anarchismus, Republikanismus, Nihilismus. Ich bin so frei, Dir ein Blatt zu schicken mit der Bitte, es als Zeichen meiner warmen, aufrichtigen Freundschaft für Dich und Rußland entgegenzunehmen. Mitten in diese friedliche Tätigkeit und das ruhige Jagdvergnügen fiel die erstaunliche Nachricht, die ich aus Paris erhielt, daß das Budgetkomitee der französischen Deputiertenkammer bei der Debatte über das Militär-

Digitized by Google

budget beantragt hat, das 19. Armeekorps (Algier und Tunis) heimzuberufen und ein neues, kontinentales Korps an meiner Westgrenze zu bilden. Diese Abberufung ist nur einmal zuvor erfolgt, im Jahre 1870, als Frankreich mit uns Krieg führte. Ein solches Projekt im tiefsten Frieden hat Deutschland wie ein Donnerschlag getroffen und ein tiefes Gefühl der Beunruhigung hervorgerufen. Dieses ist noch mehr vertieft worden durch die Tatsache, daß dieser Antrag öffentlich bekannt wurde im Augenblick, als Fürst Lobanow und General Dragomiroff offiziell der Revue der französischen „Grenzarmee" an der lothringischen Grenze unter dem frenetischen Jubel der Grenzbevölkerung beigewohnt hatten. Diese Armee ist, wie französische Zeitungen uns seit Wochen erzählen, für den ersten Vorstoß auf unser Grenzland im Revanchekrieg bestimmt. Sie ist schon vier Korps stark gegen meine zwei (15., 16.). Das in Aussicht genommene neue Korps würde die ohnehin überstarken französischen Streitkräfte auf fünf Korps erhöhen und bildet eine Bedrohung sowie eine ernstliche Gefahr für mein Land. Natürlich muß ich daraufhin jetzt anfangen, die Sache ernst zu nehmen; denn dieses Ereignis, das sich in dem Augenblick vollzieht, da Deine Offiziere dekoriert werden und Lobanow gefeiert wird, während meinem Bevollmächtigten nicht überfreundliche Bemerkungen zu Ohren kommen, hat hier im Volk Unruhe verursacht und den Dingen ein häßliches Aussehen verliehen, als ob es Rußland lieb wäre, wenn Frankreich offensiv gegen Deutschland vorginge mit der Hoffnung auf Hilfe von erstgenanntem. Eine so ernste Gefahr wird mich veranlassen, meine Armee stark zu vermehren, damit ich in der Lage bin, es mit einem so schrecklichen Uebergewicht aufzunehmen. So schwer uns auch die finanzielle Last drücken würde, mein Volk würde keinen Augenblick zögern, Gewähr für seine Sicherheit zu leisten, falls es notwendig werden sollte. Ich weiß genau, daß Du persönlich nicht im Traum daran denkst, uns anzugreifen. Du darfst Dich aber nicht wundern, wenn die europäischen Mächte darüber beunruhigt sind, daß die Anwesenheit Deiner Offiziere und hohen Beamten in amtlicher Eigenschaft in Frankreich die leicht entzündlichen Franzosen zur Weißglühhitze entfacht, und die Sache des Chauvinismus und der Revanche kräftigt. Gott weiß, daß ich alles, was in meiner Macht liegt, getan habe, um den europäischen Frieden aufrecht zu erhalten; aber wenn Frankreich, offen oder heimlich auf diese Art ermutigt, weiter alle Regeln internationaler Höflichkeit und

Digitized by Google

des Friedens verletzt, dann wirst Du Dich, mein liebster Nicky, eines schönen Tages nolens volens plötzlich in den schrecklichsten Krieg verwickelt sehen, den Europa je erlebt hat — einen Krieg, für den die Massen und die Geschichte vielleicht Dich als den Urheber verantwortlich machen werden. Bitte, sei nicht ärgerlich, wenn ich Dich vielleicht ganz unabsichtlich verletze; aber ich halte es für meine Pflicht gegenüber unseren beiden Ländern und gegenüber Dir als meinem Freund, offen zu schreiben, da Deine Abgeschlossenheit und Zurückgezogenheit, die Dir durch die tiefe Trauer auferlegt sind, Dich verhindern, zu sehen, was sich — hinter den Kulissen — abspielt. Ich habe einige Erfahrung in der Politik und sehe gewisse unverkennbare Anzeichen. Deshalb eile ich zu Dir, mein Freund, um im Namen des europäischen Friedens ernstlich zu mahnen. Wenn Du auf Gedeih und Verderb mit den Franzosen verbündet bist, gut, dann rufe diese verdammten Schufte zur Ordnung und heiße sie stille sitzen; wenn nicht, dann lasse Deine Leute, die nach Frankreich gehen, den Franzosen nicht den Glauben beibringen, Du seiest ihr Verbündeter. Lasse sie nicht rücksichtslos werden und ihnen die Köpfe verdrehen, bis sie sie verlieren und wir dann in Europa, anstatt für Europa gegen den Osten kämpfen müssen! Denke an die furchtbare Verantwortung für das entsetzliche Blutvergießen! Nun lebe wohl, liebster Nicky. Meine besten Grüße an die liebe Alix. Ich bin, wie immer, Dein ergebenster und aufrichtigster Freund und Vetter Willy I. R."

Neues Palais Potsdam, 25. Okt. 1895.

Liebster Nicky! Die mit Freuden begrüßte, unerwartete Ankunft Onkel Michas, der eben bei uns frühstückte, gibt mir eine angenehme Gelegenheit, Dir warm für Deinen freundlichen, von Moltke überbrachten Brief zu danken. Er ist noch ganz erfüllt von all Deiner Güte und hingerissen von Deiner ganzen Persönlichkeit und Deinem Wesen. Deine Ansichten über die Presse im allgemeinen sind genau dieselben wie die meinigen. Sie hat viel Schaden getan und tut es noch dauernd, und wir müssen sehr viel Tücke, Lüge und Unsinn ertragen. Doch der Einfluß, den sie, „horribile dictu", hat, muß nach dem Volksgeist der verschiedenen Rassen, in dem sie erzogen werden und in dem sie die Zeitungen lesen, beurteilt werden. Deine und meine Untertanen sind langsamer im Denken, nüchterner und ruhiger in ihren Urteilen

Digitized by Google

als z. B. die südlichen Völker oder die Franzosen. Die römische und gallische Rasse sind leichter erregt, schneller bereit, Schlüsse zu ziehen, und wenn sie erst einmal in Flammen stehen, dem Frieden gefährlicher als die teutonische und russische Rasse. In England wiederum ist die Presse mehr das Mundstück der öffentlichen Meinung als auf dem Kontinent und tritt mehr für die Interessen ihres Landes ein. Lobanows Besuch war mir höchst interessant. Er ist zweifellos ein sehr fähiger Diplomat und ein glänzender Causeur, und was er mir erzählte, war „sehr beruhigend" in bezug auf Frankreich. Ich hielt es für richtig, ganz offen über Frankreich mit ihm zu sprechen, denn er sagte mir, Du hättest ihn in Kenntnis gesetzt. In einer Rücksicht habe ich mich bemüht, ihm zu zeigen, daß ich nicht mißverstanden sein möchte. Daß es nicht eine Tatsache des „Rapports" oder der Freundschaft zwischen Rußland und Frankreich ist, die beunruhigend wirkt — jeder Herrscher ist der alleinige Lenker der Interessen seines Landes und gestaltet seine Politik demgemäß — sondern die Gefahr, die unserem Prinzip des Monarchismus dadurch droht, daß die Republik in der Form, wie sich die Freundschaft zeigt, auf ein Piedestal erhoben wird. Das beständige Erscheinen von Fürsten, Großfürsten, Staatsmännern, Generälen in „vollem Wichs" bei Revuen, Beisetzungen, Diners, zusammen mit dem Haupt der Republik oder in seiner Umgebung macht die Republikaner — als solche — glauben, sie seien ganz ehrbare ausgezeichnete Leute, bei denen Fürsten verkehren und sich zu Hause fühlen können. Was ist nun die Folge zu Hause in unseren Ländern, wo die Republikaner Revolutionäre de natura sind und — mit Recht — behandelt werden als Leute, die erschossen oder gehenkt werden müssen? Sie sagen unseren anderen loyalen Untertanen: „Seht, wir sind gar keine gefährlichen, schlechten Menschen. Blickt doch nach Frankreich, da seht ihr die Royalisten in bester Eintracht mit den Revolutionären. Warum sollte es bei uns nicht ebenso sein?" Die R. F. ist aus der großen Revolution entstanden, verbreitet deren Ideen und ist dazu verpflichtet, das zu tun. Vergiß nicht, Faure sitzt — ohne persönliches Verschulden — auf dem Thron des französischen Königspaares „von Gottes Gnaden", dessen Häupter französische Republikaner abgeschlagen haben. Das Blut der Majestäten liegt noch auf diesem Land! Sieh es an, ist es seitdem wieder glücklich oder ruhig gewesen? Ist es nicht von Blutvergießen zu Blutvergießen getaumelt? und ist es nicht in seinen großen Momenten von Krieg

Digitized by Google

zu Krieg gezogen? bis es ganz Europa und Rußland in Ströme Blutes tauchte, bis es zuletzt noch die Kommune über sich hatte? Nicky, nimm mein Wort darauf, der Fluch Gottes hat dieses Volk für immer getroffen. Uns christlichen Königen und Kaisern ist die eine heilige Pflicht vom Himmel auferlegt, den Grundsatz „von Gottes Gnaden" aufrecht zu erhalten. Wir können gute Beziehungen zur R. F. unterhalten, aber niemals intim mit ihr sein. Ich fürchte immer, daß Leute bei häufigen und längeren Besuchen in Frankreich, ohne es zu fühlen, republikanische Ideen einsaugen. Hier muß ich Dir ein Beispiel erzählen. Ich erinnere mich, ein Herr — kein Deutscher — erzählte mir vor einigen Jahren voll Schrecken, daß er, als er in einem eleganten Salon in Paris war, einen russischen General einem französischen auf seine Frage, ob Rußland die deutsche Armee zerschmettern werde, antworten hörte: „O, wir werden zerschmettert werden, aber was tut das? Wir werden alsdann auch die Republik haben!" Das ist es, was ich für Dich fürchte, mein lieber Nicky. Vergiß nicht Skobelew und seinen Plan, den er einmal bei einem Diner geäußert hat, er werde die kaiserliche Familie um die Ecke bringen. Sorge deswegen dafür, daß Deine Generäle die R. F. nicht zu gerne haben. Verzeihe mir bitte, daß ich so offen bin, aber ich möchte Dir zeigen, wie warm ich für Dich fühle, und wie besorgt ich Deinetwegen bin, und Du sollst meine Motive vollkommen sehen.

Zwei Vertragsentwürfe. 30. Oktober 1904.

Der erste Vertragsentwurf stammt vom Zaren und lautet: Seine Majestät der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben zum Zwecke der Aufrechterhaltung des Friedens in Europa folgende Artikel eines Abwehrbündnisses vereinbart:

„Artikel 1: Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Seine Majestät der Kaiser aller Reußen wird die nötigen Schritte unternehmen, um Frankreich in diese Abmachungen einzuweihen und es zu verpflichten, sich als Verbündeter anzuschließen. Artikel 2: Die hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen. Artikel 3: Der gegenwärtige Vertrag verbleibt in Kraft,

Digitized by Google

solange er nicht ein Jahr im voraus gekündigt wird. Geheimartikel: Die hohen vertragschließenden Parteien sind angehalten, gemeinsame Sache zu machen, wenn Handlungen, die während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen der Kriegführenden, Beschwerden seitens einer dritten Macht veranlassen sollten, als angebliche Verletzungen des Neutralitätsrechts.

Vertragsentwurf des Kaisers auf der Grundlage des zarischen: Ihre Majestäten der Kaiser aller Reußen und der Deutsche Kaiser haben, um den russisch-japanischen Krieg möglichst zu lokalisieren, folgende Artikel eines Abwehrbündnisses vereinbart: Artikel 1: Falls eines der beiden Kaiserreiche von einer europäischen Macht angegriffen werden sollte, wird sein Verbündeter mit allen seinen Streitkräften zu Lande und zur See ihm beistehen. Vorkommendenfalls werden die beiden Verbündeten ebenso gemeinsame Sache machen, um Frankreich zur Beachtung der Verbindlichkeiten aufzufordern, die es nach dem Wortlaut des französisch-russischen Bündnisvertrags übernommen hat. Artikel 2: Die beiden hohen vertragschließenden Parteien verpflichten sich, keinen Sonderfrieden mit irgendeinem gemeinsamen Feinde zu schließen. Artikel 3: Die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfeleistung ist auch gültig in dem Falle, daß Handlungen, die von einer der beiden hohen vertragschließenden Parteien während des Krieges vollzogen worden sind, wie z. B. die Lieferung von Kohlen an einen Kriegführenden, nach dem Krieg Beschwerden von seiten einer dritten Macht, veranlassen sollten, als angebliche Verletzungen des Neutralitätsrechts.

Als interessantes und bezeichnendes Gegenstück zu den Briefen des frühgren Kaisers an den Zaren Nikolaus veröffentlichte das „Berliner Tageblatt" am 2. Januar 1920 aus dem zweiten Band der Lebenserinnerungen des Freiherrn v. Eckardtstein einen längeren Bericht, wie Feldmarschall Graf Waldersee zum Oberbefehlshaber der verschiedenen Truppenteile in China im Boxerkrieg ernannt wurde. Während die Verhandlungen in London noch im Gange waren, ließ Wilhelm II. plötzlich in bombastischen Worten der Welt verkünden, daß sein Freund, der Kaiser von Rußland, ihm angetragen habe, daß der Feldmarschall Graf Waldersee den Oberbefehl in China übernehmen solle. Aber kaum war Waldersee unter großem Tamtam abgefahren, als sämtliche in China beteiligten Mächte durch eine Note der russischen Regierung aufgefordert wurden, ihre Trup-

Digitized by Google

pen von Peking und den benachbarten Provinzen an die Küste zurückzunehmen, da die fremden Gesandtschaften bereits befreit seien und keine Gefahr für die Ausländer in Peking mehr vorliege. Diese russische Note war nach all den tönenden Reden Wilhelms II. vielleicht eine der größten diplomatischen Demütigungen, die eine Großmacht in Friedenszeiten je erfahren hat. Das ganze Ausland machte sich über den vorhergegangenen Redeschwall Wilhelms II. lustig. Fürst Radolin, der damalige deutsche Botschafter in Petersburg, erzählt über den Vorfall:

Als ich gegen Ende Juli 1900 von Berlin auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers die Anweisung erhielt, den Zaren, bzw. die russische Regierung dazu zu veranlassen, daß uns das Oberkommando in China offiziell übertragen werde, begab ich mich zunächst auf das Ministerium des Aeußern zum Grafen Lambsdorff, um mit ihm den Fall zu besprechen. Der Minister erwiderte mir, er selbst könne in dieser Angelegenheit nichts tun, ich möchte mich direkt an den Zaren wenden. Als ich kurz darauf in einer Audienz dem Zaren den Wunsch des Kaisers vortrug, sagte er nur, es interessiere ihn gar nicht, ob überhaupt ein Oberbefehlshaber über die verschiedenen Truppenkontingente in China eingesetzt würde. Mehr als diese Antwort konnte ich auch im weiteren Verlauf des Gesprächs nicht von ihm erhalten. Nach Beendigung der Aussprache fuhr ich zur Botschaft zurück und berichtete telegraphisch nach Berlin, was der Zar mir gesagt hatte. Ich traute aber meinen Augen kaum, als ich bald darauf ein aus Berlin stammendes Communique in den Zeitungen las, wonach der Kaiser offiziell erklärt habe, der Zar habe ihm angetragen, der Feldmarschall Waldersee solle das Oberkommando über sämtliche Truppenkontingente in China übernehmen. Graf Lambsdorff, den ich kurz darauf aufsuchte, erklärte mir, er sei sehr erstaunt gewesen, ein derartiges Communique in den Zeitungen zu lesen, denn der russischen Regierung sei von einem solchen Antrag des Zaren an den Kaiser nichts bekannt. Ich selbst befand mich jetzt in einer sehr schwierigen und unangenehmen Lage, denn sowohl der Zar als auch Lambsdorff glaubten natürlich, ich hätte nach meiner Audienz eine falsche Nachricht nach Berlin gesandt. Nicht lange darauf wurde ich vom Zaren empfangen. Als das Gespräch auf diesen Fall kam, sagte er mir, er verstehe gar nicht, wie der Kaiser dazu käme, ganz kategorisch zu behaupten, er habe ihm den Oberbefehl für den Grafen Waldersee in China angetragen. Daran sei, wie ich selbst aus

Digitized by Google

meiner letzten Audienz bei ihm mich erinnern würde, kein Wort wahr. Lambsdorff habe ihm nach Veröffentlichung des aus Berlin kommenden Zeitungscommuniques um die Ermächtigung gebeten, sofort ein offizielles Dementi entgegenzusetzen. Aus kollegialen Gefühlen für den Kaiser habe er aber seinen Minister angewiesen, davon Abstand zu nehmen.

2. Akten über den päpstlichen Vermittelungsantrag vom 30. August 1917.

Aus der „Deutschen Zeitung" vom 26. 7. 19, Morgenausgabe.

Die Note des päpstlichen Nuntius hat folgenden Wortlaut: München, den 30. August 1917. Euere Exzellenz! Ich habe die hohe Ehe, anliegend Euerer Exzellenz die Abschrift eines Telegramms zu übermitteln, das von Seiner Exzellenz dem Herrn Gesandten Seiner Majestät des Königs von England bei dem Heiligen Stuhle Seiner Eminenz dem Herrn Kardinalstaatssekretär übergeben wurde; die französische Regierung schließt sich den im gleichen Telegramm ausgeführten Darlegungen an. Seine Eminenz ist voll des Verlangens, jene Bemühungen für baldige Erreichung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortzusetzen, welchen anzunehmen die Kaiserliche Regierung so entgegenkommende Bereitwilligkeit an den Tag gelegt hat. Darum hat mich seine Eminenz beauftragt, die Aufmerksamkeit Euerer Exzellenz in besonderer Weise auf den Punkt hinzulenken, welcher sich auf Belgien bezieht und zu erreichen: 1. eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen Regierung bezüglich der vollen Unabhängigkeit Belgiens und der Entschädigung für den in Belgien durch den Krieg verursachten Schaden; 2. eine gleichfalls bestimmte Angabe der Garantien für politische, ökonomische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlangt. Sei diese Erklärung befriedigend, so meint seine Eminenz, daß ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Tatsächlich hat der erwähnte Gesandte von Großbritannien seine Königliche Regierung bereits verständigt, daß der Heilige Stuhl auf die im angegebenen Telegramm enthaltenen Mitteilungen antworten wird, sobald er seinerseits durch meine Vermittlung die Antwort der Kaiserlichen Regierung erhalten haben wird. Meinerseits möge es mir gestattet sein, der festen Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß Euere Exzellenz, bei deren Eintritt in die allerhöchste

Digitized by Google

Stelle unter wohlerwünschtem Zusammentreffen der hochgeschätzte päpstliche Vorschlag erschienen ist und welche so günstige Gesinnungen in bezug auf dieses Friedenswerk gezeigt hat, sich unsterbliche Verdienste erwerben wird, um das Vaterland und um die ganze Menschheit, wenn mit einer versöhnlichen Antwort der gute Fortgang der Friedensunterhandlungen erleichtert wird. In solcher Erwartung ist es mir sehr angenehm, der Gesinnung höchster Wertschätzung Ausdruck zu geben und habe ich die Ehre zu verharren als Euerer Exzellenz ergebenster gez. Eugen Pacelli, Erzbischof von Sardi Apostolischer Nuntius.

Die Frage der englischen Regierung war als Anlage diesem Schreiben beigegeben. Sie hatte kein Datum und lautet in Uebersetzung: „Wir haben noch keine Gelegenheit gehabt, unsere Verbündeten über die Note Seiner Heiligkeit zu befragen, und sind nicht in der Lage, uns über eine Beantwortung der Vorschläge Seiner Heiligkeit betreffend Bedingungen eines dauernden Friedens zu äußern. Unserer Ansicht nach besteht keine Wahrscheinlichkeit dafür, diesem Ziele näherzukommen, solange sich nicht die Zentralmächte und ihre Verbündeten in offizieller Form über ihre Kriegsziele und darüber geäußert haben, zu welchen Wiederherstellungen und Entschädigungen sie bereit sind, durch welche Mittel in Zukunft die Welt vor der Wiederholung der Greuel, unter denen sie jetzt leidet, bewahrt werden könnte. Selbst hinsichtlich Belgiens, und in diesem Punkte haben die Zentralmächte anerkannt, im Unrecht zu sein, ist uns niemals eine bestimmte Erklärung über ihre Absicht bekanntgeworden, die völlige Unabhängigkeit wiederherzustellen und die Schäden wieder gutzumachen, die sie es hatten erdulden lassen. Seine Eminenz dürften zweifellos die Erklärungen gegenwärtig sein, die von den Alliierten in Beantwortung der Note des Präsidenten Wilson abgegeben worden sind. Weder von Oesterreich noch von Deutschland ist jemals eine solche (aequivalente) Erklärung erfolgt. Ein Versuch, die Kriegführenden in Uebereinstimmung zu bringen, erscheint so lange vergeblich, als wir nicht über die Punkte im klaren sind, in denen ihre Ansichten auseinandergehen." Dieses Telegramm wurde von Erzberger am 25. Juli ausgelassen.

Auf diese Note antwortete am 24. September 1917 Reichskanzler Dr. Michaelis in dem folgenden längeren Schreiben: Berlin, den 24. September 1917. Euerer Exzellenz geneigtes Schreiben vom 30. v. Mts. habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und bitte

Digitized by Google

den Ausdruck meines aufrichtigen Dankes für die gütige Uebersendung der interessanten Mitteilungen entgegenzunehmen. Wie ich aus dem Schreiben Euerer Exzellenz entnehme, will der Herr Kardinalstaatssekretär seine Bemühungen für baldige Herbeiführung eines gerechten und dauerhaften Friedens wirksam fortsetzen; ich nehme hiervon mit lebhafter Genugtuung Kenntnis, da die Wünsche der Kaiserlichen Regierung mit diesen Bestrebungen Seiner Eminenz vollkommen übereinstimmen. Euere Exzellenz wollen mir gestatten, zu der mir gütigst übermittelten Abschrift eines Telegramms der Königlich Großbritannischen Regierung an ihren Gesandten bei dem Heiligen Stuhle nachstehendes zu bemerken: Die Kaiserliche Regierung schließt sich der Auffassung an, daß eine genaue Präzisierung der Kriegsziele denjenigen Weg bildet, auf dem sich unter Umständen eine Einigung unter den kriegführenden Parteien wird erzielen lassen. Denn gerade eine scharfe Präzisierung der gegenseitigen Bedingungen wird es ermöglichen, zu übersehen, ob durch eine Prüfung im Geiste eines verständigen Entgegenkommens vorhandene Gegensätze beseitigt werden können. Für die Behandlung der zu untersuchenden Punkte wird ohne Zweifel eine gewisse Ordnung und Reihenfolge festzulegen sein; hierbei werden auch nach unserer Ansicht die auf Belgien bezüglichen Fragen in erster Linie Beachtung zu finden haben. Alle Einigungsversuche müssen aber — und hierauf möchte ich vor Eintritt in Einzelheiten besonders hinweisen — von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein, wenn nicht bei dem Austausch der Meinungen derjenige Geist von Objektivität und Achtung vor dem Standpunkt des Gegners vorwaltet, für den gerade Seine Heiligkeit der Papst während der ganzen Dauer dieses furchtbaren Krieges den Völkern ein so leuchtendes Vorbild gegeben hat. Bei unsern Gegnern ist im allgemeinen die Tendenz hervorgetreten, den Mittelmächten die alleinige Schuld an dem Kriege aufzubürden und von ihnen in einem Tone zu reden, als habe ein Angeklagter vor dem Tribunale strenger Richter zu erscheinen. Wir haben mit aufrichtigem Bedauern wahrgenommen, daß auch in dem von Euerer Exzellenz mir überreichten Telegramme der Königlich Großbritannischen Regierung Auffassungen anklingen, die den eben geschilderten entsprechen. Und doch sind nach den uns zugegangenen Berichten manchmal auch in den Aeußerungen leitender englischer Staatsmänner objektivere Auffassungen zutage getreten, die von uns angenommen werden könnten und dem Urteil entsprechen dürf-

Digitized by Google

ten, das die Geschichte dereinst über die Entstehungsursache dieses gewaltigen Kampfes als Wahrheit feststellen wird. Nur ein solcher Geist der ruhigen Beurteilung und der Versöhnlichkeit kann eine für einen erfolgreichen Gedankenaustausch günstige Atmosphäre schaffen. Es würde mit dem berechtigten Stolze des deutschen Volkes vollkommen unerträglich sein, auf dem Boden anderer Anschauungen oder Gefühle sich mit seinen heutigen Gegnern zu einer Diskussion über die Möglichkeit und die Bedingungen eines Friedens zu begegnen. Ich habe mir erlaubt, diesen Gesichtspunkt so ausführlich hervorzuheben, nicht zu dem Zweck, alte Kontroversen, die jetzt mehr als drei Jahre lang die Völker entflammt hatten, wieder zu beleben und das Friedenswerk zu erschweren, sondern gerade in dem Bestreben, durch genaue Umschreibung jener seelischen Voraussetzungen — auch bei unseren Gegnern —, ohne welche alle noch so wohlgemeinten Versuche ergebnislos bleiben müßten, dem Friedenswerke den Weg zu ebnen. Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten, so dürfte es nicht überflüssig sein, schon jetzt darauf hinzuweisen, daß die damals bekanntgegebenen Kriegsziele als Grundlage eines Meinungsaustausches nicht in Erwägung gezogen werden können, da sie einen Ausgangspunkt zur Voraussetzung haben, der dank der Standhaftigkeit des deutschen Volkes niemals eintreten wird: nämlich eine völlige Niederwerfung Deutschlands und seiner Verbündeten. Wollte Deutschland Kriegsziele veröffentlichen oder seinen heutigen Gegnern mitteilen lassen, die von der umgekehrten Voraussetzung, d. h. von einer völligen Niederwerfung seiner heutigen Gegner ausgingen, so würde unseres Erachtens die Sache des Friedens hierdurch nicht gefördert, sondern geschädigt; denn die Abweichungen der gegenseitigen Forderungen wären so groß, daß auch der beste Wille verzweifeln müßte, eine Einigung für möglich zu halten. Sollte es im gegenwärtigen Augenblicke zu Gesprächen über die Möglichkeit des Friedens kommen, so könnten sie nur auf einer neuen Grundlage geführt werden — auf der Grundlage nämlich, daß zurzeit keine von beiden Parteien besiegt sei und keine der anderen moralisch oder politisch etwas zumute, was von einem stolzen Volk, selbst wenn es besiegt wäre, nicht ertragen werden könnte. Sind wir mithin im heutigen Stadium der Dinge noch nicht in der Lage, dem Wunsche Euerer Exzellenz zu entsprechen und eine bestimmte Erklärung über die Absichten der Kaiserlichen

Digitized by Google

Regierung im Hinblick auf Belgien und auf die von uns gewünschten Garantien abzugeben, so liegt der Grund hierfür keineswegs darin, daß die Kaiserliche Regierung grundsätzlich der Abgabe einer solchen Erklärung abgeneigt wäre oder ihre entscheidende Wichtigkeit für die Frage des Friedens unterschätzte oder glaubte, ihre Absichten und die ihr unumgänglich nötig scheinenden Garantien könnten ein unübersteigliches Hindernis für die Sache des Friedens bilden, sondern lediglich darin, daß ihr gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein scheinen. Hierüber Klarheit zu gewinnen, wird das Bestreben der Kaiserlichen Regierung sein, und sie hofft — falls die Umstände ihr Vorhaben begünstigen — in nicht allzu ferner Zeit in der Lage zu sein, Euere Exzellenz über die Absichten und nötigen Forderungen der Kaiserlichen Regierung, insbesondere in bezug auf Belgien, genauer unterrichten zu können. Ich darf schon jetzt der uns beseelenden Hoffnung Ausdruck geben, daß das große Unternehmen Seiner Heiligkeit des Papstes, den Völkern nach so vielen Schrecknissen dieses beispiellosen Kampfes die Segnungen des Friedens wieder zu schenken, von vollem Erfolg gekrönt sein möge. In ausgezeichneter Hochachtung habe ich die Ehre zu verharren als Euerer Exzellenz ergebenster gez. Michaelis.

Aus der „Kreuzzeitung" Nr. 347: Erzbergers Entlastungs-Offensive. Vom Staatsminister Dr. Helfferich. Die beste Parade ist der Hieb. Nach diesem Satz hat Herr Erzberger stets gehandelt. Auch gestern wieder. Er steht unter der schweren Anklage, die ernsthafte Friedensmöglichkeit, die unter dem Druck des U-Bootkrieges im Sommer 1917 heranreifte, de facto sabotiert zu haben. Er steht noch unter anderen Anklagen, die sich auf die Reinlichkeit seines politisch-geschäftlichen Gebarens beziehen. Und seine Verteidigung ist die Anklage gegen alles, was er unter seiner Gegnerschaft begreift, selbst die Friedensmöglichkeiten ausgeschlagen und das deutsche Volk den Weg nach Versailles geführt zu haben. Der Kern seines Gegenangriffs ist die Behauptung, England sei im August und September 1917 ernsthaft bereit gewesen, unter der Bedingung der Wiederherstellung Belgiens und von Garantien für seine Unabhängigkeit Frieden mit Deutschland zu machen. Dieses Angebot Englands sei durch den päpstlichen Nuntius in München Herrn Pacelli an den Reichskanzler übermittelt, aber nach drei Wochen des Wartens am

Digitized by Google

24. September 1917 unter alldeutschem, schwerindustriellem und militärischem Druck vom Reichskanzler abschlägig beschieden worden. Ich möchte schon an dieser Stelle erklären, daß nach meiner Kenntnis der Dinge dieser Kern der Erzbergerschen Entlastungsoffensive eitel Schaumschlägerei ist, Schaumschlägerei, die in der Zuversicht arbeitet, daß die Einzuseifenden gar nicht in der Lage sind, Herkunft und Art der Seife zu kontrollieren. Es wäre nur ein Hereinfallen auf die Erzbergersche Taktik der Verschiebung des Gefechts von einem für ihn unhaltbaren Gelände in eine geschickt ausgebaute Aufnahmestellung, wenn ich ihn ohne weiteres die Aufnahmestellung beziehen ließe. Diesen Gefallen tue ich Herrn Erzberger nicht. Ich halte ihn zunächst auf dem Boden fest, von dem er zu entkommen sucht und werde ihm dann erst an seine neue Festung folgen. Demgemäß gebe ich die Daten, auf die es ankommt, im Zusammenhang: 1. Am 31. März 1917 schreibt Kaiser Karl von Oesterreich den bekannten Brief an den Prinzen von Parma, er möge mit Poincaré und Lloyd George zur Vorbereitung einer Friedensaktion Fühlung nehmen und dabei Herrn Poincaré sagen, daß er „mit allen Mitteln und unter Aufbietung allen seines persönlichen Einflusses" bei dem deutschen Kaiser die „gerechten französischen Ansprüche auf Elsaß-Lothringen" unterstützen werde. 2. In der ersten Aprilwoche sind Kaiser Karl und Kaiserin Zita mit dem Grafen Czernin im deutschen Großen Hauptquartier. Bei dieser Gelegenheit wird der erste Versuch gemacht, das unbesiegte Deutschland, dessen Aussichten auf einen ehrenvollen Frieden durch den Ausbruch der russischen Revolution gewachsen waren, zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu bewegen. Der Versuch findet keine Gegenliebe, um so weniger, als Kaiser Karl gleichzeitig die Designierung des Erzherzogs Karl Stephan zum König von Polen betreibt! 3. Am 14. April kommt der Wiener Hof auf seinen Versuch zurück, Deutschland zum Verzicht auf Elsaß-Lothringen zu veranlassen. Diesmal ist es der Immediatbericht des Grafen Czernin an seinen kaiserlichen Herrn, der als Sturmbock dient und den ein Kurier des österreichischen Kaisers ins deutsche Hauptquartier bringt. 4. Acht Tage später ist Herr Erzberger in Wien, im Auftrage des Reichskanzlers, wie er behauptet, ohne Auftrag des Reichskanzlers, wie Herr von Bethmann und der Wiener Botschafter Graf Wedel behaupten. Er wird von Kaiser Karl empfangen und erhält von diesem, was Herr Erzberger schamhaft verschweigt — ohne Wissen des Grafen Czernin! — den Czerninschen

Digitized by Google

Immediatbericht. Mit dem Immediatbericht in der Hand treibt von Stunde an Herr Erzberger mit der ihm angeborenen gedankenlosen Geschäftigkeit im Effekt habsburgische Politik. 5. Graf Czernin sieht gleichfalls in Erzberger eine geeignete Persönlichkeit, um den deutschen Willen zum Widerstand zu zermürben und uns zu einem Abtretungsfrieden reif zu machen; er tritt durch einen Freund in Berlin mit Erzberger in Verbindung und ermuntert ihn zu seinem Julivorstoß. 6. Am 6. Juli 1917 überfällt Herr Erzberger im Hauptausschuß den Reichskanzler — er mag es leugnen, so viel er will — ja seine eigene Fraktion mit dem alsbald von der Sozialdemokratie aufgenommenen und zu einer großen Aktion gestempelten Antrag, ein Friedenspronunziamento des Reichstags herbeizuführen. Größte Sensation im Inland und Ausland. Allgemeiner Eindruck, daß Deutschland nicht nicht mehr kämpfen will und kann, daß es am Zusammenbrechen ist! 7. Wirkung auf das Ausland: Ertötung der gerade damals heranreifenden Neigung der Westmächte zu Friedensverhandlungen. Diese Neigung bestand. Auf die sehr hochmütige Aufnahme, die noch im April Prinz Parma mit seinem Kaiserbrief fand — folgt eine Reaktion. Der französische Ministerpräsident äußerte zu dem italienischen Botschafter in Paris, daß Frankreich der Erschöpfung entgegengehe; Lloyd George kam nach Paris und sprach seine größte Sorge über die Zuspitzung der englischen Ernährungslage aus. Von französischer Seite wurde eine neue Anknüpfung nicht nur zu Oesterreich-Ungarn gesucht, sondern auch wegen einer Aussprache mit einem bekannten deutschen Diplomaten sondiert. Herr Erzberger wird für das alles die Belege in den Akten des Auswärtigen Amtes finden. Wie Graf Wedel berichtet, waren Lloyd George und Ribot drauf und dran, nach Rom zu reisen, um über Friedensschritte zu sprechen. Da kam die Erzbergersche Bombe im Hauptausschuß. Und es kam mehr. Es kam die verbrecherische Indiskretion, mit der Herr Erzberger am 22. Juli vor dem Reichsausschuß der Zentrumspartei, also im größeren Kreis, zu seiner persönlichen Verteidigung den zur Zermürbung der Widerstandskraft des deutschen Kaisers gegen einen Abtretungsfrieden geschriebenen Czerninschen Geheimbericht preisgab. Der Bericht hat seinen Weg nach Paris gefunden, ist dort, im Zusammenhange mit der Erzbergerschen Aktion, als bare Münze und als Anzeichen unseres nahe und sicher bevorstehenden Zusammenbruchs genommen worden. Die Wirkung war, daß die Friedensneigung bei unseren

Digitized by Google

Feinden einer hochgestimmten Siegeszuversicht und einem entschlossenen Kriegswillen Platz machte. Lloyd George und Ribot konnten sich ihre Romreise sparen. Die vorher von Frankreich gesuchten Anknüpfungen kamen nicht zustande, oder zerschlugen sich in der ersten kurzen Berührung. Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges war durch Herrn Erzbergers unerhörtes Vorgehen zerschlagen. 8. Und nun der angebliche Friedensschritt Englands durch Vermittlung des päpstlichen Stuhles Ende August 1917! Zum Verständnis dessen, was damals in Rom und Berlin vorging, muß ich daran erinnern, daß die vom 1. August datierte Friedensnote des Papstes gegen Mitte August den kriegführenden Mächten überreicht worden ist; nicht nur Deutschland und seinen Bundesgenossen, sondern auch England und seinen Bundesgenossen. Am 30. August hat dann der Münchener Nuntius dem Reichskanzler Abschrift eines Telegramms geschickt, das die britische Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl gesandt hatte. Herr Erzberger stellt es dar, als ob dieses Telegramm, dessen Wortlaut er nicht mitgeteilt hat, ein aus der Initiative der englischen Regierung hervorgegangener Friedensschritt gewesen sei. Ich frage Herrn Erzberger: War dieses Telegramm der britischen Regierung an ihren Gesandten beim päpstlichen Stuhl nicht vielmehr einfach eine Rückäußerung auf die päpstliche Friedensnote? Herr Erzberger stellt es weiter so dar, als ob in diesem Telegramm die Wiederherstellung Belgiens und Garantien für seine Unabhängigkeit die einzige Voraussetzung gewesen wäre, von der England Friedensunterhandlungen abhängig gemacht habe. Ich frage Herrn Erzberger: War nicht etwa in diesem Telegramm der ganze Wust der für ein unbesiegtes Volk unannehmbaren Friedensbedingungen aufrechterhalten, den die Entente in ihrer unverschämten Antwort vom 10. Januar 1917 an den Präsidenten Wilson zusammengefaßt hatte? Ich kenne das Telegramm nicht. Weder Herr Michaelis noch Herr v. Kühlmann haben mich damals in dieses Geheimnis gezogen, vielleicht, weil ich damals gerade in Urlaub war. Aber in unserer Antwort an Herrn Pacelli steht zu lesen: „Wenn sich unsere heutigen Gegner darauf berufen, daß sie als Antwort auf die Note des Präsidenten Wilson ihre Kriegsziele mitgeteilt hätten ....“ Wie dem aber auch sei, nachdem Herr Pacelli im Auftrage des Kardinalstaatssekretärs auf Grund des Schrittes des britischen Gesandten beim Vatikan eine speziell auf Belgien bezügliche Anfrage an Deutschland gerichtet

Digitized by Google

hatte, ist in Verbindung mit der Beantwortung der päpstlichen Friedensnote die belgische Frage in Berlin erneut aufgenommen worden. Am 9. September beriet die von Herrn Michaelis einberufene „Siebenerkommission" des Reichstages über die Papstnote. Die belgische Frage spielte dabei die Hauptrolle. Am nächsten (2.) Tage, 11. September, fand im Schloß Bellevue unter dem Vorsitz des Kaisers ein Kronrat über die belgische Frage statt, zu dem ich telegraphisch aus Urlaub zurückgerufen worden war. Ueber den Verlauf dieses Kronrates möchte ich hier mitteilen, was ich schon vor Monaten, also gänzlich unbeeinflußt von der jetzigen Erzbergerschen Darstellung, für den dritten Band meiner Darstellung des Weltkrieges geschrieben habe und was schon seit Wochen im Satz steht: „Der Reichskanzler und Herr v. Kühlmann machten geheimnisvolle Andeutungen über eine Friedensmöglichkeit, die sich neuerdings eröffnet habe, und zwar durch Mitteilungen eines von England beauftragten neutralen Vertreters. Voraussetzung für Friedensverhandlungen sei unser völliger und bedingungsloser Verzicht auf Belgien; sie befürworteten diesen Verzicht. Demgegenüber setzte sich der Chef des Admiralstabes dafür ein, daß jeder Friede uns die flandrische Küste bringen müsse. Die Herren von der Obersten Heeresleitung gaben zwar die flandrische Küste preis, General Ludendorff betonte jedoch die militärische Wichtigkeit einer Angliederung der Festung Lüttich und ihrer Umgegend. Der Kaiser entschied schließlich im Sinne des Kanzlers. Der Kronprinz, der in der Sitzung selbst nicht das Wort ergriff, sprach sich nach der Beratung mir gegenüber dahin aus, daß nach seiner Ansicht jede Möglichkeit, zu einem anständigen Frieden zu kommen, ergriffen werden müsse, und daß der Friede an keiner an sich noch so wichtigen Einzelforderung scheitern dürfe." Kanzler und Staatssekretär des Auswärtigen hatten also hinsichtlich Belgiens vollkommen freie Hand. Ich persönlich, der angeblich im Bunde mit der Schwerindustrie die angebliche Friedensmöglichkeit durch ein Bestehen auf weitgehende Forderungen hinsichtlich Belgiens hintertrieben haben soll, habe mich ohne weiteres dem vom Kanzler und Auswärtigen Amt vertretenen und dann schließlich vom Kaiser gebilligten Standpunkt angeschlossen, daß keine belgische Frage ein Hindernis für eine ernstliche Friedensmöglichkeit bilden dürfe. 9. Bleibt die Frage: Warum hat der Nuntius erst am 24. September eine Antwort erhalten und warum hat die vom Reichskanzler Michaelis unterschriebene Antwortnote — wie Herr Erz-

Digitized by Google

berger es ausdeutet — „abgelehnt, eine Erklärung abzugeben„? So wenig wie die Oberste Heeresleitung war ich über den konkreten Untergrund der angeblichen Friedensmöglichkeit unterrichtet worden; auch in der Kronratssitzung wurden über diesen Punkt keinerlei Aufklärungen gegeben. Auch reiste ich am Abend des Kronrats wieder nach meinem Landaufenthalt, der Kanzler und Herr v. Kühlmann erklärten, meine Anwesenheit nicht zu benötigen. Hier müßten also, ehe sich irgend jemand ein abschließendes Urteil bilden kann, zunächst einmal die Herren Michaelis und v. Kühlmann gehört werden. Dann wird — wie ich jetzt schon glaube sagen zu können — das ganze Gebäude des Herrn Erzberger zusammenbrechen. Dann wird sich erweisen, daß weder alldeutsche schwerindustrielle und militärische Einflüsse, noch der GeneralSündenbock, zu dem Herr Erzberger meine Person stempeln möchte, mit der Art der Behandlung der Antwort an den Münchener Nuntius auch nur das geringste zu tun haben. Einstweilen aber sei an einen öffentlichen Austausch von Erklärungen erinnert, der zwischen der englischen und der deutschen Regierung im Dezember 1917 über diese Angelegenheit stattgefunden hat und der einige Fingerzeige gibt. Am 13. Dezember hat Balfour im Unterhause auf eine Anfrage geantwortet, die britische Regierung habe im September 1917 durch Vermittlung eines neutralen Diplomaten eine Mitteilung erhalten, „daß es der deutschen Regierung ein Vergnügen bereiten würde, der britischen Regierung eine Mitteilung über den Frieden zu machen". Die britische Regierung hat geantwortet, daß sie bereit sei, eine solche Mitteilung entgegenzunehmen, habe aber dann nichts mehr gehört. Dazu bemerkt das deutsche Auswärtige Amt: Die deutsche Regierung sei es, die Anfang September durch neutrale Vermittlung eine Anfrage über die deutschen Kriegsziele erhalten habe, und zwar in Formen, daß die deutsche Regierung das Vorwissen und Einverständnis der britischen Regierung mit dieser Anfrage habe annehmen müssen. Die deutsche Regierung sei grundsätzlich zur Beantwortung dieser Anfrage bereit gewesen. Der weitere Verlauf der Ereignisse habe indes der deutschen Regierung die Ueberzeugung aufgedrängt, daß auf seiten unserer Gegner nichts geschah, um die von deutscher Seite beabsichtigte „unmittelbare Beantwortung der Anfrage" zu ermöglichen. Darauf erklärte Lord Robert Cecil am 17. Dezember, die britische Regierung habe zwar wiederholt versucht, „durch Ministerreden Aufklärung über die deutschen Kriegsziele zu erlangen; nie-

Digitized by Google

mals aber sei mit Wissen der britischen Regierung von dritter Seite eine solche Anfrage an Deutschland gerichtet worden. Die Mitteilungen, die das britische Auswärtige Amt im September 1917 den Vertretern der verbündeten Mächte über einen deutschen Friedensschritt machte und die später von der Sowjetregierung veröffentlicht worden sind, bestätigen, daß die britische Regierung ihrerseits keinen Friedensschritt veranlaßt hat, sondern unter dem Eindruck einer durch neutrale Vermittlung unternommenen deutschen Friedensinitiative stand. Allein schon damals ergibt sich — ohne daß ich weiteren Feststellungen vorzugreifen brauche, daß die angebliche Friedensbereitschaft Englands im August-September 1917 nichts ist als eine Seifenblase, daß England gar nicht daran dachte, um den Preis der Wiederherstellung Belgiens Frieden zu machen, sondern auf dem Standpunkte der hochmütigen und siegessicheren Ablehnung eines Verständigungsfriedens beharrte, auf den es sich im Laufe des Sommers wieder gestellt hatte. Die guten Absichten des Papstes, der offenbar den einen mit dem guten Willen des anderen versöhnlich zu stimmen suchte, kann daran nichts ändern. Es bleibt dabei: Die einzige ernsthafte Friedensmöglichkeit während des ganzen Krieges bestand im Sommer 1917, und diese Friedensmöglichkeit hat Herr Erzberger zerstört. Dafür hat Herr Erzberger sich zu verantworten. Für sein Verhalten während des Waffenstillstandes und bei den Friedensverhandlungen ebenso. Und das Gebiet der Reinlichkeit wird auch nicht vergessen werden. Schlagen Sie hinten, so viel Sie wollen, Herr Erzberger! Ich bleibe Ihnen an der Klinge!

Aus der „Täglichen Rundschau" Nr. 362: Erklärung des Kanzlers Dr. Michaelis zu den Angriffen Erzbergers. Der ehemalige Reichskanzler Michaelis sendet uns zu den Angriffen Erzbergers in der Nationalversammlung folgende Erklärung: Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 30. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten „englischen Friedensfühlers" folgendes zu sagen: Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit den Staatssekretären und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegengefahren, um ihm Vortrag zu halten. Ich bat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrates in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kron-

Digitized by Google

rat hat am 11. September in Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde von dem Kaiser in eigenhändig unterschriebenem Vermerk folgendermaßen zusammengefaßt: Die Annexion Belgiens sei bedenklich. Belgien könne wiederhergestellt werden. Die flandrische Küste sei zwar sehr wichtig, und Zeebrügge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse. Ueber die weitere Behandlung des Friedensfühlers wurde von mir mit dem Staatssekretär v. Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie unzweifelhaft zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbaren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extravaganten Standpunkt aufzugeben, und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden. Die Wahl des Vermittlers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär v. Kühlmann persönlich nahestehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise umschrieben: Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis: a. daß unsere Grenzen intakt blieben, b. daß unsere Kolonien zurückgewährt würden, c. daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen, d. daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde. Ich habe in Uebereinstimmung mit Exzellenz v. Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unbedingter Vertraulichkeit die Verfolgung dieser ersten Friedensfäden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte es sich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhütet werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach

Digitized by Google

Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden. Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Anbahnung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Angelegenheit, und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter weitem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Verfolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn sich der Plan zerschlug, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wollten. Saarow, 26. Juli 1919. gez. Michaelis.

Aus den „Leipziger Neuesten Nachrichten" Nr. 194: Zu der bekannten Rede Erzbergers in der Nationalversammlung sendet Botschafter Graf v. Wedel den „Hamburger Nachrichten" folgende Mitteilung: Herr Erzberger hat in Weimar bestritten, daß Graf Czernin ihn veranlaßt habe, nach Wien zu kommen, um ihm Rechenschaft über die Verwertung seines Berichts zu geben. In dem in meinem Besitz befindlichen Brief des Grafen Czernin heißt es wörtlich: „Erzberger hat seinerzeit Kenntnis von meinem Bericht erhalten und die schwersten Indiskretionen begangen. Er kam nach Wien, von mir zitiert, um mir Rechenschaft über sein Vorgehen abzugeben. Er war damals ganz vernichtet und sah seinen kolossalen Fehler ein." Es existieren über diese Vorgänge nicht nur die Briefe, sondern auch noch andere beweiskräftige Dokumente. Das sollte Herr Erzberger bedenken. Staatssekretär v. Kühlmann weiß auch die Wahrheit.

Aus der Rede des Ministerpräsidenten Bauer am 28. 7.: Herr Michaelis schreibt unter dem 12. September 1917 an Hindenburg: „Nach Abschluß der gestrigen Verhandlungen unter Vorsitz Seiner Majestät des Kaisers drängt es mich, Ihnen und dem General Ludendorff den Dank dafür auszusprechen, daß Sie beide in so weitsichtiger Weise und weitab vom einseitigen Standpunkt militärischer Gesichtspunkte mich darin unterstützt haben, maßvolle Kriegsziele für den Fall zu umgrenzen, daß wir bald, etwa im Herbst oder Frühjahr zu Friedensverhandlungen kommen. Ich

Digitized by Google

nehme als Forderungen der Obersten Heeresleitung, an denen unbedingt nach Ihrer Meinung festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie beide zum Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände fordern, daß Sie beide von dem wirklichen engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens einen Zustand erhoffen, der den Belgiern in Zukunft aus rein egoistischen wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheinen lassen wird, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, so daß daher, wenn für Belgien alles getan werde, was zur Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses von uns gefordert wird — was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde — die militärische Sicherung fortfallen kann; Lüttich p. p. würde daher nur als Sicherheitsfaktor oder auf Zeit gefordert werden. An Eure Exzellenz habe ich nun die dringende Bitte, daß, wenn die zu erwartenden Besucher ins Hauptquartier kommen, die einer einseitig annektionistischen Richtung angehören (ich selbst habe z. B. dem Grafen Westarp zureden lassen, einmal nach Oesterreich zu fahren) und die von den großen Zusammenhängen bei dem Bundesgenossen wenig wissen und deshalb noch immer geneigt sind, einen Frieden bezüglich Belgiens auf der angedeuteten Grundlage als einen faulen anzusehen, Ihnen und Ihrer Auffassung Kenntnis zu geben, damit die extremen Wünsche eingedämmt werden. Man muß den Leuten vorhalten, was die Feinde mit uns vorhatten und was wir erreichten: statt Vernichtung und Länderraub im Westen intakte Grenzen, uns die gesicherte Aussicht der Nutzung der Rohstoffe in den besetzten Gebieten, günstige Wirtschafts- und Verkehrsentwickelung auf Eisenbahnen und Wasserstraßen, Vorzugsplätze im Hafen von Antwerpen, Einfluß auf die deutschorientierte flämische Bevölkerung, Auferlegung zum Selbsttragen der von und den Nachbarn zugefügten schweren Schäden, Ausschaltung des englischen Einflusses an der Küste Flanderns und Nordfrankreich und die Forderung des Rückerwerbes unserer Kolonien als Ausgleichsobjekt." Darauf die Antwort Hindenburg vom 15. September: „Ich werde Eurer Exzellenz Wunsch entsprechend helfen, um führende Männer über unsere Absichten mit Belgien aufzuklären, über die zwischen den maßgebenden Faktoren nunmehr für den Fall Klarheit besteht, daß wir in diesem Jahre einen Frieden erhalten. Ich verhehle mir nicht, daß in der Marine und in weiten patriotischen Kreisen ein Verzicht auf die flandrische Küste als ein schwerer Schlag empfunden wird, der

Digitized by Google

nur dann gemildert wird, wenn die auch von Eurer Exzellenz der Marine zugestandenen Kompensationen zur Tat werden. Ich sehe mit General Ludendorff diese Kompensationen in Stützpunkten in- und außerhalb unseres Kolonialreiches. Zu zwei Punkten darf ich noch einfügen: Die wirtschaftliche Angliederung Belgiens an Deutschland wird ohne einen Druck auf Belgien auch nach Friedensschluß nicht gehen. Hierzu wird eine mehrjährige Okkupation dienen, die aus militärischen Gründen auch nötig sein wird, wenn England und Amerika Frankreich räumen. Ueber die mehrjährige Okkupation hinaus muß die deutsche Stellung in Lüttich wirken. Sie hat als Hauptzweck den unmittelbaren militärischen Schutz des niederrheinisch-westfälischen Industriegebietes. Nur wenn wir in Lüttich als Besitzer unbeschränkte Herren der Lage sind und bleiben, können wir die erforderlichen militärischen und Verwaltungsmaßnahmen treffen. Ich vermag mir daher nicht zu denken, daß wir in irgendeiner absehbaren und vertragsmäßig festgesetzten Zeit aus Lüttich herausgehen könnten. Die Auferlegung zum Selbsttragen der von uns und den Nachbarn zugefügten schweren Schäden wird schwerlich von irgend jemand als ein betonenswerter Gewinn aufgefaßt werden. Die schweren Schäden, die wir den Nachbarn zugefügt haben, sind eine unvermeidliche Notwendigkeit des Krieges gewesen. Das Zugeständnis, daß Entschädigungen dafür in Frage kommen könnten, darf bei unserer militärischen Lage nicht vorausgesetzt werden. Wir dürfen auch dem Ausland gegenüber das nicht verlautbaren. Soweit ich unsere Psyche kenne, glaube ich bezweifeln zu können, daß in der Tatsache, daß der Feind uns zerstückeln wollte und nicht erreichte, als irgendein Trost für ein etwaiges Nichterreichen unserer Ziele anzusehen ist. General Ludendorff hat in der anliegenden Denkschrift seine Aeußerungen in Berlin zusammengefaßt und in bezug auf Longwy-Briey auf Landwirtschaft und Ueberseehandel erweitert. Die Denkschrift deckt sich mit meiner eigenen Auffassung vollständig. v. Hindenburg."

Erzberger gegen Erzberger. Dem Erzberger der Revolution kann durch zahlreiche Dokumente der Erzberger der Kriegszeit gegenübergestellt werden. Eines dieser Zeugnisse veröffentlicht die „Post", das folgenden Wortlaut hat: Berlin, den 17. September 1914. Matthäikirchstraße 9. Seiner Exzellenz, dem Herrn Kriegsminister v. Falkenhayn, Großes Hauptquartier. Eurer Exzellenz gestatten, daß ich in der Anlage eine Denkschrift über die Fiedlerschen Flammenwerfer unterbreite. Die Materie

Digitized by Google

selbst ist ja Euerer Exzellenz bekannt, und ich halte den weiteren Vorschlag, die neue Erfindung auch durch die Luftschiffe zu verwenden, für einen sehr glücklichen. Jede Bedenken wegen etwaiger Verletzung von Völkerrecht und Rücksichten auf Humanität, für die man in Friedenszeiten in Berliner Salons Verständnis haben mag, müssen meines Erachtens in der jetzigen Zeit der Kriegführung, besonders angesichts des Verhaltens unserer Gegner, völlig in den Hintergrund treten. Wir müssen den Sieg auch über England erreichen, und ich halte gerade die Anwendung dieses Mittels als einen ganz erheblichen Schritt zur Erreichung dieses Zieles. In hochachtungsvoller Begrüßung Euerer Exzellenz ergebener (gez.) M. Erzberger, M. d. R. — Dieses Ansinnen wurde von der Obersten Heeresleitung entschieden abgelehnt.

3. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. (Siehe S. 155.)
Politische Gedanken zum Bonifatiusjubiläum (719—1919).

„Die Weltgeschichte ist das Weltgericht", ein oft gebrauchtes Wort. Um es im gegebenen Fall als zutreffend zu erweisen, muß man den geschichtlichen Ereignissen nachgehen und sind dieselben an der Hand der großen Ziele und Zwecke, die die göttliche Vorsehung bei der Leitung der Welt und des Menschengeschlechtes verfolgt, zu bemessen. Ueber diese Ziele und Zwecke aber gibt uns die Offenbarung Aufschluß nach dem Worte des Apostels Paulus an die Christen: „Alles ist euer; ihr aber seid Christi, Christus aber ist Gottes", d. h. alles muß dem Heile des Auserwählten dienen, und dieses bezweckt in letzter Linie die Ehre Gottes.

Zu den größten Ereignissen der Geschichte gehört der Weltkrieg und das, was er jetzt im Gefolge hat. Da sind es nun zwei Anläße, Erinnerungen an frühere Ereignisse, die für die deutsche und überhaupt die Weltgeschichte bahnbrechend gewirkt, die wie zwei konzentrische Strahlen in den Weltkrieg hereinragen, nämlich das Lutherjubiläum und das Bonifatiusjubiläum, das in dieses Jahr hereinfällt, näherhin den Monat Mai, da Bonifatius vor 1200 Jahren vom Papste mit der nötigen Vollmacht ausgerüstet, sein Werk als Missionar Deutschlands in Angriff genommen hat. Bonifatius hat, gestützt auf die Autorität des obersten Hirten der Kirche, sein Werk unternommen, nämlich die Bekehrung der heidnischen Deutschen, besonders in Hessen und Thüringen, und seine reformatorische Tätigkeit, die sich fast auf das ganze übrige Deutschland erstreckte und darin bestand, das schon vorhandene, aber in

Digitized by Google

Unordnung geratene Christentum von den ihm anhaftenden Schlacken zu reinigen und Bischöfe und Priester zum Gehorsam gegen die Kirche zurückzuführen. Dadurch hat er die Vorbedingungen geschaffen für jene Blütezeit des kirchlichen Lebens im Mittelalter, von der wir jetzt noch auf allen Gebieten der Kultur so mannigfache Denkmäler haben. Luther hat das, was Bonifatius mühsam geschaffen, wieder niedergerissen und das Christentum von ihrem Mittelpunkt, vom Felsen Petri, vom Papste, losgetrennt. Was ist nicht alles geschehen im Laufe der Zeit, um dieses Werk Luthers zu verherrlichen? Wie viele Märlein sind aufgekommen, zu dem Zweck, die alte Kirche in den Staub herabzuziehen und möglichst schlecht zu machen, dagegen Luther und sein Werk auf den Piedestal zu erheben? Aber auch durch diesen Nebel tendenziöser Geschichtsmacherei ist die Sonne der Wahrheit gedrungen und hat zunächst durch den Mund der hervorragendsten Vertreter der Geschichte, die meist selbst dem protestantischen Bekenntnis angehören, das Werk Luthers, nicht wie man ihm den schönen Namen Reformation gab, sondern als Revolution bezeichnet. Gleichwohl hat man bei uns in dieser Atmosphäre der Lutherverherrlichung weiter gelebt, in der die Tat Luthers als eine deutsche im besonderen Sinn des Wortes galt, in der deutsch und evangelisch dasselbe war, in der man von einem evangelischen Kaisertum redete.

Wie nimmt sich aber diese Anschauung im Lichte des Weltgeschehens, im Lichte der Ereignisse, die wir hinter uns haben, aus? Wir Katholiken sehen in Bonifatius den größten Wohltäter Deutschlands, weil er uns den wahren katholischen Glauben gebracht und weil er uns mit dem von Christus gesetzten Eckstein seiner Kirche, mit dem Papsttum, verbunden und fest verankert hat. Wir müssen darum im Werk Luthers ein Unglück sehen, ja das größte Unglück, das Deutschland jemals betroffen hat. Deutsch im eminenten Sinn des Wortes kann man die Tat Luthers nur im Banne der Leidenschaft und des Vorurteils ansehen; wenn es wirklich Tugenden gibt, die das Prädikat deutsch verdienen, so ist das vor allem die Treue und der Freimut. Beide finden wir bei Bonifatius, der, dem uns stammverwandten Volke der Angelsachsen, der heutigen Engländer, angehörend, diese Treue vor allem seinem Gott, dem von ihm bestellten Statthalter Christi auf Erden, dem Papste, bewahrt, den aber diese Treue nicht abgehalten hat, auch seinen Freimut zu zeigen, wo es angezeigt war, so auch gegenüber dem Papst und besonders auch seinem eigenen

Digitized by Google

Volke gegenüber, da es galt, an demselben große Laster zu rügen. Bei Luther aber vermissen wir diese Treue, er hat sie gebrochen gegen seinen Glauben, sein Gelübde und auch dem Papste gegenüber, und „Untreue schlägt den eigenen Herrn", sagt das Sprichwort.

Wie hat sich das zum Schaden unserer Nation gezeigt? Welche Folgen hat doch nicht die Tat Luthers gezeitigt, wenn wir in der Geschichte zurückschauen auf alle jene Kriege, die im Gefolge der Glaubensspaltung waren? Unser deutsches Vaterland ist seitdem nicht mehr zur Ruhe gekommen. Die Deutschen haben sich in diesen Religionskriegen gegenseitig bekämpft, jahrhundertelang, und die Anhänger Luthers haben sich nicht gescheut, auch Ausländer gegen ihre eigenen Volksgenossen zu Hilfe zu rufen. Der 30jährige Krieg hat ein Elend über uns gebracht, von dem sich Deutschland nie mehr ganz erholt hat. Ist der Protestantismus aus diesen Kämpfen im ganzen siegreich hervorgegangen, so hat jetzt dieser Weltkrieg ein Gericht über ihn herbeigeführt, wie es vernichtender nicht sein könnte. Ist es da nicht eine merkwürdige Ironie des Schicksals, daß dieser Schlag gegen uns ausgegangen ist von jenem Volke, das vor dem Krieg von unseren Protestanten fast vergöttert wurde? Der Wohlstand und die Ueberlegenheit Englands mußte so oft gegen Rom und die zu ihm gehörenden Völker als Kronzeuge herhalten, die Wahrheit des Protestantismus zu beweisen. Damals, als England noch katholisch war, da ist uns von demselben mit dem Werk des hl. Bonifatius die größte Wohltat zuteil geworden, jetzt aber, nachdem es seinen katholischen Glauben verloren, hat es an uns die größte Tat des Hasses und der Rachsucht vollbracht, die die Weltgeschichte kennt.

Wie wäre es doch ganz anders gekommen, wenn nicht jene Tat Luthers gekommen wäre, die die Völker von Rom, dem Mittelpunkt der Christenheit, losgerissen hat? Wäre ein solcher Krieg möglich gewesen, wenn noch die christlich-katholische Welt- und Lebensanschauung die Völker Europas beherrscht hätte, wie es in jener Zeit war, da im heiligen römischen Reich deutscher Nation ein Völkerbund herrschte, in dem wirklich christliche Gesinnung ausschlaggebend war und nur für christliche Ideale gekämpft wurde, in dem der Kaiser sein Schwert der Erhaltung des christlichen Glaubens und der christlichen Gesittung weihte, in dem allein die Garantie für die Wohlfahrt und das Glück der Völker gelegen ist?

Wie ganz anders ist der Völkerbund, der jetzt in den von der Freimaurerei beherrschten Ententestaaten errichtet wurde. Woher

Digitized by Google

aber dieser Umschwung? Einfach daher, weil mit dem grundstürzenden Werke Luthers das, was zusammengehört, getrennt wurde, nämlich Religion und Politik, weil die christlichen Grundsätze aus dem öffentlichen Leben ausgeschaltet wurden, und an ihre Stelle jene Grundsätze traten, die als oberste Norm des Handels nur noch den nackten Vorteil gelten lassen. So entscheidet jetzt nur noch das Recht des Stärkeren, wie dieser Gewaltfriede deutlich zeigt. Wie ganz anders hätte es kommen müssen, wenn jene von Gott bestellte Macht, der die Wahrung des christlichen Sittengesetzes anvertraut ist, bei diesem Frieden ein Wort hätte dürfen mitsprechen, nämlich der Papst? Dann hätte es für uns niemals einen solchen Frieden geben können. Aber wer hat diese Macht ausgeschaltet? Wer anders als Luther, und in Fortsetzung seines Werkes als Erben seines Geistes jene, die jetzt am heftigsten gegen diesen Gewaltfrieden protestieren? Ja, die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Bewundernd hat man früher zu England hinaufgesehen, weil dort der protestantische Geist, der so recht der Geist der Kinder der Welt ist, die sich um Gott und sein Gesetz bei ihrem irdischen Tun und Treiben nicht kümmern, die aber gleichwohl, wie es besonders England eigen ist, auf ihre Religion und Frömmigkeit zu pochen wissen, und eben dieser Geist ist uns zum Verhängnis geworden. Darum fort mit diesen falschen Begriffen und Vorstellungen, die Vorurteil und Leidenschaft geschaffen, man sehe die Dinge wieder im rechten Lichte und gebe den Worten ihre wahre Bedeutung. Deutsch und protestantisch ist nicht dasselbe. Patriotisch und national, gut deutsch kann man ebenso gut als Katholik sein, wie als Protestant. Gerade der Krieg hat es an den Tag gebracht, daß die Katholiken, die man früher so gern verdächtigte, und als Bürger zweiter Klasse ansehen zu müssen glaubte, nicht weniger patriotisch und opferfähig sind, als die Protestanten. Daher das Bekenntnis selbst so ingrimmiger Romfeinde, wie eines Traub, daß man nach dem Krieg der katholischen Kirche und den Katholiken nichts mehr anhaben dürfe, weil sie sich so bewährt haben. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Wie ist uns dieser protestantische und spezifisch antikatholische Geist, der unsere Politik vor dem Kriege beherrschte — wir brauchen bloß an Polen und Elsaß-Lothringen zu denken — zum Unheil geworden! Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man den ganzen Krieg und all das Unheil, das derselbe im Gefolge hat, auf dessen Konto schreibt: die Weltgeschichte ist das Weltgericht!

Digitized by Google

Denken wir aber gar an die Revolution und ihre Folgen, so ist diese erst recht im Gefolge von dem Werke Luthers. Auf die religiöse Revolution, wie dasselbe von maßgebenden protestantischen Historikern bezeichnet wird, mußte die politische folgen. Diese hat wieder die soziale im Gefolge mit all ihren Konsequenzen. Auch da ist es nur wieder eine Macht, die dieser Revolution Halt gebieten kann. Das ist die Religion, die uns Bonifatius gebracht, die fest in der von oben kommenden Autorität verankert ist und die darum allein sicheren Halt gegen die zerstörenden Mächte des Umsturzes bieten kann. Will man also wieder festen Boden unter den Füßen gewinnen, dann kann nichts helfen, als die Rückkehr zu dieser Autorität. Das mag dem scharfen Denker Moltke vorgeschwebt haben, als er das bekannte Wort gesprochen: „Wir müssen doch alle wieder katholisch werden." Das mag auch den vielen in unseren Tagen vor Augen stehen, die jetzt unter dem Druck der furchtbaren Ereignisse wieder den Weg zum Christentum, besonders auch zur katholischen Kirche finden. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. England, das uns so zum Verhängnis geworden ist, wäre das uns nie geworden, wenn es dem katholischen Glauben treu geblieben wäre. Erfreulicherweise ist man dort gegenüber dem katholischen Glauben jetzt viel toleranter, als es in Frankreich und auch bei uns bisher der Fall war; bekanntlich geht dort seit Jahrzehnten in den besten Kreisen der Zug zur katholischen Kirche hin, noch in diesem Kriege sollen in Nordfrankreich 80 000 englische Soldaten katholisch geworden sein. Doch so etwas läßt sich nicht erzwingen, und wir sind am allerwenigsten diejenigen, die etwas mit Gewalt herbeiführen wollen, was nur Sache der innersten Ueberzeugung und vor allem das Werk der göttlichen Gnade sein kann. Aber das sollten alle die, die noch bessere Regungen in sich haben, im Lichte der gegenwärtigen Ereignisse einsehen, daß wir nur auf dem festen Boden wahren Christentums uns vor dem Versinken ins Verderben retten können.

Leider fehlt dieses Verständnis noch in manchen Kreisen. Das zeigt gerade das gegenwärtige, unter gewissen bürgerlichen Parteien herrschende Treiben: es ist wieder der alte Geist des Hochmuts, des Hasses und der Verblendung, der vor dem Krieg und auch während des Krieges zu unserem Verderben sich so breit machte, der jetzt wieder sein Unwesen treibt und uns ins Verderben zu stürzen droht. Der Geist des wahren Christentums ist der Altruismus, tätige, sich selbstvergessende Nächstenliebe, die Opfer zu

Digitized by Google

bringen weiß, wenn es gilt, die teuersten Güter zu retten und zu verteidigen, und das sind Heimat und Vaterland. Aber gerade dieser Geist fehlt jenen, die sich von jeher als die einzig wahren Patrioten aufzuspielen wußten und die sich den schönen Titel Vaterlandspartei beilegten, die aber jetzt in der größten Not vollständig versagen. Ja, wenn man sich sonnen kann in der Gunst nach oben, wenn man, ausgestattet mit allen Vorrechten, nur Vorteile vom Staate hat, wie es bei diesen Parteien bisher war, dann ist es leicht, den Patrioten zu spielen. Aber nicht im Glück, sondern im Unglück bewährt sich der wahre Freund. Dieser Freund des Vaterlandes gibt sich darum zu erkennen in diesen Tagen der Not, wer ihm da ohne Parteirücksicht treu zur Seite steht und gestanden ist, der hat die Probe als solcher bestanden. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht.

Solche Männer schmähen und lästern, das zeigt an, wessen Geistes Kinder die sind, die das tun. Das sind Leute, die wohl das Christentum mitunter im Munde führen, dasselbe aber vollständig durch die Tat verleugnen, die von jeher auf dem Boden des Unrechtes und der Gewalttat gestanden, jene Helden, die an dem unchristlichen Duell zähe festhalten, Leute, die konsequent dieser Barbarei auch jede ihnen widerstrebende Ueberzeugung mit roher Gewalt niederhalten wollen, wie noch jüngst die in der Nationalversammlung aus solchem Munde kommende Drohung zeigte. Es sind jene Kreise, die durch diese Art der Vertretung der deutschen Politik uns mit dem Ausland verfeindet und zum größten Teil den Krieg verschuldet haben, wie sie auch das unglückliche Ende desselben, wie den Ausbruch der Revolution mit herbeigeführt haben, während sie andere dessen bezichtigen. Zum Karnickel haben sie sich Erzberger ausersehen, der in diesen Tagen des Unglücks im Vordergrund der deutschen Politik steht. Was ihm vor jedem vernünftig und gerecht Denkenden zur Ehre gereichen muß, das wird ihm von diesen, von hirnwütigem Haß besessenen Kreisen, deren Organ unter anderen die „Süddeutsche Zeitung" ist, als Verbrechen ausgelegt. Fragen wir, warum dieser Haß gegen Erzberger, so sind wir seit 1917, da der Erzbergerkoller so ins Kraut geschossen ist, der festen Ueberzeugung: wäre Erzberger nicht Zentrumsmann und Katholik, dann wäre er nicht der Gegenstand der Anfeindung und des Hasses, dann würde man ihn als großen Mann und Retter des Vaterlandes feiern. Aber das kann und darf ein Zentrumsmann, ein Katholik niemals sein und werden.

Digitized by Google

Wenn es Katholiken gegeben, die gegen Erzberger in dasselbe Horn geblasen haben, dann ist das umso trauriger und für diese umso beschämender. Nur wenn diese alten Vorurteile, die Katholiken und Protestanten voneinander trennen, wegen des Glaubens, die nicht mehr in unsere Zeit, zumal die jetzige, gehören, gänzlich preisgegeben werden, nur dann kann unser Vaterland, das am meisten vom glaubensfeindlichen Materialismus der Sozialdemokratie bedroht ist, wieder gedeihen und emporkommen. Denn mit dem Christentum steht und fällt es. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht. Darum zurück zum wahren Christentum, und je mehr die Konfessionen sich hier einander nähern, umso besser für unser Vaterland, umsomehr entfernen wir uns vom Abgrund, der vor uns liegt. Dieser Weg führt aber hinweg über das Werk Luthers, das keinen Halt geboten, wie die Weltgeschichte deutlich zeigt, über Erzberger hin zu Bonifatius, und damit kämen wir näher dem vorausverkündeten Ideal, daß es wieder ein Hirt und eine Herde werde! A. B.

(Deutsches Volksblatt, Stuttgart vom 16. Juli 1919.)

4. Dafür hast du die Freiheit.

Von v. Oppeln-Bronikowski.

Michel, du fährst heute auf der Holzpritsche der dritten Klasse so teuer, wie dereinst der Reiche auf den weichen Plüschpolstern der ersten Klasse. Du zahlst wie ein Millionär und fährst wie ein Prolet, oder besser, wie ein Hering im Salzfaß. Du fährst bis ins Aschgraue und mußt unterwegs in teuren Gasthäusern übernachten, wo ein Bett in einer Badewanne so viel kostet, wie früher ein weiches Daunenbett. In der Elektrischen zahlst du das Doppelte; nur die Püffe und Quetschungen hast du umsonst. Bisweilen reitest du gar auf den Puffern. Auf der Post zahlst du das Doppelte und Dreifache, und deine Pakete werden bestohlen. Dafür hast du die Freiheit!

Dein Koch- und Leuchtgas ist dir fünfmal verteuert und wird dir in den Stunden abgesperrt, wo du es am nötigsten brauchst. Auf dem Lande mußt du mit den Hühnern zu Bett gehen. Dafür hast du die Freiheit!

Du hast keine Kohlen, kein Holz und mußt frieren. Dafür hast du die Freiheit!

Du erstehst dir kaum die nötige Nahrung. Ein Hering kostet so viel wie früher ein Pfund Rindfleisch, ein Ei so viel wie ein

Digitized by Google

saftiges Beefsteak. Die schönsten Sachen stehen in den Schaufenstern, aber für dich sind sie unerreichbar. Du bist wie Tantalus angefesselt! Du rauchst einen Knaster Marke „Erlkönig“ („erreicht den Hof mit Müh' und Not“) und bezahlst ihn wie zwei Havannas mit Leibbinden. Dafür hat du die Freiheit!

Du möchtest dir ein Buch kaufen, ins Theater gehen, kurz, etwas für deinen inneren Menschen tun. Aber die Staatstheater nehmen dir bis 40 M. dafür ab, und die Bücher, auf schlechtem Papier und in lockerem Einband, sind so teuer, daß du dir dafür — wer wollte es dir verdenken? — lieber ein halbes Pfund Schleichhandelsbutter erstehst. Dafür hast du die Freiheit!

Du hegest den vermessenen Wunsch, einen Hausstand zu gründen. Ausgeschlossen! Wer kann heute Möbel und Wäsche erstehen, außer den Wucherern und Schiebern! Dafür hast du die Freiheit!

Du frierst in deinen alten, geflickten Kleidern, die deine magere Gestalt umschlottern wie Mehlsäcke. Du kannst sie dir nicht mal enger machen lassen, denn der Handwerkslohn ist zu teuer. Neue Kleider — dafür konntest du dir früher ein Pferd kaufen! Deine Stiefel gähnen wie Haifischrachen, und die Flicken darauf streiten sich um den Platz. Ein Paar neue Sohlen — dafür bekamst du früher drei Paar Stiefel. Dafür hast du die Freiheit!

Keinen Tag bist du sicher, ob dir nicht Boden und Keller ausgeräumt und das Arbeitspferd aus dem Stalle geraubt wird. Deine Wohnung ist nie vor Einbrüchen sicher. Ja, dies Gesindel droht dir alles, was du noch hast, zu „sozialisieren“. Dafür hast du die Freiheit!

Keinen Tag bist du deines Lebens sicher — nur deiner Freiheit!

Du läßt dich von Pfuschern regieren, deren Blick durch keine Sachkenntnis getrübt ist, die selber nicht wissen, was sie wollen, außer wie sie sich an der Staatskrippe erhalten. Und das nennst du Freiheit!

Die Freiheit: zu hungern, zu frieren, zu sterben!

Michel, etwas weniger von dieser Freiheit, etwas mehr Ordnung und Unterordnung, etwas mehr Arbeit und Redlichkeit, und du könntest wieder ein erträgliches Dasein führen, wie unter der „fluchwürdigen Herrschaft der Hohenzollern“! Warum tust du es nicht? Warum jagst du dies dürre Gerippe der Freiheit nicht mit Spott und Hohn weg? Michel, du bist doch nur ein — Michel, trotz deiner roten Freiheitsmütze.

(Eiserne Blätter, 9. Nov. 1919. — Auch als Flugblatt erschienen.)

Digitized by Google

5. Dem bayrischen Tell.

Der fremde Knecht
Soll kommen dürfen und uns Ketten schmieden
Und Schmach antun auf unsrer eignen Erde?
Ist keine Hilfe gegen solchen Drang?
Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht.
Wenn der Gedrückte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last — greift er
Hinauf getrosten Mutes in den Himmel
Und holt herunter seine ewgen Rechte,
Die droben hangen unveräußerlich
Und unzerbrechlich, wie die Sterne selbst —
Der alte Urstand der Natur kehrt wieder,
Wo Mensch dem Menschen gegenübersteht —
Zum letzten Mittel, wenn kein andres mehr
Verfangen will, ist ihm das Schwert gegeben —
Der Güter höchstes dürfen wir verteidigen
Gegen Gewalt. (Schiller, Wilhelm Tell.)

Die Gerichte pflegen Männer, die Ehebrecher, Schänder ihrer Hausehre unschädlich gemacht haben, frei zu sprechen. Für Haus- und Familienehre haben deutsche Geschworene und Richter Verständnis, für nationale Ehre offenbar nicht. Der Rächer der nationalen Ehre wird zum Tode verurteilt. Wo in der ganzen nichtdeutschen Welt ließe sich noch ein Gerichtshof finden, der für eine Tat, wie sie der junge Graf Arco Valley begangen hat, die Todesstrafe aussprechen könnte? Man setze einmal den — natürlich ganz unmöglichen — Fall, in Frankreich habe es ein galizischer Jude verstanden, mit Hilfe der Volkshefe die Gewalt an sich zu reißen, und er mißbrauche diese Gewalt, um nach außen das Land durch Veröffentlichung gefälschter Dokumente bloßzustellen, zu verraten, nach innen eine Tyrannei nach dem Gefallen des Verbrecherpöbels zu errichten. Der Patriot, der den Mut fände, das Land von dem Scheusal zu befreien, würde als Nationalheros gefeiert, ähnlich wie die großdenkenden Völker des Altertums die Tyrannenmörder gefeiert haben, wie die Schweizer ihren Tell. Französische Richter, die es gewagt hätten, den Patrioten, der doch im Grunde nur der Vollstrecker des besseren Volkswillens war, zum Tode zu verurteilen, wären von den Schranken heruntergeholt und gelyncht worden. Ist etwa der Mörder Jaurès' zum

Digitized by Google

Tode verurteilt worden? Und Jaurès war kein Eisner, sicher kein Verräter.

Unanfechtbar ist die Logik, mit der sich der Angeklagte vor seinen Richtern gerechtfertigt hat: Einen Verräter, der zum Feinde übergelaufen sei, erschieße er auf der Stelle. Die Engländer, auf die er habe schießen müssen, seien ehrliche, tapfere Gegner gewesen. Eisner dagegen sei ein hinterlistiger Verräter gewesen. Vor dem Sittengesetz und seinem eignen Gewissen fühle er sich nicht schuldig, da er, indem er den Vorkämpfer der bolschewistischen Räterepublik hinweggeräumt habe, lediglich im Interesse des Vaterlandes gehandelt habe. Als kerndeutscher Bayer, als überzeugter Monarchist und Katholik habe er in Eisner den jüdischen Eindringling und Despoten verabscheut, dessen Schalten Bayern zur Schmach gereiche.

Wenn wir den Wahrspruch der Richter in diesem Falle anfechten und für ein Nichtschuldig plädieren, untergraben wir damit Gesetz und Sicherheit des Landes? Durchaus nicht. Eisner stand nicht im Schutze der Gesetze, die er selbst verachtet und umgestoßen hat. Er stand unter dem selbstgewählten Zeichen des Faustrechts, der Revolution, der Auflösung aller Ordnung und Gesetze, und nach dem Recht der Revolution ist ihm Recht geschehen. Der Fall Eisner stand noch ungünstiger für ihn und noch günstiger für den Rächer und Befreier, als der Fall Tell, jene von Dichtung und Sage verherrlichte Tat. Denn Geßler war der ordnungsgemäß bestellte Hüter von Gesetz und Ordnung, der sein rechtmäßiges Amt nur mißbraucht hat. Eisner aber mißbrauchte unrechtmäßige, gesetzlose Gewalt zum Verderben des Landes. Jeder Tag, da dieser Mensch noch länger regierte, brachte neue Schmach und neue Verwüstung dem Bayerland und dem ganzen Reiche. Was alle Guten und Vernünftigen im Lande wünschten, hat einer gewagt zu tun. Und für diesen Akt völkischer Notwehr, für dieses Opfer, das einer für das ganze Volk brachte, wird dieser junge Held, der einzige, der in der trübsten Zeit der bayrischen Geschichte noch Mut gezeigt hat, zum Tode verurteilt. Ein solches Urteil muß alle Begriffe von Sittlichkeit, Recht und Männertugend verwirren und zerstören.

(Aus: Deutsche Wacht, Wochenschrift d. deutschen Vereinigung, Bonn, 25. Januar 1920, Nr. 4.)

Digitized by Google

Digitized by Google

89100024256

b89100024256a

Digitized by Google

Digitized by Google

89100024256

B89100024256A

Digitized by Google